

D
1
H5
173
174

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: G. Beckmann,
G. v. Below, A. Cartellieri, F. Delltzh, W. Goetz, R. Holtzmann,
P. Joachimsen, H. Lietzmann, Ed. Meyer, F. Philipp, H. Reinke-Bloch,
R. Sternfeld, F. Vigener, A. Wahl, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.

herausgegeben von Dr. E. Ebering.

Heft 173

Die bischöflich passauischen Eigenklöster und ihre Vogteien

Von

Gerd Tellenbach

BERLIN

1928

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

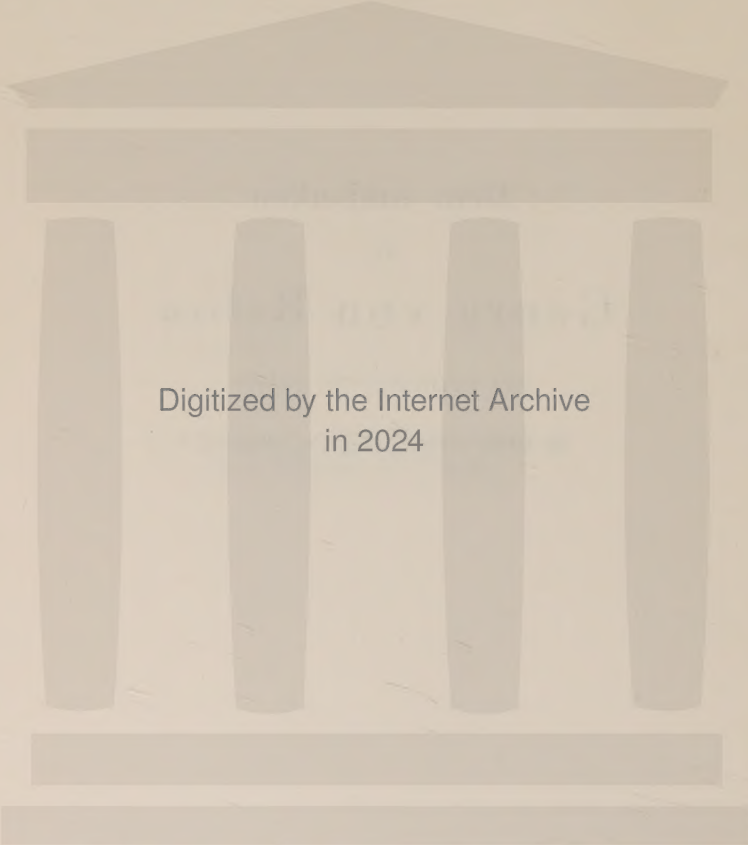
Vaduz
1965

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Dem Andenken
an
Georg von Below

den hochverehrten Lehrer
in steter Dankbarkeit gewidmet



Digitized by the Internet Archive
in 2024

Vorwort.

Für die rechtliche Gestalt einer heutigen Kirche ist wesentlich der durch die Stiftung gesetzte religiöse Zweck. Er vertritt für die meist als Anstalt aufgefaßte Kirche die Stelle des natürlichen Personen eigenen Willens. Die rechtliche Organisation der Kirche befindet sich also in innerer Uebereinstimmung mit ihrer Idee als religiöser Gemeinschaft.

Deshalb scheint dem modernen Empfinden ein kirchliches Recht, in dem der maßgebende Wille durch eine natürliche Person, durch den Eigentümer der als Sache aufgefaßten Kirche, gebildet wird, eine starke Profanisierung der Idee Kirche zu bedeuten, da doch dieser Wille nie die Beständigkeit eines Anstaltszweckes besitzen, nie so eindeutig religiös gerichtet, ja häufig im wirklichen Leben stark wirtschaftlich und politisch betont sein kann.

In der Tat ist die Kirche in der Zeit, in der die zuletzt bezeichnete kirchliche Rechtsordnung herrschte, im frühen und hohen Mittelalter, nicht so ausschließlich dem religiösen Leben der menschlichen Gemeinschaften zugewandt gewesen. Vielmehr spielten damals die Kirchen, namentlich die höheren, Klöster und Bistümer, in Staats- und Wirtschaftsordnung eine bedeutende Rolle. Kirchen waren vielseitigere Kulturzentren als heute, und ihre Bedeutung für jene Zeiten war um so größer, als Städte, die jetzigen Mittelpunkte von Kultur und Wirtschaft, fehlten oder wenig entwickelt waren.

Wer daher die Verfassung der mittelalterlichen Kirchen zu betrachten versucht, wird das stets mit dem Bemühen, die Verfassung staatlicher und wirtschaftlicher Einrichtungen zu ergründen, zu verbinden haben. Denn auf der Kirchenverfassung baut sich manche rein weltliche Institution auf, wie umgekehrt weltliche Verhältnisse zuweilen ihre starke Ausprägung in kirchlichen Einrichtungen gefunden haben.

Die Forschung hat die Eigenklöster der Bischöfe bisher gegenüber denjenigen der Könige, der weltlichen Großen und den unter päpstlichem Schutze stehenden wenig beachtet. Und das ist verständlich. Die Reichsgeschichte namentlich des 11. und 12. Jahrhunderts steht unter dem Einfluß der aus der Verquikung weltlicher und kirchlicher Elemente sich ergebenden Konflikte. Königtum, Papsttum und Dynasten sind die Hauptbeteiligten, die von Laien in irgend einer Weise beherrschten Kirchen sind die wichtigsten Streitgegenstände.

Wenn die bischöflichen Klöster auch für die Reichsgeschichte jener Periode mit den laikalen an Bedeutung nicht verglichen werden können, so ist doch die genaue Beobachtung ihrer Rechtsstellung für die Institutionengeschichte unentbehrlich. Für den Historiker sind die bischöflichen Klöster und das ihre Rechtsverhältnisse schildernde Quellenmaterial mindestens ebenso wichtig, wenn nicht gar in vieler Beziehung wichtiger als die anderen Klöster. So dürfte z. B. eine Klärung der rechtlichen Verhältnisse der unter dem Papste stehenden Klöster zu ihrem Oberherrn nur durch Vergleichung mit denen der bischöflichen Klöster möglich sein. Auch sonst ist vieles nur mit Hilfe der Quellen der bischöflichen Klöster, die wegen der großen Zahl dieser Art von Klöstern recht reichhaltig sind, zu verstehen möglich.

Wenn es also auch begreiflich ist, daß den bischöflichen Eigenklöstern kein allzu großes Interesse gewidmet wurde, berechtigt ist es nicht.

Die Anfänge, die gemacht wurden, die vorhandene Lücke auszufüllen, sollen durch die hier vorgelegten Untersuchungen fortgesetzt werden. Sie wurden vorgenommen auf Anregungen hin, die ich von meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Geh. Hofrat Professor Dr. von Below erhielt. Ihm verdanke ich viel, und ich werde mir dessen stets lebhaft bewußt sein.

Ehrerbietigen Dank statte ich an dieser Stelle der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft ab, die durch ihre Hilfe die Veröffentlichung dieser Arbeit ermöglichte.

G. T.

Littenweiler bei Freiburg im Breisgau.

Mai 1927.

Abkürzungen.

- A.Oe.G. = Archiv zur Kunde österreichischer Geschichtsquellen, von Band 36 an, Archiv für österreichische Geschichte, hsg. von der hist. Komm. d. österr. Akademie der Wissensch.
- A.U.F. = Archiv für Urkundenforschung.
- Bielsky = W. Bielsky, Die ältesten Urkunden des Kanonikatsstiftes Sanct Georgen in Unterösterreich (von 1112—1214), mitgeteilt und mit Erläuterungen versehen, A.Oe.G. 9, 1853, S. 235—304.
- B.F. = J. F. Böhmer, Regesta Imperii V: Die Regesten des Kaiserreichs unter Philipp, Otto IV., Friedrich II. usw., neu hsg. und ergänzt von J. Ficker und E. Winkelmann, 5. Abt., Innsbruck 1881—1901.
- Bl. = Blätter des Vereins für Landeskunde von Niederösterreich.
- B.R. = J. Fr. Böhmer, Regesta Imperii VI: Die Regesten des Kaiserreichs unter Rudolf usw., 1273—1313, hsg. v. O. Redlich, Abt. I, Innsbruck 1898.
- B.S.B. = Sitzungsberichte d. preuß. Akad. d. Wissensch. i. Berlin.
- Faigl = M. Faigl, Die Urkunden d. regul. Chorherrenstiftes Herzogenburg usw.: 1244—1450, Wien 1886.
- Fr.A. II. = Fontes rerum Austriacarum, Oesterreichische Geschichtsquellen, hsg. v. d. hist. Komm. d. österr. Akad. d. Wissensch. i. Wien, Zweite Abt.: Diplomata et Acta.
- Germ.Pont. I. = Germania Pontificia I, Provincia Salisburgensis et Episcopatus Tridentinus, congestit A. Brackmann, Berolini 1911.
- G.G.A. = Göttingische Gelehrte Anzeigen.
- Hagn = Th. Hagn, Urkundenbuch f. d. Gesch. d. Benedikt. Stiftes Kremsmünster, seiner Pfarreien und Besitzungen v. J. 777 bis 1400, Kremsmünster 1852.
- Hueber = Ph. Hueber, Austria ex Archivis Mellicensibus illustrata libri III, Lipsiae 1722.
- H.Z. = Hist. Zeitschr.
- Loserth = J. Loserth, Die Geschichtsquellen von Kremsmünster im XIII. u. XIV. Jahrh., mit einem Vorwort von O. Lorenz, Wien 1872.
- M. = E. Mühlbacher, Die Regesten des Kaiserreichs unter den Karolingern, 751—918, Bd. 1, 2. Aufl., Innsbruck 1908.
- Mayer = Th. Mayer, Urkunden d. Prämonstratenserstiftes Geras, zsgest. u. erl., A.Oe.G. 2, 1849, S. 3—52.

- M.B. = Monumenta Boica, ed. Ac. Scient. Boica.
M.G. = Monumenta Germaniae historica, ed. Soc. aper. fontibus rer. Germ. medii aevi.
M.I.Oe.G. = Mittheilungen des Instituts f. österreichische Geschichtsforschung.
N.Oe.U.B. = Niederösterreichisches Urkundenbuch, hsg. vom Verein für Landeskunde von Niederösterreich.
O.Oe.U.B. = Oberösterreichisches Urkundenbuch = Urkundenbuch des Landes ob der Enns, hsg. vom Verw.Aussch. d. Museums Franc. Carol. z. Linz.
Oesterr.Urb. = Oesterreichische Urbare, hsg. v. d. österr. Ak. d. Wissenschaften.
Oesterr.Weist. = Oesterr. Weistümer, ges. v. d. österr. Ak. d. Wissensch.
Pez.S.S. = H. Pez, Scriptores rerum Austriacarum, 3 tomi, Lipsiae 1721, 1745.
Salzb.U.B. = Salzburger Urkundenbuch, hsg. v. d. Ges. f. Salzb. Landeskunde, ges. u. bearb. v. Abt W. Hauthaler u. Fr. Martin, Salzburg 1898—1918.
Sav.Z. = Savigny Zeitschr. (Zeitschr. f. Rechtsgeschichte); G.A. = Germanistische Abteilung; Kan.A. = Kanonistische Abt.
S.S. = Scriptores.
St. = K. F. Stumpf, Die Reichskanzler, vornehmlich d. 10., 11. u. 12. Jahrhunderts, 2. Bd., Innsbruck 1865 ff.
W.S.B. = Sitzungsberichte d. österr. Akad. d. Wissensch. i. Wien.
-

Inhaltsübersicht.

	Seite
Vorwort	III
Abkürzungen	V
1. Kapitel: <i>Das bischöfliche Eigenklosterwesen</i>	1—51
I. Eigenkirchenwesen und Bistum S. 1—7: Gefährdung der alten Kirchenverfassung durch das Eigenkirchenrecht S. 1 f. — Karolingische Eigenkirchengesetzgebung und bischöfliches Eigenkirchenwesen als Stützen des Einflusses der Bischöfe S. 2 f. — Wert der Eigenklöster für die Bischöfe im allgemeinen S. 3 f. — Statistik des Eigenklosterbesitzes in der Diözese Passau um 1000 und in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts S. 4 ff.	
II. Ursprung und Erwerbung der älteren Eigenklöster des Bistums S. 7—26: Kremsmünster S. 7 ff. — Mattsee und Oetting S. 11 ff. — St. Florian S. 14 ff. — St. Pölten S. 16 ff. — Niedernburg S. 19 ff.	
III. Die jüngeren bischöflichen Eigenklöster S. 26—51: Kirchenreform und Gründungstätigkeit S. 26.	
A. Die bischöflichen Gründungen S. 26—36: Motive der Stifter S. 26 ff. — St. Nicolaus S. 28 f. — Göttweig S. 29 ff. — St. Georgen (Herzogenburg) und St. Andrä an der Traisen S. 31 ff.	
B. Gründungen von Laien S. 36—51: Beweggründe der Stifter S. 36 f. — Uebereignung an den Ordinarius und ihre Ursache S. 37 f. — Seitenstetten S. 38 ff. — Das Erlakloster S. 42. — Waldhausen (Waldhausen und Saebnich; der Streit mit Baumgartenberg) S. 43 ff. — Altenburg S. 48 f. — Geras und Pernegg S. 49 ff.	
2. Kapitel: <i>Das Eigenklosterrecht</i>	52—104
I. Ueber den Termin „bischöfliches Eigenkloster“ S. 52—55: In welchem Sinne ist er zu gebrauchen? S. 52 ff. — Für welchen Zeitraum darf er angewendet werden? S. 54 f.	
II. Das Eigenklosterrecht in seiner vermögensrechtlichen Auswirkung S. 55—76: Klöster als Objekte des sachenrechtlichen Verkehrs S. 55 ff. — Die (eigenklosterliche) Terminologie der Quellen S. 57 ff. — Eingriffe in das Klostervermögen werden als Unrecht emp-	

funden (Beschränktheit der eigenklosterherrlichen Dispositionsgewalt) S. 59 ff. — Der Herr zeigt sich bei Rechtsgeschäften und -akten als Träger aller Rechte am Kloster als Vermögenseinheit S. 62 ff. — Die Stellung der Klosterinsassen zum Herren und ihre Rechte am Klostergut: Sie treten in ein Verhältnis zum Eigenklosterherren durch die Investitur ihres Vorstehers S. 65 ff., — dieser erhält dadurch eine Gewere am Klostergut S. 68, — aus ihr ergibt sich eine eigene Verwaltung S. 68 ff. — Zurückdrängung des Herren in vermögensrechtlicher Beziehung S. 70 f. — Entwicklung der klösterlichen Anstaltspersönlichkeit S. 72. — Verteilung der Kompetenzen bei Vermögenstransaktionen gegen Ende des 12. Jahrhunderts S. 73 f. — In der Regel ist die Ausschaltung des eigenklosterherrlichen Einflusses auf die Klostervermögen vor der Mitte des 13. Jahrhunderts vollzogen S. 74 ff.

III. Nutzen und Lasten aus der eigenklösterlichen Abhängigkeit S. 77–86: Die Frage der eigenklösterlichen Geld- oder Naturalleistungen. Die Niedernburger Königssteuer S. 77 ff. — Militärische Leistungen der Klöster S. 82 f. — Sonstige Leistungen S. 83 f. — Der Nutzen der Abhängigkeit S. 84 ff. — Klostergründung keine „gewinnbringende Kapitalanlage“ S. 86.

IV. Spirituelle Rechte des Klosterherren S. 87–95: Rechte des Ordinarius S. 87 f. — Besetzung klösterlicher Eigenkirchen. Bedeutender Einfluß des Herren darauf S. 88 f. — Bestellung des Klostervorstandes. Konflikt zwischen dem kanonischen Wahlrecht und der eigenkirchlichen Einsetzung S. 89 ff. — Das Recht der Investitur S. 93. — Reformen und Bestimmung der Regel S. 93 ff.

V. Kirchliche Reformbewegung und Eigenklosterherrschaft S. 95–104: Die reformkirchliche Bewegung nimmt gegen die auch noch im 12. Jahrhundert bestehende Eigenklosterherrschaft ihren Fortgang S. 95 ff. — Vorsichtige antieigenklösterliche Politik der Kurie S. 97 ff. — Unterschiedliche Stellungnahme der bischöflichen Klosterherren S. 100. — Laien als Reformfreunde S. 100. — Kräftige Aktivität der Klöster selbst (Klösterliche Urkundenfälschungen) S. 100 ff.

3. Kapitel: *Die Klostervogtei*

I. Außere Geschichte der Vogteien der paussauischen Klöster S. 105–123:

A. Die in den Besitz der Babenberger gelangten Vogteien S. 105–120: Kremsmünster S. 105 f. — St. Florian S. 106 ff. — Erla und Waldhausen S. 109 f. — St. Pölten S. 110 ff. — Göttweig S. 114 f. — St. Georgen

S. 116. — Altenburg S. 116 f. — Seitenstetten S. 117 ff. — Geras und Pernegg S. 119 f.

B. Die Vogteien der sonstigen bischöflichen Eigenklöster S. 120—123: St. Nicolaus S. 120 ff. — Niedernburg S. 122 f. — Mattsee S. 123.

II. Das Wesen der Vogtei S. 123—136: Die Klostervogtei als eigenklosterherrliches Lehen S. 123 f. — Sondervogteien und ihre Herren S. 124 ff. — Fränkische Vogtei S. 126. — Wandlung durch das Eigenkirchenrecht: Der Vogt wird vom Beamten der Kirche zum Beamten des Eigenkirchenherren S. 126 ff. — Kritik der Lehre von der Identität von Eigenkirchenherrschaft und Vogtei. Untersuchung des Verhältnisses beider Institute zueinander S. 129 ff. — Ursprünglich sind alle vogteilichen Rechte und Funktionen übertragene eigenkirchenherrliche S. 131 ff. — Der Vogt dagegen hat nicht alle Rechte, die der Herr besitzt S. 133 ff.

4. Kapitel: *Die Klosterimmunität.* Zur Geschichte der Klosterpolitik der Babenberger

137—195

I. Die öffentlich-rechtlichen Elemente der Vogtei und ihre Herkunft S. 137—143.

II. Zisterzienserimmunität und -vogtei mit besonderer Berücksichtigung der österreichischen Zisterzen S. 143—147.

III. Die Rechtsstellung der nicht dem Zisterzienserorden angehörigen babenbergischen Stiftungen in Oesterreich S. 147—152: Melk S. 148. — Klosterneuburg, Mariazell, Wiener Schottenkloster S. 149 ff. — Bei ihnen kehrt der „zisterziensische“ Immunitäts- und Vogteitypus wieder S. 151 f.

IV. Die rechtliche Lage der laikalen, dem Passauer Bistum übereigneten Gründungen S. 152—159:

A. Oeffentliche Rechte der Gründer S. 152 bis 156: Gibt es in Oesterreich echte Grafschaften außer den markgräflichen? S. 152 f. — Herrschaften S. 153 f. — Hohe Gerichtsbarkeit unabhängig vom Markgrafen existierte in Oesterreich S. 154 ff. — Unterschiedliche Rechtsstellung der Besitzungen eines Herrn mit gräflichen Befugnissen S. 156.

B. Die Rechte der Gründungen S. 156—159: Versuch, diese zu bestimmen, ist ergebnislos S. 156 f. — Möglichkeit einer Regelung der öffentlich-rechtlichen Stellung, die sich von derjenigen der babenbergischen Stiftungen unterscheidet, an dem Beispiel der ottokarischen Klöster Garsten und Traunkirchen erläutert S. 157 ff.

V. Die Passauer Bistumsimmunität S. 159
 bis 167: Umfang der Geltung der königlichen Immunität, räumlich und zeitlich S. 159. — Dauer der für Neuerwerbungen sich vollziehenden „automatischen“ Immunitätsübertragungen: auf die im 12. Jahrhundert übereigneten Klöster sind sie ohne Einfluß S. 159 f., — hohe Bedeutung haben sie für die alten Klöster S. 160. — Wem kommen die Früchte der Immunität zugute: Immunitätsherrn oder Kloster? S. 160 f. — Inhalt der Immunität S. 161 ff. — Befugnisse des Grafengerichts in Ungehorsamsfällen S. 163 f. — Konflikte zwischen Immunitäts- und Landgerichtsherren; Kompromiß: Uebertragung der Vogtei an den Inhaber der gräflichen Rechte S. 164 ff.

VI. Die jüngeren Exemtionen der Babenberger S. 168—195:

A. Rekonstruktion der bis zu den Exemtionen bestehenden Verhältnisse S. 168—185:
 Untersuchung der Urkunden von St. Florian. Kritik der Brünnerschen Interpretation der St. Florianer Exemtionsurkunden S. 168 ff. — Die Urkunden von Kremsmünster S. 174 ff., — Garsten S. 176 f., — Göttweig S. 177 ff., — Seitenstetten S. 181, — St. Pölten S. 181 ff. — Zusammenfassung einiger Ergebnisse: Unterschied der Rechtsstellung der nicht-babenbergischen und der babenbergischen Gründungen. Verwaltung der an den Landesfürsten gefallenen Vogteien. Die Anfänge einer territorialen Verwaltungsorganisation S. 183 ff.

B. Untersuchung der durch die Immunitätsurkunden neugeregelten Verhältnisse S. 185—195: Lastenbefreiung S. 185 f. — Gewährung der ganzen Gerichtsbarkeit unter Ausschluß des Verfahrens gegen todeswürdige Verbrecher und Ungehorsame. Geltung für den Gesamtumfang des Besitzes S. 186. — Vogteiregelung: Der Landesfürst bleibt Vogt S. 187. — Er wird durch einen vom Kloster gewählten, von ihm selbst eingesetzten Schirmvogt vertreten S. 187 f. — Als solcher hat dieser keine gerichtlichen Kompetenzen. Ihm kommt nur gerichtliche Vertretung und Schutz des Klosters zu S. 188 ff. — Häufige Abweichungen von den Bestimmungen der Privilegien S. 191 f. — Die verschiedenen Erscheinungsformen der Immunität S. 193 ff. — Begriffliche Einordnung der durch die besprochenen Urkunden verliehenen Rechtsstellung S. 194 f. — „Zisterzienserimmunität“ und „vogtei“ weit über den Zisterzienserorden hinaus verbreitet S. 195. — Bedeutung der Exemtionen im Rahmen der babenbergischen Klosterpolitik S. 195.

I. Die Bedeutung der passauischen Klöster in Oesterreich für die Bildung der Landeshoheit S. 197—208:

A. des Fürstbistums S. 197—200: Aussichten des Bischofs, die durch die Entwicklung des Lehnswesens ferngerückten Vogteien von dem mächtigen Vogt-Herzog zurückzuerwerben, gering S. 197. — Vorteile aus der Lehnsherrschaft über die Vogteien S. 197 f. — Erwerb der Landeshoheit über St. Pölten durch die Bischöfe. Machthäufung führt zum Ziel S. 198 ff.

B. des Herzogtums S. 200—208: Für die Bildung der Territorialherrschaft wertlose S. 200, — wertvolle Vogteien S. 200 ff. — Entvogtungen spielen nachweislich beim Erwerb von Klostervogteien durch die österreichischen Herzöge keine Rolle S. 202 ff. — Das Privilegium Minus und die Bedeutung der Entvogtungen beim Aufbau des österreichischen Territoriums S. 207 f.

II. Die Bedeutung der drei bayrischen Eigenklöster des Bistums Passau für die Entstehung des Fürstentums S. 209—220: Mattsee S. 209 ff. — St. Nicolaus S. 211 ff. — Niedernburg S. 214 ff. — Die Schenkung Heinrichs II. S. 215. — Bischof Wolfgers Gewaltpolitik S. 215 ff. — Vogtei und Grafschaft: in der Stadt Passau S. 217, — im Abteillande S. 218 ff. — Allgemeine Bemerkung über den Wert der Eigenklosterherrschaft für die Territorialbildung S. 220.

Klosterregister

221—222

Verfasserregister

223—224

Erstes Kapitel.

Das bischöfliche Eigenklosterwesen.

I.

Straffe Zusammenfassung der geistlichen Leitungsgewalt und der Verfügung über das gesamte Kirchenvermögen in der Hand des Bischofs, des Vorstehers der wichtigsten kirchlichen Einheit, der Diözese, charakterisiert die äußere Organisation der christlichen Kirche, die sich bis um das 5. Jahrhundert ausgebildet hat.¹⁾

Seit der Zeit des Eintritts der Germanen in die christliche Kirche erwuchs indessen dieser Diözesanverfassung die Gefahr völliger Auflösung. Grundbesitzer stifteten auf ihren Gütern Kirchen, statteten sie mit Besitzungen aus, stellten Priester an.²⁾ Der Gründungsvorgang ist dabei rein sachenrechtlich aufzufassen. Die Kirche entbehrte eigener Rechtspersönlichkeit. Eigentümer blieb der Gründer. Neu geschaffen wurde nur ein deutschrechtliches Sondervermögen, dessen Mittelpunkt der Altargrund, alles übrige Pertinenz war.³⁾

1. Vgl. U. Stutz, Geschichte des kirchlichen Benefizialwesens von seinen Anfängen bis auf die Zeit Alexanders III., Bd. I, 1. Berlin 1895, § 1 und Die Eigenkirche als Element des mittelalterlich-germanischen Kirchenrechtes, Berlin 1895. S. 13; E. Loening, Geschichte des deutschen Kirchenrechtes I, Straßburg 1878, S. 234 f.; A. Werminghoff, Geschichte der Kirchenverfassung Deutschlands im Mittelalter I, Hannover und Leipzig 1905, S. 83; A. Pöschl, Bischofsgut und mensa episcopalis I, Bonn 1908, S. 11.

2. Die Literatur, die sich vor Stutz mit einem Privateigentum an Kirchen beschäftigte, und die Abhandlungen, in denen Stutz die Eigenkirchen-theorie begründete, sind zusammengestellt in seinem Art.: „Eigenkirche, Eigenkloster“ bei Herzog-Hauck, Realenzyklopädie für protestantische Theologie und Kirche, Bd. 23, Leipzig 1913, S. 364.

3. Stutz, Eigenkirche S. 14 ff. und ders., Das Eigenkirchenvermögen. Ein Beitrag zur Geschichte des altdeutschen Sachenrechts auf Grund der Freisinger Traditionen. Festschrift für Otto Gierke zum 70. Geburtstag, Weimar 1911, passim. Dort ist besonders S. 1187 auf den Hinweis auf Gierkes Ausführungen über die Sondervermögen zu achten. Ferner vgl. P. Imbart de la Tour, Les origines religieuses de la France. Les paroisses rurales du IV. au XI. siècle, Paris 1900, S. 175 ff. — S. 176 Anm. 1 wendet sich Imbart gegen die Herleitung des Eigenkirchenrechts aus germanischen

Wichtig ist zunächst, daß nun nicht mehr allein der Bischof als Vertreter des Bistums als Rechtssubjekt Eigentümer von kirchlichem Vermögen war, sondern neben ihm zahlreiche Laien als solche erschienen. Die neu entstandene Ordnung, das Eigenkirchenrecht, breitete sich rasch aus, blieb nicht etwa nur auf Kapellen beschränkt, sondern dehnte sich auch auf Pfarreien⁴⁾, ja auch auf Klöster und höhere Kirchen aus.⁵⁾ Bald überwogen die grundherrlichen Kirchen die bischöflichen im alten Sinne bei weitem.⁶⁾ Gefährlich für das Bistum war es, daß die Eigenkirchenherrschaft „spirituelle und materielle Herrschaft“⁷⁾ verquickte. Kaum ein Einfluß auf die kanonische Ordination der Eigenkirchenpriester und auf die ordnungsgemäße Abhaltung der Gottesdienste blieb dem Bischof. Die frühere Struktur der christlichen Kirche schien ihrem völligen Ruin entgegenzugehen.⁸⁾

Da war es von der größten Bedeutung, daß die Karolinger, die sich als Oberhaupt auch der Kirche ihres Reiches betrachte-

Rechtsgedanken, wie sie Stutz vertritt. Er nimmt vielmehr eine Abstammung vom alten Patronat an. Siehe die Erwiderung von Stutz in der Besprechung des Buches von Imbart in G.G.A. 166, 1. 1904, S. 43 ff. Als eine nicht spezifisch germanische Einrichtung betrachten die Eigenkirche auch A. Dopsch, Wirtschaftl. u. soz. Grundlagen der europäischen Kulturentwicklung aus der Zeit von Caesar bis auf Karl den Großen, 2. Bd., 2. Aufl., Wien 1924, S. 230 ff. und H. von Schubert, Das älteste germanische Christentum oder der sogenannte Arianismus der Germanen, Tübingen 1909, S. 26 ff. Gegen sie vgl. Stutz, Sav. Z. 43, kan. A. 12, 1922, S. 414 und Arianismus und Germanismus. Eine kritische Studie. Internationale Wochenschrift (P. Hinneberg), 3. Jg. 1909, Sp. 1562 ff.

4. Stutz, Eigenkirche S. 19; Benefizialwesen S. 194.

5. Ders., Eigenkirche S. 32 ff.

6. Vgl. das oftgenannte Beispiel von Chur: 230 und mehr Kirchen lagen in dieser Diözese. Von ihnen waren nur 6 Taufkirchen und 25 Niederkirchen bischöflich. — Stutz, Karls des Großen Divisio von Bistum und Grafschaft Chur. Zeumer Festschrift. Weimar 1910, S. 107 f. und H. Casparis, Der Bischof von Chur als Grundherr. Abhandlungen zum schweizerischen Recht (hsg. v. Gmür), 38. H., Bern 1910, S. 80.

7. Stutz, G.G.A. 166, 1, 1904, S. 16.

8. Vgl. Stutz, Benefizialwesen S. 137 f.; Eigenkirche S. 19 f.; Casparis S. 73; H. Böhmer, Das Eigenkirchentum in England, in Texte und Forschungen zur englischen Kulturgeschichte. Festgabe für F. Liebermann zum 20. Juli 1921, Halle 1921, S. 304. „Man war somit vor 1066 in England geradezu zu der Meinung gelangt: Eigenkirchenrecht bricht Diözesanrecht“; Edm. E. Stengel, Art. Eigenkirche in: Religion in Geschichte und Gegenwart (hsg. von F. M. Schiele und L. Zscharnack) II, Tübingen 1910, Sp. 247.

ten, durch ihre Gesetzgebung den Diözesanbischöfen wenigstens einen Teil des ursprünglichen geistlichen Einflusses sicherten.⁹⁾ Daneben wurde es für die Bistümer grundlegend wichtig, daß die Bischöfe selbst durch Benutzung der Eigenkirchenidee wieder die Gewalt über zahlreiche Kirchen zu erwerben wußten.¹⁰⁾ Sie betrachteten die ihnen verbliebenen Gotteshäuser als Eigentum und erwarben durch Gründung, Kauf, Tausch, Schenkung im Laufe der Zeit eine große Zahl dazu. Besonders die Könige, die Bischöfe und Aebte immer mehr in das Getriebe der Politik zogen, sie allmählich zu Hauptstützen ihrer Machtstellung machten, statteten die Bischöfe und Reichsäbte u. a. auch mit zahlreichen Kirchen aus.¹¹⁾

Besonderen Wert scheinen die Bischöfe auf den Erwerb von Klöstern gelegt zu haben.¹²⁾ Diese waren nach der alten kirchlichen Ordnung vom Bischof weit unabhängiger gewesen als die niederen Kirchen¹³⁾. Infolgedessen bedeutete die Herrschaft über ein Kloster nach neuem Recht nicht nur eine Behauptung, sondern vielmehr eine gewaltige Steigerung des ursprünglichen Einflusses. Außerdem besaßen die Klöster ihrerseits meist wieder Kirchen, erfreuten sich hohen Ansehens und Einflusses bei den Gläubigen, und erregten deren Schenkungsfreudigkeit in be-

9. Stutz, Eigenkirche S. 20 ff.; Benefizialwesen §§ 16—19; Kirchenrecht in v. Holtzendorf-Kohler, Enzyklopädie der Rechtswissenschaft V, 7. Aufl., München u. Leipzig 1914, S. 302 f.; A. Werminghoff, Verfassungsgeschichte der deutschen Kirche im Mittelalter, in: Grundriß der Geschichtswissensch. (hsg. v. Meister), 2. Aufl., Leipzig-Berlin 1913, S. 12. Indessen vgl. Stutz Divisio S. 142 f. Nach Aufzählung der dem Bischof von Chur zugestandenen Rechte meint er: „In Tat und Wahrheit waren es nur noch eine Reihe von Einzelbefugnissen, die so dem Bischof blieben, ein Rest, der ihn ebensowenig als die ihm zugleich verliehene Immunität auch nur einigermaßen über den gewaltigen Verlust hinweggetröstet haben wird, den ihm die Ausderhandnahme der weltlichen Gewalt und die vermöge des Eigenkirchenrechts damit verbundene Beeinträchtigung auch seiner geistlichen Stellung gebracht hatten.“

10. Stutz, Kirchenrecht S. 302; Cl. Frh. v. Schwerin, Art. Eigenkirche in Hoops Reallexikon der germanischen Altertumskunde I, Straßburg 1911/13, Sp. 529; Imbart, Pároisses rurales S. 326 ff.

11. Stutz, Benefizialwesen S. 157 f.

12. Stutz, Kirchenrecht S. 303.

13. Werminghoff, Geschichte der Kirchenverfassung I, S. 88; A. Hüfner, Das Rechtsinstitut der klösterlichen Exemption in der abendländischen Kirche, Arch. f. kath. Kirchenr. Bd. 86, 1906, S. 303 f.

sonderem Maße. Von weiteren Vorteilen, die den Bischöfen den Erwerb von Klöstern lockend erscheinen lassen mochten, wird noch die Rede sein.

Wie beträchtlich der Teil der Klöster war, den z. B. die Bischöfe von Passau erwerben konnten, zeigen folgende Zusammenstellungen. Sie illustrieren zugleich für die Passauer Diözese, wie die Eigenkirchenidee zur völligen Herrschaft gelangt ist. Für fast alle Klöster läßt sich schon früh¹⁴⁾ ein Herr feststellen. Dasselbe würde sich wohl auch sonst beobachten lassen. Allerdings ist anderwärts vielleicht nicht so früh das Eigenkirchenrecht durchgedrungen. Hier ist an die erst spät erfolgte kirchliche Organisation großer Teile Deutschlands zu erinnern. Die Traditionen des alten Kirchenrechts fehlten. Der Ausbreitung des Eigenkirchenrechts standen weniger Hemmnisse entgegen als sonst.¹⁵⁾

Um das Jahr 1000 war der Besitz von Klöstern folgendermaßen verteilt:

Passau besaß Kremsmünster, Mattsee, (Oetting), St. Florian, St. Pölten, (Niedernburg)¹⁶⁾;

Regensburg Mondsee¹⁷⁾;

Salzburg Traunkirchen¹⁸⁾;

14. Schon unsere frühesten Nachrichten zeigen die Klöster abhängig. Als Eigenklöster sind nachzuweisen für das VIII. Jahrhundert Kremsmünster, das IX. Mattsee, Oetting, St. Florian, Niedernburg, Mondsee, das X. St. Pölten, Traunkirchen, Niederaltaich, Osterhofen. — Dazu vgl. d. i. d. ff. Anm. gegebenen Belege.

15. Stutz, Benefizialwesen S. 203 f.

16. Vgl. die Ausführungen des Abschn. II. — Oetting, das hier als passauisches Eigenkloster genannt wird, gehört zur Salzburger Diözese. — Niedernburg ist um 1000 wieder in königlichen Besitz gekommen. Daher die Klammern. — Um 800 wurden Passau zwei Zellen tradiert, von denen spätere Nachrichten fehlen. Vgl. J. Zibermayr, D. älteste Traditionsbuch des Hochstifts Passau, M.J.Oe.G. 26, 1905, 406 Nr. 4 u. 409 Nr. 5. — Für die Rechtsstellung der nichtpassauischen Klöster sollen als Belege hier nur die charakteristischsten Quellenstellen angeführt werden. Im Laufe der Darstellung werden noch zahlreiche Einzelheiten geboten werden, von denen die wichtigsten durch ein Register für jedes Kloster zusammengefaßt werden sollen.

17. M. 1349; F. Janner, Geschichte der Bischöfe von Regensburg, Bd. 1, Regensburg 1883, S. 182 ff.

18. Altmünster am Traunsee ist allerdings nicht über die Ungarnperiode hinweggekommen. Es war 909 dem Erzbistum geschenkt worden.

Der König Niedernburg¹⁹⁾;

Der Herzog von Bayern Niederaltaich²⁰⁾ und Osterhofen²¹⁾.

Also die Hälfte der Klöster stand um diese Zeit im Eigentum des Diözesanbischofs. Kaum ein Drittel gehörte noch Laien. Dabei läßt sich für alle die aufgezählten Klöster nachweisen, daß sie von Königen oder Herzögen gegründet worden sind, außer für St. Florian und St. Pölten. Aber auch für sie besteht diese Möglichkeit.

Im 12. Jahrhundert hat sich das Bild etwas verschoben. Nicht als ob nicht auch in der Passauer Diözese in der gründungseifrigen Reformzeit zahlreiche Klöster neu entstanden wären. Wie andere Bistümer²²⁾ hat auch Passau in dieser Zeit einen gewaltigen Zuwachs von Klöstern zu verzeichnen. Aber es hat auch scharfe Konkurrenten erhalten, einmal den Papst, dem besonders vornehme und fromme Stifter ihre Klöster übergaben, und weiter das Bistum Bamberg, das teils gründete, teils Klöster vom König zur Ausstattung, teils von sonstigen Laien zur Einrichtung oder Aufrechterhaltung eines religiösen und sittenstrengen Klosterlebens übertragen erhielt.

In der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts verteilen sich die Klöster des Passauer Sprengels auf folgende Eigentümer:

Passau hatte Kremsmünster, Mattsee, St. Florian, St. Pölten, Niedernburg, St. Nicolaus, Göttweig, St. Georgen (St. Andrä), Seitenstetten,²³⁾ Erlakloster, Waldhausen, Altenburg, Geras und Pernegg;²⁴⁾

Der Papst Formbach,²⁵⁾ Klein-Mariazell²⁶⁾, Melk²⁷⁾, Klo-

M. 2058 (O.Oe.U.B. II 56 Nr. 40). 977 erhielt der Erzbischof von Otto II eine Besitzbestätigung. Vgl. DO. II. 165.

19. Vgl. die Ausführungen dieses Kapitels über Niedernburg.

20. M. G. SS. XI 173 C. 7.

21. M. B. XII 329 Nr. 1.

22. Wie z. B. das Erzbistum Mainz. Vgl. M. Stimming, Die Entstehung des weltlichen Territoriums des Erzbistums Mainz, Quellen und Forschungen z. hess. Gesch. 3, Darmstadt 1915, S. 65 f.

23. Der Nachweis, daß dieses Kloster hierhin gehört, findet sich u. Anmerk. 221.

24. Vgl. den zweiten und dritten Abschnitt dieses Kapitels.

25. Germ. Pont. I. 186 Nr. 1. (O. Oe. U. B. II 181 Nr. 122.)

26. Germ. Pont. I. 257.

27. Ebenda 228 sq. Nr. 1. (Hueber 3 sq.)

ster Neuburg²⁸⁾, das Wiener Schottenkloster²⁹⁾, St. Andrä³⁰⁾;
 Bamberg Niederaltaich³¹⁾, Osterhofen³²⁾, Aspach³³⁾,
 Gleink³⁴⁾, Aldersbach³⁵⁾, Wilhering³⁶⁾;
 Salzburg Reichersberg³⁷⁾, Suben³⁸⁾ (domkapitlisch);
 Regensburg Mondsee³⁹⁾;
 Würzburg Lambach⁴⁰⁾;

28. Germ. Pont. I. 248 Nr. 1 u. 2. (M. Fischer, Merkwürdigere Schicksale des Stiftes und der Stadt Kloster Neuburg 2, Wien 1815, 134 Nr. 7 und Nr. 8.)

29. Germ. Pont. I. 252 Nr. 1. (Fr.A. II 18, 9 Nr. 6.)

30. s. dieses Kapitel Abschn. III A.

31. St. 3618 (M.B. XI 164 Nr. 42); St. 3681 (M.B. XI 166 Nr. 43.)

32. M.B. XII 329 Nr. 1.

33. M.B. V 107 Nr. 2; 158 Nr. 3.

34. O.Oe.U.B. II 165 Nr. 111; 169 Nr. 113. Fälschungen, denen jedoch die Tatsache der Uebergabe an Bamberg mit Sicherheit zu entnehmen ist. Vgl. O. Frh. v. Mitis, Studien zum älteren österreich. Urkundenwesen (hsg. v. Verein f. Landeskunde von Niederösterreich), 1.—5. Heft, Wien 1906 bis 1912, S. 155 ff.

35. M.B. V 353 Nr. 1; 354 Nr. 2; M.B. XIII 144 Nr. 1.

36. O.Oe.U.B. II 223 Nr. 152 (1146).

37. M.B. III 399 sqq. (Ende des 11. Jahrhunderts.)

38. O.Oe.U.B. I 425 Nr. 1; ebenda II 205 Nr. 139.

39. Vgl. o. Anm. 17.

40. Die Nachrichten über die Abhängigkeit Lambachs von Würzburg sind verhältnismäßig spärlich. Deshalb rechnet Brackmann, Studien und Vorarbeiten zur Gerlania Pontificia I, Die Kurie und die Salzburger Kirchenprovinz, Berlin 1912, S. 58 diese Abtei unter die nicht übereigneten Klöster. Die Quellen lassen jedoch m. E. Lambach wenigstens bis in d. 12. Jahrh. mit großer Wahrscheinlichkeit als würzburgisches Eigenkloster erkennen. Dafür spricht schon die große Zahl würzburgischer Bischofsurkunden — echter und unechter — für die Abtei. O.Oe.U.B. II 120 Nr. 83 (1089) berichtet überdies, wie Bischof Adalbero den ersten Abt absetzt und den zweiten mit den Lambacher Besitzungen investiert. Eine weitere Ein- und Absetzung eines Lambacher Abtes durch einen Würzburger Bischof — letztere erfolgt diesmal unter heftigen Vorwürfen — zeigt O.Oe.U.B. IV 554 Nr. 5 (Anh.) v. J. 1120. Ein- und Absetzung des Klostervorstandes sind wie Kap. 2 Abschn. IV gezeigt werden wird, Sache des Eigenklosterherren. — Zur Gründung von Lambach und zur Geschichte seiner Beziehungen zu Würzburg vgl. auch A. Ruland, Das Benediktinerstift Lambach, Chilonium 6, Blätter für kathol. Wissensch., Kunst und Leben, 1865, S. 311 ff. u. 349 ff. und jetzt bes. die aufschlußreiche Arbeit von E. Trinks, Beiträge zur Geschichte des Benediktinerklosters Lambach, Jahrb. d. österr. Musealvereins, 81. Bd., 1926, S. 85—152.

Bayern Ranshofen⁴¹⁾;

Steiermark Garsten⁴²⁾, Traunkirchen⁴³⁾;

Markgraf Leopold der Heilige v. Oesterreich war Stifter von Heiligenkreuz⁴⁴⁾, Hadmar von Kuenring, ein österreichischer Ministeriale, von Zwettl⁴⁵⁾, ein Herr von Machland von Baumgartenberg⁴⁶⁾⁴⁷⁾.

Wenn zunächst die Geschichte der Gründung der Passauer Klöster und ihrer Erwerbung durch das Bistum behandelt wird, so werden damit die Hauptbelege für das durch die eben gegebenen Zusammenstellungen entworfene Bild erbracht und zugleich die Grundlage geschaffen für die dann folgenden Ausführungen über Inhalt und Bedeutung des Eigenklosterrechts.

II.

Auf ein 1150-jähriges Bestehen kann **Kremsmünster⁴⁸⁾**, das Kloster an der Krems, einem rechten Nebenfluß der Traun, jetzt zurücksehen. Seine Gründung verdankt es dem

41. M.B. III 321 Nr. 9. — Die Kapelle Ranshofen hat dem Reiche gehört.

42. O.Oe.U.B. I 131 Nr. 18. Dazu s. v. Mitis, Studien S. 147.

43. Auch Neumünster am Traunsee genannt. G. Friß, Geschichte des ehemaligen Nonnenklosters Traunkirchen, A.Oe.G. 82, 1895, S. 186 f.; O.Oe. U.B. II 427 Nr. 295.

44. F.r.A. II 11, 1 Nr. 1.

45. Ebenda II 3, 31.

46. O.Oe.U.B. II 206 Nr. 140, 268 Nr. 179.

47. Bei diesen drei zuletzt genannten Klöstern läßt sich die Herrschaft der Eigenklosteridee nicht nachweisen. Allerdings hat diese auch auf ihre Stellung stark eingewirkt. Für Baumgartenberg vgl. O.Oe.U.B. II 410 Nr. 280. Der Herzog von Oesterreich nennt sich im Jahre 1216 Patronus von Heiligenkreuz. F.r.A. II, 11, 49 Nr. 36. — Ueber Reform und Eigenklosterrecht vgl. Kap. 2, Abschn. V.

48. Ueber die Geschichte dieses Klosters ist zu vergleichen: U. Hartenschneider, Darstellung des Stiftes Kremsmünster, Kirchl. Topogr. v. Oesterreich IX, Wien 1830; W. Dannerbauer in S. Brunner, Ein Benediktinerbuch. Würzburg 1880, S. 158—178; G. Straßer, Kremsmünster aus seinem Jahrbüchern, Steyr 1810; M. Pachmayr, Historico-chronologica series abbatum et religiosorum monasterii Cremifanensis O.S.B., in dessen Historiae Cremifanenses p. II, III und IV, Styrae 1777 und 1782; S. Rettenbacher, Annales monasterii Cremifanensis, Salzburg 1677, und besonders B. Poesinger, Die Rechtstellung des Klosters Kremsmünster 777—1325, Linzer Diözesanarchiv 3. Jahrg. 1906, dessen Arbeit mehr über die allgemeine Geschichte, weniger über die Rechtsstellung des Klosters enthält, als der Titel vermuten läßt. — Zur allgemeinen Orientierung über die Klöster der Diözese sei hier ein

unglücklichen Tassilo von Bayern, dem letzten Agilulfingerherzog. Ueber sie sind wir selten gut unterrichtet. Der Stiftsbrief⁴⁹⁾ ist nämlich erhalten, zwar nicht im Original, sondern nur in zwei jüngeren Kopieen⁵⁰⁾, doch an der Echtheit des Inhalts ist nicht zu zweifeln. In einer Bestätigungsurkunde Karls des Großen vom Jahre 791⁵¹⁾ besitzen wir zudem ein vorzügliches Kontrollmittel. Der Gründungsurkunde zufolge wurde die Stiftung im Jahre 777 vor einer, wie die Zeugenreihe zeigt, überaus stattlichen Versammlung vollendet. In den Worten *monasterium construxi . . . , quem et Deo dicavi et in dedicatione tradidi, quod potui*, ist ebenso deutlich eine Aufeinanderfolge von Erbauung, Weihe und Dotierung festzustellen wie in den meisten Berichten über Gründungen von niederen Kirchen aus der damaligen Zeit.⁵²⁾ Ein Weihender Bischof wird zwar nicht genannt, doch ist anzunehmen, daß die in der Zeugenreihe vorkommenden Bischöfe⁵³⁾ Vergil von Salzburg, Waltrich von Passau und Sind-

für allemal auf die Vorbemerkungen zu den einzelnen Klöstern in der *Germania Pontificia I.*, bei P. Lindner, *Monasticon Metropolis Salzburgensis antiquae*, Salzburg 1908 und bei A. Zák, *Oesterreichisches Klosterbuch*, Wien 1911, verwiesen.

49. Hagn 1 Nr. 1. (O.Oe.U.B. II 2 Nr. 2.) Ueber diesen Stiftsbrief handelt sehr ausführlich B. Poesinger, *Die Stiftungsurkunde des Klosters Kremsmünster*, 59. Progr. des k. k. Obergymnasiums der Benediktiner zu Kremsmünster, Kremsmünster 1909. Von der sonstigen reichen Literatur über das wichtige Denkmal seien genannt M. Vancsa, *Geschichte Nieder- und Oberösterreichs* 1. Bd., *Allg. Staatengeschichte* (hsg. v. K. Lamprecht), III. Abt., *Deutsche Landesgeschichten* (hsg. v. A. Tille), 6. Werk, Gotha 1905, S. 128 Anm. 1 und Bl. 34, 1900, S. 536; M. Büdinger, *Oesterr. Geschichte bis zum Ausg. d. 13. Jahrhunderts*, Leipzig 1858, S. 111; L. Edlbacher, *Die Entwicklung des Besitzstandes der bischöflichen Kirche von Passau in Oesterreich ob und unter der Enns vom 8. bis 11. Jahrhundert*, im 29. Bericht des Museums Francisco-Carolinum in Linz 1870, S. 23 ff.; M. Fastlinger, *Die wirtschaftliche Bedeutung der bayrischen Klöster in der Zeit der Agilolfinger*, Studien und Darstellungen aus dem Gebiet der Geschichte, hsg. im Auftr. der Görres-Ges. von H. Grauert, 2. H., Freiburg 1903, S. 128 ff.; Hartenschneider S. 10 ff.

50. Im Passauer Codex Lonsdorfianus und im Kremsmünsterer Codex Fridericianus, beide s. XIII. Dazu kommt eine unvollständige Abschrift in einem Niederaltaicher Codex. Vgl. Poesinger S. 9 ff.

51. DK. I. 169.

52. Stutz, *Eigenkirchenvermögen* S. 1230 f. und passim.

53. Häufig ist man berechtigt, in dem ersten Bischof der Zeugenreihe den Dedikator zu sehen. Vgl. Stutz a. a. O. S. 1204. Bei der bedeutenden

percht von Regensburg gemeinsam die Weihe vornahmen. Tasilo setzte Abt Fater ein und übte damit sein Recht als Klosterherr aus. Nach dem Sturz des Agilulfingers wurden die Karolinger Rechtsnachfolger der Bayernherzöge. Kremsmünster hatte seitdem den Rang eines Reichsklosters⁵⁴). Nach der berühmten Notitia de servitio monasteriorum von 817⁵⁵) gehörte es zur zweiten, zu Geschenken und Gebeten verpflichteten Klasse von Reichsklöstern. Den Pflichten standen sehr bedeutende Vergünstigungen gegenüber. Ueber den Wert der den Reichsklöstern eigenen Immunität wird später zu reden sein. Ein großer Vorzug für die Reichsklöster bestand in den reichen Schenkungen aus Königsgut, die ihnen in besonderem Maße zuteil wurden. 11 echte und unechte Urkunden über karolingische Schenkungen an Kremsmünster sind auf uns gekommen⁵⁶), darunter allein 7 Arnulfs von Kärnten. Kremsmünster scheint also als Reichskloster zu großer Blüte gediehen zu sein.

Diese günstige Entwicklung wurde jäh unterbrochen durch die Ungarneinfälle vom Anfang des 10. Jahrhunderts⁵⁷). Ob Kremsmünster damals gänzlich zerstört wurde, ist nicht zu erkennen.⁵⁸) Man erfährt vom Kloster erst wieder durch eine Urkunde Ottos II.⁵⁹) Kremsmünster wurde durch sie als Besitz des

Klostergründung dürften jedoch die genannten Bischöfe gemeinsam beteiligt gewesen sein, namentlich, weil der Diözesanbischof, der Passauer, trotzdem er der zur Weihe Berufene ist, erst an zweiter Stelle genannt wird. Diese Rangordnung ist übrigens bemerkenswert. Der Salzburger geht nämlich den übrigen voran, obwohl er damals noch nicht zum Erzbischof erhoben war.

54. Eine Gründungsbestätigung Karls des Großen wurde bereits genannt. Eine weitere wurde gefälscht, nämlich D.K. I 247.

55. M. G. Capit. reg. Franc. (ed. Boretius) I. 350.

56. M. 850; 1522; 1530; 1538; 1771; 1772; 1773; 1786; 1787; 1811; 1892.

57. Hartenschneder S. 16; Poesinger S. 68 f.; E. Tomek, Studien zur Reform der deutschen Klöster im XI. Jahrh., Stud. u. Mitt. a. d. Kirchenhist. Seminar der theol. Fakultät der k. k. Univ. in Wien IV, Wien 1910, S. 80 f.

58. Hartenschneder a. a. O. hält die Angabe der Kremsmünsterer Geschichtsquellen SS XXV 668 Z. 39 ff. = J. Loserth, Die Geschichtsquellen von Kremsmünster im 13. und 14. Jahrhundert mit einem Vorwort von O. Lorenz hsg. Wien 1872, p. 66, Kremsmünster sei mehr als hundert Jahre verlassen gewesen, mit Recht für übertrieben. 975 ist die Abtei mit einem Collegium besetzt gewesen. Dazu vgl. Pachmayr I, S. 28, der meint, das Kloster sei bis 955 leer gewesen. Straßer S. 220 rückt wohl mit Unrecht die Zeit der Verlassenheit bis ins Ende des 10. Jahrhunderts.

59. DO. II. 111^a und 111^b.

Bistums Passau bestätigt. Wann und wie es bischöfliches Eigenkloster geworden ist, darüber schweigen die Quellen. Als Reichskloster wird es zur Zeit Heinrichs I. wie die übrigen bayrischen Reichsklöster an Herzog Arnulf gekommen sein⁶⁰⁾ und mutmaßlich nach seinem Tode, vielleicht erst nach der Ungarnvertreibung (955), an Passau. Bischof Pilgrim hat der königlichen Kanzlei Fälschungen vorgelegt⁶¹⁾, um den rechtmäßigen Besitz des Klosters zu beweisen. Das macht es wahrscheinlich, daß Kremsmünster vom Hochstift usurpiert wurde, vielleicht mit Billigung der in kriegereischer Zeit schutzlos gelassenen Mönche. Obwohl dem Kaiser die rechtlichen Bedenken gegen das Vorgehen des Passauers anscheinend nicht verborgen waren, hat er eine Besitzbestätigung erteilt, vielleicht aus politischen Gründen. Diese mögen bestanden haben in dem Gegensatz zum bayrischen Herzogtum, über den bei der Darstellung der ältesten Schicksale Niedernburgs noch ausführlich zu sprechen sein wird. Kremsmünster war sicher eines der bedeutendsten passauischen Klöster. Das Hochstift legte besonderen Wert auf diesen Besitz, wie die immer wieder erfolgende namentliche Aufführung in den Besitzbestätigungsurkunden zeigt.⁶²⁾

60. M. G. SS XXV 668 = Loserth S. 66; M. G. SS XXV 661, = Loserth S. 52. Ueber den Regensburger Vertrag vgl. M. Doeberl, Entwicklungsgeschichte Bayerns I, 3. Aufl., München 1916, S. 112 f. — Poesinger S. 71 meint, die Abtei sei durch herzogliche Uebertragung bischöflich geworden. Das zu widerlegen, ist nicht möglich, erscheint aber wenig annehmbar. Es lag nicht in der Richtung Arnulfingischer Politik, Bistümer zu bereichern. Irgendwelche quellenmäßige Anhaltspunkte fehlen P.

61. Ein Konzept der Urkunde DO. II. 111^a wurde von passauischer Seite eingereicht; dieses Stück berichtet, Bischof Pilgrim habe Urkunden der Kaiser Ludwig und Arnulf vorgelegt, denen zufolge die Abtei dem Bistum geschenkt worden sei. Dieses blieb unvollzogen. Das vollzogene Diplom DO. II. 111^b enthält diesen Hinweis nicht mehr, sondern begnügt sich von *quasdam sui cartas episcopatus* zu berichten. Vielleicht wurden die vorgelegten Urkunden als Fälschungen erkannt. Angeblich karolingische Urkunden, die Kremsmünster zu einem passauischen Eigenkloster stempeln wollen, sind uns keine außer dem bereits erwähnten Bestätigungsbrief Karls des Großen von 791 erhalten. Er wurde von dem berühmten Fälscher W. C. angefertigt (DK. I. 247). Dazu vgl. E. L. Dümmler, Pilgrim von Passau und das Erzbistum Lorch, Leipzig 1854, S. 175 Anm. 5; dens. Ueber die Entstehung der Lorchener Fälschungen B.S.B. 1898, 2. T. S. 774; K. Uhlirz, Die Urkundenfälschungen zu Passau im 10. Jahrhundert, M.I.Oe.G. 3, 1877, S. 186 ff. und 209 ff.

Kremsmünster ist noch heute eine große und berühmte Benediktinerabtei mit einer vielseitigen und weithin reichenden Wirkksamkeit⁶²). Nördlich von Salzburg liegt ein kleines weltpriesterliches Kollegiastift, M a t t s e e⁶⁴). So wenig Kremsmünster und Mattsee heute an Bedeutung miteinander verglichen werden können, so hat man die beiden Institute doch mit Recht Zwillingsschwestern genannt⁶⁵). Mattsee ist mindestens eben so alt, gleichfalls eine Gründung Herzog Tassilos, ein ehemals weitberühmtes Reichskloster mit stattlichem Besitze. Neben Kremsmünster wird Mattsee im Jahre 817 unter den zu jährlichen Geschenken und zu Gebeten verpflichteten königlichen Klöster genannt⁶⁶). Auch Mattsee begann seine lange Geschichte als Benediktinerabtei, wie aus den Verbrüderungsbüchern von Reichenau⁶⁷) und St. Peter in Salzburg⁶⁸) zu ersehen ist. Diese Quellen gewähren auch wichtige Aufschlüsse über das Alter Mattsees. Der Liber vitae von St. Peter ist um 784 angelegt worden. Er nennt einen Abt Albuin, der nach dem Reichenauer Verzeichnis der Mattseer Mönche Abt von Mattsee gewesen ist.⁶⁹) Die Abtei ist also

62. DO. II. 135; DO. III. 112; St. 2432 (O.Oe.U.B. II 87, Nr. 68); St. 2633 (O.Oe.U.B. II 92 Nr. 73). Dazu vgl. Edlbacher S. 91. — Zu bemerken ist allerdings, daß Bestätigungen der ursprünglich königlichen Klöster als besonders ratsam erscheinen mochten. Auch die ehemaligen Reichsabteien Oetting und Mattsee werden vorwiegend genannt.

63. Th. Hagn, Das Wirken der Benediktinerabtei Kremsmünster für Wissenschaft, Kunst und Jugendbildung, Linz 1848.

64. Zu Mattsees Geschichte vgl. W. Erben in F. r. A. II 49, S. 1 ff. F. V. Zillner, Matsee, Die Schlehdorfer und die Matseer, Salzburg 1877; M. Kaserer, Das weltpriesterliche Collegiastift Mattsee, Salzburg 1877; Ed. Richter, Untersuchungen zur historischen Geographie des ehemaligen Hochstifts Salzburg und seiner Nachbargebiete, M. J. Oe. G. Erg. Bd. 1, 1885, S. 692 ff.; Fastlinger, Wirtschaftliche Bedeutung S. 138 f.

65. Kaserer S. 3.

66. M. G. Capit. I. 350. Für Mattsees Stellung und Bedeutung wäre auch auf Ludwigs des Deutschen Diplom von 860, M. 1443, hinzuweisen, durch das dieser König seinem Kloster ansehnlichen Besitz in Niederösterreich schenkte.

67. M. G. Libri confraternitatum I. (ed. P. Piper, Berolini 1884), 188, 2. Sp. Z. 8.

68. M. G. Necrol. Germaniae (ed. S. Herzberg-Fränkell, Berolini 1904) II. 12: Albuinus Abbas et C. ipsius. Vgl. auch W. Hauthaler, Zur ältesten Geschichte des Stiftes Mattsee, in Salzburger Ztg. v. 2. Aug. 1884.

69. Dazu vgl. Hauthaler Salz. U. B. I 871. Als ältestes Zeugnis für die Existenz des Klosters bezeichnet dagegen Erben F. r. A. II 49 S. 35 Anm. 1

schon vor 784 gegründet worden. Da die zu Beginn des 9. Jahrhunderts königlichen Klöster in Bayern zum Erbe der Agilolfinger gehörten, ist Mattsee mit Sicherheit als Gründung Herzog Tassilos anzusprechen.

Schon sehr bald nahm allerdings Mattsees hohe Stellung als Reichskloster ein Ende. Mit Urkunde von 877 schenkte König Karlmann *quandam abatiam quae dicitur Mataseo* seiner Stiftung Oetting⁷⁰⁾.

In Oetting⁷¹⁾, das zwischen Inn und Alz in Oberbayern liegt, bestand eine der berühmtesten Karolingerpfalzen, und in Verbindung mit ihr eine mit Klosterdienst versehene Pfalzkapelle, die, wie die Mehrzahl der damaligen Hofkapellen in Bayern, Marienpatrozinium hatte⁷²⁾. König Karlmann gründete dann eine Abtei und dotierte sie mit der Pfalzkapelle und ihrem Zubehör und, wie erwähnt, mit der Abtei Mattsee. Ein Diplom Arnulfs von Kärnten vom Jahre 898⁷³⁾ nennt Oetting *ad sedem Pataviensis ecclesiae iure perpetuo pertinens*. Hier liegt aber zweifellos eine Fälschung vor⁷⁴⁾. Denn für die Jahre 899 und 901⁷⁵⁾ ist Oetting mit Sicherheit als unabhängig nachzuweisen. 907 soll dann Ludwig das Kind nach einer Urkundenabschrift des Codex Lonsdorffianus (s. XIII) das Kloster an Bischof Burkard von Passau vergabt haben⁷⁶⁾. Die eben erwähnte Fälschung, die bezweckt, Oetting für jene Zeit als passauischen

das Capitulare von 817. — Die Mattseer haben, wie wir darlegten, jedoch durchaus das Recht ihr 1150jähriges Jubiläum zu feiern. Die Arbeiten von Zillner und Kaserer sind übrigens Festschriften zur Elfhundertjahrfeier des Stiftes i. J. 1877. Gerade das Jahr 777 ist als Zeitpunkt der Stiftung bezeichnet worden nach der Gründungsgeschichte von Mattsee aus der Lokalchronik. Diese Gründungsgeschichte ist wertlos, da sie (vgl. F. r. A. II 49 S. 23) aus der von Kremsmünster hergestellt wurde.

70. M. 1521. (M.B. XXXI* 101 Nr. 47.)

71. Zur Geschichte des alten Benediktinerstifts vgl. B. Sepp, Aelteste Geschichte von Alt-Oetting. Als Manuskript gedruckt. Stadtmhof 1901; M. Fastlinger, Karolingische Königspfalzen in Alt-Bayern, Forschungen z. Gesch. Bayerns XII, 1904, S. 54—60; Kaserer S. 17 ff.

72. Fastlinger a. a. O.

73. M. 1939 (M.B. XXXI* 150 Nr. 74).

74. Sepp S. 14 nennt die Urkunde stark verunechtet. Vgl. auch Zillner S. 3 f., Dümmler, Pilgrim S. 64 f. Uhlirz, M.I.Oe.G. 3, S. 189 u. 222 ff.

75. M. 1955 und M. 1995 (M.B. XXXI*, 158 Nr. 78 und 164 Nr. 81).

76. M. 2044 (M.B. XXXI* 176 Nr. 89).

Besitz darzustellen, wirft auch, wie bereits Uhlirz⁷⁷⁾ bemerkte, auf diese Urkunde ein schlechtes Licht. Einige Forscher entschieden sich für⁷⁸⁾, andere gegen die Echtheit des Stücks⁷⁹⁾. Mühlbacher glaubte sie mit Sicherheit als Fälschung bezeichnen zu können⁸⁰⁾. Völlig unzweifelhaft wird Oetting als bischöflicher Besitz erst durch das Privileg Ottos III. für Passau vom Jahre 993 erwiesen⁸¹⁾.

Oetting als Benediktinerabtei scheint die Ungarnzeit nicht überdauert zu haben⁸²⁾. Daß seit dem Ende des 10. Jahrhunderts nur von Capella Otinga die Rede ist⁸³⁾, möchte ich nicht für diese Ansicht anführen. Auch die Reichsabtei der Karolingerzeit kommt unter dieser Bezeichnung vor⁸⁴⁾. Aber in den Jahrhunderten bis zur Einrichtung des Augustinerchorherrenstifts Oetting⁸⁵⁾ erfahren wir nichts vom Bestehen klösterlichen Lebens an diesem Orte.

Durch Oettings Zugrundegehen wurde offenbar Mattsee wieder frei vom Einfluß dieser Abtei⁸⁶⁾, ging aber in direkten bischöflichen Besitz über. Mattsee gelang es, über die Ungarn-

77. Uhlirz a. a. O. S. 223.

78. So B. Braummüller, Ueber ein bestrittenes Karolingerdiplom von 907, Hist. Jahrb. I (1880), S. 287—96.

79. Dümmler, Pilgrim S. 64 f.

80. M.J.Oe.G. 24, S. 431 f. — Uhlirz' Ansicht (a. a. O. S. 225) erscheint mir als die annehmbarste. Trotz einer gewissen Wahrscheinlichkeit der Unechtheit ist die Frage doch nicht ganz sicher zu lösen.

81. DO. III. 112. Darin, daß Oetting in Ottos II. Besitzbestätigung für Passau fehlt, möchte ich doch kein Anzeichen dafür erblicken, daß es damals nicht im passauischen Besitz sich befunden habe, wie Uhlirz S. 225 meinte. St. Florian, St. Pölten. Kremsmünster cum reliquis cellulis wird bestätigt. (DO. II. 135.) Von Otto III. werden a. a. O. Kremsmünster, Oetting, Mattsee namentlich erwähnt, St. Florian und St. Pölten bleiben ungenannt, obwohl sie unzweifelhaft dem Hochstift gehörten und für dieses von großer Bedeutung waren.

82. Sepp S. 26; Kaserer S. 21; F. X. Pritz, Geschichte des aufgelassenen Stiftes der regulierten Chorherren des hl. Augustin zu Ranshoven. A.Oe.G. 17, 1875, S. 326 f.

83. St. 2432 (M.B. XXIX* 109 Nr. 380 vom Jahre 1052).

84. M. 1995 (M.B. XXXI* 164 Nr. 81 vom Jahre 901); ebenda 1955 und 1711 (M.B. XXXI* 158 Nr. 78 vom Jahre 899; 116 Nr. 54 vom Jahre 885).

85. 1228 durch Herzog Ludwig den Kelheimer. Vgl. Sepp S. 27 und Lindner S. 40.

86. Wie auch die Kapelle Ranshofen wieder frei geworden sein soll. Pritz a. a. O.

stürme hinweg sich in bessere Zeiten hinüberzuretten. Als passauischer Besitz wird das Stift in mehreren kaiserlichen Besitzbestätigungsurkunden genannt⁸⁷⁾.

Mattsee, das als Benediktinerstift begann, war spätestens seit dem Beginn des 12. Jahrhunderts mit Säkularkanonikern besetzt.⁸⁸⁾ Wann diese Umwandlung erfolgte, vermag ich nicht zu sagen.⁸⁹⁾ Möglicherweise geschah sie im Zusammenhang mit den klösterlichen Reformen in der Mitte des 11. Jahrhunderts. Vom Bischof Altmann wissen wir ja, daß er Kanonikerstifte den Mönchsklöstern vorzog.⁹⁰⁾

Ueber die Anfänge des berühmten Augustinerchorherrnstifts St. Florian⁹¹⁾ in Oberösterreich fehlen zuverlässige Nachrichten. Das Kloster mag bereits gegen Ende des 8. Jahrhunderts, vielleicht von Herzog Tassilo, gegründet⁹²⁾, dann von Karl dem Großen an das Bistum Passau geschenkt worden sein⁹³⁾. Mehr als Vermutungen kann man darüber nicht äußern.

87. DO. III. 112; St. 2432 u. 2633 (M.B. XXIX* 109 Nr. 380; 167 Nr. 409).

88. 1115 wird ein Propst, 1120 ein Dechant von Mattsee genannt. F.r.A. II. 49, 66 sq. Nr. 5 und 6.

89. Die Ansichten über die Frage, seit wann Mattsee Collegiatstift war, gehen auseinander. Kaserer setzt das Ende der Abtei in die Zeit Ludwigs des Frommen. Seine Ansicht erledigt sich schon durch den Hinweis auf das Vorkommen eines Abts Burkhart von Mattsee im Jahre 901, M. 1995 (M. B. XXXI* 164 Nr. 81). Erben F.r.A. II 49, S. 1 glaubt, die Umwandlung sei gleichzeitig mit der Verleihung von Mattsee an Passau erfolgt. Diese setzt er ins Jahr 907. Quellenmäßig belegen läßt sich auch diese Ansicht nicht. Hauthaler, Salzburger U.B. I 871 glaubt die Errichtung einer geistlichen Genossenschaft sei zur Zeit Bischof Berengars (1013—1045) erfolgt. Er geht von der unbegründeten Voraussetzung aus, daß das Stift in den Magyarenstürmen untergegangen sei; vgl. auch Salzburger Ztg. v. 2. Aug. 1884. Lindner endlich setzt die Umwandlung in die Mitte des 11. Jahrh. Wenn auch diese Meinung, wie im Text auseinandergesetzt wird, als die annehmbarste erscheint, läßt sich Sicherheit in diese Frage doch wohl kaum je bringen.

90. Ueber die Gründe vgl. die einleitenden Bemerkungen zu Abschnitt III A.

91. Zur Geschichte dieses Stiftes vgl. A. Czerny, Kunst und Kunstgewerbe im Stifte St. Florian von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, Linz 1886; J. Stülz, Geschichte des regulierten Chorherrenstifts St. Florian, Linz 1885; J. Hollnsteiner, Die Rechtsstellung des Stiftes St. Florian in Oesterreich bis in die Zeiten Rudolfs von Habsburg, M.J.Oe.G. 40, 1925, S. 37 bis 108.

92. Eine agilulfingische Gründung nennt St. Florian Fastlinger, Bayerische Klöster S. 125.

93. Die kürzere Fassung eines Diploms Ludwigs des Frommen von

Nur soviel ist gewiß, die ältesten Quellen, zuverlässige und zwei-

823 (M. 778) berichtet außer der Restitution einiger vom Markgrafen entfremdeter ostmärkischer Besitzungen auch diejenige der cellula sancti Floriani cum Linzea. Nach dieser Urkunde soll Karl der Große dem Hochstift das Kloster geschenkt haben. Mit ihr hat sich die Forschung schon viel beschäftigt. Die Unechtheit zweier längerer Fassungen (vorliegend in angeblichen Originalen) ist allseitig anerkannt. Hinsichtlich der kürzeren, in einer Abschrift des Passauer Codex Lonsdorfianus erhaltenen Fassung spalten sich die Meinungen. — E. L. Dümmler, Ueber die südöstlichen Marken des fränkischen Reiches unter den Karolingern (795—907), A.Oe.G. 10, 1853, S. 76 f.; Büdinger I, S. 493; Vancsa S. 144 f.; Edlbacher S. 40 ff. und besonders J. Strnadt, Die passio sancti Floriani und die mit ihr zusammenhängenden Urkundenfälschungen I, Archiv. Ztschr. N.F. 8, 1899, S. 77 ff. und II, Archiv. Z. N.F. 9, 1900 S. 280 ff. entschieden sich gegen, Uhlirz, M.J.Oe.G. 3, 211 ff.; Mühlbacher Reg. 778; Stülz S. 5; Hollnsteiner S. 38; J. Lahusen, Zur Entstehung der Verfassung bayrisch-österreichischer Städte, Freiburger Abhdl. 5, Berlin und Leipzig 1908, S. 47; G. Winter, Beiträge zur österreichischen Rechts- und Verwaltungsgeschichte VIII. Bl. N.F. 17, 1883, S. 417 f.; A. Herrmann, Geschichte der l. f. Stadt St. Pölten, St. Pölten 1917—25, S. 8; W. Erben, Bespr. von J. Strnadt Passio, Hist. Vjschr. IV, 1901, S. 529 für die Echtheit der Urkunde. — Strnadt hat zusammenfassend alle Einwände vorgebracht und gemeint, endgültig den Unechtheitsbeweis führen zu können. Diesen Versuch kann man jedoch als mißlungen betrachten. Daß eine Anzahl der genannten Besitzungen in so früher Zeit sich als passauisch nicht nachweisen lassen (Wachau a. d. Bielach, Narden, Erlaf, Ried, Aschbach), ist unerheblich für den Beweis, wie schon Uhlirz hervorhob. Als passauischen Besitz kennen wir schon frühzeitig Treisma und Linz (M.B. XXVIII^o 36 Nr. 39). Triesma in M.B. ist nach Winter S. 418 Anm. 11 ein Druckfehler; vgl. auch den Druck bei Strnadt II S. 285. Strnadt hält das Vorhandensein zweier Kirchen in Sachsen und Ardagger in so früher Zeit für unmöglich und glaubt, den Nachweis für die Existenz zweier Kirchen erst für das 12./13. Jahrhundert bringen zu können (S. 287). Demgegenüber muß bemerkt werden, daß basilica, so werden die erwähnten Kirchen bezeichnet, Kirche in einem ganz allgemeinen Sinne bedeutet; s. P. Imbart de la Tour, De ecclesiis rusticis aetate Carolingica, Burdegala 1890, (Lat. These) p. 4 sq. und A. L. Richter, Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechts. In 8. Aufl. bearb. v. R. Dove und W. Kahl, Freiburg i. Br. 1886, S. 463. Es kann sich also insbesondere um grundherrliche Kapellen dabei handeln. Daß sich die Geschichte solcher Kirchen in so früher Zeit nicht verfolgen läßt, ist doch wirklich nicht auffällig. Wie oft sind sie nur von kurzem Bestand gewesen und niedergebrannt oder verfallen. Von Strnadts Argumenten blieben noch die von ihm als bedenklich bezeichneten Namensformen übrig, allerdings dürfte damit wenig anzufangen sein, da für so frühe Zeit das nötige Vergleichsmaterial fehlt. Das Formular ist nach Mühlbacher und Uhlirz gänzlich einwandfrei. — Wenn auch an der Echtheit des Stückes festzuhalten ist, so ist doch, wie Erben a. a. O. S. 530 hervorhebt, mit der Mög-

felhafte, zeigen St. Florian übereinstimmend als bischöflich passauisches Eigenkloster.⁹⁴⁾

Auch über St. Pölten's älteste Geschichte⁹⁵⁾ vermag man nicht klar zu sehen. Es war jedenfalls das älteste Kloster Niederösterreichs. Im Jahre 1784 wurde es aufgehoben und sein Vermögen zur Dotation des gleichnamigen Bistums verwandt⁹⁶⁾.

Otto II. bestätigte im Jahre 976 dem Bischof den Besitz des Klosters⁹⁷⁾. Das ist die früheste Nachricht, die wir von St. Pölten Existenz besitzen. Aber schon gleich nach der Ungarninvasion bestand es, wie aus jener berühmten Aufschreibung über ein ostmärkisches Placitum Herzog Heinrichs II. von Bayern im Jahre 985 hervorgeht.⁹⁸⁾ Wahrscheinlich ist aber ein noch

lichkeit von Interpolationen gerade hinsichtlich der St. Florianer Stelle stark zu rechnen. Deshalb ist die größte Vorsicht bei der Verwendung dieser Quelle geboten. — Für die Annahme einer frühzeitigen Existenz von St. Florian können auch zwei Aufzeichnungen herangezogen werden, die von Schenkungen an das Kloster berichten. Die M.B. XXVIII^b 47 Nr. 55 und 48 Nr. 57 datieren sie zu 788—800. Diese Ansetzung hat Strnadt I, S. 57 f. mit durchaus schwerwiegenden Gründen angefochten. Erben a. a. O. S. 532 hat die Stücke der Form nach doch um 800 angesetzt, ohne diese Ansicht als durchaus sicher zu bezeichnen. — Die ersten völlig gewissen Nachrichten über St. Florian sind von 888, 892 und 899/903, nämlich M. 1786, 1869 (M.B. XXXI^a 126 Nr. 59; 141 Nr. 68), M.B. XXVIII^b 32 Nr. 96.

94. Die beiden ältesten Traditionen für St. Florian (M.B. XXVIII^b 47 Nr. 55 u. 48 Nr. 57) sind eingereiht unter die Cartae de traditionibus ad sanctum Stephanum (Schutzheiliger der Passauer Kathedrale) de Matagaue. Die zweitgenannte Tradition stellt gar dem Verletzer der Schenkung *luctam cum sancto Stephano* in Aussicht. In M. 778 wird St. Florian ausdrücklich als dem Bistum gehörig bezeichnet. Auch wäre darauf hinzuweisen, daß der Terminus *cellula* häufig auf von Kathedralen abhängige Klöster in dieser Zeit angewendet wurde. Vgl. A. Pöschl, *Bischofsgut und mensa episcopalis*, 2. Teil, Bonn 1909, S. 176 Anm. 3; Czerny S. 11. Ganz deutlich ist das Verhältnis St. Florians zu Passau aus des Grafen Günthers Schenkung an das Kloster zu ersehen. Er übergibt nämlich das geschenkte Gut in die Hand Bischof Richars von Passau (M.B. XXVIII^b 32 Nr. 96). Ueber die rechtliche Bedeutung dieser Vorgänge vgl. die Darlegungen des 2. Kapitels.

95. Ueber diese vgl. J. Frast, *Historische und topographische Darstellung von St. Pölten und seiner Umgebung* usw. *Kirchliche Topographie von Oesterreich* Bd. VII, Wien 1828; Winter, *Bl. N. F.* 17; Herrmann, *Geschichte von St. Pölten*; Lahusen a. a. O.

96. Lindner S. 239.

97. DO. II. 135.

98. N.Oe.U.B. I 3 Nr. 2 (M.B. XXVIII^b 86 Nr. 116). Die um den kirch-

höheres Alter des Klosters. Es ist zutreffend bemerkt worden, daß nach der Ungarnkatastrophe kaum die Mittel für Neugründungen vorhanden gewesen sein dürften, daß man sich vielmehr wohl auf die Wiederaufrichtung des Zerstörten beschränkt habe.⁹⁹⁾ Immerhin läßt sich das Bestehen von St. Pölten vor der Mitte des 10. Jahrhunderts nur vermuten, nicht beweisen.¹⁰⁰⁾

Die für uns wichtigere Frage nach dem Gründer ist ebenso schwierig wie umstritten. Von der einen Seite ist St. Pölten als Gründung von Tegernsee¹⁰¹⁾ betrachtet worden, von der anderen wurde die Frage, auf wessen Grund und Boden das Kloster erbaut worden ist, nicht aufgeworfen, es wurde vielmehr nur als eine Stiftung bezeichnet, die mit Tegernseer Mönchen besetzt worden sei¹⁰²⁾. Man berief sich bei solchen Annahmen auf Aufzeichnungen aus Tegernsee aus dem 11. Jahrhundert.¹⁰³⁾ Diese besagen, das bayrische Kloster habe in karolingischer Zeit reichen Besitz in der Ostmark gehabt, u. a. St. Pölten, das jetzt dem Bischof von Passau gehöre. Herzog Arnulf habe jedoch

lichen Besitz in der Ostmark Befragten nennen u. a. als passauisch Treisimam civitatem sancti Jpoliti martiris, ea integritate ut quondam beate memorie Adalbertus episcopus sub Purchardo marchione in sua tenuit vestitura.

99. Vansca, S. 154 Anm. 3; Winter S. 419; Herrmann S. 9 Anm. 3 (S. 10); Lahusen S. 47.

100. O. Kaemmel, Die Entstehung des österreichischen Deutschtums, 1. Bd., Die Anfänge des deutschen Lebens in Oesterreich bis zum Ausgang der Karolingerzeit. Leipzig 1879, S. 251, setzt die Entstehung von St. Pölten schlechthin ins 9. Jahrhundert. Winter S. 419 hat für die Gründung 823 als terminus post quem bezeichnet, da St. Pölten in der besprochenen Urkunde dieses Jahres unerwähnt bleibt. Diese Annahme ist ungerechtfertigt, denn außer der Möglichkeit der Nichtexistenz bestehen zwei andere: das Kloster kann Passau in dieser Zeit nicht gehört haben oder der Markgraf kann auch das Hochstift im Besitz des Klosters unbehelligt gelassen haben. (Es sind doch wohl nur restituierte Güter in der Urkunde aufgeführt worden.)

101. A. Huber, Geschichte Oesterreichs I, Gotha 1885, S. 90. Derselbe, Geschichte der Einführung und Verbreitung des Christentums in Südostdeutschland, 4. Bd. Salzburg 1874/75, S. 341 ff.; Lindner S. 239; Vansca S. 143 Anm. 4, S. 154 Anm. 3; Lahusen S. 47 folgt Vansca.

102. Winter S. 419; Herrmann S. 9; Frast S. 74 ff.

103. S. Günthner, Geschichte der literarischen Anstalten in Bayern. Ein Versuch. Bd. I, München 1810. S. 142–44; M.B. VI 162–63. Es handelt sich um zwei Versionen, von denen die erste m. E. 1019–35, die zweite um 1060 aufgezeichnet wurde. — Pez, SS. I 741 gibt wohl dieselbe Fassung wie Günthner, nur weniger genau.

Tegernsee seiner ostmärkischen Güter beraubt. Daß die Reichs-
 abtei einst Besitz an dem Traisenfluß gehabt hat, ist wohl mög-
 lich, doch nicht durch sichere Quellen bezeugt. Da sind wir für
 Passau besser daran. Treisma ist nach dem Ludovicianum von
 823 passauisch¹⁰⁴). Schon für frühere Zeit ist Besitz des Hoch-
 stifts an diesem Orte zu belegen¹⁰⁵). Wenn auch Tegernsee Güter
 in dieser Gegend besessen haben sollte, kann das daher doch
 nicht für die Ansicht vom tegernseeischen Ursprung St. Pöltns
 geltend gemacht werden. Man muß in Ermangelung zureichen-
 den Quellenmaterials darauf verzichten, den Gründer zu er-
 mitteln.¹⁰⁶)

St. Pöltn ist in der Ungarnzeit zugrundegegangen.¹⁰⁷) Ist
 es noch im 10. Jahrhundert wiederhergestellt und mit einem
 Kollegium besetzt worden oder erst, wie Winter und Herr-
 mann¹⁰⁸) meinen, unter den Bischöfen Berengar und Engelbert
 (1013 bis 1045; 1045 bis 1065)? Haben die Passauer den ehe-
 maligen Klosterbesitz ihrem Bistum völlig einverleibt oder wenig-
 stens mit einem Teil davon das Stift neu begründet und ein be-
 sonderes Eigenkirchenvermögen geschaffen? Ich möchte Letz-
 teres annehmen. Aus Tegernseer Aufzeichnungen (1019 bis 1035)
 ist die Existenz eines Klosters um diese Zeit zu ersehen¹⁰⁹). Die
 Marktverleihung Heinrichs IV. für St. Pöltn zeugt, wie Winter
 selbst hervorhebt¹¹⁰), „für das alte Ansehen des Stifts“. Es läßt
 sich vermuten, daß das Kloster entsprechend den geringen Mit-

104. M. 778. (O.Oe.U.B. II 9 Nr. 6.)

105. M.B. XXVIII^b 36 Nr. 39 (799); Treisma = Das spätere Treisma
 Sancti Yppoliti. — Uhlirz, M.I.Oe.G. III, S. 216 Winter, Bl. 17, S. 418.

106. Die Tegernseer Erzählung könnte leicht folgendermaßen aufge-
 kommen sein: Zur Zeit ihrer Abfassung wurde eine Gründungsgeschichte
 von Tegernsee erzählt nach der die Stifter der bayrischen Abtei auch St.
 Pöltn erbaut haben sollen. (Pez, SS. I 740, Huber, Einführung IV, S. 342.)
 Das soll um das Jahr 740 (!) gewesen sein. Leicht läßt sich denken, daß
 der Schreiber der Aufzeichnung über den entfremdeten ostmärkischen Be-
 sitz auf den Gedanken kam: St. Pöltn gehört nach der Gründungs-
 geschichte uns. Der Bischof von Passau, der jetzige Inhaber, hat es von uns.
 Episcopus Benno (Berengar) Pataviensis a nobis habet abbatiam ad S.
 Yppolitum.

107. Das nimmt unter Hinweis auf die exponierte Lage des Stifts mit
 Recht an Frast S. 45 und 74.

108. Winter S. 421. Herrmann S. 14. Auch Poesinger meint S. 82
 Anm. 3, das Stift sei erst unter Bischof Berengar „resusziert“ worden.

109. Günthner I, S. 143.

110. Winter, a. a. O. S. 425.

teln, die nach der Ungarnzeit zu Gebote standen, nur dürftig wiederaufgebaut wurde und erst in den Zeiten der beiden genannten Bischöfe eine steinerne Kirche und ansehnliche Wohngebäude erhielt, vielleicht auch eine Vermehrung der Zahl der Kanoniker und der Güter gewährt wurde. So ist die Angabe der St. Pöltener Totenbücher¹¹¹⁾ zu verstehen: „Engelbertus et Perngerus episcopi Patavienses fundatores nostri . . .“

Die Frauenabtei Niedernburg¹¹²⁾ in Passau war für das Bistum von hervorragender Bedeutung. Ihr Erwerb trug zur Bildung des späteren Fürstentums wesentlich bei. Einstweilen soll uns die älteste Geschichte und die der Erwerbung durch Passau beschäftigen.

Seit Erhard¹¹³⁾ bezog man eine Notiz aus dem Codex Pataviensis traditionum antiquissimus¹¹⁴⁾, die von der Gründung eines Marienklosters durch Kotafried und seine Gemahlin Kepahilt im Jahre 738 und der Uebergabe ihrer Tochter Kotalind, sowie der Weihe durch Bischof Vivilo († 744) berichtet, auf Niedernburg. Schon Huber hat diese Annahme als Irrtum bezeichnet¹¹⁵⁾, das

111. F. r. A. II 21, 523 sq. Zu bemerken ist, daß man mit dem Titel fundator im Mittelalter nicht eben sparsam umging. Die oben vertretene Ansicht über die Interpretation der Angaben des Nekrologs hat auch Th. Wiedemann, der Herausgeber der St. Pöltener Nekrologe, a. a. O. S. 524 ausgesprochen.

112. So vielfach dieses berühmte Kloster in der Literatur erwähnt wurde, eine besondere Darstellung hat seine Geschichte nicht erhalten. Einige kurze Notizen sind zu finden bei A. Erhard, Das ehemalige Nonnenkloster Niedernburg in Passau, Verh. d. hist. Ver. f. Niederbayern, 2. Bd. 2. Heft, 1851, S. 19—33, und A. Erhard, Geschichte der Stadt Passau, (2 Bde. Passau 1862 u. 64), 2. Bd., S. 109 ff.

113. Verh. S. 21, Stadt 2. Bd., S. 110 f.

114. M. B. XXVIII^b 53 Nr. 66.

115. Einführung III, S. 352 f. Wenn Huber das Marienkloster der behandelten Tradition und die in M. B. XXVIII^b 55 Nr. 68 und 68 Nr. 86 genannte Marienkirche an der Enknach gleichsetzt und Popili und Kotalind als Kinder der Gründer von 738 betrachtet, so wird diese Annahme allein schon durch das Dazwischenliegen eines Zeitraums von 65 Jahren widerlegt. Um was für eine Marienkirche es sich in der erstgenannten Aufzeichnung handelt, läßt sich nicht sagen. — Auch die von Fastlinger, Wirtschaftliche Bedeutung der bayrischen Klöster S. 116 geäußerte Ansicht — er stützt sie auf die besprochene Traditionsaufzeichnung — Bisch. Vivilo habe am „1. November 739 das Nonnenkloster Niedernburg, den Appendix der Herrenabtei (!),“ geweiht, ist völlig unhaltbar.

gleiche tat dann auch Heuwieser¹¹⁶⁾. Und zweifellos mit Recht. Das Stück enthält keine Ortsangaben und ist den Traditionen des Mattachgaues eingereiht, während Passau-Niedernburg doch zum Rottachgau gehört. Das Bestehen der Abtei im 8. Jahrhundert ist überhaupt nirgends belegt. Die älteste urkundliche Erwähnung stammt von 888¹¹⁷⁾. Arnulf von Kärnten verlieh ein Klostergut auf Lebenszeit, ein deutliches Zeichen dafür, daß Niedernburg damals zur Reichskirche gehörte.

Als sich das Stammesherzogtum erhob, kam Niedernburg mit der Reichskirche in Bayern in die Gewalt der Herzöge. Heinrich I. überließ Bistümer und Klöster an Herzog Arnulf¹¹⁸⁾. Dieser erwarb über Bayern vizekönigliche Gewalt. Eine Herrschertätigkeit des Königs¹¹⁹⁾ in Konkurrenz mit dem Herzog wurde ausgeschlossen. Unter Otto I., der die Herzogtümer der Reichsgewalt streng unterzuordnen bestrebt war, entbrannte ein heftiger Kampf um die Stellung der bayrischen Herzöge¹²⁰⁾. Diese versuchten, die von ihnen ausgeübte vizekönigliche Gewalt zu eigenem Rechte zu behaupten, die Ottonen, die Auffassung der Herzogtümer als vom Reiche herrührender lehnbarer Aemter durchzusetzen. Nach Herzog Arnulfs Tod und der Vertreibung seines Sohnes Eberhard wurde ein Uebergewicht des Königs begründet. Die herzoglich bayrische Kirche wurde wieder, was sie

116. M. Heuwieser, Die stadtrechtliche Entwicklung der Stadt Passau bis zur Stadtherrschaft der Bischöfe. Phil. Diss. München 1909, S. 33.

117. M. 1778. M.B. XXXI* 122 Nr. 57. Heuwiesers Behauptung, Niedernburg sei eine agilolfingische Gründung, ist nicht zu beweisen. Im ersten Viertel des 9. Jahrhunderts als zur Reichskirche gehörig nachzuweisende bayrische Klöster dürften mit einiger Sicherheit als ursprünglich herzogliche Klöster angesehen werden, nicht aber Reichsklöster die im letzten Viertel des Jahrhunderts zuerst auftauchen. Heuwiesers (S. 34) Hinweis auf ein Patrocinium sancti Salvatoris, das die meisten Herzogsklöster hatten, genügt nicht, um agilolfingische Herkunft zu beweisen. Leicht kann Analogie zu mehreren Klöstern, die jetzt dem Reiche gehörten, maßgebend gewesen sein.

118. A. Hauck, Die Entstehung der bischöflichen Fürstenmacht, Progr. Leipzig 1891, S. 13.

119. Ueber die Abtrennung der bayrischen Reichskirche vgl. Hauck S. 16; Döberl, Entwicklungsgeschichte Bayerns I, S. 112 f.; s. auch dort die Darstellung der weitgehenden Selbständigkeit der bayrischen Herzöge.

120. Hauck, Fürstenmacht S. 22 f.; ders., Kirchengeschichte Deutschlands III, 3. u. 4. Aufl. 1906, S. 17; S. Riezler, Geschichte Bayerns, 1. Bd. Gotha 1878, S. 331 f.; Doeberl I, S. 114 ff.; G. Waitz, Jahrbücher des deutschen Reiches unter König Heinrich I., 3. Aufl. Leipzig 1885, S. 54 ff.

unter den Karolingern gewesen war, reichsunmittelbar.¹²¹⁾ Herzog Heinrich II., Sohn der Arnulfingerin Judith, erneuerte noch einmal die Ansprüche des mütterlichen Geschlechts. In diesem Kampfe war die Kirche die natürliche Bundesgenossin des Kaisers. Es war eine kluge Politik von seiten der Ottonen, die ihnen bestrittenen königlichen Rechte und Besitzungen durch Vergabung an die Bischöfe dem Zugriff der Herzöge ferner zu rücken. Waren doch die mächtigen Bischöfe eher in der Lage, sich gegen Uebergriffe zu verteidigen, als die Klostervorstände oder gar die Inhaber der Krongüter, ja sie konnten das besser als der oft ferne Kaiser selbst.

Zu den damals an das Bistum Passau vergabten königlichen Besitzungen gehörte die Reichsabtei Niedernburg.

In die Herrschaft und den Grundbesitz in der Stadt Passau teilten sich in jenen Zeiten hauptsächlich der König und der Bischof¹²²⁾. Der Herzog hatte dort Funktionen allein als Stellvertreter des Königs¹²³⁾. Außer öffentlichen Rechten über die Stadt hatte der König 2 Besitzkomplexe, Hofstätten, von denen ein Zins entrichtet wurde, und das Kloster Niedernburg¹²⁴⁾. Dies wissen wir aus einem Diplom Ottos II.¹²⁵⁾, das den civitatis pos-

121. Doeberl I, S. 116: „Aus einer Landeskirche wurde die bayrische Kirche nach kurzer Unterbrechung wieder zu einem Gliede der Reichskirche...“

122. F. Strauß, Die Begründung der Stadtherrschaft der Bischöfe von Passau und die Urkundenfälschungen des 10. Jahrhunderts, M.I.Oe.G. 26, 1905 S. 128 spricht im Gegensatz zu der früher herrschenden Meinung, nach der Passau Bischofsstadt gewesen sein soll, die Ansicht aus, die Stadt sei königlich gewesen. A. Dopsch, Zur Frage der Begründung der Stadtherrschaft durch die Bischöfe von Passau, M.I.Oe.G. 26, 1905, S. 329 ff. trat ihm entgegen, versuchte bischöflichen und herzoglichen Anteil am Grund und Boden nachzuweisen und betonte das Bestehen von herzoglichen Rechten neben den königlichen. Schließlich hat Heuwieser (besonders S. 39^f), dessen Meinung man in den wesentlichen Punkten folgen muß, das Verhältnis der Stadt zu König und Herzog als abhängig von der Macht und dem Niedergang des Stammesherzogtums im 10. Jahrhundert dargestellt, ähnlich wie ich es mit den königlichen und herzoglichen Rechten am Kloster tat.

123. Daß bedeutender herzoglicher Grundbesitz, wie Dopsch a. a. O. S. 332, meint, in Passau nicht vorhanden gewesen sein kann, zeigt Heuwieser S. 33 ff.

124. Heuwieser S. 33.

125. DO. II. 137. Dazu vgl. Edmund E. Stengel, Die Immunität in

sessores, die auf den Hofstätten sitzen, Befreiung vom Arealzins und Wasserzoll, der familia der Abtei solche von ungerechten Forderungen gewährt¹²⁶). Bevorrechtigt werden offenbar nur die in privatrechtlicher Beziehung zum König befindlichen Personenkreise, nicht etwa auch die bischöfliche familia¹²⁷). Diese Erkenntnis ist wichtig für die Datierung der Urkunde¹²⁸). Da Niedernburg noch königlich ist, so geht sie sicher dem Diplom Ottos II. vom Jahre 976 voraus, das die Schenkung des Klosters an das Bistum bringt.¹²⁹) Diese Schenkung zeigt ebenso wie die geschilderte Privilegierung mit möglicher Deutlichkeit, daß Niedernburg bis dahin königliches Eigenkloster gewesen war. Von irgendwelchen besonderen Rechten des Herzogs kann keine Rede sein.

Lange war die Abtei nicht bischöflich. Im Jahre 1010 war sie wieder Reichsabtei. Das zeigt schon die Formel: „ut nullus dux marchio episcopus comes vicecomes vel aliqua regni nostri magna parvave persona deinceps se inde intromittere absque consensu et voluntate abbatissae eiusdem monasterii ceterarumque sororum inibi Deo famulantium audeat“ in einer Königsurkunde¹³⁰) für Niedernburg¹³¹). Der Passauer Bischof

Deutschland bis zum Ende des 11. Jahrhunderts I, Innsbruck 1910, S. 171 f.: „Wahrscheinlich unvollzogen geblieben“. Das Stück ist für uns deswegen nicht weniger beweiskräftig.

126. *Precipimus, ut prescripte civitatis possessores amodo nullum teloneum per omnes aquas... persolvere cogantur et nihilominus de areis quas in eadem urbe possident aliquem census dare constringantur et universa familia sancte Marie tam viri tam et femine nulla iniusta distictione servitutis deinceps innodentur*; wir folgen im Text der zweifellos zutreffenden Interpretation von Strauß S. 129 Anm. 5 auf Nachlaß auch des Grundzinses, der sich Dopsch S. 331 und Heuwieser S. 32 Anm. 2 anschlossen.

127. Gegenüber einigen Forschern, die glaubten, die Urkunde sei zugunsten des Bischofs ausgestellt (so Uhlirz, M. I. Oe. G. III S. 204), muß hervorgehoben werden, daß Bischof Pilgrim allein als *Intervenient* auftritt. Er bittet den König und dieser gewährt den *civitatis possessores* und der *Klosterfamilia*, nicht dem Bischof.

128. Heuwieser S. 38 sagt m. E. zutreffend, bei dem behandelten Stück könne nur die Ueberlieferung, nicht aber der Inhalt Bedenken hinsichtlich der Echtheit erregen. Anderer Ansicht ist Dopsch a. a. O. S. 335 f.

129. DO. II. 136^b.

130. DH. II. 214.

131. S. Hirsch, *Jahrbücher des Deutschen Reiches unter Heinrich II.*, 2. Bd., Berlin 1864, S. 247.

wird in keiner der vier Urkunden Heinrichs II. für Niedernburg auch nur erwähnt¹³²).

Wie es zugeht, daß das Hochstift die Abtei verlor, wissen wir nicht. Noch merkwürdiger ist es aber, daß Heinrich II. dem Kloster Rechte schenkte, die erst im Jahre 999 Otto III. dem Bistum¹³³) übertragen hatte. Damals erhielt nämlich Passau eiusdem civitatis mercatum monetam bannum theloneum et totius publice rei districtum, tali tenore ut predictus presul Christianus suique successores omnem publicam rem hactenus nobis in eadem civitate Bataviensi pertinenti habeat“. Und was erhielt nun die Aebtissin? Partem thelonei, quam in eadem videmur civitate habere . . bannum macelli in proprietate eiusdem monasterii facti cum omni theloneo sibi similiter largimur; ad hoc quoque districtum vel placitum seu cunctam publicam functionem super liberos et servos in praefatae abbatae terra residentes in eadem scilicet . . civitate sibi simili modo donamus¹³⁴). Das alles sollte nach der Urkunde von 999 dem Bischof gehören. Zwischen 999 und 1010 müssen dem Hochstift diese wertvollen Rechte und wohl gleichzeitig auch Niedernburg verloren gegangen sein. Das Wie und Wann, alle näheren Umstände bleiben uns völlig verborgen. Man sollte doch denken, daß in irgend einer annalistischen Quelle ein Gedächtnis an diesen wahrhaft furchtbaren Eingriff in das Bistumsvermögen sich erhalten hätte¹³⁵). Doch nichts davon. Die Kämpfe zwischen Bayernherzog und Kaiser ruhten zur Zeit Herzog Heinrichs IV., des nachmaligen Kaisers Heinrich II.¹³⁶). Nach seiner Erhebung auf den Thron trieb dieser durchaus Reichspolitik¹³⁷), er setzte keineswegs noch Ziele der Arnulfinger durch¹³⁸). Sein Verhält-

132. DH. II. 214; 215; 216; 217.

133. DO. III. 306.

134. DH. II. 214.

135. Riezler, Geschichte Bayerns, 1. Bd., S. 430: „Sonst weist nichts darauf hin, daß Heinrich in Bayern einem Bistum ein einverleibtes Kloster entzog.“ G. Matthäi, Die Klosterpolitik Kaiser Heinrichs II. Ein Beitrag zur Geschichte der Reichsabteien. Phil. Diss. Göttingen 1877, S. 65: „Das bischöfliche Vermögen aber hat Heinrich, soviel wir wissen, nicht ange- tastet, sondern mit glänzenden Schenkungen ausgestattet.“ (Nämlich im Gegensatz zu der bekannten Richtung seiner Klosterpolitik.)

136. Riezler, I. Bd., S. 407.

137. Richtig ist nur, daß er Reichsklöster in Bayern besonders reich begabte. Vgl. Riezler, 1. Bd., S. 430; Hirsch, Jahrbücher, 2. Bd., S. 116 f.

nís zu dem um die Krone hochverdienten Bischof Christian von Passau (991 bis 1012) ist nach den erhaltenen Nachrichten durchaus ungetrübt gewesen. Auch ein Wechsel auf dem bischöflichen Stuhl, der zuweilen den Anlaß für Eingriffe in den Vermögensbestand der Kirchen bot, hat in dieser Zeit nicht stattgefunden. Man muß darauf verzichten, aus dem vorliegenden Material Aufschluß über die auffallenden Vorgänge zu erhalten¹³⁹).

Einige Forscher haben überhaupt bezweifelt, daß Heinrich II. die beabsichtigte Lösung vom Bistum gelungen sei¹⁴⁰).

138. Anders Heuwieser S. 50. H. scheint mir das Verhältnis von König und Herzog zur Abtei überhaupt nicht ganz konsequent dargestellt zu haben. Einerseits sagt er (S. 34) richtig: Auch Kaiser Otto III. bekundet durch Schenkung Niedernburgs an Passau dessen vollständige Abhängigkeit von der Krone. Er fährt aber trotzdem fort: Am deutlichsten weist aber die großartige Fürsorge des vom Bayernherzoge zum Kaiser emporgestiegenen Heinrichs II. für Niedernburg auf dessen herzogliche Herkunft. Und weiter unten meint er: „Auf ein herzogliches Kloster deutet dann nicht zuletzt der Umstand, daß Damen des herzoglichen Hauses an seiner Spitze standen.“ Auch sonst enthält Heuwiesers Arbeit noch Bemerkungen, die Niedernburg als herzogliches Kloster darstellen, neben solchen, die zutreffend seine Reichsunmittelbarkeit hervorheben. Hier sei nochmals auf die obigen Ausführungen über den Kampf zwischen Kaiser und Herzog um die Reichskirche in Bayern verwiesen und nur noch bemerkt, daß die sogenannten Damen des herzoglichen Hauses tatsächlich ja Damen des königlichen Hauses gewesen sind. Die zweite Aebtissin nach der Neubegründung (1010) war Gisela, Heinrichs II. Schwester, Königin von Ungarn. Daß die erste, Heilika, keine Verwandte Heinrichs war, erkennt richtig Hirsch, Jahrbücher 2. Bd., S. 246. Leider hat man von Hirschs Bemerkung keine Notiz genommen und Heilika stets als Tante oder Muhme Heinrichs II. bezeichnet.

139. Heuwieser S. 35 Anm. 2 hat sogar die Möglichkeit einer Fälschung von DO. II. 136^b diskutiert, sie aber doch verworfen. Man müßte geradezu auch DO. III. 306 als Fälschung nachweisen, wollte man die Wiederherstellung Niedernburgs ganz verstehen. — Einen Zusammenhang mit einer Reformierung des Klosters vermutet E. Tomek, Studien zur Reform der deutschen Klöster S. 126.

140. Riezler, 1. Bd., S. 430 sieht kein Zeugnis dafür, daß der Plan zur Ausführung gekommen sei, weist aber darauf hin, daß 1161 Niedernburg Reichsabtei gewesen sei. Hirsch, Jahrbücher II, S. 248, meint, „daß Heinrich damit (das Kloster reichsunmittelbar zu machen) auf die Dauer nicht durchgedrungen ist“, usw. Als Passauer Kloster nach 1010 sehen Niedernburg an A. Hackel, Die Besiedlungsverhältnisse des oberösterreichischen Mühlviertels in ihrer Abhängigkeit von natürlichen und geschichtlichen Be-

Diese Bedenken sind aber leicht zu zerstreuen. Die Anwendung der Formel für vom Bistum unabhängige Klöster auf Niedernburg erwähnte ich. Es ist wahr, zwischen 1010 und 1161 klafft eine tief bedauerliche Lücke im Niedernburger Urkundenschatz. Immerhin hat L. Groß eine Urkunde Bischof Ulrichs I. (1092 bis 1121) für die Abtei durch den Druck allgemein zugänglich gemacht¹⁴¹⁾. Sie berichtet von einem Tausch zwischen Hochstift und Abtei. In keiner Weise gibt sich eine Abhängigkeit des Klosters kund, ebensowenig in einer Urkunde über einen Tausch mit dem Bischof von Freising im Jahre 1147¹⁴²⁾. Ausschlaggebend ist aber, daß in den Urkunden, die von der Schenkung der Abtei an Passau durch Friedrich I. und Heinrich VI. handeln, Niedernburg durchweg als *regalis abbatia* aufgeführt wird.¹⁴³⁾ Schließlich ist ein unverkennbares Zeichen für die Zugehörigkeit zur Reichskirche die Beobachtung, daß die Klostervogtei nicht vom Bistum, sondern vom Reiche zu Lehen ging.¹⁴⁴⁾

Das Jahr 1161 wurde für die Geschichte der Abtei von schicksalswendender Bedeutung. Kaiser Friedrich Barbarossa schenkte damals Niedernburg dem Bischof Konrad I. von Passau¹⁴⁵⁾. Dabei behielt er sich die Vogtei vor und verpflichtete

dingungen, Forschungen zur deutschen Landes- und Volkskunde XIV, 1. Heft, Stuttgart 1902, S. 38 f. und J. Strnadt, Das Land im Norden der Donau, mit einer historischen Karte, A.Oe.G. 94, 1907, S. 92 f. Auch J. N. Buchinger, Geschichte des Fürstentums Passau aus archivalischen Quellen, 1. Bd., München 1816, S. 119 glaubt nicht an die Selbständigkeit der Abtei nach 1010.

141. L. Groß, Ueber das Urkundenwesen der Bischöfe von Passau im 12. und 13. Jahrhundert, M.I.Oe.G. Erg. Bd. 8, 3. Heft, 1911, S. 635 f. Bischof Ulrich überträgt auf dem Marienaltar (der Niedernburger Klosterkirche) eine Kirche in Perlesreut mit einem Zehntteil durch seinen Vogt Ulrich, die Aebtissin gibt dagegen drei Kirchen mit je einer Hufe durch ihren Vogt, den Grafen Berengar. Dazu vgl. Erhard, Verh. des hist. Ver. f. Niederbayern 38, 1902, S. 274. Die Urkunde hat schon Buchinger Bd. I, S. 139 behandelt, sie jedoch ohne zureichenden Grund als Fälschung verworfen.

142. C. Meichelbeck, Historia Frisingensis, Vindel. et Graecii 1724 bis 1729, I, 2, 549 Nr. 1321.

143. St. 3901; 3905; 4801. (M.B. XXIX* 356 Nr. 502, 359 Nr. 503, 469 Nr. 554.) B.F. 940 und 942. (M.B. XXX* 64 Nr. 632 und 66 Nr. 633.)

144. Vgl. die Ausführungen über die Niedernburger Vogtei 3. Kap. Abschn. I. B.

145. St. 3901 und 3905 (M.B. XXIX* Nr. 502 u. 503).

das Hochstift, zum Entgelt jährlich 40 Pfund Regensburger Münze zu zahlen. Niedernburg trat damit endgültig in die Reihe der Passauischen Eigenklöster ein. Heinrich VI. bestätigte seines Vaters Gabe¹⁴⁶⁾. Diesmal fiel dem Hochstift noch die „Königssteuer“ und, was noch wichtiger ist, auch die Vogtei zu. Von einer Zahlung an den königlichen Fiskus war keine Rede mehr.

III.

Es wurde gezeigt, wie sechs uralte Klöster zum Passauer Bistum in ein besonderes Abhängigkeitsverhältnis getreten sind. Vier davon sind sicher Reichsklöster gewesen und durch Schenkung in passauischen Besitz gekommen. Von den beiden anderen läßt sich weder Ursprung noch Erwerbsart sicher feststellen.

Es ist allgemein zu beobachten, daß von den ältesten Klöstern ein sehr großer Teil auf königliche oder herzogliche Gründung zurückgeht.¹⁴⁷⁾ Seit dem 11. und 12. Jahrhundert hat sich das Verhältnis völlig gewandelt. Die Klosterstifter gehören seit dieser Zeit, soweit es Laien sind, überwiegend der Schicht der Edelfreien, d. h. der Grafen und Freiherren, an. Neben ihnen treten die Bischöfe immer mehr hervor.

Im 10. Jahrhundert war in Frankreich eine kirchliche Reformbewegung entstanden, die sich auch nach Deutschland verpflanzte und rasch um sich griff. Von religiösen Impulsen hatte sie ihren Ausgang genommen, Anregung der religiösen Lebendigkeit hatte sie zur Folge. Die Hauptträger der Bewegung, die Mönche, gewannen in zunehmendem Maße Popularität. Unter solchen Eindrücken und Einflüssen wurde eine große Anzahl neuer Klöster gegründet.¹⁴⁸⁾

A) Noch aus anderen Gründen hat die Reformbewegung die Stiftertätigkeit angeregt. Die Klosterreform bereitete die Reform der Gesamtkirche vor und hat auf sie stets einen starken Einfluß behalten. Und bei der Durchführung der Reformbestrebungen wurden wiederum die Klöster als Stützen benutzt. Diese

146. St. 4801 (M.B. XXIX* 469 Nr. 554). — Der Ansicht von K. Hörger, D. reichsrechtliche Stellung der Fürstäbtissinnen, A.U.F. 9, 1926, S. 211, Niedernburg sei nach 1161 noch einmal unabhängig geworden, vermag ich nicht beizutreten.

147. Für die Passauer Diözese vgl. die Zusammenstellungen des 1. Abschnitts.

148. Hauck, Kirchengeschichte III, 3. u. 4. Aufl., S. 366.

Bedeutung reformierter Klöster ist neben den religiösen Motiven gerade für die b i s c h ö f l i c h e n G r ü n d u n g e n wichtig geworden.¹⁴⁹⁾

Schon bei den Reformen älterer Klöster durch Bischof Altmann läßt sich das beobachten. Besonders bezeichnend ist es, daß Altmann bei Reformierungen und Neugründungen, die nach der Augustinerregel lebenden Chorherren bevorzugte. Und das kam so. Als der Bischof in seiner Diözese die Forderungen der Reform durchführen wollte, insbesondere den Zölibat der Kleriker, stieß er auf hartnäckigen Widerstand.¹⁵⁰⁾ Ihn zu brechen, ist ihm nie ganz gelungen. Da bot nun die klösterliche Organisation der weltgeistlichen Stifter ein vorzügliches Mittel, einen tüchtigen Klerus heranzubilden.¹⁵¹⁾ Die Stiftskirchen pflegten zugleich Pfarrkirchen zu sein.¹⁵²⁾ Außerdem aber wurden den Stiftern in der Regel darüber hinaus zahlreiche Pfarren übertragen.¹⁵³⁾

Auf der Lateransynode von 1059 war die *vita communis* der Geistlichkeit angeordnet worden.¹⁵⁴⁾ Um diese Zeit kam auch eine Regel in Aufnahme, die zurückgeht auf den heiligen

149. Vgl. G. Schreiber, *Kurie und Kloster im 12. Jahrh.*, 2. Bd., Kirchenrechtl. Abhdlgn., hsg. v. U. Stutz, Heft 67/68. Stuttgart 1910, S. 10: „Neigung zur Regularisierung des Clerus“ bei reformfreundlichen Bischöfen.

150. *Vita Altmanni*, cap. XIII. M.G. SS. XII 233; Buchinger 1. Bd., S. 130 ff. Ueber den Zustand der Diözese bei Altmanns Amtsantritt vgl. J. Stülz, *Das Leben des Bischofs Altmann von Passau*, Denkschr. d. k. k. Ak. zu Wien, Phil. Hist. Kl. Bd. IV, 1853, S. 224; G. Meyer von Knonau, *Jahrbücher des Deutschen Reiches unter Heinrich IV. und Heinrich V.*, 2. Bd., 2. Aufl., Leipzig 1894, S. 559 f.; Hauck, *Kirchengeschichte* III, S. 780 und 840; F. M. Mayer, *Die östlichen Alpenländer im Investiturstreit*, Innsbruck 1883, S. 70 ff.

151. Ueber Altmanns Hoffnung, durch Klostergründungen eine Besserung des Klerus zu erreichen, vgl. F. M. Mayer S. 69. — In hervorragendem Maße mit Reformen der Seelsorge befaßte sich auch Erzb. Gebhard I. von Salzburg. Vgl. Brackmann, *Studien* S. 10.

152. Vgl. K. H. Schäfer, *Die Pfarreigenschaft der regulierten Stiftskirchen*, Sav. Z. 45, Kan. A. 14, 1925, S. 161.

153. Vgl. Schreiber, *Kurie und Kloster* II. S. 10: „Die bei reformfreundlichen Bischöfen oft anzutreffende Neigung zur Regularisierung des Klerus hatte eine nicht unbedeutende Vermehrung des klösterlichen Kirchenbesitzes zur Folge.“

154. C. J. v. Hefele, *Konziliengeschichte* IV, 2. Aufl., Freiburg i. Br. 1879, S. 824, Ziffer 4.

Augustin, und die nun das klösterliche Leben des Klerus ordnen sollte.¹⁵⁵⁾ Unter den ersten, die sie verwendeten, ist Bischof Altmann gewesen.¹⁵⁶⁾ Bayern und Oesterreich sind die eigentliche Heimat der Augustinerregel geworden.¹⁵⁷⁾ St. Nicolaus und Göttweig wurden als Augustinerchorherrenstifter gegründet, andere Klöster in solche umgewandelt. Auch bei späteren Gründungen von Chorherrenstiftern, auf die Bischöfe Einfluß gewannen, mögen die geschilderten Tendenzen wirksam gewesen sein. Nachweisen läßt sich das aber nicht so deutlich wie für Altmanns Zeit.

Das Augustinerchorherrenstift St. Nicolaus¹⁵⁸⁾ in Passau war Bischof Altmanns ältere Gründung. Trotzdem zwei Stiftungsurkunden¹⁵⁹⁾ überliefert sind, vermögen wir über die

155. M. Heimbucher, Die Orden und Kongregationen der kathol. Kirche, 2. Bd., 2. Aufl., Paderborn 1907, S. 6 ff. Ueber den Ursprung der Augustiner Chorherren vgl. auch F. Schönsteiner, Die kirchlichen Freiheitsbriefe des Stifts Klosterneuburg. Jahrbuch des Stifts K. Bd. VII. 2. Abt. 1916. S. XLIX ff., ferner jetzt besonders P. Schroeder, Die Augustinerchorherrenregel, Entst., krit. Text u. Einführ. d. Regel, A.U.F. 9, 1926, S. 271—306.

156. Hauck, Kirchengesch. IV, 2. Aufl. S. 340 f. und Brackmann, Studien I, S. 15 Anm. 2.

157. Hauck, a. a. O. S. 348.

158. Die Geschichte des Klosters hat bisher nur wenig Beachtung gefunden. Zu vergleichen ist Erhard, Geschichte der Stadt Passau II, S. 274 ff.; A. Erhard, Das Stift St. Nicolaus und dessen ehemalige Hofmark, Verh. des Hist. Ver. v. Niederbayern 39. Bd., 1903, S. 241 ff.; Stülz, Altmann S. 228 ff.; F. M. Mayer S. 69; J. Strnadt, Peuerbach. Ein rechtshistorischer Versuch, 27. Bericht des Museums Francisco-Carolinum, 1868, S. 143 f.

159. O.Oe.U.B. II 105 Nr. 79; 109 Nr. 80. Die eine Urkunde ist datiert zum Jahre 1067, die andere zum Jahre 1074. v. Mitis Studien S. 90 ff. hat gezeigt, wie es auch sein Verdienst ist, die Unechtheit beider Urkunden endgültig festgestellt zu haben, daß die ältere das Minus, die jüngere das Majus derselben Urkunde bedeutet. Die Entstehungszeit des Minus hat v. Mitis S. 96 auf knapp vor 1144 angesetzt. L. Groß, M.I.Oe.G. Erg. Bd. 8, S. 631 hat mit Hilfe eines bisher unbekannten Urkundenentwurfs von 1139 (zu einem neuredigierten Original) Ende 1138 bis Mai 1139 als Entstehungszeit nachzuweisen vermocht. Das Majus ist nach v. Mitis S. 99 ff. um 1288 angefertigt worden. Dagegen hat Heuwieser S. 53 ff., besonders S. 55 Anm. 3, gestützt auf seine genaue Kenntnis der Passauer Stadtgeschichte, das erste Drittel des 13. Jahrhunderts als Anfertigungszeit bezeichnet. Nach ihm soll die Erbauung der äußeren Stadtmauer und damit die Ausscheidung des Klosters aus dem nunmehr zur Stadt gehörigen suburbium die Fälschung

Gründungszeit nicht genaue Auskunft zu geben, denn beide sind unecht. Die älteste sichere Nachricht vom Bestehen des Passauer Klosters bringt ein Privileg Papst Alexanders II. vom 3. März 1073¹⁶⁰). In den Jahren von Altmanns Erhebung auf den Passauer Bischofssitz im Jahre 1065 bis zum Jahre 1073 dürfte St. Nicolaus' Erbauung, Weihe und Dotierung von statten gegangen sein. Außer Alexander II. erteilten auch Kaiser Heinrich IV. (1074)¹⁶¹) und Papst Gregor VII. (1075)¹⁶²) schon früh ihre Zustimmung zu dem frommen Werk.

Das Kloster stand in territorio eiusdem civitatis, in porto Oeni fluminis, in suburbio civitatis, das heißt westlich außerhalb der Stadt an der Innseite. Zur Dotierung wurde außer reichen Gaben aus dem Bistumsgut der neunte Teil der Einkünfte der Kaiserin Agnes in Ybbs und Persenbeug verwandt. Dies steuerte die Kaiserin zur Stiftung ihres ehemaligen Kaplans und Schützlings bei.

Das junge Kloster hatte schwer zu leiden unter dem Konflikt Heinrichs IV. mit Bischof Altmann. Nach der vita Altmanni¹⁶³) soll es schon 1078 von Heinrichs IV. Anhängern fast gänzlich vernichtet worden sein. Von Bischof Ulrich I. wurde es wieder hergestellt¹⁶⁴). Und erst von da an nahm St. Nicolaus eine aufstrebende Entwicklung und blühte bis zu seiner Aufhebung im Jahre 1803.¹⁶⁵)

Göttweigs¹⁶⁶) Entstehungsgeschichte¹⁶⁷) ist nicht einheit-

hervorgehoben haben. Die von Heuwieser durch diesen Vorgang mit Recht als kompliziert bezeichnete Lage für den Klosterbesitz in der Stadt dauerte aber über die ersten Jahre nach Erbauung der Mauer fort, ja, sie machte sich noch über das 13. Jahrhundert hinaus bemerkbar. Gegen Heuwieser vgl. auch H. Steinacker, Diplomatie und Landeskunde, erläutert am Stand der Forschung für die österreichischen Alpenländer, M.J.Oe.G. 32, 1911, S. 396 Anm. 2. Der Vogteipassus des Minus wird im Zusammenhang mit der Geschichte der Stiftsvogtei besprochen werden.

160. Germ. Pont. I. 177 Nr. 1 (O.Oe.U.B. II 99, Nr. 76).

161. St. 2777 (M.B. IV 289 Nr. 2).

162. Germ. Pont. I. 177 Nr. 2 (O.Oe.U.B. II 103 Nr. 78).

163. M.G. SS. XII 233 Cap. XIII. Dazu vgl. Buchinger I. S. 133 f. und Meyer von Knonau III, S. 96 f.

164. O.Oe.U.B. II 130 Nr. 93. Wir haben auch eine Besitzbestätigungsurkunde Heinrichs V. St. 3066 (O.Oe.U.B. II 136 Nr. 96).

165. Erhard, Stadt II, S. 278; Lindner S. 235.

166. Zur Geschichte von Göttweig vgl. A. Dungal, Abtei Göttweig in Brunners Benediktinerbuch S. 76 ff. und Art. Göttweig in Topographie von

lich. Mit dem Wachsen des Werkes scheinen die Pläne seines Schöpfers Altmann großartiger geworden zu sein. Zum Jahre 1072 berichten die *Annales Gottvicenses*¹⁶⁸⁾ und die *Continuatio Claustroneoburgensis*¹⁶⁹⁾ die Einweihung einer Erintrudiskirche mit einem Marienaltar auf dem Berge Kotwic bei Mautern. Nach Angabe der nämlichen Quellen ist das Stift zu Ehren der Jungfrau Maria im Jahre 1083 eingeweiht worden. In der Zwischenzeit war offenbar schon ein erheblicher Ausbau der Stiftung vor sich gegangen. Auch die Dotierung ist, wie Fuchs an Hand der Besitzverzeichnisse in den Traditionen und der Urkunde Heinrichs V. von 1108 nachweist, erst allmählich vor sich gegangen¹⁷⁰⁾. Vermutlich schon im Zusammenhange mit der Weihe der ältesten Klosterkirche erfolgte die Bestiftung mit der Pfarre Mautern und Gütern in der Umgebung von Göttweig. Drei weitere Pfarreien kamen dazu. Später folgten nach und nach immer reichere Gaben des Bischofs, ja dieser scheint mit Schenkungen an sein Lieblingsstift geradezu verschwenderisch gewesen zu sein. Das hat man ihm in Passau offenbar sehr verübelt. Bekannt ist, daß Altmann später als *saevus destructor* der bischöflichen Kirche bezeichnet wurde.¹⁷¹⁾ In Göttweig und St. Nikolaus dachte man jedenfalls ganz anders über den heiligen Altmann.

Wie für die Schicksale des Passauer Stifts scheint auch für Göttweig der Konflikt seines Herrn mit dem Kaiser von größter Bedeutung gewesen zu sein. Vielleicht gehört dies zu den Ursachen, die die Erbauung des Stiftes sich verzögern ließen. Altmann war als päpstlicher Legat und Führer der päpstlich-antikaiserlichen Partei in Deutschland lange Jahre aus seiner Diözese vertrieben oder auf einem Teil von ihr durch Einsetzung des Gegenbischofs Tiemo beschränkt.¹⁷²⁾

Niederösterreich, hsg. vom Verein f. Landeskd. von NOe. III., Wien 1893, Sp. 494—586; Stülz, Altmann S. 231 f. und S. 274; O. Kaemmel, Aus dem Salbuch eines österreichischen Klosters, Ztschr. f. allg. Gesch., Kultur, Literatur u. Kunstgeschichte III, 1886, S. 235; F. M. Mayer, S. 70 u. 76.

167. Die Entstehungsgeschichte des Stifts ist, soweit das je möglich sein wird, klargestellt durch A. Fuchs, Der älteste Besitz des Stiftes Göttweig, Jahrb. f. Landeskunde von Niederösterreich, N. F. 9, 1910, besonders S. 27—33. Seiner Auffassung kann man daher folgen.

168. M. G. SS. IX 601.

169. Ebenda 609.

170. a. a. O. S. 31.

171. M. G. SS. XXV 621 Z. 13 = Loserth S. 16.

172. M. G. SS. XII 234, Cap. 16. Dazu vgl. Meyer von Knonau, Jahrbücher IV, S. 175 f.

Schon bei Lebzeiten seines Gründers stieg Göttweig zu solchem Reichtum und zu solcher Bedeutung empor, daß noch jahrzehntelang am Aus- und Umbau der Klostergebäude gearbeitet wurde.¹⁷³⁾

Altmann hat Göttweig als Chorherrnstift gegründet. Sehr bald nach seinem Tode erfolgte aus freiem Antriebe der Stiftsinsassen, unter Zustimmung des Papstes und Bischof Ulrichs I. von Passau, die Umwandlung in eine Benediktinerabtei.¹⁷⁴⁾ Auf Ulrichs Rat wurde der Prior Hartmann von St. Blasien zum Abte gewählt und dann vom Bischof eingesetzt. Dieser führte die Umwandlung vollends durch. Die enge Verbindung Göttweigs mit einem der führenden südwestdeutschen Reformklöster — St. Blasien gehörte zur Hirsauer Richtung — wurde von grundlegender Bedeutung für Göttweigs Geschichte, ja für die des österreichischen Klosterwesens überhaupt.¹⁷⁵⁾ Göttweig wurde das Zentrum und Mutterkloster einer ganzen Reihe von reformierten Benediktinerabteien in diesem Lande. Garsten, Seitenstetten, Gleink, Altenburg, auch Lambach und Melk sind berühmte Stifter der durch Göttweig nach Oesterreich verpflanzten Hirsauischen Reformrichtung.

Außer Altmann gehört von den passauischen Bischöfen Ulrich I. zu den Klostergründern. Er übergab eine St. - Georgs - Kirche¹⁷⁶⁾, die an der Mündung des Traisenflusses in die Donau lag, und die er von seinen Eltern geerbt hatte, dem hl. Stefan, dem Schutzheiligen der Passauer Kirche. Er fügte, gleichfalls aus seinem Erbe, Hufen und Weinberge hinzu.¹⁷⁷⁾

173. Fuchs, Jahrbuch 9, S. 30.

174. Ueber diesen Akt vgl. M. G. SS. XII 240 sq. C. 38 u. 39 = F. r. A. II 51, 15 Nr. 8.

175. Ueber die Hirsauer Richtung und ihre Verpflanzung nach Oesterreich vgl. Vancsa S. 280 f.; Hauck, Kirchengesch. III. S. 870 f.; Brackmann Studien I, S. 15 ff.; H. Hirsch, Studien über die Privilegien süddeutscher Klöster des 11. u. 12. Jahrhunderts, M. I. Oe. G. Erg. Bd. 7, 1907, S. 543.

176. Ueber die älteste Geschichte des Chorherrenstifts St. Georgen an der Traisen (Herzogenburg) s. F. Schmolck bei S. Brunner. Ein Chorherrenbuch, Würzburg-Wien 1883, S. 200—263.

177. Bielsky 239 Nr. 1. Diese Stiftungsurkunde gehört nach den Worten v. Mitis zu den formvollendetsten Urkunden Bischof Ulrichs von Passau: *Ecclesiam ergo beati martyris Georgii sitam in confinio, ubi treisma fluvius influit Danubium, que nobis iure hereditario maiorum successione provenit, tradidimus... addidimus etiam de proprio...*

Auch vom Bistumsgute gab er Einiges.¹⁷⁸⁾ Daß Kleriker neu eingesetzt wurden, sagt uns die Stiftungsurkunde, der die obigen Angaben entstammen, nicht. Es ist also nicht ganz ausgeschlossen, daß vor 1112, dem Ausfertigungsjahr des Stückes, die Georgkirche eine cella mit klösterlichem Leben gewesen ist. Zu einem Stifte von einiger Bedeutung wurde St. Georgen jedenfalls erst durch seine Neudotierung. Die Brüder von St. Georgen waren, wie wir aus späteren Quellen erkennen, Chorherren, die nach der Regel des hl. Augustinus lebten.¹⁷⁹⁾

St. Georgen an der Traisen gedieh nicht recht. Seine Lage in der sumpfigen Niederung, in dem Winkel zwischen Donau und Traisenfluß, war die Ursache vieler Krankheiten. Die Klosterbesitzungen scheinen zum Unterhalt der Chorherren nicht ausgereicht zu haben.¹⁸⁰⁾ Deswegen beschloß Bischof Konrad I. die Vereinigung von St. Georgen mit der zum Augustinerchorherrenstifte bestimmten St. - Andreas - Kirche, die gleichfalls an der Traisen lag.¹⁸¹⁾

Der Edle Walter von Traisen¹⁸²⁾ (oder von St. Andrä) hatte einer Andreaskapelle¹⁸³⁾ sein Erbe übertragen und bestimmt, daß künftig regulierte Chorherren an der Kirche leben sollten.

178. De possessionibus vero episcopii cui Domino ordinante presideamus, non ex his, que ad manum et mensam episcopi serviebant, sed extrinsecus acquisita, per manum advocati Oudalrici tradidimus. Uebrigens haben wir in diesem Satz eine geradezu klassische Illustration der üblichen Teilung von episcopium und mensa episcopalis.

179. Raffoldus presbyter et ecclesie s. Georgii prepositus, Bielsky 255 Nr. 4 (1121), locum b. Georgii... canonicis regularibus fundatum, Bielsky 258 Nr. 6 (1150).

180. Cenobium illud rerum succrescente penuria fratres admodum paucos alere vix suffecisset, Bielsky 258 Nr. 6. Bischof Konrad übergibt 1160 eine Pfarrkirche, ut penuria eorum nostris temporibus aliquantulum immineatur, Bielsky 263 Nr. 9.

181. Bielsky 258 Nr. 6. Die Beziehungen St. Andräs zu Passau werden schon hier geschildert, obwohl es eigentlich zu den Klöstern gehört, die im nächsten Abschnitt behandelt werden. (Von laikalen Gründern übereignete.) Doch sein in der Periode des Passauischen Besitzer nahes Verhältnis zu St. Georgen empfiehlt diese Anordnung.

182. Ein Stammbaum des Geschlechts findet sich bei Meiller, Salzbg. Reg. S. 461. Das Haus Rechberg-Lengenbach ist die durch Hartnid I. begründete Linie. Dessen Stammtafel s. bei Meiller a. a. O. S. 538.

183. Eine Edition der Urkunden sowie eine brauchbare Geschichte des

Er hatte die Kirche, die in seinem Eigentum gestanden hatte, mit allem Zubehör dem Bistum Passau übergeben.¹⁸⁴⁾ Dies war vor 1150 geschehen. Walters Verwandter, Otto von Rechberg, scheint Schwierigkeiten gemacht zu haben. Bischof Konrad mußte erst mit ihm verhandeln und ihn ermahnen, den Willen seines verstorbenen Veters zu vollziehen.¹⁸⁵⁾ Dann versuchte Otto, wenigstens die Erbvogtei über das Stift zu erlangen. Gegen diesen Versuch mußte sich auf das entschiedenste Papst Alexander III. wenden.¹⁸⁶⁾

Die geplante, nach dem Wortlaut der Urkunde des Bischofs Konrad auch vollzogene Fusion¹⁸⁷⁾ der beiden Stifter hat nun in Wirklichkeit niemals stattgefunden. Beide existierten selbständig weiter.¹⁸⁸⁾ Schon Bielsky¹⁸⁹⁾ und dann Brackmann¹⁹⁰⁾ haben den Grund dafür in dem Widerstand der Erben Walters von Traisma vermutet. Und diese Vermutung hat viel Wahrscheinlichkeit für sich. Der Rechberger, der, wie wir sahen, die größten Schwierigkeiten bereitete, das Werk Walters zu beenden, mag die Vereinigung unter dem Vorwande, daß der Bischof seinerseits die Bestimmungen des Stifters nicht befolge, benutzt haben, um in den Besitz der vergabten Güter zu gelangen, was ihm jedoch mißlingen sollte.

Ein Mandat Papst Eugens III. bestätigte die Uebergabe von St. Andrä an St. Georgen.¹⁹¹⁾ Brackmann¹⁹²⁾ hat nachgewiesen,

Stifts St. Andrä fehlen bedauerlicherweise. Wir sind angewiesen auf wenige Urkundenauszüge bei Duellius II. 426—436, die Reihe der Pröpste bei Lindner S. 222 ff., die Papstregesten der Germ. Pont. I. und Einiges, was Bielsky beiläufig in Bemerkungen zu den St. Georgener Urkunden bietet.

184. *Loco quidem cum omnibus attinentiis suis sub obedientiam Pataviensis ecclesie et episcopi... mancipato*, Bielsky 258 Nr. 6. Die Kommen-
dation an Passau macht der Umstand zweifellos, daß St. Andrä, wie wir sehen, vom Bischof an St. Georgen übergeben wurde.

185. Bielsky S. 260, aus einer ungedruckten Urkunde im Herzogen-
burger Archive.

186. Germ. Pont. I. 240, 2 (Bielsky 264 Nr. 10).

187. *Quod et factum est ita*, Bielsky 259 Nr. 6.

188. Vgl. die Argumente bei Bielsky S. 260.

189. a. a. O.

190. Germ. Pont. I. 237 u. A. Brackmann, Studien und Vorarbeiten zur
Germania Pontificia I. Die Kurie und die Salzburger Kirchenprovinz, Berlin
1912, S. 138.

191. Germ. Pont. I. 240, 1 (Bielsky 261 Nr. 7).

192. Brackmann, Studien I S. 137 ff. Das Eugen-Mandat ist eine Fäl-
schung auch nach L. Groß, M.I.Oe.G. Erg. Bd. 8, S. 537.

daß das Stück eine Fälschung ist, und zwar ist es nach seinem Urteil nicht in St. Georgen, sondern in Passau hergestellt worden.

Die Vornahme der Fälschung beweist, daß die Uebergabe tatsächlich stattgefunden haben muß, da sonst eine Bestätigungs-urkunde sinnlos gewesen wäre. Ferner muß der Bischof ein Interesse daran gehabt haben, durch päpstliche Sanktion diese Handlung sicherzustellen. Dies dürfte daraus zu erklären sein, daß Otto von Rechberg die Rechtsgültigkeit der Tradition bestritt. Er wandte sich offenbar nicht nur gegen die Vereinigung der Klöster, sondern auch gegen die Unterstellung des einen unter das andere, was die Tradition — wenigstens zunächst — allein bezweckte.

Um den Anfechtungen der Tradition zu begegnen, wurde das Eugenmandat gefälscht. Indirekt sollte das allerdings auch der erstrebten Vereinigung dienen.

Es fragt sich nun noch, zu welchem Rechte die Uebertragung stattfand. Sollte der Propst von St. Georgen nur die klösterliche Genossenschaft organisieren? St. Georgen, Mutterkloster von St. Andrä werden? Darauf deuten die Worte des Eugenmandates¹⁹³⁾ hin: *prefatum Sti. Andree ecclesiam tibi ut dictum est ordinandam commisit*. St. Andrä kann aber auch dem älteren Stifte als Eigentum unterstellt worden sein. Und das ist das Wahrscheinlichere. Denn wie wäre es sonst zu erklären, daß man in Passau bestimmt wissen will (in der gefälschten Urkunde), die Besitzungen St. Andräs sollten den St. Georgener Pröpsten verbleiben¹⁹⁴⁾? Diese Ansicht kann sich stützen auf Alexanders III. Mandat, Otto von Rechberg solle sich keine Jurisdiktion anmaßen, sondern die Kirche frei dem Propst von St. Georgen überlassen¹⁹⁵⁾. Die Rechte, die Otto beanspruchte, gehörten demnach dem Kloster. Da Otto Laie ist, kann es sich nicht um eine rein geistliche Ueberordnung handeln, es kann nur die eigenklosterrechtliche Herrschaft in Frage stehen, die strittig war.

193. Germ. Pont. I. 240 Nr. 1.

194. *Quecumque etiam eadem ecclesia in presentiarum iuste et canonicè possidet aut in futurum rationabilibus modis prestante domino poterit adipisci firma tibi tuisque successoribus* (den Pröpsten von St. Georgen) *permaneant*.

195. Germ. Pont. I. 240, 2 (Bielsky, 264 Nr. 10): *Ut in prescripta eccle-*

Der Bischof von Passau gab das ihm eingeräumte Eigentum an dem zu gründenden Stift an St. Georgen weiter. Doch war das für ihn keine Einbuße, da ja Bischof Ulrichs Stiftung selbst dem Bistum gehörte¹⁹⁶⁾.

Nun ist es erstaunlich, daß wir nicht lange danach St. Andrä als päpstliches Kloster kennen lernen¹⁹⁷⁾. Lucius III. erteilt ihm 1185 ein Privileg. Das Kloster wird zu einer Zinszahlung von einem Marabutinus verpflichtet¹⁹⁸⁾, was ein deutliches Zeichen seiner Zugehörigkeit zum päpstlichen Klosterwesen ist.¹⁹⁹⁾

Da mir die betr. Urkunde nur in einem Regest in der *Germania Pontificia* und einem unzuverlässigen Exzerpt bei Duellius zur Verfügung steht, vermag ich nähere Angaben über die Rechtsstellung von St. Andrä nicht zu machen.

Eine einleuchtende Erklärung des Besitzüberganges an die Kurie hat Brackmann²⁰⁰⁾ gegeben. Eine Notiz in einem Baumgartenberger Kopialbuch des 16. Jahrhunderts²⁰¹⁾ berichtet, Otto von Rechberg habe St. Andrä an den päpstlichen Stuhl übereignet. Als Alexander III. gegen Otto Stellung genommen hatte, und dieser daran verzweifeln mußte, seine Ansprüche wenigstens auf die Vogtei über die Stiftung seines Verwandten durchzusetzen²⁰²⁾, tat er diesen Schritt, um wenigstens seinen Gegner,

sia nullam sibi iurisdictionem vindicet et eam preposito et fratribus libere et quiete dimittat, sicut eis a iam dicto Conrado collata est.

196. St. Andräs Zugehörigkeit zu St. Georgen würde etwa dem Verhältnis von Mattsee zu Oetting entsprechen. Doch sei schon hier darauf hingewiesen, daß sich die eigenklosterrechtliche Bindung des 12. Jahrhunderts der des 9. und 10. gegenüber erheblich gelockert hat.

197. *Germ. Pont.* I. 238 Nr. 3; Duellius II, 428. In dem Abdruck, den letzterer gibt, ist nichts über eine Zinszahlung enthalten.

198. Ueber die Zinszahlung nach dem *Liber censuum* vgl. *Germ. Pont.* I. 237. Zur Erklärung des Marabutinus vgl. A. Luschin v. Ebengreuth, *Allgem. Münzkde. u. Geldgesch. d. Mittelalters u. der Neuzeit*, Hdb. d. mittelalt. u. neueren Geschichte, hsg. von G. v. Below und F. Meinecke, Abt. V, 2. Aufl., München 1926, S. 42.

199. Schreiber, *Kurie und Kloster I* (1912), S. 32: „Der Zins hatte seinen rechtlichen Ursprung in der Tradition.“

200. *Studien* S. 141.

201. *O.Oe.U.B.* II 248 Nr. 164.

202. Brackmann hebt stets darauf ab, daß es Otto darum zu tun gewesen sei, die Verbindung beider Klöster zu verhindern. M.E. stand für ihn im Vordergrund der Wunsch, möglichst viel von dem ihm entgangenen

den Passauer Bischof und sein Kloster nicht zum Genuß ihres Erfolges kommen zu lassen. Wie diese darauf reagierten, ist nicht zu sagen. Widerstand mag wegen der überragenden Macht des Papstes unterblieben sein. So ist die Zugehörigkeit des Augustiner Chorherrnstiftes St. Andrä zum bischöflich passauischen Eigenklosterwesen nur von kurzer Dauer gewesen.

Bischof Konrad versuchte den Chorherren von St. Georgen auf andere Weise zu helfen.²⁰³⁾ Einen gesunderen Wohnsitz aber erhielten sie erst in der Mitte des 13. Jahrhunderts. Sie siedelten in das nahegelegene Herzogenburg über, und dort besteht das alte Stift noch heutigen Tages.

B) Für die laikalen Klostergründer des 12. Jahrhunderts dürften für ihr Tun meistens religiöse Beweggründe in erster Linie maßgebend gewesen sein²⁰⁴⁾. Neben dem Bestreben, sich durch gute Werke einen Anspruch auf Vergeltung im Jenseits zu erwerben und durch die Gebete der Klosterinsassen Sünden nachlaß zu erhalten, spielt auch der Wunsch, ein Familienbegräbnis zu haben, eine große Rolle.

Anderer Art war das Interesse, Verwandten und Nachkommen durch Stiftung eines Klosters ein standesgemäßes und beglückliches Auskommen zu sichern. Dieses Motiv darf namentlich nicht unterschätzt werden, nachdem durch Schultes Forschungen über die Standesqualität der Klostergeistlichkeit Klar-

Erbe seines Verwandten an sich zu bringen. So benutzte er den Fusionsplan dazu. Dessen Durchführung unterblieb deswegen. Die Tradition an St. Georgen scheint ihm wiederum einen Anlaß geboten zu haben für weitere Machenschaften. Dann machte er noch den Versuch, wenigstens die Vogtei zu erlangen. Und das ist ihm durch die Uebereignung an den päpstlichen Stuhl vielleicht gelungen. Eine bei Duellius II 403 sq. gedruckte Urkunde Bischof Wolfers berichtet nämlich von Schenkungen der Regensburger Domvögte Ottos III. und Hartnids, des Sohnes und Enkels unseres Otto von Rechberg, die auf ein besonderes Verhältnis dieser Familie zu St. Andrä schließen lassen.

203. Er verschaffte ihnen durch einen Tausch die Zuleitung von frischem Wasser, Bielsky 262 Nr. 8. und schenkte ihnen die Pfarre Marquardsufer, ebenda 263 Nr. 9.

204. Auch G. Caro, Die Grundbesitzverteilung in der Nordostschweiz zur Karolingerzeit, Beitr. z. ält. deutsch. Wirtsch. u. Verf. Gesch., Ges. Aufs., Leipzig 1905, S. 22 f. meint, die Traditionen an St. Gallen seien vorwiegend auf ideelle Motive zurückzuführen.

heit geschaffen wurde²⁰⁵). Wenn die Reformklöster auch das Prinzip der ausschließlichen Freiherrlichkeit, das in den alten Abteien vorherrschte, nicht aufrecht erhielten, so war doch in ihnen Platz für Angehörige der vornehmsten Familien²⁰⁶).

Die weiteren Vorteile, die Gründung eines Klosters ratsam erscheinen lassen mochten, werden im nächsten Kapitel dargestellt werden. Daß nicht der Besitz von Eigenherrschaftsrechten als Hauptmotiv der Gründungen genannt zu werden verdient, wird namentlich die Untersuchung ihres materiellen Nutzens zeigen.²⁰⁷)

Im 11. und 12. Jahrhundert behielten Laien nur verhältnismäßig selten ihre Klostergründung als Eigentum. Daß Kirchen sich im Besitz von Weltlichen befanden, war ja überhaupt gegen die Grundsätze der Kirchenreform. Daher wurden in den meisten Fällen die Klöster einem geistlichen Institut übertragen. Besonders stattliche Gründungen wurden von frommen Stiftern dem Papst übereignet. Die Klöster wurden von diesem häufig mit besonderen Vorrechten ausgestattet, dem Gründer gewisse Rechte, z. B. die Vogtei gesichert.²⁰⁸) Viele päpstliche Klöster wurden von der Gewalt des Ordinarius teilweise oder vollständig eximiert. Jedoch konnten auf diese Weise leicht Konflikte mit diesem entstehen. Es ist m. E. kein Zufall, daß in der Passauer

205. A. Schulte, Der Adel und die deutsche Kirche im Mittelalter. Kirchenrechtliche Abh. Heft 63—64, 2. Aufl., Stuttgart 1922.

206. Daß die Mönche einen hohen Rang einnehmen, zeigt das häufige Vorkommen von Klosterministerialen. s. 2. Kap. Anm. 95. Dort wird gezeigt, daß Ministerialen in österreichischen Klöstern doch häufiger gewesen sind als Schulte annahm. Selbstverständlich sind im ganzen Sch.'s Aufstellungen auch für die von mir behandelte Gruppe von Klöstern insoweit zutreffend, als die Ministerialität der Reformklöster keineswegs mit der der alten nichtreformierten Benediktinerabteien an Bedeutung verglichen werden kann. Außerdem scheint die Mehrzahl der kriegerischen Mannschaft der Klöster, der niederen Klasse, den milites zuzugehören. (Vgl. O. v. Zallinger, Ministeriales und Milites. Untersuchungen über die ritterlichen Unfreien, Innsbruck 1878). — Vielleicht war der Kloostervorstand, dem die Ministerialen besonders unterstanden, doch noch vorwiegend ein Edelfreier. Eine standesgemäße Versorgung war das Kloster jedenfalls.

207. Hierin befinde ich mich im Gegensatz zu Schreiber, Kurie und Kloster I S. 17. Die Klostervermögen hatten eben viel mehr Lasten zu tragen, den Einnahmen einer niederen Kirche standen dagegen nur wenige Ausgaben gegenüber.

208. Ueber die Motive der Tradenten vgl. Schreiber I, S. 17 f.

Diözese, abgesehen von St. Andrä, gerade solche Klöster dem römischen Stuhle übereignet wurden, deren Gründer auch Schutz gegen Angriffe des Ordinarius zu gewähren wohl die Macht besaßen. Für weniger mächtige Herren mag eine Uebereignung an den Papst doch bedenklicher gewesen sein. Der Papst war weit, der Ordinarius nahe, des Papstes Schutz, namentlich in Zeiten der Kirchenspaltungen, wenig mächtig. Noch manche andere Gesichtspunkte ließen wohl die Uebereignung an den Diözesanbischof vorteilhaft erscheinen. Er war es, der über Pfarrechte, Begräbnisrecht und Zehnte verfügte, nicht der Papst. Der Ordinarius war in der Diözese reich begütert. Er war in der Lage, bei der Gründung zu helfen. Von ihm hatte der Stifter vielfach Lehen, die er seinem Kloster zu übergeben wünschte, wozu die Zustimmung des Lehnsherrn erforderlich war. All diese Motive lassen sich an den dem Bistum Passau übereigneten Klöstern beobachten. Daß sie auch anderwärts wirksam waren, ist aus dem ungeheueren Zuwachs zu erschließen, den ganz allgemein die bischöflichen Eigenklosterwesen um diese Zeit durch Uebereignung laikaler Klostergründungen erfuhren.²⁰⁹⁾

Das Benediktinerstift Seitenstetten²¹⁰⁾, in Niederösterreich unweit der oberösterreichischen Grenze gelegen, ist um 1109 gegründet worden. Die älteste Nachricht von seinem Bestehen gibt eine einfache, zum 24. April 1109 datierte Aufzeichnung, die im Passauer Codex Lonsdorfianus überliefert ist²¹¹⁾. Sie berichtet, die Edlen Reginbert und Udalschalk hätten einen Teil ihrer Habe dem Dienste Christi und der Kirche gewidmet und eine gewisse cella regulierter Kanoniker zu Seitenstetten auf dem Altar des hl. Stephan in Passau übergeben in Anwesenheit Bischof Ulrichs und unter Empfangnahme durch dessen gleichnamigen Vogt. Die Weihe dieses Klosters fand vielleicht kurz vor der Uebergabe statt. Sie kann aber dem Wortlaut der Aufzeichnung nach auch vorher erfolgt sein.

209. Vgl. z. B. Stimming, Weltliches Territorium von Mainz S. 65.

210. Ueber Seitenstettens ältere Geschichte vgl. A. Plappert, Das Benediktinerstift Seitenstetten, Steyr 1908; G. Frieß in Brunners Benediktinerbuch S. 429 ff. Ueber die Gründung vgl. F. M. Mayer S. 179.

211. M.B. XXVIII^b 218 Nr. 12 = F. r. A. II 33, 1 Nr. 1.

Mit Datum vom Jahre 1116 haben wir dann eine feierliche Stiftungsurkunde²¹²⁾, die im Original vorhanden ist. Ihre formelle Echtheit ist jedoch nach L. Groß' eingehenden Untersuchungen fraglich, inhaltlich ist sie jedoch zuverlässig.²¹³⁾ Nach dieser Gründungsurkunde und einem Papstprivileg v. J. 1186²¹⁴⁾ war Seitenstetens Hauptstifter Udalschalcus nobilis et liber homo de Stille. Was wir von ihm und seiner Familie wissen, ist fast alles in der Aufzeichnung von 1109, der Stiftungsurkunde und dem päpstlichen Privileg enthalten.²¹⁵⁾ Nachkommen sind

212. F. r. A. II 33, 2 Nr. 2.

213. L. Groß, M.I.Oe.G. Erg. Bd. VIII, S. 611 ff. kommt zu diesem Resultat, indem er sich namentlich auf den paläographischen und sphragistischen Befund stützt. Er glaubt, das Stück sei erst um die Mitte des 12. Jahrhunderts in Seitenstetten hergestellt worden. Gerade aber auch Groß nimmt inhaltliche Echtheit an, da der aufgezählte Besitz dem Stände um die Mitte des 12. Jahrhunderts entsprochen habe. (S. 615.) Die Bestimmungen über die Tradition des Klosters an die Passauer Kirche und über die Vogtei sind gleichermaßen inhaltlich zutreffend, wie sie sich ja fast übereinstimmend schon in der Aufzeichnung von 1109 finden. v. Mitis, Studien S. 228 vertritt die sehr begründete Meinung, diese Aufzeichnung habe dem Stiftsbrief als Vorlage gedient und sei dann in Passau liegen geblieben. Groß S. 615 Anm. 2 dagegen meint, da er den Stiftsbrief ja für unecht hält, sie sei anlässlich der Bestrebungen Bischof Ottos von Lonsdorf, ein Kopialbuch von Klosterurkunden anfertigen zu lassen, erst in der Mitte des 13. Jahrhunderts nach Passau gekommen. Die Richtigkeit von Groß' Annahme ist zu bezweifeln. Wenn gleichzeitig mit den im Codex IV enthaltenen Urkunden die Stiftungsnotiz nach Passau kam, warum sollte gerade sie allein in den Codex Lonsd. aufgenommen worden sein, die anderen in den Codex monasteriorum. Weiter kann ich nicht glauben, daß man auf die Stiftungsnotiz keinen Wert mehr legte, da man die Gründungsurkunde besaß. War doch die Notiz immerhin das älteste Schriftstück des Stiftes.

214. Germ. Pont. I. 226 Nr. 1; F. r. A. II 33, 16 Nr. 12.

215. Ueber die von Stille-Heft vgl. Strnadt, Peuerbach S. 124 f. Ders., Hausruck und Atergau, A.Oe.G. 99, 1908 S. 58 f. J. E. Ritter v. Koch-Sternfeld, Forschungen über den Erzbischof Wichmann von Magdeburg und die Abtei Seitenstetten, A.Oe.G. 1, 1848, S. 95 f. Des letzteren Aufstellungen über die Stille-Heft (S. 85 ff.) haben Strnadt, Peuerbach S. 125 Anm. 2 und Vanca S. 280 Anm. 2 sowie Th. Mayer, Bemerkungen über die Stifter von Seitenstetten, A.Oe.G. 21, 1859, S. 351 zweifellos mit Recht völlig abgelehnt. Ob Udalschalk mit Bischof Ulrich I. verwandt war, — z. B. Schmolk S. 200 nennt Ulrich einen Grafen von Heft, Buchinger I, S. 138 einen meranischen Grafen v. Höft — ist völlig ungewiß. Ulrich hatte einerseits wohl Erbgut in Niederösterreich (die Georgskirche an der Traisen), andererseits besaß er ein Gut Merdingen in Schwaben. (M.B. XXIX^a 224 Nr. 438.) Erst im 13. Jahrhundert

nicht sicher bekannt. Reginbert von Hagenau²¹⁶⁾ wird als Mitstifter genannt. Er wird levir Uldalscalci genannt.²¹⁷⁾ 1186 erscheinen neben Udalschalk Helena nobilis matrona et filius eius artwicus ac filia Richarda. Helena ist sicher Reginberts Gemahlin. Damit stimmt auch Abt Gundakar überein²¹⁸⁾, der in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts schrieb. Und diese Helena ist eben Udalschalks Schwester gewesen.

Der Bischof von Passau verlieh der ihm übergebenen Abtei die Pfarre Aspach mit drei Filialkirchen und einigen Zehnten. Noch im 12. Jahrhundert erlangte Seitenstetten vom Bischof durch Tausch und Schenkung weitere kirchliche Rechte.²¹⁹⁾

Wir erfahren hier sogleich, wie für reformfreundliche Klostergründer die Möglichkeit, solche Rechte für ihre Stiftungen zu erwerben, mit Recht ein starker Antrieb sein konnte, diese einem Bistum zu übertragen. Weiter möchte ich auf Seitenstetten hinweisen als besonders deutlichen Fall einer Klostergründung aus vorwiegend religiösen Motiven.²²⁰⁾ Die Stifter sind auf das ängstlichste bemüht, die Freiheit und Zweckbestimmung des Klosters auch seinem bischöflichen Herrn gegenüber zu sichern. Für den Fall, daß diese die Abtei je bedrückten, sollten die Gründer oder ihre Nachkommen diese durch ein auf den Passauer Stephansaltar gelegtes Goldstück freikaufen und an eine beliebige andere Kirche übertragen dürfen.²²¹⁾

wird Ulrich I. frater uterinus des Udalschalk genannt. Pez, SS. II 306. Uebrigens wird Udalschalk in einer Zeugenreihe als Schwiegersonn des Passauer Vogts Ulrich aufgeführt: O.Oe.U.B. I 477 Nr. 64.

216. Ueber die von Hagenau vgl. mit Vorsicht v. Koch-Sternfeld a. a. O. S. 123 ff.

217. Warum Strnadt, Peuerbach S. 124 und ihm folgend Vancsa S. 280 die beiden Gründer für Stiefbrüder halten, ist mir nicht erklärlich.

218. Pez, SS. II 305: Reinbertus de Hagenowe, Vir illustris, maritus Dominae Helenae, sororis sancti Uldalscalci nostri fundatoris.

219. F. r. A. II, 33, 4 Nr. 3; 5 Nr. 4. Die Pfarre Wolfsbach mit zwei Filialkirchen und Zehnte in Sindlbürg und Behamberg.

220. Die betreffenden Worte der Stiftungsnotiz wurden bereits erwähnt. Im Texte lauten sie: *noverint... qualiter... anime sue providerint. Scientes enim oblationes fidelium remedia esse animarum, partem de his, que temporaliter possidebant in obsequium Christi et usus ecclesie pro eterna salute dispensabant. Itaque Cellam quandam...*

221. Die Stiftungsnotiz bestimmt, der Gründer solle die von ihm gegebenen Güter zurücknehmen können. die Urkunde von 1116 sagt: *Patavien-sis quoque episcopus, si indiscrete iam dictum monasterium per vim aut*

Nicht weniger als drei Klöster in Oesterreich verdanken ihre Entstehung dem Edelgeschlechte derer von Perge-Machland²²²): Erla, Baumgartenberg und Waldhausen. Zwei von ihnen, Erla und Waldhausen, wurden bischöflich passauische Klöster.

injusto dominio oppresserit, cognati fundatoris in altare Sti. Stephani aureum ponant, et iam deinceps libere idem monasterium ad aliam ecclesiam, ubi eis placuerit, transmittant. F.r.A. II 33, 3 Nr. 2. Diese Urkunde ist, wie o. S. 39 erwähnt, in Seitenstetten hergestellt worden. — M.B. XXIX^o 34 Nr. 42 ist eine stark vom Original (F.r.A. II 33, 16 Nr. 12) abweichende Fassung des Privilegs Papst Urbans III. für Seitenstetten vom Jahre 1186. Nach Brackmanns, Studien S. 145 ff. geäußerte Ansicht ist sie z. Zeit Bischof Ottos von Lonsdorf in Seitenstetten hergestellt worden. Sie ist aber die Bearbeitung einer von der Abtei dem Papste Urban III. übersandten Vorlage. Diese bereits hatte den oben zitierten Satz der zum Jahre 1116 gefälschten Stiftungsurkunde übernommen. Nach dem Texte der M.B. lautet er von Pataviensis-ponant gleich mit der Stiftungsurkunde und fährt dann fort: secundum ius foundationis et secundum privilegium Uodalrici Pataviensis Episcopi et iam deinceps liberam habeant potestatem idem monasterium ad aliam ubi eis placuerit transferendi ecclesiam. — Brackmann legt die Stelle dahin aus, daß die Familie des Gründers berechtigt sein solle, falls der Bischof von Passau dem Kloster Gewalt antäte, es nach einer anderen Kirche zu verlegen. Hierin wird man jedoch Brackmann nicht zustimmen können. Der angeführte Satz meint zweifellos die Lösung des eigenklösterlichen Verhältnisses zu Passau und die Uebereignung an eine andere Kirche. Jener Passus der in dieser Zeit für von Weltlichen übereignete Klöster nicht selten ist, bedeutet eine Sicherung, die der Stifter im Interesse seiner Gründung dem bischöflichen Herrn gegenüber schafft. Brackmann folge ich dann wieder darin, daß die Papsturkunde den Satz deswegen wegließ, weil die Kurie vor allem Weltlichen keinen zu großen Einfluß gestatten wollte. — Nur weil Brackmann bei dem besprochenen Satze nicht den Gegensatz zum bischöflichen Eigenklosterherren erkennt, kann er Studien S. 49 sagen: „Aber bald duldete er (Bisch. Ulrich I.), daß Seitenstetten die Benediktinerregel annahm und das Verhältnis zum Bistum löste“ und Seitenstetten in seiner S. 57 f. gegebenen Statistik zu den nicht übereigneten Klöstern rechnen. Jedoch ist Seitenstetten auch sonst als passauisches Eigenkloster zu erkennen. Ein weiteres Argument sei hier nur angeführt: Im Lehenbekenntnis Herzog Friedrichs II. v. J. 1241 (O.Oe.U.B. III. 101 Nr. 97) ist die Seitenstettener Stiftsvogtei ausdrücklich als bischöfliches Lehen genannt. Ueber die Bedeutung dieses Zeugnisses vgl. u. Kap. 3.

222. Ueber diese Familie ist noch immer der Aufsatz von J. Stülz, Ueber die Vögte von Perg, in J. Chmel, Der österreichische Geschichtsforscher, 2. Bd. 1841, S. 260—73 zu vergleichen, dazu Nachträge im Notizenblatt zum A.Oe.G. VII 1857, S. 198—200 und 213—215; Stammtafel bei Meiller, Salzb.Reg. S. 467 und Strnad, Das Land im Norden der Donau, A.Oe.G. 94, 1907, S. 140. S. auch B. Frhr. v. Handel-Mazetti, Die Vögte von Perg,

Das Erlakloster²²³⁾ war das älteste Benediktinerinnenstift im Lande unter der Enns. Nach einer alten Gründungsurkunde²²⁴⁾ soll die Stiftung bereits im Jahre 1050 erfolgt sein. Die formelle Unechtheit dieses Zeugnisses steht aber ziemlich fest,²²⁵⁾ eine nur einigermaßen sichere Feststellung der Anfertigungszeit scheint jedoch kaum möglich zu sein. v. Mitis, der die Urkunde eingehend bespricht, ist der Ansicht, daß „dieser inhaltsarme Text der Vermutung Raum gibt, als wäre er eine wenig überarbeitete frühzeitige Aufzeichnung von dem Charakter einer Notiz und daher auch frei von dem Verdachte bewußter Fälschung“.²²⁶⁾ Die Stiftung wurde durch Bischof Konrad I. im Jahre 1151 bestätigt.²²⁷⁾ In der Bestätigungsurkunde findet sich ein Satz, der in ähnlicher Weise wie die ältesten Seitenstettener Quellen erkennen läßt, wie die Stifter um den Bestand ihrer Gründung besorgt waren.²²⁸⁾ Zwischen 1050 und 1150 wird die Abtei noch im Jahre 1125 erwähnt.²²⁹⁾ Es läßt sich aber nachweisen, daß sie schon im 11. Jahrhundert bestand. In einem

Ergänzungen und Nachträge zu Stülz Abhdl. Die Vögte von Perg, Linzer Museumsbericht 1912, S. 119—153. Gegen ihn Strnadt, Die freien Leute der alten Riedmark. Wenden und Bajuwaren Siedlung, A.Oe.G. 104, 1914, S. 256 (mit Stern) ff. Anm. 1. Ferner vgl. F. X. Pritz, Geschichte d. aufgelassenen Stiftes der regulierten Chorherren d. hl. Augustin zu Waldhausen. A.Oe.G. 9, 1853 S. 308 ff. und K. Lechner, Geschichte der Besiedlung und der ursprünglichen Grundbesitzverteilung des Waldviertels, Jb. f. Landesk. N.F. 19, 1924, S. 109 ff.

223. Zur Geschichte des Erlaklosters s. M. Heyret, Zur Geschichte des Erlaklosters, Ber. u. Mitt. des Altertumsvereins zu Wien 20, 1881, S. 103 ff.; Art. Erla in Topographie von Niederösterreich, hsg. v. Ver. f. Landesk. von Niederösterreich II, Wien 1879 ff., Sp. 680 ff.; J. F. Keiblinger, Geschichte des Benediktinerstifts Melk in Niederösterreich, 1. Bd., 2. Aufl., Wien 1867, S. 251 Anm. 2.

224. O.Oe.U.B. II 86 Nr. 67.

225. Vancsa S. 271; v. Mitis S. 170 f. Die Urkunde war bis 1908 nur in einem Vidimus bekannt, das der Abt von Gleink im Jahre 1494 ausgestellt hatte. Damals wurde das Original im Archiv für Niederösterreich gefunden. Eine sichere Datierung ist auch jetzt noch nicht möglich. Vgl. v. Mitis S. 242 Anm. 1.

226. v. Mitis S. 171. Für die Echtheit auch Tomek S. 137 ff.

227. O.Oe.U.B. II. 256 Nr. 171. Diese Urkunde ist unzweifelhaft echt. v. Mitis, S. 242 Anm. 1.

228. Ab ipso eiusdem Katholico Fundatore hec annexa est conditio, quod si forte sua hec institutio ullius umquam potestate destructa cessaret, hereditas sua ad primum cognationis remearet.

229. Dies entnehme ich Vancsa S. 271 Anm. 2.

Totenbuch von St. Peter in Salzburg findet sich eine Aufzeichnung von einer Hand des 11. Jahrhunderts²³⁰), die Erlahenses moniales betrifft.

Vom Machländer Geschlechte ist es Otto I. (gestorben etwa 1065)²³¹), den man allgemein für den Stifter hält. Er übergab Erla dem Bischof Engelbert von Passau. Seine Schwester Gisela wurde die erste Aebtissin.

Der jüngere Otto von Machland (gest. etwa 1150) stiftete außer dem Zisterzienserklöster Baumgartenberg²³²) ein Augustinerchorherrenstift in Saebnich (das spätere Waldhausen) im Tale des Dimbaches²³³). Ueber dessen Anfänge sind wir unterrichtet durch zwei echte Urkunden Bischof Reginberts von Passau²³⁴) und eine König Konrads III.²³⁵). Außerdem existieren zwei gefälschte Stiftsbriefe und eine Urkunde über die Rechte des Stifts an den zu ihm gehörigen Kirchen, alle von dem gleichen Bischof²³⁶). Otto von Machland stattete eine ihm gehörige Kirche des Johannes Evangelista mit reichen Gaben aus²³⁷) und übergab sie dem Passauer Bischof. Dieser sollte dort ein Stift regulierter Chorherrn einrichten. Die Vorteile dieser Uebergabe waren bedeutend. Auf Ottos Wunsch gab der Bischof alle Lehen, die der Edle vom Hochstift besaß, an die Neugründung. Dem tügte er eine große Zahl von Pfarreien, Kirchen und

230. Keiblinger, a. a. O.; Heyret S. 103 Anm. 2. Zwischen den beiden Stiftungsurkunden besteht ein erheblicher Unterschied. Die ältere enthält Bestimmungen über Aebtissin und Vogtwahl, die die jüngere nicht aufgenommen hat. Dadurch werden diese Sätze entschieden belastet. Allenfalls wäre es zu erklären dadurch, daß Bischof Konrad I. diese Bestimmungen als seinen eigenherrlichen Rechten zuwiderlaufend wegließ.

231. Vancsa S. 271; v. Mitis S. 170. Eine Notiz aus einem Baumgartenberger Kopialbuch von 1511 berichtet N. Ottonis uxor fundavit monasterium Erlakloster. Ueber diese Notiz vgl. Lechner S. 110.

232. Ueber dieses s. F. X. Pritz, Geschichte des aufgelassenen Zisterzienserklosters Baumgartenberg im Lande ob der Enns, A.Oe.G. 12, 1855, S. 1—62.

233. Ueber die Geschichte von Saebnich-Waldhausen vgl. Pritz A.Oe.G. 9, S. 305 ff.

234. O.Oe.U.B. II 236 Nr. 157 u. 237 Nr. 158.

235. St. 3550 (O.Oe.U.B. II 240 Nr. 160). v. Mitis S. 162 hält die drei Urkunden für unverdächtig.

236. O.Oe.U.B. II. 227 Nr. 155; 231 Nr. 156; 238 Nr. 159.

237. Centum mansos . . . eidem ecclesie delegavit. O.Oe.U.B. II 236, Nr. 157.

Zehnten hinzu.²³⁸⁾ Ottos Absichten erhellen aus seinen die beiden Klöster, die er gegründet hatte, betreffenden testamentarischen Bestimmungen²³⁹⁾. Der bewegliche Nachlaß sollte zwischen Waldhausen und Baumgartenberg geteilt werden. Sollte aber der Bischof von Passau etwas von den Gaben seines Vorgängers dem Kloster zu entfremden versuchen, so sollte der Waldhausensche Teil des Nachlasses auch noch an Baumgartenberg kommen, und Ottos Bruder Walchun alle von Otto an Säbnich gegebenen Besitzungen gleichfalls Baumgartenberg übertragen²⁴⁰⁾.

Nach Ottos Tod kam es zum Streit über die Verteilung des Nachlasses zwischen Bischof Konrad und dem von ihm vertretenen Chorherrnstift und den Zisterziensern von Baumgartenberg. Hauptquelle ist eine in Baumgartenberg entstandene Aufzeichnung²⁴¹⁾, die auch zwei päpstliche Mandate in Abschrift enthält. Die Darstellung ist zwar parteiisch gegen Passau²⁴²⁾, soviel läßt sich immerhin mit einiger Sicherheit entnehmen: Abt Friedrich von Baumgartenberg behauptete, Bischof Konrad habe Klostersgüter für sich genutzt, was gegen Ottos Verfügungen verstoße, und behielt — er war zum Erbteiler bestellt — den ganzen beweglichen Nachlaß Ottos für Baumgartenberg zurück. In den heftigen Streit griffen der Abt von Eberach als Vertreter des Generalkapitels zu Cîteaux, der Erzbischof von Salzburg und sogar der Papst ein. Schließlich wurde er durch einen Vergleich beendet.

Abt Friedrichs Vorwürfe gegen den Bischof werden, so übertrieben sie zum Teil gewesen sein mögen, nicht ganz grundlos gewesen sein. Konrad I. mißbilligte vielleicht die verschwende-

238. Saebnich, Münzbach Pabneukirchen, Königswiesen, St. Georgen am Wald, Dimbach, Kreuzen, Grein, Saxen, Mitterkirchen. O.Oe.U.B. II 237 Nr. 157.

239. O.Oe.U.B. II 247 Nr. 164. Die Echtheit ist bezweifelt (v. Mitis S. 300). Immerhin steht sie als Quelle auf einer Stufe an Wert mit der parteiischen Baumgartenberger Erzählung von der wir gleich sprechen werden.

240. si episcopus Pataviensis aliquid eorum dempserit que a suo predecessore concessa sunt ecclesie sancti Johannis... omnia tam predia quam mobilia pertineant ad domum sancte Marie de pangartenberg. Ähnliche Bestimmungen kennen wir schon aus Seitenstettener und Erlaer Urkunden.

241. O.Oe.U.B. II 252 Nr. 169. Ueber den Baumgartenberger Streit vgl. auch Pritz, A.Oe.G. 12, S. 11 f.

242. z. B. muß man der Behauptung, der Bischof von Passau sei mit falschen Zeugnissen hervorgetreten, mit dem größten Mißtrauen begegnen.

rische Zuteilung von Pfarreien und Gütern durch seinen Vorgänger und versuchte wohl, mit Hilfe seines Eigenklosterrechts sich Nutzung an diesen Besitzungen zu verschaffen. Tat er damit aber etwas Rechtswidriges, verstieß seine Handlungsweise gegen die Bestimmungen des Testaments, wie es uns vorliegt? Dieses verbot abstrahere, demere, dagegen erzählen selbst die Baumgartenberger nur *episcopus Pataviensis bona per antecessorem prefato cenobio tradita usibus suis mancipavit*. Vielleicht gab deswegen selbst der Eberacher Abt dem Bischof Recht, weil er in mäßiger Nutzung von einigen Gütern des Klosters durch dessen Herrn etwas gar so Unberechtigtes nicht zu erblicken vermochte. Aehnlich scheinen auch die Chorherren gedacht zu haben. Der Bischof war offenbar mit ihnen einig. Er führte als Eigenklosterherr ihre Sache.²⁴³⁾ Die Pröpste haben ihn offenbar zu seinen Maßnahmen im Interesse des Klosters aufgefordert. Denn die Baumgartenberger lassen sich anlässlich der Beilegung des Streites²⁴⁴⁾ ausdrücklich versprechen, *ut nunquam alicui episcoporum liceat hoc factum retractare aut inductione praepositorum futurorum aliquibus molestiis super hac causa abbatem et fratres suos infestare*. Dies deutet darauf hin, daß die angebliche Nutzung von Klostergut für die Zisterzienser nur ein Vorwand für ihre ungerechtfertigten Ansprüche war. Wenn wir also sehen, daß im Baumgartenberger Streite der Bischof und die Chorherren sich in keinem Gegensatze zueinander befanden, sondern im Gegenteil gemeinsame Sache machten, so werden wir mit besonderer Vorsicht der Nachricht begegnen, Konrad habe, an seiner Sache verzweifelnd, die Chorherren vertrieben und die Klostergüter einem Abt seiner Diözese zur Verwaltung übertragen. Eine solche Vertreibung hat stattgefunden, sie hat aber m. E. mit dem Baumgartenberger Streit nichts zu tun.

Konrad hatte einen überaus reformeifrigen Abt in Göttweig eingesetzt, den Professen Wernher aus Prüfling²⁴⁵⁾. Wernher war so rigoros in seinen Reformen, daß ihn schließlich die Göttweiger Mönche erschlugen. Dieser war der Abt, von dem die Baumgartenberger Nachricht erzählt. Denn die *Continuatio*

243. *Regulares canonici, quorum causam agebat Pataviensis episcopus.*

244. *O.Oe.U.B. II 268 Nr. 179.*

245. *Vita Altmanni M. G. SS. XII 243 c. 44. Vgl. auch Dungal, S. 514.*

Claustroneoburgensis III. berichtet zum Jahre 1151²⁴⁶⁾: Nach dem Tode des Propstes Heinrich von Waldhausen sei Selpker zu seinem Nachfolger (also in Waldhausen) gewählt worden. Ihn habe aber Abt Wernher von Göttweig mit den Brüdern vertrieben und die Propstei ein Jahr und acht Monate besetzt gehalten. Aus welchem Grunde die Vertreibung der Chorherren erfolgte, wird dort nicht gesagt. Ich möchte aber die Vermutung wagen, daß das Leben der Waldhausener dem Bischof und dem fanatischen Abte ein Eingreifen erforderlich erscheinen ließ.

Wir haben hier manches vorweggenommen, was eigentlich in das nächste Kapitel über den Inhalt des Eigenklosterrechts gehörte. Doch der Baumgartenberger Streit mußte im Zusammenhang mit der Frage nach dem Verhältnis von Saebnich zu Waldhausen behandelt werden. Ihr hat Brackmann einen Exkurs gewidmet.²⁴⁷⁾ Er zieht ein Mandat Innocenz II. an Propst Gerhoch von Reichersberg vom Jahre 1144 heran²⁴⁸⁾, ut fratrem suum Heinricum fratribus S. Mariae de Silva Curiae in magistrum concederet und neigt dazu, sich Loewenfelds²⁴⁹⁾ Uebersetzung mit Waldhausen zu eigen zu machen. Diese Deutung finde eine Stütze in der Klosterneuburger Notiz²⁵⁰⁾ Heinricus praepositus cellae b. Johannis Evangelistae in Walthusen obiit. Saebnich, das spätere Waldhausen, sei allerdings erst 1147 gegründet, während Innocenz' Mandat auf eine Existenz des Stifts Silva Curiae in der Zeit von 1132 bis 1143 hinweise. Der Versuch, das Mandat auf ein anderes Stift zu beziehen, gelingt Brackmann nicht. An Hand der Urkunde Bischof Konrads I. von 1161²⁵¹⁾, die einen Propst von Saebnich und einen von Waldhausen nebeneinander nennt, spricht er dann die Vermutung aus, daß es in Waldhausen auch früher schon ein Stift gegeben habe, das Gerhochs Bruder zum Propste erbeten habe, während Saebnich, 1147 durch Otto von Machland gegründet, erst später,

246. M. G. SS. IX 629. Zu 1148 (letzter Satz): Cella beati Johannis Evangelistae in Waldhusen fundata est et septima hebdomada dedicata. Zu 1149: Otto beate memorie fundator celle beati Johannis evangeliste obiit. Zu 1151: Heinricus prepositus celle obiit. Selpkerus in locum eius eligitur.

247. Brackmann, Studien S. 213 ff.

248. Germ. Pont. I. 193 Nr. 10 und 13.

249. J. L. 8484 „Monachis sanctae Mariae de Silva Curiae (seu Waldhausensibus).“

250. M. G. SS. IX 629.

251. O.Oe.U.B. II 309 Nr. 208.

wahrscheinlich 1162, nach Waldhausen verlegt worden sei. Als Motiv der Verlegung dürfe man die Streitigkeiten mit Baumgartenberg ansehen, in deren Verlauf Saebnich schon einmal aufgehoben und Göttweig übereignet gewesen sei. „Kurz“, schließt dann der Exkurs, „die mannigfaltigen Schwierigkeiten würden durch die Annahme einer älteren Gründung in Waldhausen wohl ihre Lösung finden können, aber wir wollen uns doch damit bescheiden, daß ein zwingender Beweis nicht zu führen ist.“

Ich mußte Brackmanns Ansicht genau mitteilen, da ich sie nicht zu teilen vermag. Der Leser lernte bei dieser Gelegenheit auch die Fragestellung kennen. Anerkannt muß zunächst werden, daß es schwer ist, Innocenz' Angabe auf ein anderes bestimmtes Kloster mit ähnlichem Namen zu beziehen. Andererseits gab schon Brackmann zu, daß der Identifizierung der Namen Silva Curiae im Papstmandat und Waldhausen die Verschiedenheit des Patroziniums entgegenstehe. Auch in späteren Zeiten hatte Waldhausen nie Marienpatrozinium. Wenn man weiter eine ursprünglich von einander unabhängige Existenz beider Klöster annimmt, so wäre deren Vereinigung äußerst schwierig gewesen. Denn wenn selbst beider Herr der Passauer Bischof gewesen wäre, so hätten doch die beiderseitigen Vögte wahrscheinlich Schwierigkeiten bereitet. Und die Machländer waren nicht Vögte dieses Stiftes S. Mariae de Silva Curiae. Sonst wäre in den zahlreichen Urkunden über ihre kirchlichen Leistungen sicherlich je etwas davon verlautbart.

Daß eine Zeit lang zwei klösterliche Niederlassungen im Dimbachtale nebeneinander bestanden, ist dagegen nicht zu bezweifeln. Aber in welchem Verhältnis standen sie zueinander? Da muß ich Brackmann gegenüber darauf hinweisen, daß der neben Propst Berthold von Waldhausen 1161 genannte Propst Selpkerus von Saebnich nach der Klosterneuburger Notiz im Jahre 1151 Propst von Waldhausen war. Selpkerus in locum eius eligitur (nämlich des verstorbenen Propstes Heinrich). Und Propst Selpker von Waldhausen war es, der von Abt Wernher von Göttweig vertrieben wurde. Nicht Saebnich, sondern Waldhausen ist es, das schon einmal aufgehoben war.²⁵²⁾ Nach diesem Tat-

252. Auch ich beziehe, wie Brackmann, die Angabe des Baumgartenberger Geschichtsschreibers auf denselben Vorgang, den auch der Klosterneuburger schilderte. Demnach würde man in Baumgartenberg, Waldhausen und Saebnich als ein Kloster angesehen haben.

bestand²⁵³⁾ wird man annehmen müssen, daß die Saebnicher Chorherren eine neue Niederlassung in Waldhausen begründeten, ein Teil von ihnen dorthin übersiedelte, dieser aber von Abt Wernher vertrieben wurde und nach Saebnich zurückflüchtete. Als dann Abt Wernher Waldhausen räumen mußte, legten die Chorherren von Saebnich wiederum eine Kolonie dorthin unter einem besonderen Propste. Das Verhältniß der Vorsteher beider Häuser gab m. E. schon Pritz²⁵⁴⁾ richtig als das eines praepositus primus und eines praepositus secundus an. 1162 starb der praepositus primus Selpker von Saebnich, und ihm folgte Berthold von Waldhausen, ohne jedoch nach Saebnich zu gehen, sondern indem er Waldhausen nunmehr zur Haupt-, vielleicht sofort oder wenigstens bald darauf zur einzigen Niederlassung machte. Seitdem gab es nur noch das Augustinerchorherrenstift Waldhausen, das bis zu seiner Aufhebung im Jahre 1790 blühte.²⁵⁵⁾

Im Jahre 1144 stellte Reginbert, Bischof von Passau, eine Stiftungsurkunde²⁵⁶⁾ für das Benediktinerstift St. Lambert in Altenburg²⁵⁷⁾ aus. Altenburg liegt nahe bei der Stadt Horn im niederösterreichischen Waldviertel. Die Gründung erfolgte durch die Gräfin Hildeburg von Beugen-Rebgau²⁵⁸⁾, die Witwe des Grafen Gebhard, und ihren Sohn Herrmann. Gleichzeitig übergab sie das Kloster an Passau.²⁵⁹⁾ Für den Fall, daß ein Passauer Bischof aber die klösterliche Organisation des Stifts ändern oder vernichten sollte, wurde auch hier bestimmt, daß der nächste Verwandte der Gründerin für eine Goldmünze das

253. Das Waldhausen, das seit 1151 genannt wird, kann man keinesfalls je als unabhängig nachweisen, solange Saebnich noch existierte.

254. Pritz, Waldhausen S. 415.

255. Ebenda S. 349.

256. F. r. A. II 21, 1 Nr. 1.

257. Zur Geschichte dieser Abtei H. Burger, Geschichtliche Darstellung der Gründung und Schicksale des Benediktinerstifts St. Lambert zu Altenburg in N. Oe. usw. Wien 1862; C. Wolfgruber in Brunners Benediktinerbuch S. 76—83.

258. Ueber die Grafen von Beugen-Rebgau s. Strnad, Peuerbach S. 103 ff. Lechner, Jb. N.F. 19, S. 119 ff. J. Wendrinsky, Die Grafen von Rebgaug-Beugen, Bl. N.F. 14, 1880 S. 181—194. Vancsa S. 253 Anm. 5 betont, daß Strnadts Identifikation dieser Grafen mit denen von Windberg fragliche Hypothese bleibe.

259. Das geht mit Sicherheit aus der in der f. Anm. zitierten Stelle hervor.

Stiftungsgut zurücknehmen und es behalten solle, bis die Abtei wiederhergestellt sei.²⁶⁰⁾ Den Grafen von Beugen wurde die Vogtei, den Mönchen das Abtwahlrecht verliehen. Bloß das Tauf- und Begräbnisrecht gewährte Bischof Reginbert, ein Geschenk, das, soviel wir wissen, allerdings wertvoll genug war, um die Uebertragung an das Bistum als ratsam erscheinen zu lassen. Viele vornehme Familien wählten die Klosterkirche zum Erbbegräbnis, und die aus diesem Anlaß gemachten Schenkungen waren stets eine reiche Quelle von Erwerbungen für Altenburg.²⁶¹⁾

Das Bistum Passau gelangte auch in den Besitz zweier Praemonstratenserklöster, es waren dies das Praemonstratenser-Chorherrenstift Geras in Niederösterreich, nahe der böhmischen Grenze im Waldviertel, und, nicht weit davon entfernt, das Praemonstratenserinnenkloster Pernegg²⁶²⁾. Pernegg war Geras untergeben²⁶³⁾, wurde von dort aus gewöhnlich durch einen Propst administriert und teilte durchaus dessen Rechtsstellung und dessen Schicksale. Daher können beide Klöster gemeinsam behandelt werden.²⁶⁴⁾

260. Quod si . . . episcopus aggressus fuerit vel mutare vel prorsus evacuare monachicam illius foundationis vitam, nummum quidem aureum quicumque illius domine per consanguinitatem proximus exstiterit episcopo successori nostro persolvat et quicquid a predecessoribus suis cenobio collatum fuit, quousque reformetur eorundem monachorum institutio, recipiat.

261. Vgl. z. B. F. r. A. II 21, 13 Nr. 13; 20 Nr. 22

262. Ueber die Geschichte dieser Klöster haben wir über den Durchschnitt gute Arbeiten. B. Hoffer, Zur Geschichte von Geras und Pernegg. Wien 1880; A. V. Felgel, Art. Geras in Topogr. v. Oest. III, 1893, S. 367 bis 420, und vor allem A. Zák, Gründungsgeschichte von Geras und Pernegg. Bl. N.F. 25, 1891; ders., Das Frauenkloster Pernegg, Bl. N.F. 31, 1897; ders., Chorherrenstift Geras, Bl. N.F. 34 und 35, 1900 und 1901. Ferner s. J. Wendrinsky, Die Grafen von Raabs. Bl. N.F. 12, 1878 S. 97—138; 169—210; 361—386; Bl. 13, 1879, S. 118—152.

263. Ursprünglich scheint die Erbauung eines Doppelklosters geplant gewesen zu sein, wie sie damals häufig vorkamen (z. B. Göttweig, Melk, Altenburg, St. Pölten, Klosterneuburg, St. Georgen, Waldhausen, Reichersberg). Dann aber entschloß man sich doch zur Trennung und erbaute das Chorherrenstift in Geras, beließ aber die Chorfrauen in Pernegg. So interpretiert m. E. zutreffend Zák Bl. N.F. 25 S. 23 u. 25 die Urkunde Friedrichs II. vom Jahre 1242, Mayer 16 Nr. 5.

264. Die eben erwähnte Urkunde sagt aus: quarum (monialium sororum curam et sollicitudinem abbat, . . . tam in spiritualibus quam in temporalibus iniunxit, ut debitam subiectionem et reverentiam ei exhibentes etc,

Wahrscheinlich wurde ein Stiftsbrief ausgestellt, der aber nach Ausweis einer Urkunde Herzog Friedrichs II. vom Jahre 1242²⁶⁵) durch Feuer zugrundegegangen ist. Den Verlust der alten Urkunden gibt der Herzog als Grund an zu deren Erneuerung. So bildet diese Urkunde des österreichischen Herzogs die wichtigste Nachricht, die über die Gründung der beiden Klöster vorhanden ist.

Der Edle Ulrich von Pernegg²⁶⁶) wird als Stifter, Herzog Heinrich Jasomirgott von Oesterreich (1147 bis 1177) und Bischof Konrad I. von Passau (1148 bis 1164) als Mithelfer genannt. Des letzteren Regierungszeit bietet die einzige sichere Handhabe zur Bestimmung des Zeitraumes, innerhalb dessen die beiden Häuser entstanden sind.²⁶⁷) Allerdings hat Zaks Vermutung eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich, nach der der Gründungszeitpunkt nicht weit von 1150 entfernt ist.²⁶⁸)

265. Mayer 16 Nr. 5. . . . propter defectum instrumentorum igne exustorum.

266. Es ist fraglich, ob die Aufklärung der Herkunft dieses Geschlechts je ganz gelingen wird. Ein Zusammenhang mit den Grafen von Raabs ist sehr wahrscheinlich. Wendrinsky a. a. O. S. 193 ff., Zák Bl. N.F. 31 S. 264 und Anm. 2; Lechner S. 239 ff. Letzterer nimmt, wie schon Vanca S. 255 die Abstammung beider Familien von den Babenbergern an. Von den Grundlagen seines Beweises ist am beachtenswertesten die Nachricht des Fürstenbuches, derzufolge Albert, ein Sohn des Markgrafen Ernst, auf Pernegg seinen Sitz hatte. M. G. h. Dte. Chroniken III. 2. S. 603, Z. 171 ff. Sehr zu beachten ist dagegen ein Einwand, den Wendrinsky Bl. N.F. 12 S. 179 hinsichtlich derer von Raabs macht, der aber auch für die Pernegger gilt: die Stellung der Familie in Oesterreich ist längst nicht so bedeutend, wie man es von Zweigen des markgräflichen Hauses erwarten müßte.

267. Man hat die letzten Regierungsjahre Konrads ausschalten wollen, da er von seinem Sitze Passau vertrieben war. Zák, Bl. N.F. 25, S. 18; Hoffer S. 5. Demgegenüber muß geltend gemacht werden, daß Konrad in den östlichen Teilen der Diözese als anerkannter Bischof und österreichischer Prinz (Sohn des Markgrafen Leopolds III.) sehr wohl in der Lage war, eine Klostergründung zu unterstützen.

268. Zák a. a. O. S. 19 ff. Er stützt seine Ansicht besonders auf die Chronik Gerlachs von Mühlhausen. M. G. SS. XVII 700. Dieser erzählt, Geras und Pernegg seien um die Mitte der Lebenszeit des Abtes Gottschalk von Selau gegründet worden (1116—1184). Daraus ergibt sich etwa 1150. Den genauen Zeitpunkt kann man allerdings mit Hilfe dieser Angabe nicht feststellen, wie Zák meint, in dimidio dierum suorum kann einen Zeitraum von 1—20 Jahren meinen. Vgl. auch Zák, Bl. N.F. 31, S. 266 f.

Geras ist von dem böhmischen Prämonstratenserstift Selau besetzt worden, Pernegg von Lunovic.²⁶⁹⁾

Im Jahre 1188²⁷⁰⁾ übergaben der Edle Ekebert von Pernegg, des Stifters Sohn²⁷¹⁾, und Ekeberts Gemahlin Hadwich sowie ihre Kinder die beiden Klöster der Passauer Bischofskirche. Er schenkte sie mit allem Zubehör, dem Recht des Patronats und der Vogtei. Damit wurden Geras und Pernegg bischöflich passauische Klöster.

269. Bl. N. F. 25, S. 14 u. 19.

270. Mayer 9 Nr. 1.

271. Ebenda S. 7; Zák, Bl. N. F. 25, S. 265.

Zweites Kapitel.

Das Eigenklosterrecht.

I.

Nach einer sehr verbreiteten Ansicht soll der Eigenkirchen-gedanke auch einen überaus starken Einfluß auf die Bistümer gewonnen haben¹⁾; soweit soll er vorgedrungen sein, daß selbst diese ihre Rechtspersönlichkeit einbüßten.²⁾ Zunächst soll sie durch die des Kirchenheiligen ersetzt, „dann aber ganz aus der Vorstellung der Zeitgenossen“ verschwunden sein, „die im episcopatus nur noch eine große Vermögensmasse sahen, welche sich um die Domkirche gruppierte und selbst wieder aus zahlreichen, um Niederkirchen und sonstige Gotteshäuser gebildeten kleineren örtlichen Sondervermögen bestand“.³⁾

Die bischöflichen Eigenklöster und -kirchen entbehren eigener Rechtssubjektivität, sie sind Sachen. Wer ist Inhaber aller Rechte an ihnen? Nach dem wörtlich genommenen Terminus „bischöfliches Eigenkloster“ der Bischof, oder besser, der Bischof

1. Hier sind besonders anzuführen die Äußerungen von Stutz, Kirchenrecht S. 313 f., Art. Eigenkirche, Eigenkloster bei Hauck-Herzog Bd. 23, S. 373. Eigenkirche S. 32; Imbart de la Tour, Paroisses rurales p. 324; v. Schwerin bei Hoops I, S. 529; Werminghoff, Geschichte der Kirchenverf. I, S. 87 und in Meisters Grundriß II, 6, S. 25 u. 55 und F. X. Barth, Hildebert von Lavardin (1056--1133) und das kirchliche Stellenbesetzungsrecht, Kirchenrechtl. Abh., 34—36. H., Stuttgart 1906, S. 110.

2. Wie weit das in Deutschland tatsächlich geschah, muß noch genaustens untersucht werden. Ex professo beschäftigt sich mit dieser Frage eigentlich nur die ältere Arbeit von J. Ficker, Ueber das Eigentum des Reichs am Reichskirchengut, W.S.B. 72, 1872, S. 55—146, während eine neuere, die seit jener Zeit geleistete Spezialforschung verwertende, nach Möglichkeit alle Gesichtspunkte erfassende Erörterung dieses grundlegend wichtigen und überaus schwierigen Problems noch zu vermissen ist. Besonders wertvolle Beiträge lieferte dazu H. Nottarp in seinem Buche über die Bistumserrichtung in Deutschland im 8. Jahrhundert, Kirchenrechtl. Abh., H. 96, Stuttgart 1920.

3. Stutz bei Herzog-Hauck a. a. O. Ähnlich Ficker, Ueber das Eigentum des Reichs am Reichskirchengut S. 98 ff. und Th. v. Sickel, Beiträge z. Diplomatik V, W.S.B. 49, 1865, S. 315.

als Repräsentant der Rechtspersönlichkeit⁴⁾, der er seine Amtsbezeichnung verdankt, des Bistums oder des Heiligen des Bistums. Eine solche Rechtspersönlichkeit existiert aber nach der dargelegten Ansicht gar nicht. Also dürfte der genannte Terminus eigentlich gar nicht angewandt werden.

Immerhin, er ist von Stutz gebraucht,⁵⁾ und von der Forschung ohne Vorbehalte übernommen worden⁶⁾, und er hat sich vollständig eingebürgert. Und das konnte auch ohne Gefahr geschehen. Denn die angenommene juristische Konstellation blieb tatsächlich folgenlos. Dem Bischof als Inhaber einer Gewere durch die königliche Verleihung (Investitur)⁷⁾ standen die Klöster wie einem Eigentümer gegenüber, während sie mit dem König ohne direkte Verbindung waren. Diesem wären ja etwaige Nutzungsrechte nur durch den Mittelpunkt des Sondervermögens, die bischöfliche Kirche, möglich gewesen. Bezeichnenderweise vertritt der Bischof in Rechtsgeschäften das Kloster, niemals der König oder sein Vertreter.⁸⁾ Leistungen an den König

4. Selbstverständlich ist der Bischof, streng genommen, nie Eigentümer des Bistumsgutes gewesen. Vgl. hierzu O. Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht Bd. 2, Berlin 1873, S. 532: „Eigentliche Verwalter und Besitzer des letzteren (des Gutes der Kirchen) sind die Vorsteher der Einzelkirchen, welche daher anstatt Gottes und des Heiligen Verträge und Rechtsgeschäfte abschließen, Rechtsstreite durchführen und die mit dem germanischen Grundeigentum verknüpften Rechte an Personen und Sachen ausüben.“

5. z. B. Benefizialwesen I, 1, S. 296 ff.; Kirchenrecht S. 303 f.; G. G. A. 166, 1, 1904, S. 81. Von Kirchen im Eigentum des Bischofs ist die Rede Eigenklostervermögen S. 1227 Anm. 4, 1226, 1229, 1255, 1258 f.; Eigenkirche S. 22: „Die Bischöfe behandelten die ihnen gebliebenen Kirchen je länger desto mehr als ihre Eigenkirchen.“ Auch von klösterlichen Eigenkirchen ist in Stutz' Werken oft die Rede.

6. v. Schwerin bei Hoops I, S. 529; Werminghoff bei Meister, S. 25, spricht wenigstens von „bischöflichen Kirchen als Eigenkirchen des Bischofs.“ Ebenso R. Schröder, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte, 6. Aufl. bearb. v. E. Frhr. v. Künssberg, Berlin und Leipzig 1922, S. 158. Besonders vgl. H. Hirsch, Die Klosterimmunität seit dem Investiturstreit, Weimar 1913, passim; H. Aubin, Die Entstehung der Landeshoheit nach niederrheinischen Quellen, Hist. Studien (hsg. von E. Ebering), H. 143, Berlin 1920, bes. S. 307, Brackmann, Studien passim; Tomek, Studien zur Klosterreform; Huefner, Arch. f. kath. Kirchenrecht Bd. 86; W. Seidenschnur, Die Salzburger Eigenbistümer in ihrer reichskirchen- und landesrechtlichen Stellung, Sav. Z. Kan. A. IX, 1919, S. 177 ff., handelt von Eigenbistümern.

7. Stutz G. G. A. 1904, 1, S. 53; Eigenkirche S. 35 f.; Lehen und Pfründe, Sav. Z. G. A. 20, 1899, S. 220 und Anm. 2.

8. Vgl. unten Anm. 44 ff.

direkt aus einem privatrechtlichen Grunde sind gleichfalls nicht nachzuweisen. Vom Standpunkt des Klosters zeigte sich der Bischof als Eigentümer, wie dieser wiederum dem Kloster gegenüber sich als solcher fühlen konnte.

Zu zeigen, wie sich das Verhältnis des Bischofs von Passau zu seinen Klöstern im einzelnen gestaltete, soll Aufgabe der folgenden Ausführungen sein. Zur Erkenntnis des Inhalts des Eigenklosterrechts sollen aber die Quellen aller Klöster der Passauer Diözese mit herangezogen werden. Besonders wichtig sind die Eigenklöster auswärtiger Bischöfe, da bei den passauischen die Eigenschaft des Bischofs als Herr und Ordinarius zugleich manches verschleiern könnte. Auch die laikalen Klöster leisten gute Dienste. Man erkennt bei ihnen deutlicher, welche spirituellen Rechte speziell mit der Kirchherrschaft verbunden sind. Andererseits läßt bei ihnen die Identität von Eigenklosterherren und Vogt manches weniger leicht erkennen, wofür wiederum die bischöflichen Eigenklöster ein besseres Anschauungsmaterial darbieten.

Zunächst soll jedoch noch kurz die Frage behandelt werden, wie lange von „Eigenkirchen (und -klöstern)“ zu sprechen erlaubt ist. Die kirchliche Gesetzgebung und Jurisprudenz haben das Eigenkirchenwesen als unkanonisch betrachtet und zu vernichten gesucht⁹⁾. Aber der Eigenkirchenbegriff lebte im ganzen noch länger fort und zeigte sich stärker als die neue Auffassung. Wir dürfen Kirchen, die um 1150 begründet wurden, häufig noch als Eigenkirchen bezeichnen, da sie von den maßgebenden Faktoren durchaus als solche behandelt wurden und die Folgen dieses Rechtsbewußtseins sich an ihnen beobachten lassen.¹⁰⁾ Allerdings ist zu beachten, daß, wie meistens, auch hier die Verfassung eines Instituts beeinflußt wird durch in verschiedener

9. „Es geht deshalb nicht an, auch nach 1150 noch, wie Historiker und Kirchenhistoriker es bisweilen tun, von Eigenkirchen und Eigenkirchenrecht zu sprechen.“ So Stutz bei Herzog-Hauck, Bd. 23, S. 376. Dazu vgl. Stutz, Das Münster zu Freiburg im Lichte rechtsgeschichtlicher Betrachtung, Tübingen und Leipzig 1901, S. 10 und Barth, Hildebert von Lavardin S. 198.

10. An der eben genannten Stelle, Herzog-Hauck, Bd. 23, S. 376 fährt Stutz mit Worten fort, die für die im Text ausgesprochene Ansicht angeführt werden können: „In der Sache freilich und in der Vorstellung der nicht-geistlichen Kreise, insbesondere der Grund- und Landesherren, lebten die alten Anschauungen und das alte Recht fast uneingeschränkt noch Jahrhunderte fort.“ Ferner vgl. Stutz, Das habsburgische Urbar und die An

Richtung wirkende, ja oft sich widersprechende Rechtsgedanken. Fast nie ist ja eine Erscheinung des Lebens von einer einheitlichen Idee beherrscht, sondern von mehreren sich vielfach durchkreuzenden. Wenn daher die Begriffe Eigenklosterrecht, Patronat, u. ä. für die Verhältnisse des 12. und beginnenden 13. Jahrhunderts angewandt werden, so muß man sich dabei durchaus bewußt sein, daß sie die tatsächliche Lage gerade in dieser Uebergangszeit nur annäherungsweise bezeichnen.

II.

Ein Eigenkloster konnte, wie jedes andere Eigentumsobjekt, erworben werden. Durch das Bistum Passau geschah das in der überwiegenden Zahl der Fälle durch *Schenkungen*¹¹⁾, ebenso wie es sich auch bei den anderen Bistümern beobachten läßt.¹²⁾

Wenigstens eine *Gegenleistung* wurde von Passau für die Abtei Niedernburg verlangt. Es mußte dem Kaiser eine jährliche Zahlung von 40 Pfd. leisten.¹³⁾ In gewisser Weise einen Entgelt gab ein Bischof auch häufig, indem er einem ihm geschenkten Kloster Pfarreien, Zehnte, sonstige kirchliche Rechte, auch Grundbesitz verlieh,¹⁴⁾ wobei schon hier darauf hingewiesen werden soll, daß Gründung und Ausstattung eines Klosters keineswegs eine gewinnbringende Kapitalanlage gewesen ist.¹⁵⁾

fänge der Landeshoheit, Sav. Z. G. A. 25, 1904, S. 229, ferner Anm. 89 dieses Kapitels. Die starken antieigenkirchlichen Tendenzen sind dagegen natürlich nicht zu verkennen. Sie hebt hervor G. Schreiber, Studien zur Exemptionsgeschichte der Zisterzienser, Sav. Z. Kan. A. IV, 1914, S. 109. — Darüber mehr i. Abschn. V dieses Kapitels.

11. Vgl. I. Kap. Vielleicht Kremsmünster, Mattsee, Oetting, St. Florian, St. Pölten, sicher Niedernburg (wenigstens 976), St. Andrä, Seitenstetten, Erla, Waldhausen, Altenburg, Geras und Pernegg.

12. Von den Klöstern der Passauer Diözese wurden an Bistümer weiterhin (außer den in Anm. 11 aufgeführten) sicher geschenkt: Traunkirchen an Salzburg (M. 2058), Osterhofen (M. B. XII 329 Nr. 1), Niederaltaich (St. 3618, M. B. XI 164 Nr. 42; St. 3681, M. B. XI 169 Nr. 45), Aspach (wenigstens die Mittel zur Gründung M. B. V, 107 Nr. 2; 158 Nr. 3), Gleink (O. O. U. B. II 165 Nr. 111, 169 Nr. 113). Wilhering (O. Oe. U. B. II 223 Nr. 152) an Bamberg. Reichersberg (M. B. III 399 sq.), Suben (O. Oe. U. B. I 425 Nr. 1) an Salzburg, Lambach (wenigstens aus dem Privatbesitz des Bischofs an das Bistum, O. Oe. U. B. II, 119 Nr. 83) an Würzburg.

13. Vgl. oben S. 26.

14. Vgl. z. B. oben S. 40, 43 und 49.

15. Vgl. d. nächsten Abschn. dieses Kapitels.

Eingetauscht hat das Bistum Regensburg die in der Passauer Diözese gelegene Abtei Mondsee gegen das Regensburger Frauenkloster Obermünster¹⁶⁾.

Auch Verpfändung wäre möglich. Ein Beispiel dafür aus der Passauer Diözese ist freilich nicht bekannt.¹⁷⁾

Als Lehen besaß im 10. Jahrhundert Eichstädt die Abtei Niederaltaich. Dieser Lehenbesitz ging dem Bistum allerdings bald wieder verloren.¹⁸⁾

Schließlich erinnere ich daran, daß das Bistum Passau im Verdacht steht, im 10. Jahrhundert einige in seinem Sprengel gelegene Klöster usurpiert zu haben.¹⁹⁾

An sich ließe das Eigenklosterrecht dem Eigentümer die Möglichkeit, auf alle die verschiedenen Arten, auf die eine Erwerbung denkbar war, seine Klöster auch wieder zu veräußern. Dem steht aber für geistliche Herren das durch karolingische Gesetze gestützte altkirchliche Verbot der Veräußerung und Teilung von Kirchengut überhaupt entgegen,²⁰⁾ so daß nur Vertauschung eines Klosters möglich war.²¹⁾ Dafür konnte ich ja in dem Regensburger Fall — Obermünster gegen Mondsee — ein Beispiel vorweisen. Mondsee hat im 9. Jahrhundert über-

16. M. 1349. Ueber Mondsee als bischöfliches Tafelkloster Janner I, S. 459.

17. Darauf, daß in früherer Zeit Klöster als Ausstattung für die Königinnen gegeben wurden, weist Ficker, Eigentum S. 88, hin. — So erzählt Bruschi in seiner Geschichte von Waldsassen, diese Abtei sei von Theobald von Vohburg seiner Tochter, der Gemahlin Friedrich Barbarossas zur Mitgift gegeben worden. Vgl. Zisterzienserchronik Jg. 25, Nr. 293 v. Juli 1913 S. 199.

18. Vgl. Germ. Pont. I. 179.

19. Vgl. oben S. 7 ff. Kremsmünster, Oetting, Mattsee.

20. Ueber Veräußerung von Kirchengut Richter-Dove-Kahl S. 1371 ff.; Stutz, bei Herzog-Hauck Bd. 23, S. 370; J. B. Sägmüller, Lehrbuch des katholischen Kirchenrechts, 2. Aufl. Freiburg i. Br. 1909, S. 877 ff.; Loening, Kirchenrecht I, S. 236 ff.; jetzt besonders auch A. Pöschl, Kirchengutsveräußerungen und das kirchl. Veräußerungsverbot im früheren Mittelalter, Arch. f. kath. Kirchenr. 105, 1925, S. 3—96 u. S. 349—448. — Das kanonische Veräußerungsverbot wurde allerdings nicht selten verletzt. Ueber Veräußerung von Bistumskirchen vgl. Casparis S. 86. Das gleiche ließe sich für Passau an vielen Beispielen zeigen.

21. Daß das Kloster Lambach zu den i. J. 1220 von Würzburg an den Herzog v. Oesterreich verkauften Gütern gehörte, kann den Quellen nicht mit Sicherheit entnommen werden. Darüber eine andere Ansicht hat neuer-

haupt sehr wechselnde Schicksale durchgemacht. Vor dem erwähnten Tausche war es schon einmal einem Erzbischof von Köln per commendam verliehen gewesen.²²⁾ Der Regensburger Bischof gab es dann um das Jahr 883 dem Abte Hitto gegen Schenkung von 30 Unzen an sein Hochstift auf Lebenszeit.²³⁾

In den Besitz eines Klosters kamen ferner Bischöfe wie Laien durch eigene Gründung. Interessante Gründungsgeschichten konnte ich schon im vorigen Kapitel erzählen. Erinnert sei besonders an das für eine Eigenklostergründung typische Kremsmünsterer Beispiel²⁴⁾. Weitere lassen sich aus unserer Diözese in reicher Zahl anführen.²⁵⁾

Wie Erwerbung und Veräußerung von Klöstern sich in den gewöhnlichen Formen des sachenrechtlichen Verkehrs abspielten, so wurde häufig auch der Zustand des Besitzes in der gleichen Weise wie bei sonstigen Eigentumsobjekten bezeichnet. Hier wären zu nennen das Possessivpronomen²⁶⁾, der Genetivus

dings Trinks, Jahrb. d. Oberöstr. Musealvereins 81, S. 112 geäußert: „Lambach stand bis zum Verkaufe in strenger Abhängigkeit vom Hochstift, das bemerkenswerterweise sein Eigenkirchenrecht noch in dieser Spätzeit so scharf geltend machen konnte, daß es das Kloster an einen Laien veräußerte.“

22. Darüber vgl. O. Schmid, Beitr. z. Gesch. d. ehemaligen Benediktinerstiftes Mondsee, Stud. u. Mitt. a. d. Bened.-Orden Jg. 3, 2. Bd., 1883, S. 133 f.

23. O.Oe.U.B. II 25 Nr. 19.

24. Vgl. oben S. 8.

25. Besonders bezeichnend ist die Aldersbacher (Zisterze) Stiftung nach der Schilderung des Gründungsbriefes vom Jahre 1139. (M.B. V 353 Nr. 1.) Gott und dem Heiligen Petrus wird eine Reihe von Besitzungen durch den Gründer, den Heiligen Otto von Bamberg, übergeben, selbst das Propstwahlrecht den Klosterinsassen zugebilligt und Erhebung von Abgaben verboten, aber unbeschadet des Eigentums des Bamberger Bistums. Quatenus salva proprietate et iure nostre Babenbergensis (ecclesiae) ... Güter werden übertragen, aber eine Aenderung der Eigentumsverhältnisse findet nicht statt. Es handelt sich um einen Rechtsakt, kein Rechtsgeschäft; und das ist das wichtigste Kriterium für die Gründung eines Eigenkirchenvermögens. Es sei hervorgehoben, daß dieses Eigenkloster in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts entstand. Ueber Bambergische Klostergründungen nach eigenkirchenrechtlichen Grundsätzen vgl. H. Hirsch, Die Urkundenfälschungen des Klosters Prüfening, M.I.Oe.G. 29, 1908, S. 43 f. und Klosterimmunität, S. 101.

26. O.Oe.U.B. II 58 Nr. 42. ...de prediis monasterii nostri (951); Ebenda 11 Nr. 7 (M. 850): concessimus cuidam monasterio nostro (821); M.B. XI 165 Nr. 42: Abbatiam nostram Altaha dictam; O.Oe.U.B. II 345 Nr. 237: monasterium suum in Gersten (1171); Bielsky 298 Nr. 40: Locus

possessivus²⁷⁾; weiter kann der Eigentümer in adjektivischer Form²⁸⁾ kenntlich gemacht oder in mannigfaltiger Weise durch einen verbalen Ausdruck angegeben werden²⁹⁾. Ferner wäre ein auf das Eigentum hinweisendes Attribut zu nennen³⁰⁾. Das Eigentum wird zuweilen mit Ausdrücken wie *ius, iurisdiction, possessio* bezeichnet.³¹⁾ Andererseits kommt es aber auch vor, daß dazu noch eine speziell das Eigentumsrecht an Kirchen charakterisierende Formel tritt. Da wäre etwa das *iure fundi pertinere, respicere* o. ä.³²⁾ zu nennen. Gleichbedeutend ist der Hinweis auf das *ius foundationis, fundatoris* oder einfach der Titel *fundator*³³⁾, ferner die Mitteilung, das Kloster sei aus den Mitteln des als Herrn zu Kennzeichnenden erbaut und dotiert

cenobii nostri in sancto Georio (1243). Diese Terminologie kam als Reminiscenz aber noch nach Auflösung des Eigenkirchenrechts vor. O.Oe.U.B. VI 585 A. Nr. 13 (1296); 594 Nr. 25 (1299).

27. *Monasterium illius*, O.Oe.U.B. II 69 Nr. 51 (ca. 993).

28. *Jura Babenbergensium* werden an Gleink verliehen. O.Oe.U.B. II 170 Nr. 113. Hier sei allgemein auf den *Terminus regalis abbatia* verwiesen.

29. M.B. XXVIII^b 483: *Clastrum in Erlach... pertinet ad episcopatum pataviensem*; Hagn 76 Nr. 59: *Chremsmunster quod et speciali iure nobis adtinet*; N.Oe.U.B. I 4 Nr. 2: *In sua vestitura tenere*; O.Oe.U.B. II 418 Nr. 286. (1188): *quia Waldhusensis ecclesia cum omni iure suo Pataviensi integraliter attinebat*; ebenda 257 Nr. 171: *locus ad titulum S. Stephani mancipatus*; Bielsky 258 Nr. 6: *Loco... sub obedientiam Pataviensis ecclesie et episcopo... mancipato*. Ähnliche Beispiele: O.Oe.U.B. II 420 Nr. 287; M.B. XII, 333 Nr. 4; O.Oe.U.B. II 225 Nr. 153; O.Oe.U.B. II 282 Nr. 189; 382 Nr. 262; 620 Nr. 420; F.r.A. II 18, 39 Nr. 31.

30. *Sui iuris* o. ä. DO. II 111a. (Kremsmünster.) M. 2058 (Traunkirchen am Traunsee).

31. O.Oe.U.B. II 98 Nr. 75; 102 Nr. 77; 149 Nr. 99: *a iurisdictione pataviensis ecclesie in iurisdictionem et defensionem romane sedis transferat*; ebenda 179 Nr. 120: *tuitio firmaque possessio*.

32. O.Oe.U.B. II 282 Nr. 189; 620 Nr. 420: *cenobia habenbergensi ecclesie ex iure fundi adtinentia*. Hagn, 27 Nr. 18: *iure legitimo sacre Pataviensis ecclesie sedi pertinentem*; F.r.A. II 18, 10 Nr. 7; 39 Nr. 31.

33. F.r.A. II 33, 2 Nr. 2: *qui vel privato iure foundationis nostrae tenentur ecclesiae*; F.r.A. II 51, 32 Nr. 18: Bischof Altmann als *loci primus fundator*; O.Oe.U.B. II 427 Nr. 295: *Principes fundatores* nennt Ottokar VI. seine Vorfahren in bezug auf Traunkirchen, wobei zu beachten ist, daß mit *fundator* wörtlich genommen natürlich nur eine Person bezeichnet werden kann; ebenda I 282 Nr. 4: *Reichersberg, in fundo proprio Salzburgensis ecclesie situm*.

worden³⁴⁾, da aus der Gründung seit Alters das Eigenkirchen- und später das Patronats-Recht folgte. Es muß allerdings bemerkt werden, daß man am erfindungsreichsten gerade in solchen Ausdrücken wurde, als das Eigenkirchenrecht schon verflacht oder erloschen war, daß sie dann häufig in Arengen und allgemeinen Wendungen der Urkunden auftreten, in denen man das übrig gebliebene engere Verhältnis zum früheren Eigenkloster hervorzuheben sich bemühte.

In einem Punkt von entscheidender Wichtigkeit ist das Verhältnis einer Person zu einem kirchlichen Sondervermögen von dem zu einem weltlichen verschieden. Letzteres kann aufgelöst oder verringert werden. Bei dem kirchlichen Sondervermögen dagegen verhindern kanonische Vorschriften ihre Auflösung und Verringerung. Andererseits widerspräche es, genau genommen, dem kanonischen Rechte nicht, innerhalb mehrerer kirchlicher Sondervermögen Verschiebungen vorzunehmen, sondern nur der „Widmung“ und der seinerzeit vom Dotator geschaffenen Sachverbindung.³⁵⁾ Bistumsgut ist alles Kirchengut. Es könnten

34. O.Oe.U.B. II 433 Nr. 297: Nos monasterium cum omnibus... defendere, promovere et exaltare... intendimus, ut debemus tamquam plantationem parentum nostrorum principum stirie, de quorum speciali sinu eadem ecclesia noscitur exivisse; Bielsky 298 Nr. 40 und Faigl 1 Nr. 1: Cenobii nostri in sancto Georio de visceribus ecclesie creati. Aehnliche Wendungen kehren wieder F.r.A. II 51, 191 Nr. 177 (Göttweig); M.B. IV 362 Nr. 46 (1334); ebenda 367 Nr. 49 (St. Nicolaus); Hagn 149 Nr. 130 (1291); 77 Nr. 59; 89 Nr. 72; 111 Nr. 92 (Kremsmünster); O.Oe.U.B. II, 619 Nr. 419; ebenda III 150 Nr. 150 (1248); ebenda IV 427 Nr. 462: Nobis immediatius attinet; ebenda V 433 Nr. 438 (1325) (St. Florian). In den Bischofsurkunden für St. Pölten kehren derartige Bemerkungen häufiger als irgend sonstwo wieder: N.Oe.U.B. I 13 Nr. 10 (1165): illorum monasteriorum, qui sunt de gremio ecclesie nostre; ebenda 16 Nr. 12 (ca. 1179); 20 Nr. 14; 25 Nr. 17; 53 Nr. 35; 177 Nr. 142; 195 Nr. 160; 623 Nr. 506 (1365); 624 Nr. 507. An der zuletzt genannten Stelle stimmen die Chorherren dem Vertrage über Abtretung des Marktes an den Bischof von Passau mit sehr bezeichnenden Worten zu: Decrevimus sincere devocionis obedientiam, debite subiectionis reverenciam in spiritu humilitatis et tranquillitate pacis eidem domino nostro Alberto episcopo ipsiusque ecclesie Pataviensi tamquam matri et domine nostre, de cuius gremio viscerosa provisione dictum nostrum monasterium sumpsit exordium.

35. Dazu vgl. auch Stutz, Benefizialwesen I, 1, S. 166, Anm. 61. — Daß ein Schutz auch für weltliche Sondervermögen bestand, zeigt auch sehr treffend F. Gutmann, Die soziale Gliederung der Bayern zur Zeit des Volksrechtes, Abh. aus d. staatsw. Sem. zu Straßburg i. E., H. 20, Straßburg 1906, S. 169.

also innerhalb dessen wohl Umgruppierungen unter den einzelnen Sondervermögen vorgenommen werden.³⁶⁾

Nun ist in der Tat oft unmittelbar bischöfliches Gut einer bischöflichen Eigenkirche oder einem Eigenkloster, auch Kirchen in fremdem Eigentum, übergeben worden, nämlich bei Gründungen oder Schenkungen, und man hat meistens keinen Anstoß daran genommen.³⁷⁾ Anders war es jedoch, wenn Eigenklöster in ihrem Vermögensbestand entweder zu Gunsten anderer Kirchen — das ist nur selten vorgekommen³⁸⁾ — oder des Bistums beeinträchtigt wurden. Gegen solches Vorgehen lernen wir in den Quellen Stimmen schärfsten Widerspruchs kennen³⁹⁾. Besitz-

36. Vgl. Stutz, Eigenkirchenvermögen S. 1261 f. — Allerdings muß m. E. in Konsequenz des zugrundeliegenden Rechtsgedankens Stutz gegenüber der Gegensatz in oben bezeichnetem Sinne erweitert werden. Es handelt sich nicht nur um den Gegensatz von Einzelkirchengut im Bistums- bzw. Klostervermögen und im Vermögen eines Weltlichen, sondern um den von solchem Gut in der Summe kirchlichen Vermögens einer Person überhaupt, das ja auch bei Weltlichen aus mehreren Sondervermögen sich zusammensetzen kann, und einem Gesamtvermögen, zu dem auch Weltliches gehören kann. Bei Bistümern und Klöstern kommt dieser Gegensatz in Wegfall, da eben bei ihnen alles Gut Kirchengut sein muß. Und in diesem Punkt stimmt meine Schilderung der Stellung des Bistumsgutes mit der Stutzschen wieder überein.

37. Die Schädigungen, die Bischof Altmann durch seine Klostergründungen dem Passauer Bistumsvermögen zufügte, werden lebhaft gerügt in Kremsmünsterer Quellen, in denen dieser Bischof als *saevus destructor* der Passauer Kirche bezeichnet wird. M. G. SS. XXV, 621 Z. 13. = Loserth S. 16. Es wird damit aber nicht etwa einem rechtlichen Bedenken Ausdruck verliehen.

38. Der halbe Zehnte zu Pernegg, den Bischof Altmann Göttweig geschenkt hatte, wird von Bischof Ulrich I. 1112 an St. Georgen vergabt. Bielsky 239. Dazu Fuchs, Jahrb. 9, S. 22 und Vancsa S. 282. Hier beachte man besonders den Versuch, St. Andrä St. Georgen anzugliedern. Oben S. 32 ff. Er mißlang.

39. Sigmar von Kremsmünster weiß viel davon zu erzählen. Ein Bischof soll der Abtei 2000 Hufen, ein anderer 500 geraubt haben, ferner die Burgen Steireck und Ebelsberg und die Kirche in Dietach und noch vieles andere. M. G. SS. XXV 648 Z. 32 und 39 = Loserth S. 103. Weiterhin klagt Sigmar bitter über Bischof Mangold, der vorher Abt von Kremsmünster gewesen ist, der viele bewegliche und unbewegliche Habe dem Kloster genommen haben soll. M. G. SS. XXV 650 und 658 = Loserth S. 45. Poesinger S. 106 f. hält mit Recht diese Berichte für übertrieben. Etwas Wahres ist aber wohl daran gewesen. Sehr umstritten scheint die Kremsmünsterer Besitzung Petenbach gewesen zu sein. Nach Sigmar gab sie schon Bischof Christian von Passau

verschiebungen kamen also zuweilen vor, sicher viel häufiger sogar als uns bekannt ist. Sie wurden aber offenbar als gegen das Recht verstößend angesehen.⁴⁰⁾

dem Stift zurück, da sie ihm ungerechterweise entfremdet worden sei. Aus einem Diplom Kaiser Heinrichs IV. von 1099 geht hervor, daß der Kaiser drei Güter in Pettenbach, Eberstall-Zell und Geroltsdorf (Pfarrei Kematen) habe restituieren lassen, — Bischof Christian habe sie einst entzogen. Christian muß also seine Restitution wieder umgeworfen haben. Bischof Ulrich ließ es die Kremsmünsterer büßen, daß sie mit dem Kaiser gegen ihn gemeinsame Sache gemacht hatten. Er nahm ihnen Pettenbach, zu dem die Pfarrei und Zehnte gehörten, abermals ab. Allerdings ließ er sich bald darauf zur Rückgabe bewegen. Hagn 35 Nr. 27. — Auch in Göttweig sind Eingriffe in das Klostervermögen vorgekommen. Altmanns Nachfolger Ulrich I. scheint es als notwendig empfunden zu haben, das durch die Stiftungen seines Vorgängers verringerte Bistumsvermögen zusammenzuhalten, und etwaige Möglichkeiten, Besitzungen zurückzuerlangen, auszunützen. Es ist von Fuchs, Jahrb. 9, S. 22 (dazu vgl. v. Mitis S. 179) nachgewiesen worden, daß in seiner Amtszeit beträchtliche Güter dem Stift verloren gegangen sind. Ein Fall von besonderem Interesse, der hierher gehört, ist eine Traditionsbestätigung Bischof Reginberts, F. r. A. II 8, 67 Nr. 273 und 58 Nr. 236. Dieser Bischof hatte dem Kloster den Weinzehnten in Krems entzogen. Auf Ermahnung der Brüder entschließt er sich zur Rückgabe. Jedoch erhalten diese nur einen Teil, wie aus der genauen Begrenzung und dem Zusatz, die Zehnten außerhalb der genannten Grenzen solle der Bischof beziehen, sicher hervorgeht. Ganz so unangefochten scheint der Zehnte vor der Zeit Reginberts übrigens auch nicht gewesen zu sein. Es ist doch auffallend, daß zwar das älteste Besitzverzeichnis, auf Grund dessen dasjenige in den Traditionsbüchern (F. r. A. II 8, 2 Nr. 2) hergestellt wurde, (vgl. Fuchs, Jahrb. 9, S. 5) von den Zehnten, die Urkunden aber (F. r. A. II 51, Nr. 5, 10, 18, 26, 56) von einem halben Zehnten berichten. Aus der zuletzt genannten Urkunde sowie Fuchs, Stiftsurbar von Göttweig (Oesterr. Urbare III.) 73 läßt sich erschließen, daß auch noch später der Zehnte zu Streitigkeiten zwischen Bischof und Kloster Anlaß gab. — Ein Veräußerungsverbot findet sich häufig in ganz allgemeiner Form. Zuweilen richtet es sich aber auch speziell gegen den Bischof; vgl. etwa F. r. A. II 33, 18 ff. Nr. 12 dazu vgl. Brackmann, Studien I, S. 145 ff.; Germ. Pont. I. 235 Nr. 2 (F. r. A. II 51, 25 Nr. 12). In Bischofsurkunden finden sich darüber Äußerungen: Bielsky 240 Nr. 1; O.Oe.U.B. II 98 Nr. 75; 145 Nr. 98; 149 Nr. 99 (Fälschungen für St. Florian); ebenda 108 Nr. 79, 116 Nr. 80, Fälschungen für St. Nicolaus; ebenda 230 Nr. 155, 236 Nr. 156 (Fälschungen für Waldhausen); F. r. A. II. 33, 3 Nr. 2 (Fälschung für Seitenstetten). — Hier mag bemerkt werden, daß Papsturkunden und klösterliche Fälschungen mit ihren parallel-laufenden antieigenkirchlichen Tendenzen zur Rekonstruktion des Eigenklosterrechts recht wertvolles Material liefern.

40. Die Urkunden sprechen z. B. von *predia iniuste ab eodem monasterio alienata*, St. 2944 (Hagn 33 Nr. 26), von *usurpare*, Hagn 35 Nr. 27,

Es bleibt dem Eigenkirchenherrn also als einzige Möglichkeit der Veräußerung aus einem seiner kirchlichen Sondervermögen der Tausch. Und so sind denn Urkunden und Aufzeichnungen über Tauschhandlungen, die Eigenklöster angehen, mit die interessantesten Quellen für das Eigenklosterrecht und besonders wichtig als Gradmesser für dessen allmähliche Abschwächung und Auflösung. Dieses Material, wie überhaupt dasjenige zur Beurteilung des vermögensrechtlichen Einflusses der Herren auf ihre Klöster, ist besonders in den Traditionsbüchern enthalten. Diese sind allerdings nicht gleich ertragreich, so kann sich das von St. Nicolaus in Passau⁴¹⁾ in dieser Hinsicht bei weitem nicht mit dem Göttweiger⁴²⁾ messen. Aber was viel schlimmer ist: bei sehr vielen Klöstern besteht durch den Verlust der Traditionsaufzeichnungen⁴³⁾ eine überaus schmerzlich zu empfindende Lücke im Quellenschatz.

In älterer Zeit kommen Tauschgeschäfte vor, in denen der Klosterherr schlechthin als Kontrahent auftritt, ohne daß der klösterlichen Genossenschaft oder des Klostervorstandes irgendwie Erwähnung geschähe. Ein selten aufschlußreicher Fall dieser Art ist ein Tausch zwischen Bischof Christian von Passau und dem Grafen Arnold von Wels-Lambach, der an Wert dadurch gewinnt, daß er von beiden Parteien aufgezeichnet wurde.⁴⁴⁾ Schon in des Bischofs Urkunde tritt uns dieser als

bona iniuste subtracta, O.Oe.U.B. II 125 Nr. 88. Diese Stelle betrifft einen hierher gehörigen Fall, der Mondsee angeht, ebenso O.Oe.U.B. II 387 sqq. Nr. 264.

41. O.Oe.U.B. I 527—618.

42. F. r. A. II 8.

43. Ueber Verluste von klösterlichen Traditionscondices s. v. Mitis S. 40 ff. J. Hollnsteiner, Das „Fragment des Florianer Traditionscondex“, M.L.Oe.G. 39, S. 366 ff. beweist, daß die von Stülz, Geschichte von St. Florian S. 200 veröffentlichten und bisher als Fragment eines St. Florianer Traditionsbuches angesehenen Notizen auf einem selbständigen Blatt aufgezeichnet gewesen seien, „ohne jemals einem Traditionscondex angehört zu haben“.

44. Hagn 27 Nr. 18. (=O.Oe.U.B. II 718 Nr. A 8) ist die Fassung, die von seiten Bischof Christians angefertigt wurde, während O.Oe.U.B. II 69 Nr. 51 bei der Gegenpartei aufgezeichnet wurde. Diese Ansicht gewann ich einmal durch die Beobachtung der inhaltlichen Verschiedenheit. Hagn Nr. 18 ist im bischöflichen Sinne verfaßt, U.B. Nr. 51 im gräflichen. So spricht Hagn Nr. 18 davon, der Graf habe Kremsmünstersche Güter inscipienter usurpiert, gebe sie aber jetzt zurück. U.B. Nr. 51 faßt den Vorgang mehr als Tausch auf. Ueberhaupt ist der sachliche Unterschied, auf den näher einzugehen, hier nicht angeht, erstaunlich groß, und es ist nicht zu verwundern, wenn aus derartigen Verträgen Streitigkeiten erwuchsen.

allein Verfügungsberechtigt entgegen.⁴⁵⁾ Immerhin ist doch von *predia quedam pertinentia ad abbatiam sancti Salvatoris* (nämlich Kremsmünster) die Rede. Diese können also als Pertinenz zu einem bischöflichen Sondervermögen aufgefaßt werden. Auch sonst wird noch verschiedentlich auf das Kloster Bezug genommen. Ganz anders in der Aufzeichnung des Grafen Arnold. Das Bestehen von Sondervermögen innerhalb des passauischen Vermögensganzen ist für ihn völlig irrelevant. Er läßt einfach schreiben: „Alle . . . mögen wissen, daß Christian der Bischof und Graf Arnold Streitigkeiten, durch die sie bisher hinsichtlich eines Waldes entzweit waren, beigelegt haben.“ Und daß die Abtei überhaupt beteiligt war, sehen wir bloß aus einer einzigen Stelle: *iterum e contra abrenuntiavit se comes A. contra episcopum et monasterium illius . . .*

Ebenso deutlich läßt uns ein Tauschvertrag Bischof Tutos von Regensburg für sein Kloster Mondsee mit Bischof Christian von Passau sehen.⁴⁶⁾ Auch sonst kann noch mancher entsprechende Fall hier angeführt werden.⁴⁷⁾

— Weiter schwankt Hagn Nr. 18 zwischen subjektiver und objektiver Fassung (*temporibus antecessorum nostrorum*). U.B. Nr. 51 ist objektiv gefaßt. — Die Ueberlieferungsart läßt die Sachlage aber klarstens erkennen. Hagn Nr. 18 findet sich in einer Abschrift im Kremsmünsterer Codex *Fridericianus* (s. XIV) f. 77 b. (s. die Notiz bei Hagn). U.B. Nr. 51 findet sich auf der Rückseite einer Originalurkunde Kaiser Heinrichs IV. für Lambach aus dem Anfang des 12. Jahrhunderts, wobei wohl zu beachten ist, daß Lambach Hauskloster und Erbe der Grafen von Wels-Lambach gewesen ist.

45. Poesinger S. 77, sieht gerade in dieser Urkunde einen Beweis für seine Ansicht, daß in dieser Zeit das Kloster keinen Abt gehabt habe. Er nennt den Bischof direkten Inhaber und Besitzer. Nach seiner Meinung trat mit der erstmaligen Ernennung eines Abts nach der ungarischen Invasion (S. 79 ff.) unter Bischof Berenger eine Verselbständigung des Stifts ein. Aus der Nichterwähnung von Klostervorständen im 10. Jahrhundert kann aber beileibe nicht ihr Fehlen überhaupt erschlossen werden. Noch weniger kann ich, selbst wenn ein Abt neuerdings ernannt worden sein sollte, darin ohne weiteres einen Akt der Verselbständigung erblicken. Der Bischof als Eigenklosterherr war imstande, im 11. Jahrhundert als Repräsentant seines Klosters bei Vermögenstransaktionen tätig zu sein, mochte nun ein Abt dasein oder nicht.

46. O.Oe.U.B. II 58 Nr. 42 (951). *Concambio, quod factum est inter nos, et dominum Christianum Pataviensis ecclesie venerabilem episcopum de prediis prefate Pataviensis ecclesie etc.*

47. Ein Tausch zwischen Aspach und Regensburg M.B. V 157 Nr. 2 (1163) wird von Kaiser Friedrich I. als solcher zwischen Bamberg und

Wenn ein Herr für sein Kloster bei feierlichen Traditionen Güter oder Unfreie entgegennimmt, so ist das nur ein Ausfluß des gleichen rechtlichen Verhältnisses.⁴⁸⁾ Dafür bezeichnend ist es auch, wenn, wie in Kremsmünster, die Karolingerdiplome nach dem Erwerb des Klosters in die Hände seines neuen Herrn über-

Regensburg bestätigt (Aspach war bambergisch), das Kloster selbst nicht erwähnt. Dazu s. auch ebenda 160 Nr. 4 (1166). — Ein Tausch zwischen Mondsee und dem Edlen Einhart, O.Oe.U.B. I 87 Nr. 149 ist überschrieben: *Complacitatio inter venerabilem episcopum Wolfgangum* (von Regensburg) *et inter quendam nobilem virum nomine Einhart*. Daß der Zehnte, den Einhart dabei erhielt, aus Klosterbesitz stammte, zeigt die Bestimmung, er solle nach dem Tode Einharts und seiner Gemahlin ungeschmälert an Mondsee zurückfallen. Weitgehend sind die Rechte des Klosterherrn auch nach der Tauschurkunde Bischof Reginberts für St. Florian von 1122. Der Klostervogt spielt wohl eine Rolle, doch mehr als Salmann. Eine Mitwirkung des Propstes ist nicht zu erkennen. O.Oe.U.B. II 157 Nr. 104. Dazu vgl. Hollnsteiner S. 78. Rechtlich gleich liegt auch folgender Fall: Auf Befehl Bischof Berengars vertauscht ein Angehöriger der Familie von Mattsee eines seiner Güter gegen ein passauisches (M.B. XXVIII 82 Nr. 106 v. J. 1035).

48. Z.B. O.Oe.U.B. II 164 Nr. 110: *Me presente ac suscipiente*; dann *item me suscipiente*; Stülz, St. Florian S. 201, Nr. 2: Eine Tradition findet statt in manus *episcopi Oudalrici et advocati Roudolfi* (St. Florian); O.Oe. U.B. I 534 Nr. 10. (St. Nicolaus); Bielsky 254 Nr. 4: *Episcopus Oudalricus ita traditum suscipit*; in einer anderen Tradition *ipsoque presente et suscipiente* (St. Georgen); F.r.A. II 8 53 sq. Nr. 218: *de omni illa controversia in manu Reginmari Pataviensis episcopi... se abnegaret*; F.r.A. II 51, 48, Nr. 31. (1132.) (Göttweig.); O.Oe.U.B. I 87 Nr. 149: *In manum traditit Wolfgangi et sui advocati Adalonis*; ebenda 89 Nr. 156 (Mondsee). Bezeichnend für die Stellung des Klosterherrn ist es auch, wenn er häufig als anwesend aufgeführt wird bei feierlichen Akten, die das Kloster angehen. Es werden zuweilen auch sonstige hervorragende Persönlichkeiten in dieser Stellung genannt, (z. B. F.r.A. II 8, 82 Nr. 320: Bischof Heinrich von Regensburg bei Göttweig), wirklich häufig aber nur der Vogt und der Eigenklosterherr: F.r.A. II 8, 52 Nr. 215: *Presente Reginmaro Pataviensis ecclesie episcopo*; ebenda 62 Nr. 256: *astante etiam domino Reginmaro Pataviensis ecclesie episcopo*; ebenda 65 Nr. 265; 94 Nr. 361. Materiell von gleicher Bedeutung ist auch ebenda 66 Nr. 268: *coram domino Chadalhocho archipresbitero tunc temporis episcopi Reginberti vicario*. Ein Verwaltungsakt wird domini Pataviensis episcopi auctoritate bestätigt, ebenda 71 Nr. 282. Weitere Beispiele s. M.B. XXVIII^b 32 Nr. 36; F.r.A. II 51, 49 Nr. 32; O.Oe.U.B. I 543 Nr. 55; 552 Nr. 85 und 86; 573 Nr. 172; 576 Nr. 184; 588 Nr. 224; 595 Nr. 243; 598 Nr. 254. Auch die Traditionsbücher anderer bischöflicher Klöster liefern Belege in großer Zahl. (Die genannten sind nur von Göttweig und St. Nicolaus.)

gehen.⁴⁹⁾ Zur Erkenntnis des Systems des Eigenkirchenrechts wertvoll ist es auch, zu sehen, wie ein Streit mit einem Eigenkloster durchaus als ein solcher mit seinem Herren aufgefaßt zu werden pflegte.⁵⁰⁾ Er ist der Eigentümer, er oder sein Vogt können ursprünglich allein mit Besitzungen, die seinem Kloster zugewiesen werden, investiert werden.

Der Klosterherr ist Träger aller Rechte über das Kloster als Vermögenskomplex.

Im Kloster und von den Erträgen des Klostergutes lebt aber eine geistliche Genossenschaft. Wie haben wir uns ihr rechtliches Verhältnis zum klösterlichen Sondervermögen des Herren vorzustellen, wie ihre Stellung diesem Herren selbst gegenüber? Durch welchen Vorgang tritt sie mit ihm in Beziehung?

Ueber die Lage eines Geistlichen einer niederen Kirche sind wir durch Stutz' Forschungen recht gut unterrichtet. Dagegen bedarf die gestellte Frage für die höheren Kirchen noch der Aufhellung. Mit Analogieschlüssen hat man dabei zwar vorsichtig zu sein, da sich manche Verschiedenheiten beobachten lassen; doch wird man im Ganzen grundsätzliche Uebereinstimmung feststellen können.⁵¹⁾

Im Rahmen dieser Untersuchung kann keine allseitige Erörterung des Problems unternommen werden; wir müssen uns darauf beschränken, beizutragen, was bei den spärlichen Quellenzeugnissen der Passauer Diözese möglich ist.

Ausdrücklich ist nirgends davon die Rede, wie das Verhältnis der klösterlichen Genossenschaft zum Eigenklosterherren hergestellt wurde; für das 12. Jahrhundert erfährt man fast nur zufälligerweise etwas darüber.

49. Vgl. Poesinger, Rechtsstellung von Kremsmünster S. 14 f.

50. O.Oe.U.B. I 86 Nr. 147. Bei solchen Streitigkeiten führte der Herr die Sache seines Klosters. Vgl. z. B. o. Kap. 1, Anm. 243. — Lehrreich ist auch die Beobachtung, daß dem Verletzer einer Schenkung an d. Stift St. Florian luctam cum St. Stephano in Aussicht gestellt wird. (St. Stephan ist d. Heilige d. Passauer Kirche.) S. o. Kap. 1, Anm. 94. — Den Bischof von Metz schildert als rechtsgeschäftlichen Vertreter seiner Klöster E. Müsebeck, Jb. d. Ges. f. lothr. Gesch. u. Altert. Kunde XIII, 1901 S. 182.

51. Diese Uebereinstimmung ist außer von anderen von Stutz, Sav.Z. G.A. 20. S. 220, Kirchenrecht, 2. Aufl., S. 313 f. u. A. Scharnagl, Der Begriff der Investitur in den Quellen und der Literatur des Investiturstreites. Kirchenrechtl. Abh., H. 56, Stuttgart 1908. S. 4 f. betont worden. Vgl. aber auch schon die früheren Äußerungen von G. Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte, 3. Bd., 2. Aufl., Berlin und Kiel 1883, S. 432 ff. und Ficker, Eigentum des Reichs am Reichskirchengut S. 79 ff.

Gelegentlich der Uebertragung einer Pfarrei an die Abtei Seitenstetten durch Bischof Reginbert von Passau im Jahre 1142 wurde festgesetzt, *ut abbas prefati monasterii electus altaria semper cum ipsa abbatia de manu episcopi accipiat.*⁵²⁾ Aus dieser Stelle geht hervor, daß das Kloster mitsamt seinem Gute der Klostervorstand vom Herren empfangt. Für die klösterliche Genossenschaft steht allein der zeitweilige Vorsteher dem Eigenklosterherren gegenüber. Eine Trennung zwischen Amt und Gut, zwischen Spiritualien und Temporalien, ist hier nicht wahrzunehmen. Anders ist das schon in einer Urkunde Bischof Theobalds vom Jahre 1173, die gleichfalls die Inkorporation einer Pfarre zum Inhalt hat, dieses Mal in die Abtei Kremsmünster, und dabei die gleichzeitige Einsetzung des Abtes erwähnt: *Prefato namque abbate canonice electo manus consecrationis imponentes et res ecclesie nimis distractas ab antecessoribus suis vigilantie et sollicitudini eius committentes . . .*⁵³⁾ Hier hat sich offenbar die Abtseinsetzung strengstens dem kanonischen Rechte gemäß abgespielt. Wahl, Benediktion und damit Verleihung der Spiritualien durch den Bischof von Passau als Ordinarius und Verleihung der Temporalien durch ihn als Patronatsherren sind deutlich zu unterscheiden. Daß es allerdings um diese Zeit nicht immer so ordnungsgemäß zuging, zeigt die Art der Einsetzung des Nachfolgers des hier genannten Abtes, Mangolds, die noch eingehender dargestellt werden wird.⁵⁴⁾

Von der Uebertragung nur des Klostergrundes durch den Bischof von Würzburg an den Abt von Lambach berichtet eine kaum echte Urkunde aus dem Jahre 1089.⁵⁵⁾ Wertvoll ist dieses Zeugnis, weil daraus hervorgeht, daß nicht der Diözesanbischof, sondern der Eigenklosterherr derjenige ist, der Rechte am Klostergrund zu gewähren vermag.

Gleiches zeigen die übrigen Nachrichten, die wir hier beizubringen haben, Urkunden für Niederaltaich und Formbach, wo der Verleihende wiederum der Eigenklosterherr oder derjenige gewesen ist, der an seiner Stelle gestanden hatte, der Bischof

52. F. r. A. II 33, 4 Nr. 3. Die erwähnten Worte finden sich auch im Papstprivileg von 1186. ebenda 18 Nr. 12.

53. Hagn 44 Nr. 35 (1170).

54. Vgl. ds. Kap. Abschn. IV, Anm. 147 f.

55. O.Oe.U.B.II 120 Nr. 83: *Hunc quoque pergens mecum illuc adduxi candemque rem, qualiter antecessori suo commissum erat, commisi.*

von Bamberg und der Kaiser, der Papst und der Graf von Formbach.

Der Niederaltaicher und der Formbacher Fall fördern unsere Anschauung von der Form der geschilderten Uebertragung wesentlich. Dem Bischof von Bamberg wird das Recht der Investitur des Abtes bei der Schenkung von Niederaltaich ausdrücklich übertragen.⁵⁶⁾ Dem Abte von Formbach wird nach der Gründungsgeschichte dieses Klosters gestattet: *et is qui electus ad designationem sue electionis baculum ab altari sui monasterii sumat.*⁵⁷⁾ Als die Abtei dem Papste übergeben worden war, bestätigte dieser die vom Stifter getroffene Anordnung.⁵⁸⁾ Der Graf von Formbach hatte dieses Recht verliehen; er hatte es also bis dahin innegehabt. Es ist das Recht der Investitur. Der *baculus* pflegte das Investitursymbol zu sein.

Weitere Beispiele für die Investitur sind aus Quellen späterer Jahrhunderte namhaft zu machen. Sie lassen keinen Zweifel darüber, daß die Temporalien als Lehen des Patronatsherren galten.⁵⁹⁾

Aus den beigebrachten Nachrichten läßt sich ersehen, daß im 12. Jahrhundert die Klöster der Passauer Diözese, ebenso wie

56. M.B. XI 165 Nr. 42: *Statuimus igitur, ut pretaxatus Babenbergensis Episcopus Eberhardus... predicti monasterii abbatem investiat.*

57. O.Oe.U.B. I 626 Nr. 1.

58. Ebenda II 182 Nr. 122: *Electus autem non aliter nisi baculo de altari accepto investitur.* — Die Gewährung des Rechtes der Selbstinvestitur, die auch sonst vorkam, ist eines der wichtigsten Zeugnisse für die Investitur des Klostervorstandes durch den Klosterherren und ihre Bedeutung.

59. M.B. XI 254 sq. Nr. 116 u. 117 (1279): Bisch. Berthold von Bamberg verleiht dem Abte von Niederaltaich die Regalien, dieser leistet *homagium*. — Ueber den Einfluß des Salzburger Domkapitels auf Suben bis zum 15. Jahrhundert vgl. F. Martin. Mitt. d. Ges. f. Salz. Ldskde. 46, S. 405 f. — 1398 wurde die Herrschaft Mattsee an den Erzbischof von Salzburg verkauft unter Vorbehalt der Lehenschaft der Propstei, s. F. r. A. II, 49, 178 Nr. 45 (Reg.) — Abt Wolfgang von Mondsee, der „in seines gotshauses urkunden gefunden, daß ein jeder neuer angeender Abt schuldig und pflichtig sei, sich in eigener Person zu einem jeden Bischof zu verfügen“, erneuerte 1499 die Lehensnahme. Vgl. Janner II, S. 615 Anm. 3. Immerhin ist wichtig zu bemerken, daß diese Pflicht im 15. Jh. erst aus den Urkunden festgestellt werden mußte. — Allgemein über die Feudalisierung der kirchlichen Ämter S. Rietschel, Art. Investitur b. Herzog-Hauck Bd. 9, 1901. S. 215 u. Scharnagl. a. a. O. S. 137.

niedere Kirchen dem Geistlichen,⁶⁰⁾ dem Klostervorstande verliehen wurden, und zwar durch Investitur mittels des Abtstabes als Investitursymbol. Auch hier tritt uns als der zunächst Berechtigte der Eigenklosterherr entgegen. Alle Rechte, die die klösterliche Genossenschaft besitzt, leiten sich aus der Uebertragung durch den Herren her.

Seit dem 12. Jahrhundert beginnt die geschichtliche Entwicklung zu einer Trennung zwischen einer Verleihung des Kirchenamtes und des Kirchengutes zu führen. Auf erstere gewinnen die rein kirchlichen Instanzen weitgehenden Einfluß, das Recht der Investitur, das sich allein noch auf das Kirchengut bezieht, verbleibt dem Patronatsherren.⁶¹⁾

Durch die Erkenntnis der Klosterleihe als Benefizialleihe erhalten wir nun auch eine Anschauung von der Art der Rechte des Klostervorstandes.⁶²⁾ Durch die Leihe erhält er genau wie der Geistliche einer niederen Kirche das geistliche Amt und eine Leihgewere am Klostergut. Es besteht eine doppelte Gewere am Klostergut, die des Herren und die des Abtes oder Propstes, oder, um es mit üblichen, aber nicht sehr anschaulichen Begriffen zu bezeichnen, der Herr hat das Obereigentum, der Klostervorstand das Untereigentum.

Die Leihgewere gibt dem Benefiziaten ein Nutzungsrecht am Benefizium⁶³⁾. Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich von selbst die Notwendigkeit eigener Verwaltung des Kirchengutes.

Bei niederen Kirchen mußten nur Lebensbedürfnisse eines, höchstens einiger Kleriker befriedigt, die Baukosten bestritten und Aufwendungen für die Armen gemacht werden. Der übrige

60. Vgl. Stutz, Sav.Z. G.A. 20. S. 224 f., 229 und passim; Schröder-Künssberg, Rechtsgeschichte S. 157. — Rietschel-Friedrich, Art. Investitur in „Religion in Geschichte und Gegenwart“, Bd. 3, Tübingen 1910, Sp. 575 bestreiten die Uebertragung der kirchlichen Güter und des Kirchenamtes als Benefizium und das Vorkommen einer besonderen eigenkirchenrechtlichen Investitur.

61. S. Stutz, G.G.A. 166, 1, S. 53 und d. dort zit. Äußerungen von Hinschius.

62. Vgl. Ficker, Eigentum d. Reiches am Reichskirchengut S. 81: „Es zeigt sich hier zugleich deutlich, wie durch d. Investitur nicht die Kirche selbst oder die Gesamtheit der Mönche irgendwelche Rechte erwirbt, sondern lediglich ihr zeitiger Vorsteher persönlich“.

63. Stutz, Sav.Z. G.A. 20. S. 220 u. 230 f., Kirchenrecht S. 307; Schröder-Künssberg, Rechtsgesch. S. 157; Scharnagl S. 2 ff.

Nutzertrag kam dem Eigenkirchenherren zu Gute.⁶⁴⁾ Um den Betrieb der Kirche einigermaßen sicherzustellen, ist ihr Gut früh in zwei Massen eingeteilt worden: die dos, gewöhnlich eine Hufe, die der Kirche ein lastenfreies Einkommen sichern sollte, und das übrige zur Kirche gehörige Vermögen, an dem dem Herren weitgehende Nutzungsbefugnisse zugestanden waren.⁶⁵⁾

Bei Stiftern und Klöstern ist eine solche Scheidung — die Teilung des Kirchenvermögens zwischen dem Kirchenvorstand und der kirchlichen Genossenschaft ist etwas anderes — nicht festzustellen. Einmal ist der Grund in den viel größeren Bedürfnissen des zahlreicheren Personenkreises der klösterlichen Genossenschaften zu suchen, weiter aber war deren Ansehen so groß, ihre Schätzung in der öffentlichen Meinung so hoch, daß sie von Anfang an eine selbständigere und sicherere Stellung dem Eigenklosterherren gegenüber gewannen. Daher mußte diesem z. B. ein unberechtigtes Vorgehen gegen das Eigenklostervermögen erheblich schwerer fallen. Welche Schwierigkeiten Herren aus der Entfremdung von Klostergütern entstehen konnten, wurde bereits an einigen Beispielen gezeigt.⁶⁶⁾ Für die Abgeschlossenheit der Klostervermögen auch dem Herrn gegenüber ist es bezeichnend, daß die eigenklosterherrlichen Güterüberweisungen mit den gleichen feierlichen Formalitäten stattfanden, wie das auch bei Schenkungen Außenstehender geschah.⁶⁷⁾

Ein Klostervermögen pflegte sehr groß zu sein. Es gehörten viele abhängige Leute mit Zinsgütern und ohne solche, auch freie Inhaber von Bauernlehen dazu. Es mußten Verwaltungsstellen und Beamte vorhanden sein. Wir hören, daß Wirtschaftsbeamte vom Klostervorstande eingesetzt wurden.⁶⁸⁾ Auch auf die Be-

64. Stutz, Kirchenrecht a. a. O.: „Das Benefizialrecht des Geistlichen war das Komplement des grundherrlichen Kircheneigentums, ... freilich nicht immer ein Komplement von gleicher räumlicher Ausdehnung.“

65. Vgl. Stutz, Benefizialwesen I, 1, S. 254 ff.

66. Vgl. o. S. 60 u. Anm. 39 f. dieses Kap.

67. Dafür bietet jedes Urkundenbuch eines Eigenklosters zahlreiche Belege. Interessant ist es, wenn selbst bei einem Tausche eine feierliche Uebergabehandlung stattfindet. Dabei kommt es vor, daß der Bischof oder sein Vogt als Traditor, der vom Bischof eingesetzte Kloster Vogt als Empfänger amtiert. Vgl. z. B. O.Oe.U.B. II 158 Nr. 104: Tradidi suscipiente manu Roudolfi advocati. (1122.)

68. z. B. O.Oe.U.B. II, 124 Nr. 87: venatores igitur ad monasterium servientes nullius potestas nisi solius abbatis super eos sit. (Fälschung auf Grund einer echten Notiz. Vgl. v. Mitis, Studien S. 169.)

stellung von Organen der grundherrlichen, selbst der Immunitätsgerichtsbarkeit gewannen Aebte und Propste in zunehmendem Maße Einfluß.⁶⁹⁾ Von großer Bedeutung war ferner ihre wachsende Anteilnahme an der Besetzung klösterlicher Eigenkirchen.⁷⁰⁾

Das wichtigste an den geschilderten Verhältnissen war, daß eine Instanz sich bildete, die stets bereit und auf das höchste daran interessiert war, die Sondervorteile des Klosters nach allen Seiten hin, auch dem Eigenklosterherren gegenüber wahrzunehmen und zu verfechten. Diese Instanz war vor allem der Pfleger beim Heranwachsen der klösterlichen Selbständigkeit, die im 12. Jahrhundert erfolgte.

Die Kloostervorsteher spielten sicher seit dem 12. Jahrhundert eine Rolle auch als Vertreter des Klostervermögens Fremden gegenüber, zunächst im Auftrage und unter Billigung des Herren, dann traten sie mit ihm in Konkurrenz, machten Ansprüche auf alleinige Dispositionsfähigkeit in vermögensrechtlicher Hinsicht, und schließlich führte die Entwicklung zur faktischen, dann auch zur rechtlichen Emanzipation der Klöster von allen vermögensrechtlichen Bindungen.

Während ursprünglich der Herr Tauschverträge abschloß und vollzog⁷¹⁾, mag zunächst, wie wir z. B. in St. Georgen deutlich beobachten können, der Propst oder Abt, vielleicht noch unter Mitwirkung des Herrn, mit dem Vertragspartner einen Tausch verabredet haben, den der Bischof oder sein Vertreter (Vogt) dann nur formell zum Abschluß brachte.⁷²⁾ Dann wurde der Einfluß des Herrn auf ein bloßes Zustimmungsrecht beschränkt.⁷³⁾ Dabei ist wohl zu beachten, daß dieser Einfluß des Herrn und des Vogtes indessen auch im Interesse des Klosters

69. Vgl. u. Kap. 4, Anm. 3.

70. Vgl. unten S. 88.

71. Vgl. oben S. 62 f.

72. Bielsky 262 Nr. 8.

73. F. r. A. II 8, 27 sq. Nr. 100 (ca. 1114): *sed et hoc cum licentia domini episcopi et marchionis* (der als Obervogt des Bischofs für Oesterreich fungiert) *consensu est patratum nihilominus etiam advocati nostri* (Bischofsvogt für Göttweig im besonderen) *sicut iustum est interveniente equitatis ratione*; M.B. V 157 Nr. 2. (1163): *Aspach tauscht per manum Adilrami advocati et coniventia domini Eberhardi Babenbergensis episcopi*; weiter vgl. O.Oe.U.B. II 649 Nr. 448; ebenda 371 Nr. 255. A. v. Meiller, *Babenb. Reg.* 117, 133: Papst Innocenz III. erteilt seine Genehmigung zu Gütertransaktionen der Abtei Melk.

selbst liegen kann. Er schiebt nämlich der Verschwendungssucht der Klosterinsassen einen Riegel vor und verhindert schlimme Folgen wirtschaftlicher Untüchtigkeit.⁷⁴⁾

Jedoch kam der vom Kloster gewonnene Einfluß nicht etwa allein seinem Vorstande zugute. Vielmehr gewann die Gemeinschaft der Klosterinsassen schon früh Befugnisse in Konkurrenz mit denen des Vorstehers. Bei Abschluß von Rechtsgeschäften wird im 12. Jahrhundert bereits häufig von einer Beteiligung der Brüder gesprochen⁷⁵⁾, und ihre Zustimmung wurde, wie gleich an einem Beispiele dargelegt werden wird, geradezu von entscheidender Bedeutung.

Welcher rechtlichen Natur dabei die Tätigkeit von Vorstand und Brüdern gewesen ist, läßt sich nicht leicht darstellen. Man kann in den Quellen wohl kaum klare und eindeutige Rechtsgedanken darüber zu finden hoffen. Man kann nur versuchen, auf die zu beobachtende Entwicklung, die dem modernen Recht eigenen Kategorien anzuwenden.

Klostervorstand und klösterliche Genossenschaft waren zur Zeit des herrschenden Eigenklosterrechtes in vermögensrechtlicher Hinsicht nach außen allein für den Herrn tätig.⁷⁶⁾ Das

74. Das kommt besonders deutlich zum Ausdruck O.Oe.U.B. II 383 Nr. 262.

75. Hier seien außer dem unten ausführlich besprochenen Waldhausener Fall nur folgende Beispiele genannt: F.r.A. II 4, 6 Nr. 21. *Cum consensu fratrum suorum et advocati Lupoldi marchionis illius loci et secundi advocati Roudolfi* schließt der Abt von Melk einen Kaufvertrag bereits um 1120 ab. Dabei ist allerdings zu bemerken, daß Melk päpstlich war; F.r.A. II 8, 40 Nr. 162 (ca. 1110!); *Hartmannus abbas cum communi fratrum consilio*; O.Oe.U.B. II 250 Nr. 167 (1150): *Concambium quod factum est inter nos et venerandum abbatem Syrum carstensem fratresque ibidem domino servientes*. Ferner s. O.Oe.U.B. II 307 Nr. 207, 345 Nr. 236. Deutlicher werden die Wendungen im 13. Jahrhundert. Vgl. etwa F.r.A. II, 4, 189 Nr. 4: *Unacum toto capitulo et conventu nostro unanimiter consensimus et pactum quod interest... scriptis et sigillo ecclesie nostri affirmavimus* (Klosterneuburg 1206).

76. A. Heusler, Institutionen des deutschen Privatrechts I. Leipzig 1885, S. 322: ...daß der Kirchenvorsteher nicht als gesetzlich anerkannter Vertreter des Heiligen einzig und allein schon kraft a priori bestehenden Vertretungsrechts über das Kirchengut verfügte (so Gierke, Genossenschaftsrecht II, S. 532), sondern vielmehr einzig und allein kraft der vom Muntherrn ihm durch die Investitur übertragenen Gewalt. Wir sagen anstatt Munt herr Eigenklosterherr und anstatt Investitur allgemeiner Leihe, da die Bezeichnung Investitur erst seit dem 11. Jahrhundert üblich geworden ist.

gilt in erster Linie für den Propst oder Abt, die Brüder wirkten im wesentlichen nur auf seine Handlungen ein. Das Verhältnis von Klostervorstand und -genossenschaft war zunächst eine rein interne Angelegenheit. Die Mitbestimmungsbefugnisse der letzteren wurden gemeinschaftlich ausgeübt. Es entstand eine Gemeinschaft mit gemeinsamen gewohnheitsrechtlichen Funktionen. Zu den Rechten in vermögensrechtlicher Hinsicht kamen andere, so das der Wahl des Klostervorstandes, wie schon hier bemerkt werden soll.

Die Zunahme der Befugnisse der Klosterinsassen geht Hand in Hand, sie ankündigend mit einer grundlegenden Umwälzung der rechtlichen Struktur des Klosters, mit dem Wechsel der Rechtspersönlichkeit, die für das Kloster maßgebend war. Allein nicht die klösterliche Gemeinschaft wurde anstelle des Herrn zum Rechtssubjekt, zur Korporation, vielmehr wurde aus dem Sondervermögen eine Anstalt.^{77) 78)} Schon das Sondergut war zweckgebunden, und zwar gemäß dem Willen des Gründers. Bei der Emanzipation des kirchlichen Instituts mußte dieses also offensichtlich den Charakter einer Stiftung erhalten.⁷⁹⁾ Infolge

77. Gierke, Genossenschaftsrecht II, S. 539: „Als Anstalten daher, wenn auch als korporative Anstalten, wurden Kapitel und Klöster zu juristischen Personen, und diese Persönlichkeit war, wie wir sehen werden, nicht die Fortsetzung des hier besprochenen Gesamtrechts, sondern sie hat an die Stelle der diesem Gesamtrecht übergeordneten Rechtspersönlichkeit des Heiligen die der kirchlichen Anstalt gesetzt.“ Wir sagen hier anstelle der Rechtspersönlichkeit des Heiligen „Rechtspersönlichkeit des Eigenklosterherrn“. Ph. Schneider, Die bischöflichen Domkapitel, ihre Entwicklung und rechtliche Stellung im Organismus der Kirche, Mainz 1885, S. 139 behauptet, die Domkapitel hätten bald korporative Selbständigkeit erlangt, und die Kapitel als solche seien eigentliche Rechtssubjekte geworden. Zu dieser Frage vgl. auch A. Brackmann, Urkundliche Geschichte des Halberstädter Domkapitels im Mittelalter, Phil. Diss. Göttingen 1898, S. 71. Leider läßt die Domkapitelliteratur sonst meist ein Eingehen auf die wichtige Frage der Entstehung der kirchlichen Rechtspersönlichkeit vermissen. Zur Frage der Rechtspersönlichkeit des Heiligen äußerten sich in neuerer Zeit in verschiedenem Sinne H. Nottarp, Das Ludgersche Eigenkloster Werden im 9. Jahrh., Hist. Jb. 37, 1916, S. 93 ff. und G. Kallen, Der Säkularisationsgedanke in seiner Auswirkung auf die Entwicklung der mittelalterl. Kirchenverf., Hist. Jb. 44, 1924, S. 207 f.

78. Ueber den Anstaltscharakter der heutigen Einzelkirche vgl. Sägmüller, Lehrbuch des katholischen Kirchenrechts, Freiburg 1909, S. 872 ff.; Richter-Dove-Kahl S. 1271; Mejer-Sehling. Art. Kirchengut bei Herzog-Hauck Bd. 10, 3. Aufl. 1901, S. 387.

79. Diese Anschauung findet sich in folgenden Ausführungen von

der geschilderten Wandlung veränderte sich auch die rechtliche Stellung des Kollegiums. Es wurde zum dienenden Organ der Stiftung.⁸⁰⁾ Dadurch stieg natürlich praktisch sein Einfluß in hohem Maße. Während früher nur die Ausführung des noch ständig wirksamen Willens des Eigenklosterherren die einzige Aufgabe der Klosterinsassen war, erfüllten sie jetzt allein den einmal durch den Stifterwillen aufgestellten kirchlichen Zweck. Der Inhaber aller Rechte an den Klostergütern war nun eine juristische Persönlichkeit geworden. Diese wurde in der volkstümlichen Auffassung durch die Person des Heiligen dargestellt. Sie war rechtsfähig, nicht aber handlungsfähig. Unter diesen Umständen mußten Klostervorstand und -genossenschaft eine unbeschränkte Dispositionsgewalt gewinnen.

In geradezu erschöpfender Weise erhält man über die Verteilung der Kompetenzen bei Vermögenstransaktionen gegen Ende des 12. Jahrhunderts Auskunft durch Urkunden, die anläßlich eines Verkaufes von Gütern des Augustinerchorherrenstifts Waldhausen an das Salzburger Domkapitel durch Bischof Theobald von Passau ausgestellt worden sind.⁸¹⁾ Propst Gottschalk von Waldhausen verkaufte⁸²⁾ Güter des Stiftes im Lungau mit Zustimmung der Mehrzahl und der Besseren der Brüder dem Salzburger Dompropst Gundakar für 110 Mark. Bischof Theobald erteilte dem Vertrage seine Genehmigung mit Zustimmung seines Kapitels und bestätigte dem Salzburger Domstift die gekauften Güter, *quoniam Walthusensis ecclesia cum omni iure suo Pataviensi ecclesie, cui licet immeriti presidemus, integraliter attinet et eo respectu sine nostra auctoritate predicta vendicio rata penitus haberi non poterat, . . .* Gegen den Vertrag erhob sich Widerspruch unter den Chorherren und Chor-

Stutz, Kirchenrecht S. 339: „Nicht aus der Stiftung des altrömischen Rechts, mit der seit Jahrhunderten der Zusammenhang unterbrochen war, sondern aus germanischer Wurzel ist somit die kirchliche, und mittelbar die bürgerliche Anstalts- und Stiftungspersönlichkeit hervorgegangen, wenn auch natürlich mitgefördert durch die wiedererwachte Rechtswissenschaft“.

80. Heusler, Institutionen I, S. 323 f.

81. O.Oe.U.B. II. 418 Nr. 286 u. 420 Nr. 287. Zur Datierung vgl. Groß M.I.Oe.G., Erg. Bd. 8, S. 632 ff. Die beiden Urkunden stammen nicht, wie das O.Oe.U.B. mitteilt, von 1189 und 1190, sondern von 1188 und 1189.

82. Der Verkauf, der ja eigentlich nicht zulässig war, erscheint mehr als Tausch und wird mit wirtschaftsgeschichtlich hochinteressanten Worten gerechtfertigt: *Ut ex eodem precio vicina et commodiora predia sue conquireret ecclesie.* Die Arrondierungstendenz läßt sich in den österreichischen Quellen überhaupt häufig beobachten.

frauen.⁸³⁾ Der Preis erschien ihnen zu gering. Auf Bitten Bischof Theobalds gab Propst Gundakar daraufhin 15 Mark zum Kaufpreis hinzu, schenkte den Schwestern drei Talente, den Brüdern fünf sowie einen silbernen Becher im Wert von acht Talenten, um allen Widerstand zu beseitigen. Die Waldhausener gaben nun ihre Genehmigung und der Verkaufsurkunde ihre Unterschrift. Ihre Mißvergnügtheit scheint aber noch nicht beseitigt gewesen zu sein. In ihr sehe ich die Ursache für die bald erfolgende Resignation Propst Gottschalks. Der neu-gewählte Propst Sigehard bestätigte den Vertrag, nachdem der Salzburger Propst den Rest der Kaufsumme erlegt hatte. Eine neue Urkunde wurde aufgenommen. Diese berichtet, daß auch noch die Zustimmung des Vogtes von Waldhausen, des Grafen Otto von Velburg, eingeholt worden sei. Dieser ließ die fraglichen Güter durch den Grafen Heinrich von Plaien auf dem Ruprechtsaltar in Salzburg übertragen. Zugleich verzichtete er gegen Zahlung von 24 Talenten auf alle Vogteirechte an den verkauften Besitzungen. Schließlich ließ der Bischof auch die zweite von ihm ausgestellte Urkunde besiegeln.

Verfügungsberechtigt war also in erster Linie der Propst. Er konnte Verträge abschließen. Diese bedurften aber der Zustimmung der klösterlichen Genossenschaft. Deren Einfluß ist sogar sehr groß. Ihre Mißbilligung stürzte in unserem Falle den Klostervorstand. Ferner war die Genehmigung des Eigenkirchenherrn notwendig, wie wir aus den Urkunden mit erwünschter Deutlichkeit vernehmen. Der Eigenkirchenherr war in unserem Falle als Bischof an die Zustimmung seines Domkapitels gebunden. Als fünften verfügbungsberechtigten Faktoren lernten wir schließlich den Vogt kennen. Natürlich traten selten alle zur Mitwirkung Berechtigten tatsächlich in Aktion. Das war von vielen besonderen Umständen abhängig. In dem geschilderten Fall handelt es sich um ungewöhnlich bedeutende Gegenstände. Außerdem waren die abgeschlossenen Verträge Anlaß zu heftigen Streitigkeiten und Weiterungen.

Wenn wir nun der Frage nähertreten, wann wohl im allgemeinen der Einfluß des Klosterherrn in vermögensrechtlicher Hinsicht überhaupt erloschen ist, müssen wir die Bedingtheit der Entstehung unserer Quellen wohl berücksichtigen. Das 12. Jahr-

83. Waldhausen war, wie viele Klöster in Oesterreich und Bayern, ein Doppelkloster.

hundert ist eine Zeit des Uebergangs. War das Verhältniß eines Klosters zu seinem Eigentümer besonders freundschaftlich, so mochte ihm dieser wohl schon früh freie Hand gelassen haben.⁸⁴⁾ Auch die Größe der Objekte, die Bedeutung und Zuverlässigkeit des Partners und noch manches andere mag dabei eine Rolle gespielt haben. Manchmal ist vielleicht die Zustimmung des Herren zwar eingeholt, aber nicht aufgezeichnet worden. So darf es uns nicht irreführen, wenn schon am Anfang des 12. Jahrhunderts Tauschverträge vorkommen⁸⁵⁾, bei denen der Klosterherr überhaupt nicht erwähnt wird. Viel wichtiger ist es, daß sich in der 1. Hälfte des 13. Jahrhunderts noch deutliche Spuren der einstigen vermögensrechtlichen Abhängigkeit feststellen lassen.⁸⁶⁾

84. Daß man schon früh mit starkem Einflusse der Klostervorstände zu rechnen gewohnt ist, zeigt das Verbot eines Schenkers, die Gabe zu verleihen oder zu vertauschen, das an den Abt von Göttweig und die Mönche, nicht etwa an den Bischof von Passau oder den Vogt von Göttweig gerichtet ist: F. r. A. II 8, 92 Nr. 351 (1131) und ebenda 94 Nr. 364; vgl. auch M. B. XXVIII^b 231 Nr. 18 (1155): Ein Tausch ohne Zustimmung von Eigentherrn (Papst) oder Vogt *fratribus suis astipulantibus competentibus*, ferner o. S. 45, wo geschildert wird, wie sich bei der Beilegung eines Streites die Gegner bemühen, den Einfluß der Pröpste von Waldhausen auf die Bischöfe von Passau auszuschalten.

85. F. r. A. II 8, 34 Nr. 131 (1120); O. Oe. U. B. II 213 Nr. 145; ebenda I 306 Nr. 60. Auch als Empfänger von Schenkungen fungiert der Abt um diese Zeit zuweilen. Vgl. z. B. Hagn 36 Nr. 28 (1135).

86. O. Oe. U. B. II 514 Nr. 359 (1208!): Vertrag zwischen Baumgartenberg und St. Florian: *Et ut hec ab advocatis et fundatoribus utriusque ecclesie ratificarentur, utraque pars a suo advocato ac fundatore fide data arbitris et sub cautione pretaxate pecunie promisit impetrare*; O. Oe. U. B. III 73 Nr. 66 (1239): *Ne quis abbas ecclesie Glunicensis (Gleink) preter advocati vel fundatoris seu conventus sui licentiam et consensum quamcumque possessionem cenobii memorati alienare vel audeat vel presumat...* Hier sei auch eine Tauschbestätigung von 1188 genannt, N. Oe. U. B. I 20, Nr. 14. Eine Urkunde von 1209 N. Oe. U. B. I 32 Nr. 22 berichtet, Bischof Mangold habe Güter an Heiligenkreuz vertauscht. Da sei aber der Propst von St. Pölten gekommen und habe gesagt, diese Güter gehörten ihm. Erst auf Bitten des Bischofs habe der Propst verzichtet. Stehen sich hier noch der Anspruch des Herrn und der des Klosters auf Verfügungsgewalt gegenüber? Bischof Mangold war ein Mann, dem man zutrauen könnte, noch stark in eigenkirchlichen Gedankengängen befangen gewesen zu sein. Vgl. unten Anm. 146. — Nach F. r. A. II 33, 47 Nr. 39 (1244) hatte ein Ulrich von Prunsperch dem Kloster Seitenstetten Besitzungen in Prohling streitig gemacht. Der Abt bewies vor dem Bischof sein Recht, und als Ulrich dies noch immer nicht anerkennen wollte, forderte Bischof Rüdiger von Passau Herzog Friedrich II. als Klostervogt auf, Seitenstettens Rechte zu wahren.

Erst seit der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts schweigen sich die Quellen fast ganz darüber aus.⁸⁷⁾ Damals erst scheint die Eigenklosterherrschaft erloschen gewesen zu sein.^{88) 89)}

Bemerkenswert ist, auf welchen Rechtstitel Ulrich seinen Besitz zu begründen versucht. Der Abt beweist nämlich, *possessiones quasdam in prochnich immediate ad suam ecclesiam pertinere, nec eas Ulricus de Prunspersch habere pheidali iure, qui eas sibi feodaliter de facto non de iure nomine Pataviensis ecclesie vendicavit*. Hieraus erhellt, daß um die Mitte des 13. Jahrhunderts noch das Bewußtsein der ehemaligen Zugehörigkeit zum Passauer Bistumsgut lebendig war, ja sich zuweilen noch zu praktischer Bedeutung erhob. F. r. A. II 33, 42 Nr. 34 (1210) zeigt, wie zwischen Bischof und Abtei ein Streit im Gange ist über Grenzen beiderseitiger Besitzungen. Obwohl der Bischof Partei ist, bestimmt er die Schiedsrichter, einen Passauer Kanoniker, den bischöflichen Truchseß und 4 passauische Burgmannen, die unter Zuziehung der Leute beider Kirchen die Grenzen festsetzen sollen. Mindestens läßt sich sagen, daß, wäre der Bischof nicht Herr des Klosters gewesen, dieser einseitige Entscheid unmöglich gewesen wäre.

87. Immerhin vgl. O.Oe.U.B. III 319 Nr. 342 (1264). und v. Schwind und Dopsch, *Ausgewählte Urkunden*, 111 Nr. 54 (1277).

88. Die Urkunden dieser Zeit sind überwiegend güterrechtlichen Inhalts. Daß Kloostervorstand und Angehörige am Klostervermögen berechtigt sind, ist leicht zu ersehen. Charakteristisch für diese Stellung ist die Tatsache, daß Veräußerungsverbote an die Kloostervorstände gerichtet werden, im Gegensatz zum 12. Jahrhundert, in dem sie sich gegen die Eigenklosterherren wandten. Vgl. beispielsweise N.Oe.U.B. I 60 Nr. 39; Hagn 44 Nr. 35: O.Oe.U.B. III 73 Nr. 66, 319 Nr. 342.

89. Hollnsteiner (S. 78f.) betrachtet die St. Florianschen Tauschurkunden. 1122, O.Oe.U.B. II 157 Nr. 104, heiße es bei einem Tausche zwischen Bischof und Stift: *tradidi... accipiens*, von einem Tauschvertrage sei keine Rede, 1143, ebenda 211 Nr. 143: wir und unser geliebter Bruder Propst Dietmar gingen einen Tauschvertrag ein (*concambium*). In der verschiedenen Formulierung sieht er den Ausdruck einer geänderten Rechtslage. Das Verhältnis St. Florians als Eigenkloster habe nach seiner vermögensrechtlichen Seite um die Mitte des 12. Jahrhunderts sein Ende gefunden, in den Tauschurkunden um 1200 erschienen Bischof und Kloster als gleichberechtigte Vertragsschließende, bzw. der Bischof bei einem Tausche, bei dem er nicht selbst Partei sei, überhaupt nicht mehr. — H. hätte vor seinen Schlüssen eine weitere von ihm nicht genannte Tauschurkunde zwischen Bischof und Kloster warnen können (O.Oe.U.B. II 321 Nr. 219). Sie ist zwar erst im Jahre 1162 ausgestellt worden, aber auch damals hieß es noch fast wie 1122 *tradidimus... recepimus*. Im 12. Jahrhundert ist ein reines Verfügungsrecht des Eigenklosterherrn überhaupt nicht mehr üblich. Festzustellen haben wir nur, wie lange dessen Einfluß in dieser Hinsicht sich noch zeigt. Bei Tauschverträgen also ist zu fragen, wie lange ein Zustimmungsrecht sich bemerken läßt. Dabei sind aber m. E. Tauschverträge zwischen Bischof und Kloster ganz auszuschließen.

III.

Welcher Nutzen und welche Lasten erwuchsen den Klöstern aus der Eigenklosterherrschaft?

Man kann nicht leicht sagen, welchen Gewinn der Besitz eines Klosters brachte.⁹⁰⁾ Aus früher Zeit wäre ein Fall anzuführen, in dem ein Kloster auf Lebenszeit verliehen wurde und der Herr dafür 30 Hufen erhielt.⁹¹⁾ Etwas ähnliches ist aus späterer Zeit aus der Diözese Passau nicht zu berichten.

Von niederen Kirchen wurden an die Herren sicher Abgaben entrichtet.⁹²⁾ War das auch bei Klöstern der Fall? Welcher Natur waren die Leistungen? Von den päpstlichen Klöstern wurde bekanntlich ein Zins gezahlt.⁹³⁾ Doch war er im Passauer

den. Denn der Abschluß eines solchen schließt doch die Zustimmung beider Parteien in sich. Wie vorsichtig die Behandlung der Tauschurkunden sein muß, wurde bereits hervorgehoben. Schließlich wurde schon auf diejenige Urkunde hingewiesen, die den Einfluß des Eigenklosterherren zu Beginn des 13. Jahrhunderts gerade für St. Florian dartut. Vgl. oben Anm. 86. Demnach dürfte H.s Ansicht über die Dauer der eigenklosterlichen Abhängigkeit unzutreffend sein. Das Verhältnis des Bischofs von Passau zu St. Florian in vermögensrechtlicher Hinsicht findet nicht um 1150, sondern frühestens um 1225 sein Ende. — Schon hier möchte ich mich der Pflicht entledigen, darauf aufmerksam zu machen, daß ich H.s Ansicht, Passaus Einfluß auf die Einsetzung des St. Florianer Propstes sei gleichfalls um die Mitte des 12. Jahrhunderts erloschen, für nicht beweisbar halte. Im übrigen sei auf die Ausführungen über die Einsetzung der Klostervorstände hingewiesen. (Kap. 2 Abschn. IV.)

90. Ueber Vorteile für den Erzbischof von Mainz aus seinen Klöstern siehe Stimming S. 78 ff. Immerhin muß hervorgehoben werden, daß die Gründung eines Klosters zweifellos eine starke Einbuße von Einkünften bedeutete. Ueber die materielle Bedeutung des Eigenkirchenbesitzes in karolingischer Zeit vgl. Poeschl, Bischofsgut und mensa episcopalis II, Bonn 1909, S. 198 ff.

91. Janner I, S. 271; O.Oe.U.B. II 25, Nr. 19.

92. Schreiber, Kurie u. Kloster II, S. 84 f.; Werminghoff I, S. 85; Stutz, Sav.Z. G.A. 20, S. 230, Eigenkirche S. 29 ff., G.G.A. 166, 1. 1904, S. 34. — Ueber Abgaben der bischöflichen Eigenkirchen insbesondere Stutz, Benefizialwesen S. 347 ff. Ueber die Heranziehung von Kirchengut aller Art für Zwecke der Kathedralkirche im 9. Jahrh. Poeschl II S. 198 ff. Aus den Quellen der Passauer Diözese nenne ich einige besonders interessante Beispiele: O.Oe. U.B. II 238 Nr. 159; M.B. XXIX^b 142 Nr. 141 (Reg.); Privileg Bischof Ottos von Passau: die Almosen der Kirchspielbewohner von Strazzing sollen künftig bei der beschenkten Kirche bleiben. (1259.) Wie es mit den Einkünften der St. Florianischen Zelle Waldkirchen gehalten wurde, zeigt O.Oe.U.B. II 148 Nr. 99 (1113).

93. Schreiber, Kurie und Kloster I, S. 32 ff.

Sprenkel gering, betrug regelmäßig bloß ein Goldstück jährlich.⁹⁴⁾

Sehr beträchtlich waren die Abgaben, die von den Reichsklöstern dem Könige entrichtet werden mußten. Und von ihnen wurde meistens pünktliche Erfüllung ihrer Zahlungspflicht gefordert.⁹⁵⁾ Von den im Bistum Passau gelegenen Reichsabteien, die im 12. Jahrhundert an Bischöfe gegeben wurden, von Niederaltaich und Niedernburg, können wir leicht nachweisen, daß sie auch nach ihrer Veräußerung mindestens zu gleich hohen Leistungen wie vorher verbunden waren. Kaiser Friedrich bezweckte ja auf diese Weise die klösterliche Einnahmequelle sicherer zu machen. Beide Abteien scheinen wirtschaftlich heruntergekommen und zahlungsschwach gewesen zu sein. Sie wurden zur wirtschaftlichen und geistlichen Reformierung den Bischöfen überwiesen, die jedoch dadurch anstatt jener zur Zahlung verpflichtet wurden. Das wird bei Niederaltaich ganz ausdrücklich bestimmt.⁹⁶⁾ Für Niedernburg hatte der Bischof von Passau jährlich 40 Pfund zu zahlen.⁹⁷⁾ Daraus geht hervor, daß seine Einkünfte aus dem Klostergut mindestens diese Summe erreichten. Daß Niedernburg dem Passauer Bischof etwas abwarf, zeigt auch die Tatsache, daß Heinrich VI. in seiner Schenkungsbestätigung⁹⁸⁾ erklärte: *licet aliquando tempore usibus memorati patris nostri et nostris illa subservierit*, also daß trotz der Schenkung die Kaiser zeitweilig unmittelbar die klösterlichen Abgaben bezogen hätten. Das Gleiche ist daraus zu ersehen, daß die Abtei *cum omni utilitate ad ipsam pertinente* übergeben wurde. Bei der erwähnten Erneuerung der Schenkung im Jahre 1193, der auch die 1161 noch vorbehaltene Vogtei hinzugefügt wurde, scheinen die Leistungen an das Reich weg-

94. Germ. Pont. I. 186 Nr. 1 (Formbach); ebenda 229 Nr. 1 (Melk); ebenda 237 (St. Andrä); ebenda 248 Nr. 2 (Klosterneuburg); ebenda 252 Nr. 1 (Schottenkloster); ebenda 257 (Mariazell).

95. Vgl. z. B. St. 3379 (M.B. VI 167 Nr. 12). Hier handelt es sich um eine rückständige Servitialeistung. Vgl. B. Heusinger, *Servitium regis* in der deutschen Kaiserzeit, A.U.F. 8, 1922, S. 49 Anm. 5.

96. St. 3618 (M.B. XI 164 Nr. 42): *Ea vero que fisco exinde annuatim solvebantur, in usum episcopi de cetero transeant, quatenus episcopus vice abbatis plenius et devotius curie regali deservire et necessitatibus predicti monasterii commodius et uberius providere valeat.*

97. St. 3901 u. 3905 (M. B. XXIX*, 356 Nr. 502 u. 359 Nr. 503).

98. St. 4801 (M.B. XXIX* 469 Nr. 554).

gefallen zu sein, dafür gab aber das Hochstift sein Gut Merdingen in Schwaben.

Die dem König ursprünglich zu leistenden Abgaben werden in der Pertinenzformel aufgeführt: *cum . . servito regio subsidio seu supplemento seu stura quod in vulgari kungesture dicitur*. Sind diese Ausdrücke sämtlich synonym oder haben wir es mit Leistungen verschiedener Art zu tun? Zur Entscheidung dieser Frage gehen wir zunächst näher auf das Wesen der Königssteuer ein.

In Friedrichs I. Urkunde wird sie gar nicht genannt. Ob sie stillschweigend vorbehalten oder in die Schenkung mit einbegriffen wurde, ist nicht zu erkennen. Auch in Heinrichs VI. Urkunde erfahren wir nichts als den Namen. Ausführlicher handelt von der Niedernburger Königssteuer ein Weistum, das in Ilzstadt abgegeben wurde.⁹⁹⁾ Die im Ilzgau und an der Mühel zu zahlenden Sätze werden festgelegt. Für Entrichtung der Königssteuer fällt die Pflicht zur Reichsheerfahrt mit dem Bischof weg.¹⁰⁰⁾ Die Steuer ist also eine Ablösung dieser Verpflichtung. Gezahlt wurde sie von Ministerialen, sowie von Grafen und Freien, die vom Bischof belehnt waren.¹⁰¹⁾ Eine solche Heersteuer kommt z. B. auch in der Reichsabtei Ottobeuren vor.¹⁰²⁾ Den Klosterministerialen wurde Befreiung von der Zahlung durch Lothar von Supplinburg gewährt. Friedrich I. bestätigte dieses Privileg mit Worten, die besonders deutlich die Verwandtschaft mit der Niedernburger Königssteuer beweisen: *ministeriales quoque eiusdem ecclesie a regali expeditione et a servitio quod vulgo dicitur herstiure penitus absolvimus similiter et homines*. Eine Heersteuer ist z. B. auch in der Reichsabtei Werden festgestellt worden.¹⁰³⁾ Zur Zahlung waren ursprünglich die Heerdienstpflichtigen verbunden.

Ein großer Teil der Reichsabteien war seit alters zum Reichskriegsdienst außer zu Servitien und Gebeten verpflicht-

99. M.B. XXVIII^b 510 sq. (1256).

100. Item notandum, quod infeudati in predictis locis pro predicto iure, quod chunigsteura dicitur, non tenentur ire cum Domino episcopo in negotiis Imperii, nec dare steuras ad eandem expeditionem.

101. Item quicumque comes aut liber aut quis alius, qui non est ecclesie, et infeodatus fuerit ab episcopo in dictis locis,...

102. St. 4124 (M.B. XXIX^a, 399 Nr. 520).

103. R. Köttschke, Zur Geschichte der Heersteuern in karolingischer Zeit, Hist. Vjschr. 2, 1899, S. 231—243.

tet.¹⁰⁴) Die Lehensleute und Ministerialen der Klöster wurden dem königl. Heere gestellt. Der Kriegsdienst der Bauern auf Klostergut hatte schon früh aufgehört. An die Stelle des Kriegsdienstes der Ritterlichen traten dann zuweilen Geld oder Naturalleistungen. Als solche lernen wir völlig eindeutig die Königssteuer des Ilzstädter Weistums, die Heersteuer in Otto-beuren und Werden kennen. Ich fasse zusammen: Die Königssteuer ist eine Ablösungszahlung, die an Stelle des Reichskriegsdienstes tritt¹⁰⁵), den die Abtei Niedernburg wie andere königl. Klöster durch seine Ministerialen und Vasallen zu leisten hatte.

Die Königssteuer kann also nicht mit dem *servitium regis*¹⁰⁶) identisch¹⁰⁷) sein, das eine Abgabe zur Verpflegung der wandernden königlichen Hofhaltung darstellt, zu der die Reichskirchen in besonderem Maße herangezogen wurden, und das von Niedernburg neben der Königssteuer entrichtet wurde.

Wenn die niederen Kirchen, aber auch die bevorzugten Klöster, selbst die päpstlichen, zu Abgaben verpflichtet waren, sollte man das gleiche auch von den bischöflichen Klöstern erwarten. In anderen Diözesen lassen sich recht häufig mäßige

104. G. Matthäi, Die Klosterpolitik Kaiser Heinrichs II. Ein Beitrag zur Geschichte der Reichsabteien, Phil. Diss. Göttingen 1877, S. 30 ff.; Werminhoff I, S. 184 f.; ders. in Meisters Grundriß S. 57.

105. Besonderen Nachdruck lege ich darauf, daß auch die Kloster-vasallen, nicht nur die Ministerialen, königssteuerpflichtig waren. Im Ilzstädter Weistum 1256 wird ausdrücklich bestimmt, der Graf oder Freie oder sonst jemand, der nicht der Kirche gehöre und vom Bischof im Abteilande belehnt sei, habe 10 Talente Wandel zu zahlen bei Leistungsverzug. Nun läßt sich tatsächlich nachweisen, daß noch lange auf den Herrschaften Hochfreier zwischen Mühel und Rotel Königsteuer gezahlt wurde, wenn auch nicht mehr an Bistum oder Abtei. Die Steuer war eben auf die Untertanen umgelegt und wurde den Herrschaften entrichtet, auch wenn diese längst aufgehört hatten zu zahlen. Strnadt, A.Oe.G. 94. S. 253 ff. gibt Belege für das Vorkommen der Königsteuer. Ihnen füge ich noch weitere wichtige bei: M.B. XXIX^b 394 (1253), Urbar des Aegidienhospitals und Passauer Innbrückamts, nach St. 4801 von 1193 die älteste Quelle für das Vorkommen dieser Steuer. (Tyemdorf ist Oberdiendorf, westlich von Thyrnau.) Ferner s. Notizenbl. III, 1853, Passauer Urbar vom ersten Viertel des 14. Jhdts. 198 Ziff. 18.

106. Zum *Servitium regis* und seine rechtl. Natur vgl. Heusinger, A.U.F. 8, Abschn. 3. Vgl. bes. S. 79: „Das eigenkirchliche Element, das in der Rechtsstellung der Abteien überwog, brachte ihre wirtschaftlichen Abgaben ... früh in die Form fester Abgaben.“ Dazu vgl. die Anzeige von Heusingers Buch durch G. v. Below, Vjschr. f. Soz. und W.G. 17, 1924, S. 189 f.

107. Die entgegengesetzte Ansicht vertritt merkwürdigerweise Heu-

Geld- oder Naturralleistungen feststellen, in der Passauer ist nichts davon zu merken.¹⁰⁸⁾ Man könnte höchstens aus dem Verbot von *exactiones* etc. in Papsturkunden und Fälschungen, also denjenigen Quellen, die vorzugsweise den Kampf gegen das Eigenkirchenrecht zeigen, die ursprüngliche Existenz von solchen Abgaben erschließen.¹⁰⁹⁾

singer S. 46 und 136 f. Für Werden a. d. Ruhr weist Heusinger gerade als Argument für den Charakter des *servitium regis* als wirtschaftlichen Königsdienst auf den daneben zu leistenden *herschilling* hin. Gerade das würde doch schon auf einen Unterschied zwischen der gleichfalls klar als Heeresdienstablösung erkenntlichen Königssteuer und dem *servitium regis* hindeuten. Daß durch St. 4801 „die Zurückführung der Kunegesture auf das *servitium regale* gesichert ist“, kann ich nicht einräumen. Diese Behauptung beruht nur auf grammatischer Interpretation, die bei der Unsicherheit der Fassung nicht anwendbar ist. Heusinger spricht davon, die bischöflichen Lehnleute im Abteillande seien „zur Entschädigung für die von ihnen geleistete Königssteuer von der Heerfahrt befreit gewesen“, „der Kausalzusammenhang“ führe „hier von der Steuer zur Ablösung des Heeresdienstes, und nicht umgekehrt die Ablösung des Heeresdienstes zur Steuer“. Wenn die Königssteuer = *servitium* wäre, so wäre sie wohl schon seit alters gezahlt worden und daneben hätte noch die Verpflichtung zum Heeresdienste regelmäßigerweise bestanden. Daher könnte nicht als Entschädigung für die Zahlung der Steuer Befreiung vom Heeresdienst gewährt worden sein. Denn eine Entschädigung ist nur bei den Berechtigten schädigender Veränderung der Lastenmenge denkbar. Deshalb ist der schon an sich unwahrscheinliche Kausalzusammenhang, den Heusinger annimmt, unmöglich. Ferner irrt H. in der Umgrenzung der zur Zahlung Verpflichteten. Nicht die grundherrlichen Hintersassen und Ministerialen, sondern die Ministerialen und Vasallen (!) gehören zum Kreis der Verpflichteten. Das darf mit Fug und Recht behauptet werden, da nach Bestimmung der zu zahlenden Sätze Strafen nur für diese beiden Personenklassen, nicht aber für bauerliche Hintersassen festgestellt werden. Auch das veranlaßt uns, die Annahme der Identität von Königssteuer und *servitium regale* abzulehnen.

108. Matthäi S. 32 gibt einige Beispiele. Vgl. auch H. Hirsch, Die echten und unechten Stiftungsurkunden der Abtei Banz, W.S.B. 189, 1919, 1. Abh. S. 24 u. 27 über Dienste des Abtes von Banz an den Bischof von Bamberg als Eigenklosterherrn.

109. O.Oe.U.B. II 384 Nr. 262 (Gleink); F.r.A. II 33, 18 Nr. 12: *Nulli preterea liceat eidem monasterio angarias vel alias exactiones monastice quieti et religioni contrarias irrogare; ebenda 19: Ut nec Pataviensi episcopo vel ministris ipsius... liceat monasterium temere perturbare...*; Sehr bemerkenswert ist es auch, wenn Passau die St. Johanniskirche bei der Gründung von Waldhausen *cum omnibus suis appendiciis...* in *omni genere utilitatis* übertragen erhält, O.Oe.U.B. II 236 Nr. 157 (1147). Daß trotz aller Privilegien klösterliche Leistungen zuweilen bestehen blieben, zeigt O.Oe.U.B. VIII 294 Nr. 299. Weitere Stellen, die auf klösterliche Leistungen

Im Zusammenhang mit solchen Bestimmungen finden sich Bemerkungen, die gegen *V e r l e i h u n g* von Kirchengut gerichtet sind,¹¹⁰⁾ sogar solche nur bedingt untersagen, wie z. B. in Göttweig: *Nec episcopo nec abbati ipsi nec persone alicui facultas sit cenobii bona in feodum sive beneficium sine consensu meliorum fratrum personis aliquibus dare.* Also mit Zustimmung dieser Personenklasse wäre das erlaubt gewesen. Der Wortlaut läßt öfters die Möglichkeit offen, daß es sich um Zinslehen handelte. Aber auch die Hingabe von ritterlichen Lehen durch den Klosterherrn kam vor, wahrscheinlich viel öfter, als es sich nachweisen läßt.¹¹¹⁾ Vermutlich waren die so gewonnenen Vasallen dem Eigenklosterherrn zu Kriegsdienst verpflichtet. Bedurften doch gerade die Bischöfe eine starke kriegserische Mannschaft, um dem Reichskriegsdienst, zu dem gerade sie in erster Linie herangezogen wurden,¹¹²⁾ genügen zu können. Zu solchen kriegserischen Leistungen waren die Klöster ihrem Herrn verbunden durch ihre Ministerialen und milites, die wohl alle besaßen, wenn sie sich auch nicht stets nachweisen lassen.¹¹³⁾ Von großem Wert mögen auch die Klostergebäude

hinweisen, sind folgende: F. r. A. II 51, 26 Nr. 12; 30 Nr. 16; (Göttweig). O. Oe. U. B. II 98 Nr. 75 (St. Florian); ebenda 145 Nr. 98 u. 108 Nr. 79 (St. Nicolaus); M. B. V 330 Nr. 52 (ca. 1140 Aldersbach).

110. F. r. A. II 33, 19 Nr. 16. Unter den Veräußerungsarten, die verboten werden, ist auch das *infeudando* genannt. Siehe auch F. r. A. II 51, 26 Nr. 12, 30 Nr. 16.

111. Im 9. Jahrhundert hat Arnulf von Kärnten Niedernburger Besitzungen zu Lehen gegeben. M. 1778 (M. B. XXXI* 122 Nr. 57). Aber dasselbe kam auch noch im 12. Jahrh. vor, und zwar durch einen so hervorragenden Führer der Kirchenreform wie Bischof Otto von Bamberg. Vgl. z. B. M. B. V 159 Nr. 3.

112. Vgl. o. S. 79 f. und Anm. 104.

113. Vgl. die ausführlichen Zusammenstellungen über die Ministerialität oberösterreichischer Stifter, die Aloys Schulte, *Der Adel und die deutsche Kirche im Mittelalter* S. 179 Anm. 1 bietet. Die von ihm namhaft gemachten Fälle können immerhin durch einige weitere vermehrt werden. Im folgenden teile ich die Stellen mit, die von frühzeitig zu erkennenden Ministerialen passauer Klöster berichten. Ueber Kremsmünsterer Ministerialen und milites vgl. J. Strnadt, *Die einschildigen Ritter im 13. Jahrhundert um Kremsmünster*, Linzer Ztg., 1895, Nr. 154, 160 u. 166 vom 7. 14. u. 21. Juli. — St. Georgen: Chunradus miles. Bielsky 265 Nr. 11 (1177 bis 92); Reinbertus miles, ebenda 273 Nr. 20 (1192—1202). — Göttweig: F. r. A. II 51 Nr. 35 (c. 1140) u. 157 (c. 1276); F. r. A. II 8 Nr. 198 (c. 1125), 314 (c. 1184), 339 (c. 1140), 341 (c. 1140). — St. Nicolaus: Seit 1190 ist

selbst als Befestigungen gewesen sein. Auch Burgen befanden sich nicht selten in klösterlichem Besitze¹¹⁴⁾

Die Vorstände von Eigenklöstern mögen zuweilen zu qualifizierten Dienstleistungen herangezogen worden sein, wie Reichsäbte vom König oft in dieser Weise verwandt worden sind.¹¹⁵⁾ Diese Annahme weiß ich allerdings nur zu stützen durch eine Urkunde für Seitenstetten.¹¹⁶⁾ Dem Kloster

Heinricus Wento nachzuweisen, O.Oe.U.B. I 587 Nr. 222, 607 Nr. 277, 608 sqq. Nr. 278, 281, 283—86, Nr. 288, 292; O.Oe.U.B. II, 633 Nr. 435, 655 Nr. 452; O.O.U.B. III 32 Nr. 28, 37 Nr. 34. — St. Pölten: Schon im ersten Viertel des 12. Jahrh., N.Oe.U.B. I 7 Nr. 4, ministeriales ecclesie Nantger, Penzo... — Niedernburg: In den Schenkungsurkunden der Abtei an das Hochstift werden unter den Pertinenzen Ministerialen genannt. Unter den Ministerialen einer Zeugenreihe in einer Urkunde Bischof Wolfgers wird Wernhardus provisor dominarum sanctimonialium de sancta Maria genannt (M.B. III 120 Nr. 17). Er war also wohl ein Niedernburger Ministeriale. Namhaft können wir außer einigen in M.B. XIV 415 Nr. 12 auftretenden sonst keine Klosterministerialen machen. Es kommt allerdings nach der Erwerbung der Abtei eine ganze Reihe von Namen in Verbindung mit Orten im Abteillande vor, die wir auch nicht als ursprünglich Passauische Ministerialen feststellen können. Unter ihnen sind vielleicht einige Klosterministerialengeschlechter. In Betracht kommen besonders die, welche von 1160 bis 1200 zuerst genannt werden: Die von Sarleinspach O.Oe.U.B. II 369 Nr. 252 (1180); von Puchberg, ebenda 371 Nr. 255 (1180); Feuchtenbach M.B. IV 147 Nr. 16 (1196); Fischbach, ebenda 266 (1185); Haidendorf, O.Oe.U.B. II 408 Nr. 277 (1188); Germunspurge, O.Oe.U.B. II 471 Nr. 324 (1200); am frühesten lassen sich im Abteillande als passauische Ministerialen nachweisen die von Urlugesperge, M.B. XIV 415 Nr. 12. Ueber die Verpflanzung derer von Wesen, Falkenstein, Tannberg, Marsbach, Haichenbach in das neu erworbene Land vgl. J. Strnadt, Innviertel und Mondseelandschaft, A.Oe.G. 99. 1908, S. 649 ff. — Waldhausen: Ein Miles de Waldhusen, Salzbr. U.B. II 622 Nr. 458 (nach 1188). — Für das Vorkommen von Ministerialen bei nichtpassauischen Klöstern sei hier nur auf eine interessante Stelle verwiesen: O.Oe.U.B. II 331 Nr. 227: Bischof Herold von Würzburg läßt bestimmen de muliere Fruihilde et liberis eius... quod ministeriales lambacensis ecclesie sicut ceteri ministeriales de Lambach esse deberent. Daraus erhellt der direkte Einfluß, den der Eigenklosterherr auf die Ministerialen seiner Klöster besaß.

114. Formbach z. B. war eine Burg der gleichnamigen Abtei, O.Oe.U.B. I 631 Nr. 15. Gerhoch von Reichersberg tauschte zu Gunsten seiner Propstei eine Burg ein, ebenda 310 Nr. 67.

115. G. Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte 7. Bd., 1. Aufl., Berlin und Kiel 1884, S. 189; Werminghoff in Meisters Grundriß S. 57. — Doch muß bemerkt werden, daß die Stellung von Reichsäbten von der bischöflicher Eigenklostervorstände häufig verschieden gewesen zu sein scheint. Vgl. Stutz, Sav.Z. G.A. 20, S. 234.

116. F.r.A. II 33, 10 Nr. 8.

werden Zehnte geschenkt, da der Abt vom Bischof von Passau so häufig in Anspruch genommen worden sei.

Man könnte erwarten, Aebte und Pröpste der Eigenklöster zahlreich am bischöflichen Hof zu finden. Die Untersuchung der Zeugenreihen der bischöflichen Urkunden des 12. Jahrhunderts führte zum entgegengesetzten Ergebnis. Klostervorstände werden überhaupt nicht oft aufgeführt, solche von fremden Klöstern aber nicht viel seltener als von bischöflich passauischen Eigenklöstern. Weiter könnte man denken, der Passauer Bischof habe sich oft in seinen Klöstern aufgehalten und habe durch Verpflegung auf deren Kosten einen Nutzen gehabt. Die Ausstellungsorte der bischöflichen Urkunden außerhalb Passaus sprechen nicht dafür. Es ist vielmehr geradezu auffallend, wie selten der Bischof in einem seiner Klöster urkundete.

Ein bedeutender Nutzen konnte aus der Gründung eines Klosters gerade in wenig besiedelten Gegenden wie Ostbayern und Oesterreich erwachsen.¹¹⁷⁾ Die Klosterleute, die angesiedelt wurden, brachten nicht allein geistige, sondern auch wirtschaftliche Kultur mit, die den in der Umgebung wohnenden Kolonisten, häufig Leuten des gleichen Herrn, durch Nachahmung großen Vorteil bringen konnte.¹¹⁸⁾

Wenn wir uns daran erinnern, daß die klösterliche Genossenschaft durch die Leihegewere ihres Vorstehers den Hauptnutzen von den Klostergütern besaß, können wir dagegen leicht ermessen, wie außerordentlich groß der Gewinn für das Kloster aus seinem Abhängigkeitsverhältnis gewesen ist.

Da ist in erster Linie an die reichen Zuweisungen der Herren zu denken, die Vermögensobjekte aller Art umfaßten, Landgüter von ganzen Villikationen bis zum kleinsten Hufenteil, oder auszurodenden Waldstückchen, Unfreie in jeder Art des Abhängigkeitsverhältnisses, Abgaben, kirchliche Rechte, Pfarreien, Zehente, das cathedra-¹¹⁹⁾ticum u. a.; auch Zinslehen

117. So nennt Poesinger, Rechtsstellung von Kremsmünster S. 49, die Gründung von Kremsmünster mit Recht „ein eminent wirtschaftspolitisches Unternehmen“.

118. Ueber den Bezug von Interkalarfrüchten durch den Eigenklosterherren wird aus dem Passauer Bistum nichts bekannt. Das Spolienrecht konnte natürlich keine Rolle spielen, da ja der Regularklerus nicht vermögensrechtsfähig gewesen ist.

119. Vgl. etwa M.B. XII. 404 Nr. 59; Zinslehen Osterhofens von Bam

Kloster von seinem Herren haben. Belege dafür geben die Urkunden und Traditionsodices in beliebiger Zahl. Aber auch die abhängigen Leute, besonders die Ministerialen erhalten häufig die generelle Erlaubnis, Vergabungen an Eigenklöster ihrer Herren zu machen.¹²⁰⁾ Das war indessen nicht nur für die privilegierten Klöster ein Vorteil, sondern auch für die Ministerialengeschlechter.¹²¹⁾ Mit dem Eintritt in ein Kloster wird nämlich regelmäßig eine Güterübertragung verbunden gewesen sein. Und so wurde den Ministerialensöhnen und -töchtern erst durch die Schenkungserlaubnis die Aufnahme ermöglicht. Darin lag wiederum für den Privilegierenden ein Gewinn. Sein Einfluß mußte zunehmen je größer die Anzahl von Mitgliedern seiner Ministerialenfamilien im Konvente war. Namentlich für den Eigenklosterherren konnte das eine große Stütze seiner Macht sein.

Von großer Wichtigkeit war auch die Pflicht und das Interesse des Herrn, sein Kloster zu beschützen.¹²²⁾ Die Privilegien, die ein Bistum vom Reiche erhalten hatte, galten auch für die bischöflichen Klöster, wie überhaupt für Eigenkirchen die weltliche Machtstellung ihrer Herren maßgebend wurde.¹²³⁾

berg, und M.B. XXVIII^b 475: Zinslehen der Altenburger, Göttweiger und St. Pöltener von Passau.

120. Vgl. z. B. O.Oe.U.B. II 170 Nr. 113; 382 Nr. 262; 97 Nr. 75; 210 Nr. 142; 400 Nr. 273; F.r.A. II 33, 11 Nr. 8. — Auch Fälschungen sind hier zu benutzen. — Neben der generellen Schenkungserlaubnis, die für St. Florian wohl ca. 1141 erteilt wurde, (O.Oe.U.B. II 191 Nr. 128; die Urkunde wird als echt angesehen von Hollnsteiner S. 61 ff.; v. Mitis S. 106 und Groß S. 618 f. betrachten sie als Fälschung) scheint häufig noch eine spezielle erforderlich gewesen zu sein. Vgl. O.Oe.U.B. II 290 Nr. 195. — In einer Besitzbestätigung werden F.r.A. II 33, 11 Nr. 8 auch die von den bischöflichen Ministerialen vergabten Besitzungen genannt. Es kommen aber auch Schenkungserlaubnisse für Ministerialen fremder Großer vor, z. B. der Herzöge von Bayern für St. Florian i. J. 1202. O.Oe.U.B. II 487 Nr. 336; 524 Nr. 364. — Ueber derartige Erlaubniserteilung als Argument für eigenklosterliche Abhängigkeit im Zweifelsfalle vgl. Stimming. Weltliches Territorium von Mainz, S. 69.

121. Vgl. z. B. O.Oe.U.B. II 400 Nr. 272 (1186).

122. Das ist in fast allen feierlichen Privilegien für Eigenklöster ausgesprochen. Vgl. z. B. O.Oe.U.B. II 97 Nr. 75: In nostram protectionem suscipientes; ebenda 224 Nr. 153; 234 Nr. 156; 433 Nr. 297. Die Uebergabe Wilherings an Bamberg wird O.Oe.U.B. II 224 Nr. 152 begründet mit des Bischofs auctoritas ad protegendum... larga benignitas.

123. Darüber vgl. d. 4. Kap.

In noch manch' anderer Weise trugen die Herren für das Gedeihen ihrer Klöster Sorge. Sie haben des öfteren Papstprivilegien erwirkt¹²⁴⁾ und zur Gewährung mannigfaltiger Vorteile durch benachbarte Fürsten und Große verholfen.¹²⁵⁾ Es kam schließlich sogar vor, daß man im Interesse des Eigenklosters zur Fälschung von Urkunden schritt.¹²⁶⁾

Wenn man danach das Fazit zieht aus der Untersuchung der verschiedenen Leistungen an den Eigenklosterherren und ihnen den Gewinn gegenüberstellt, den Eigenklöster gewöhnlich von ihren Herren hatten, so ergibt sich, selbst wenn man die Lückenhaftigkeit der Quellen in Betracht zieht, daß der materielle Ertrag im Verhältnis zu den großen Aufwendungen für die Herren doch recht gering gewesen sein muß. Daß eine Klostergründung eine „gewinnbringende Kapitalanlage“ war, davon kann, wie schon oben bemerkt wurde¹²⁷⁾, in den letzten Jahrhunderten der Herrschaft des Eigenkirchenrechtes ganz sicher keine Rede sein.

124. Germ. Pont. I. 177 Nr. 1 u. 2. (O.Oe.U.B. II 99 Nr. 76, und 103 Nr. 78): Privilegien der Päpste Alexanders II. und Gregors VII., die bezeichnenderweise an Bischof Altmann gerichtet sind. Vom Eigenklosterherren erbeten wurden ferner nachweislich Germ. Pont. I, 192 Nr. 8 und 194 Nr. 16 (O.Oe.U.B. II, 196 Nr. 132, 219 Nr. 150) für Teichersberg; Germ. Pont. I 204 Nr. 2 und 3 (O.Oe.U.B. II, 225 Nr. 154 und 283 Nr. 190) für Ranshofen; O.Oe.U.B. I, 116 Nr. 3 enthält die Bitte des Markgrafen Ottakar um ein Schutzprivileg für Garsten. Ferner vgl. Bischof Konrads Bemühungen um päpstlichen Schutz für St. Georgen, Bielsky 268 Nr. 16, und des Papstes Eintreten für die Interessen dieses Klosters auf Veranlassung des gleichen Bischofs, ebenda 264 Nr. 10. Ueber die Bemühungen Erzbischof Gebhards von Salzburg und Bischof Altmanns v. Passau um päpstl. Schutz s. Brackmann, Studien S. 11.

125. Herzog Leopold V. von Oesterreich erläßt Garsten Maut... et propter familiarem amicitiam dulcissimi amici et cognati mei styrensis ducis Otacher, quem precordialiter diligo, O.Oe.U.B. II 378 Nr. 259 (1182). Bischof Reginbert von Passau geht auf Bitten des Bischofs von Bamberg einen Tausch mit den Brüdern von Osterhofen ein, M.B. XII 333 Nr. 4. Bischof Ulrich von Passau hat eine Kapelle der Abtei Garsten auf Bitten des Markgrafen Ottokar eximiert. Vgl. O.Oe.U.B. II, 123 Nr. 86 (1100). (Hergestellt auf Grund einer authentischen Notiz; s. v. Mitis, Studien S. 145 und die ebenda S. 442 angeführte Literatur.)

126. Vgl. o. S. 33 f. (St. Georgen-St. Andrä.) — Aber auch die Zurückweisung von unechten oder unvollkommenen Urkunden geschah gelegentlich im Interesse des Klosters durch den Herrn. Vgl. etwa M.B. III 408 Nr. 11.

127. Vgl. oben S. 36 f. und Kap. 1 Anm. 207.

IV.

Der Hauptwert des Klosterbesitzes dürfte in anderen Richtungen zu suchen sein. Gerade für Bischöfe waren, wie schon zu Beginn dieser Abhandlung hervorgehoben wurde¹²⁸⁾, Eigenklöster von hervorragender Bedeutung, da sie ihnen einen großen Einfluß auf das kirchliche Leben der Diözese verschafften. Damit komme ich auf die Schilderung der spirituellen Seite der Eigenklosterherrschaft, die, so gefährlich sie gegen den Diözesanbischof — namentlich zur Zeit des noch vordringenden Eigenkirchengedankens war sie es gewesen —, so überaus wertvoll für ihn in seiner Hand wurde.

Wie aus den bisherigen Ausführungen klar geworden sein dürfte, stand dem Diözesanbischof zur Zeit des herrschenden Eigenkirchenrechts in wirtschaftlicher Hinsicht überhaupt kein Einfluß mehr zu.¹²⁹⁾ In ihn teilten sich, um ihn rangen Eigenklosterherr, Klostervorstand und -insassen und Vogt. Nur ein Zehntteil stand dem Bischof von rechts wegen stets zu, sowie gewisse Abgaben und Sporteln.¹³⁰⁾

Zu den wichtigsten bischöflichen Amtsobliegenheiten gehörte die geistliche Jurisdiktion. Weiter verwaltete der Ordinarius die Sakramente, sorgte für die Ausbildung der Geistlichen sowie für ihr kanonisches Verhalten, und ordnete die Gottesdienste. Zu diesen Zwecken hielt er vor allem die Synoden ab und machte Visitationsreisen. Schließlich führte er die Geistlichen in ihr Amt ein und vollzog die Weihen.

Wenn des Bischofs Rechte sich auch längst nicht immer durchsetzen ließen,¹³¹⁾ so sicherten sie ihm in geistlicher Hinsicht doch einigen Einfluß in seiner Diözese. Dem um sich greifenden Eigenkirchenwesen gegenüber hatte er sich, auf die karolingische Gesetzgebung gestützt, in dieser Position vielfach zu

128. Vgl. oben S. 3 f.

129. Zum folgenden vgl. Werminghoff, Kirchenverf. I, S. 73 ff. Ders. in Meisters Grundriß S. 21 ff.; Stutz, Kirchenrecht S. 302. Ueber die Beziehungen des Klosters zum Ordinarius vgl. von Schreiber I den zweiten Abschn. und von II S. 179 ff.

130. Schreiber I, S. 225, II, S. 185 ff. Dazu kommen Abgaben an die bischöflichen Beamten, ebenda I, S. 236 ff. Dazu ist sehr zu beachten Stutz, Benefizialwesen, S. 347: „Doch wurden schon von ihnen (nämlich den Abgaben an den Ordinarius) die bischöflichen Kirchen ärger betroffen als die grundherrlichen“.

131. Stutz, Münster zu Freiburg S. 9.

halten vermocht und wurde darin sehr kräftig von dem aufstrebenden Papsttum unterstützt.¹³²⁾

Unter den hier aufgezählten Rechten wird man gleich das der *E i n s e t z u n g* der Geistlichen, insbesondere der Klosterstände, vermissen.

Bei niederen Kirchen gehörte die Bestellung der Geistlichen zu den Kompetenzen des Kircheneigentümers.¹³³⁾ In fränkischer Zeit gewannen die unabhängigen Klöster die gleiche Teilnahme an der Leitung ihrer Eigenkirchen, wie die Laien an der der ihrigen, nur daß wohl tatsächlich der Einfluß des Ordinarius größer blieb.¹³⁴⁾ Wie sich die Kompetenzen bei der Besetzung der klösterlichen Eigenkirchen verteilten, ist nicht sicher aus den hier bearbeiteten Quellen zu erkennen. Diese Lücke läßt sich aber ausfüllen durch Resultate, die Brackmann¹³⁵⁾ für die Freisinger und die Salzburger Diözese gewann, und deren Geltung auch für die Passauer Verhältnisse angenommen werden darf. Wenn, wie Brackmann zeigt, noch in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts selbst von der Kurie dem bischöflichen Eigenklosterherren das Präsentationsrecht an den klösterlichen Eigenkirchen, gleichviel in welcher Diözese sie immer gelegen sein mochten, zugestanden wird, darf m. E. füglich daraus gefolgert werden, daß zur Zeit des streng geltenden Eigenkirchenrechts prinzipiell der Herr die Geistlichen der Kirchen seiner Eigenklöster bestellte. Als im 11. und 12. Jahrhundert die Eigenkirchen der Laien immer mehr an Klöster kamen, war zunächst noch der Vorteil für den Eigenklosterherren beträchtlich. Auch später noch war es vielfach für die Bischöfe günstiger, wenn Klöster, die ihrer kirchlichen Gewalt unterstanden, die Kirchen beherrschten, als

132. Vgl. die Bestimmungen der Papstprivilegien für nicht exemte Klöster zugunsten der bischöflichen Gewalt: *Crisma vero, oleum sanctum, consecrationes alterium sive basilicarum, ordinationes etiam monachorum, qui ad sacros ordines promovendi sunt, a diocesano suscipietis episcopo*, dann den bischöflichen Vorbehalt neben dem päpstlichen: *salva sedis apostolice auctoritate et diocesani episcopi canonica iustitia*. (Dieses Beispiel findet sich O.Oe.U.B. II 360 Nr. 248, Privileg Alexanders III. für Garsten).

133. Stutz, Eigenkirche S. 17, Kirchenrecht S. 302, Art. Eigenkirche Eigenkloster bei Hauck-Herzog, Bd. 23, S. 372.

134. Stutz, Benefizialwesen S. 178 f.

135. Studien S. 62 ff.

wenn es von ihnen weit unabhängigere weltliche Patronatsherren oder gar auswärtige Bischöfe taten.

Sicher begann früh sich ein Einfluß des Klostervorstandes auf Grund seiner Verwaltungsfunktionen geltend zu machen. Lange Zeit ist das Besetzungsrecht klösterlicher Eigenkirchen heftig umstritten gewesen. Aber auch viele freiwillige Zugeständnisse wurden den Klöstern gemacht, und zwar sehr häufig durch ausdrückliche Privilegien¹³⁶⁾. Und gerade darin ist ein besonders deutliches Merkmal für den ursprünglichen Zustand zu erblicken. Allmählich gab indessen der Klosterherr seine Rechte an das Kloster¹³⁷⁾ und an den Diözesanbischof ab, dessen Befugnisse seit dem Sieg der Kirchenreform immer mehr zunahmen. Uebrigens konnte auch ein Diözesanbischof seine Ansprüche sicher da zuerst durchsetzen, wo er selbst Eigenklosterherr war.

Die Wahl des Klostervorstandes stand nach altem Kirchenrecht dem maßgebenden Teil der Klosterinsassen, dem Konvent zu.¹³⁸⁾ Das Eigenkirchenrecht brachte eine grundsätzliche Veränderung dieser Verhältnisse mit sich, wenn auch das Wahlrecht der klösterlichen Kollegien nie ganz bedeutungslos geworden ist.

Die Aebte und Pröpste der Periode, die wir hier behandeln, sind fast nur bekannt aus gelegentlichen Erwähnungen in Nekro-

136. Nach O.Oe.U.B. II 60 Nr. 44 (955) scheint zwar der Abt das Besetzungsrecht gehabt zu haben, es wurde ihm aber zugleich mit einer neugeschaffenen Pfarre vom Eigenklosterherrn verliehen. S. auch d. nächste Anmerkung.

137. Seit dem 11. Jahrhundert erwerben die Klöster häufig Kirchen, wobei ihnen ausdrücklich das Recht der Präsentation des Geistlichen, die Investitur, die Präsentation zur Erteilung der Cura animarum usw. verliehen werden. Vgl. z. B. O.Oe.U.B. II 176 Nr. 118; 239 Nr. 159; 296 Nr. 199; 298 Nr. 201. F. r. A. II 51, 22 Nr. 11; 68 Nr. 52; Bielsky 273 Nr. 20; Mayer 11 Nr. 2. Weitere Beispiele: F. r. A. II 33, 5 Nr. 3; 11 Nr. 8; 18 Nr. 12. Auch zur Fälschung griff man, um sich derartige Rechte zu verschaffen oder zu bewahren. Siehe besonders O.Oe.U.B. II, 101 Nr. 77. Ohne irgendwelche Einschränkung wird das Einsetzungsrecht gewährt O.Oe.U.B. II 347 Nr. 238: *nec de caetero opus habeat, ut de altaris investitura vel coram nobis vel successoribus nostris ulla de caetero requisitio habeatur.*

138. Schreiber, Kurie und Kloster I, S. 115 ff.; Werminghoff I, S. 94; S. Benedicti Regula Monachorum c. 64 lautet: *In abbatis ordinatione illa semper consideretur ratio, ut hic constituatur, quem sive omnis concurs congregatio secundum timorem Dei, sive etiam pars quamvis parva congregationis saniore consilio elegerit.*

logen, Propst- und Aebtekatalogen¹³⁹⁾ und Urkunden. Trotzdem läßt sich aus dem Wenigen, was vorhanden ist, auch für unser Gebiet beweisen¹⁴⁰⁾, daß die Bestellung der Klostervorstände der Regel nach in der Hand der Herren sich befand. Das 12. Jahrhundert ist eine Zeit der Auflösung des Eigenkirchenrechts. Und da muß von vornherein auffallen, daß den päpstlichen Schutzprivilegien dieser Zeit die Bestimmung der freien Abts- und Propstwahl selten fehlte.¹⁴¹⁾ Ebenso bemerkenswert ist, daß in Fälschungen, die in manchen Klöstern hergestellt wurden, und zwar sicher nach 1145, zu den betontesten Bestimmungen wiederum die der freien Wahl des Klostervorstandes gehört.¹⁴²⁾ Das alles weist doch deutlich darauf hin, daß noch in dieser Zeit das Recht der Bestellung des Klostervorstandes Gegenstand heftigen Streites zwischen Herren und Klöstern war.

139. Solchen Quellen gegenüber ist bei unserer Fragestellung die größte Vorsicht geboten.

140. Wie es auch sonst schon früher geschehen ist, so von Schreiber, I, S. 120 f.; Stengel in „Religion in Gesch. u. Gegenwart“ II, S. 248; R. Budde, Die rechtliche Stellung des Klosters St. Emmeram in Regensburg zu den öffentlichen und kirchlichen Gewalten vom 9. bis zum 14. Jahrh., A.U.F. 5, 1914, S. 172; A. Waas, Vogtei und Bede in der deutschen Kaiserzeit I, Arbeiten zur deutschen Rechts- und Verfassungsgeschichte, 1. H., Berlin 1919, S. 72 ff.; Müsebeck, Jahrb. f. lothr. Gesch. XIII, S. 183 f.; Rietschel, Art. Investitur b. Herzog-Hauck, 9. Bd., S. 214 f.

141. Vgl. die Formel obeunte vero te nunc eiusdem loci abbate (preposito) vel (ad alterius ecclesie regimen transeunte sive) tuorum quolibet successorum nullus ibi qualibet surreptionis astutia seu violentia praeponatur, nisi quem fratres communi consensu (assensu) vel fratrum (aut) pars consilii sanioris secundum Dei timorem et beati Benedicti (Augustini) regulam praeviderit (providerint) eligendum. So Alexander III. für das Benediktinerstift Kremsmünster i. J. 1179 Germ. Pont. I. 212 Nr. 1 (Hagn 50 Nr. 38); die abweichenden Stellen (in den Klammern) nach Hadrians IV. Privileg für das Augustinerchorherrenstift Ranshofen v. Jahre 1157, Germ. Pont. I. 204 Nr. 3 (O.Oe.U.B. II 283 Nr. 190). Diese Formel kommt in den meisten Schutzprivilegien des 12. Jahrhunderts für die Klöster der Passauer Diözese vor.

142. So in den oft erwähnten Fälschungen von St. Florian: Adjicientes quoque hanc gratiam ipsis indulgemus, ut si quando prelatum ipsius monasterii viam universe carnis ingredi contigerit, fratres liberam habeant potestatem eligendi alium, quem magis idoneum invenerint, episcopo etiam irrequisito. O.Oe.U.B. II 97 Nr. 75. Die Fassung scheint mir doch — darin weiche ich von Hollnsteiner S. 58 ab — deutlich eine Tendenz zu verraten. Ob zur Zeit der Anfertigung der Fälschung das Propstwahlrecht schon durchgesetzt war, ist sehr zweifelhaft. Vg. ferner O.Oe.U.B. II 145 Nr. 98; 155 Nr. 102; 157 Nr. 103; 113 Nr. 80; 129 Nr. 155; 234 Nr. 156.

Meist wird er allerdings nicht zum offenen Ausbruch gekommen, sondern eine Einigung zustandegekommen sein. So war es z. B. bei der Bestellung des ersten Abtes von Göttweig. Der Propst des bisherigen Chorherrenstiftes hatte wohl mit Wissen Bischof Ulrichs von Passau in Rom die Zustimmung zur Umwandlung Göttweigs in ein Benediktinerstift erhalten. Er reiste zum Bischof nach Passau und beriet mit ihm die weiteren zu treffenden Maßregeln. Auf dessen Rat wurde der Prior Hartmann von Sanct Blasien zum Abt gewählt, — vielleicht von den Brüdern, gesagt wird darüber nichts — und dann vom Bischof eingesetzt.¹⁴³⁾

Sicher ohne jede Mitwirkung des Konvents wurde dagegen Abt Wernher nach dem erzwungenen Verzicht seines Vorgängers Gerhoch von Bischof Konrad I. von Passau eingesetzt.¹⁴⁴⁾ Auch Wernhers zweiter Nachfolger, Johann, ein Admonter Mönch, scheint ohne Wahl vom Bischof für diese Stelle bestimmt worden zu sein.¹⁴⁵⁾

Sicherlich war es stark von der politischen Einstellung der beteiligten Persönlichkeiten abhängig, ob es zum Konflikt kam oder nicht. Wie Bischof Konrad I., ein Babenberger, scheint auch Theobald, ein Graf von Berg¹⁴⁶⁾, noch stark von eigenkirchlichen Gedankengängen beherrscht worden zu sein. Er hatte den Benediktinern von Kremsmünster seinen Bruder Mangold zum Abte gesetzt.¹⁴⁷⁾ Ein Teil von ihnen verließ darauf das Kloster und beschwerte sich in Rom. Papst Urban III. trat energisch für die

143. Vita Altmanni Prior, M.G. SS. XII 240 c. 38. Hartmanns Nachfolger war Abt ex consensu Hartmanni (dieser war versetzt worden) et Oudalrici episcopi et electione fratrum, ebenda 242 c. 41. Als interessantes Beispiel für die Uebereinstimmung des Klosterherrn (man beachte, daß er hier ein Laie ist) vgl. Vita Bertholdi Abbatis c. III (Pez SS. II 90): Domnus Bertholdus a Garstensibus et ipso marchione (sc. Otachario) abbas electus est.

144. M.G. SS. XII 243 c. 44.

145. Vgl. d. in d. vorigen Anm. zitierte Stelle u. Dungal S. 514.

146. Ueber die Familie der Grafen von Berg vgl. Pachmayr, S. 97. Die Bischöfe Theobald und Mangold von Passau, Otto II. von Freising und Heinrich von Würzburg waren Brüder. Mangold wird BF. 790 (O.OeU.B. II Nr. 390 p. 575) als consanguineus noster von König Philipp bezeichnet. In diesen stolzen kaisertreuen Dynasten dürften eigenkirchliche Ideen noch besonders lange lebendig geblieben sein.

147. M.G. SS. XXV 634 Z. 1 ff., 658 Z. 7 ff. = Loserth S. 24 u. 45. Ueber diesen Streit vgl. auch Pachmayr S. 95 f.; Rettenbacher S. 171 f.; Straßer S.

verletzten Rechte des Stiftes ein. Nicht weniger als 6 päpstliche Mandate sind in dieser Sache erlassen worden.¹⁴⁸⁾ Wir erhalten durch diesen Fall eine Anschauung von dem hohen Werte, den der päpstliche Schutz in jenen Zeiten auch für Klöster ohne ein besonderes Verhältnis zur Kurie besessen hat. Noch wichtiger ist es allerdings, zu beobachten, wie begrenzt doch die Erfolgsmöglichkeiten des Papsttums waren, wie nämlich der Bischof und der von ihm den Mönchen aufoktroyierte Abt Sieger blieben. Mangold war Abt bis zu seiner im Jahre 1208 erfolgenden Wahl zum Bischof von Passau.¹⁴⁹⁾

Doch der für Papst und Kloster ungünstige Verlauf der Angelegenheit zeigt wieder, daß das kanonische Wahlrecht, wie es auch noch in vielen anderen Fällen nachzuweisen ist,¹⁵⁰⁾ bis zum Ende des 12. Jahrhunderts gelegentlich sehr erhebliche Abweichungen erfuhr.

Wenn sich im Laufe des 12. Jahrhunderts dann auch die

307 ff; Hartenschneider S. 41 ff. G. Schreiber, Sav.Z. Kan.A. IV, S. 526 hat in dem Kremsmünsterer Wahlstreit ein Beispiel für „den ungemein bedeutsamen Widerstreit bischöflicher und monachal-päpstlicher Rechtsauffassung“ erkannt.

148. Germ. Pont. I. 214, 5 u. 6; 213, 3 u. 4; 214, 7 und 213, 2 (Hagn 54 Nr. 41, 55 Nr. 42 u. 43, 56 Nr. 44, 57 Nr. 45).

149. Hagn 63 Nr. 50. Vgl. auch Hirsch, Klosterimmunität S. 44 f. über den Wert solcher „pergamentenen Maßregeln“.

150. Vgl. auch Schreiber I, S. 120 ff. — Weitere Fälle von Einsetzung des Klostersvorstehers durch den Herren: F. r. A. II 10, S. XVIII und Schönsteiner, Jb. d. Stifts Klosterneuburg VII S. 5: Markgraf Leopold ernannte seinen drittgeborenen Sohn Otto (den späteren Bischof von Freising) noch bei jungen Jahren zum Propst von Klosterneuburg; M.B. V 353 Nr. 1: Bischof Otto von Bamberg verleiht den Zisterziensern von Aldersbach freie Abtwahl; ebenda 355 Nr. 2: Bischof Reginbert von Passau bestätigt den Aldersbacher Stiftsbrief und fügt bezeichnenderweise — er ist Diözesanbischof und seine Kompetenz streng beschränkt — bei der Bestätigung der freien Abt- und Vogtwahl ein *quantum in nobis est* (!) bei; Germ. Pont. I 179: Heinrich II. bestellte Godehard z. Abte von Niederaltaich; den Probst von Suben setzte das Salzburger Kapitel ein, vgl. F. Martin, Die kirchliche Vogtei im Erzstift Salzburg, Mitt. d. Ges. f. Salzb. Landesk. 46, 1905, S. 405 f.; O.Oe.U.B. I 626 Nr. 1: Graf Ekkebert von Formbach verlieh dem gleichnamigen Benediktinerstift freie Abtwahl; ebenda IV 554 Nr. 5 (Anh; 1120): Der Bischof von Würzburg hatte Bero zum Abt von Lambach gemacht — *lambacense monasterium tibi commisi* —, er setzte ihn unter lebhaften Anklagen wieder ab. Ein weiteres Beispiel für Absetzung zeigt O.Oe.U.B. II 120 Nr. 83 (1089): *Abbatis Ekkeberti coactus piis petitionibus ab hoc onere sibi imposito eum absolvi.*

freie Wahl allmählich durchsetzte,¹⁵¹⁾ so ist dem Klosterherrn doch noch das Recht der Investitur verblieben. Ueber die Investitur und ihre Beschränkung auf die Temporalien seit dem 12. Jahrhundert ist schon gesprochen worden.¹⁵²⁾ Späte Quellen deuten auf eine lange Dauer dieser Befugnis des Patronatsherren hin.¹⁵³⁾ Man wird einiges über diese Ausläufer des alten Rechtes vielleicht sagen können nach Durchforschung des spätmittelalterlichen und neuzeitlichen Materials, das noch in den Archiven vorhanden ist. Viel ist aber nicht zu erhoffen, da bis ins 14. Jahrhundert doch kaum etwas darüber bekannt wird. Der Grund ist möglicherweise darin zu suchen, daß gerade dieser Vorgang neben der Benediktion und der *introductio in corporalem possessionem*, die ausschließlich Sache des Bischofs und seiner Gehilfen geworden waren, ganz in den Hintergrund getreten ist.¹⁵⁴⁾

Vielleicht den lebhaftesten Eindruck von der Bedeutung des Eigenklosterrechts in geistlicher Hinsicht erhält man aus den Berichten über Reformierungen der Klöster. Werden uns doch auch sonst die Kräfte des geschichtlichen Lebens am deutlichsten erkennbar, wenn sie feindlich aufeinandertreffen, nicht in ruhigen Zeiten, in denen sie vereint, aber weniger für

151. Anders verlief die Entwicklung bei dem im 12. Jahrh. in ein weltliches Kollegiatstift umgewandelten Mattsee. Schon unter Bischof Theobald hatte sich ein heftiger Streit um die Propstwahl erhoben. F. r. A. II, 49, 69 Nr. 15. Bischof Wolfger konnte ihn zugunsten der Bischofskirche entscheiden. Ebenda 69 Nr. 17 und 104 Nr. 7. Meist wurde ein Passauer Domherr Propst, seit 1324 wurde der Bischof ausdrücklich verpflichtet, ein Mitglied des Domkapitels zum Propst von Mattsee zu bestellen. M. B. XXX^b, 174 Nr. 322. Welche Bedeutung diese Niederlage für die politische Stellung des Stiftes hatte, wird gegen Schluß der Abhandlung darzulegen sein. — Dem Herren, dem Bischof von Freising, verblieb gleichfalls sehr lange das Recht der Einsetzung des Propstes des Kollegiatstiftes Ardagger. Vgl. G. E. Friess, *Gesch. d. einstigen Kollegiatstiftes Ardagger* in N. Oe., A. Oe. G. 46, 1871 S. 476 Nr. 12.

152. Vgl. o. S. 65 ff.

153. Vgl. o. Anm. 59.

154. Vgl. z. B. O. Oe. U. B. VII 594 Nr. 581 (1358): Bischof Gottfried von Passau bestätigt den zur Propstei Suben berufenen Kapitularprofessen von Salzburg, Andreas von Lampoting, und trägt dem Salzburger Chorherrn Berthold von Losenstein dessen Einsetzung auf. Meistens ist in den bischöflichen Urkunden für die ursprünglich passauischen Klöster kein Bezug auf das ehemalige engere Verhältnis genommen. Es wird gewöhnlich einfach die Zugehörigkeit zur Diözese hervorgehoben.

sich sichtbar wirksam sind.

Ist ein Kloster in der Zucht heruntergekommen oder genügt der Wandel der Mönche nicht mehr den veränderten Frömmigkeitsbegriffen einer Zeit, — eine oft erhobene Klage über die Mönche ist auch die über ihre Verschwendungssucht und schlechte Wirtschaft¹⁵⁵⁾ — so kann der Eigenklosterherr eingreifen, die Klosterleute verjagen, bestrafen, sie zu bessern versuchen, er kann einen neuen Orden einführen¹⁵⁶⁾ und bestimmen, wer erster Vorsteher des reformierten Hauses sein soll.¹⁵⁷⁾ In allen Fällen solcher inneren Umwälzungen, die an Klöstern der Passauer Diözese vorkamen, läßt es sich nachweisen, daß der **Klosterherr** der einzig zum Handeln Berechtigte war.¹⁵⁸⁾

155. Die Klagen sind im allgemeinen sehr gleichartig. Belege finden sich fast in allen in Anm. 158 gegebenen Quellenstellen.

156. So wurden Benediktiner in Garsten, Lambach, Melk, Göttweig, Seitenstetten eingeführt. — Augustinerchorherren wurden eingeführt an Stelle bisheriger Säkularkleriker in St. Florian, St. Pölten, Suben, Klosterneuburg. Zisterzienser wurden eingesetzt in Aldersbach. Prämonstratenser in Osterhofen. Bischof Engelbert siedelte Säkularkleriker an Stelle von Benediktinern in St. Florian an. In Mattsee wurden gleichfalls Benediktiner durch Säkularkleriker ersetzt. — Dazu vgl. Stutz, Art. Eigenkirche, Eigenkloster bei Herzog-Hauck, Bd. 23, S. 371: „Seit es eine Mehrheit von Orden oder Ordensabarten gibt, bestimmt der Herr, nach welcher Regel in seinem Eigenkloster gelebt werden soll.“

157. Das ist ein ganz allgemein gebrauchtes Recht der Gründer und Reformatoren.

158. St. Florian wurde reformiert durch Bischof Engelbert und dann Altmann von Passau (M.G. SS. XII 231 sq. Kap. 9; Stülz, Altmann S. 233, St. Florian S. 10 f.; F. M. Mayer S. 77), Kremsmünster durch die Bischöfe Berengar und Altmann (M.G. SS. XII 232; Poesinger S. 84 f. und 88 ff.; Mayer S. 78 f.; Brackmann Studien S. 11. Ueber eine Reform im Jahre 1173, vorgenommen durch Bischof Theobald vgl. O.Oe.U.B. II 346 Nr. 238), St. Pölten durch Bischof Altmann (M.G. SS. XII 231; Stülz, Altmann S. 235; Brackmann, Studien S. 11; Mayer S. 77 f.), St. Nicolaus durch Bischof Ulrich I. (O.Oe.U.B. II 130 Nr. 93; Brackmann a. a. O.), Göttweig durch Bischof Ulrich I. (SS. XII 240 c. 38 sq.; Germ. Pont. I. 234; Brackmann, Studien S. 24 f.; Mayer S. 85 f.), Seitenstetten durch Bischof Ulrich und Udalschalk von Stille (Pez. SS. II 307; F. r. A. II 33, 2 Nr. 2; Brackmann, Studien S. 36; F. X. Pritz, Beiträge zur Geschichte des aufgehobenen Chor-Studien S. 49; Mayer S. 179), Suben durch Bischof Altmann von Trient, der darauf das Stift an Salzburg übergab (M.B. IV, 523 Nr. 1; Brackmann, Studien S. 36; F. X. Pritz, Beiträge zur Geschichte des aufgehobenen Chorherrenstiftes Suben, 16. Bericht des Museums Francisco-Carolinum in Linz, 1856, S. 14), Reichersbergs (M.G. SS. XVII Ann. Reichersp. a. a. 1110, 1116; Mayer S. 136; Brackmann Studien S. 36) Reformen wurden durch Erzbischof Konrad I. von Salzburg vorgenommen, Lambach durch Bischof Adalbero von Würzburg reformiert (O.Oe.U.B. II 89 Nr. 70), Osterhofen

Mischte sich der Ordinarius ein, so tat er das immer nur auf Wunsch des Herrn.¹⁵⁰⁾ Wie wenig er dies in seiner Stellung als Diözesan tat, zeigen Fälle, in denen auswärtige Bischöfe ausschlaggebenden Einfluß auf die innere Gestaltung einer Neugründung gewannen.¹⁶⁰⁾ Es liegt auf der Hand, wie wertvoll deshalb ein stattlicher Eigenklosterbesitz zur religiösen und auch politischen Beeinflussung namentlich in bewegten Zeiten sein mußte.

V.

Es ist schon kurz bemerkt worden, wie es zu dem mächtigen Emporblühen des bischöflichen Eigenklosterbesitzes im 11. und 12. Jahrhundert gekommen ist.¹⁶¹⁾ Im 11. Jahrhundert hatte der Kampf gegen die weltliche Kirchherrschaft ernste Formen angenommen. Er richtete sich insbesondere auch gegen die Eigenklosterherrschaft. In der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts waren bereits solche Erfolge erzielt worden, daß es nur noch wenige Klöster im Eigentume oder auch unter dem Patronate von Weltlichen gab. An die Stelle der Laien waren hauptsächlich Bischöfe getreten, der Diözesanbischof und auswärtige Bischöfe. Ihre Herrschaft war in der Regel milder geworden, doch grundsätzlich bestand der alte Rechtszustand noch fort, und die Klöster, die an Bistümer übereignet oder von ihnen gegründet worden waren, sind noch längst nicht frei von jeder als der Gewalt des Ordinarius gewesen.

Ganz wesentlich freier gestaltete sich nur die Lage der dem

durch Bischof Otto von Bamberg (Germ. Pont. I. 182), Niederaltaich durch Heinrich II. (Germ. Pont. I. 179), Aldersbach durch Otto von Bamberg (Germ. Pont. I. 184; M.B. V 353 Nr. 1), Mondsee durch Bischof Cuno von Regensburg (O.Oe.U.B. II 173 Nr. 115), Melk durch Markgraf Leopold III. (SS. XXIV 71, Breve Chron. Austr. Mell. a. a. 1089; Germ. Pont. I. 228; Mayer S. 81 urteilt unzutreffend über die Bedeutung des Einflusses des Markgrafen und Bischof Altmanns, ganz klar und richtig dagegen Keiblinger I, S. 196 ff.; Brackmann, Studien S. 11), Klosterneuburg durch Leopold III. (Germ. Pont. I. 246; Mayer S. 181), Garsten durch Ottokar V. (Pez. SS. II 89; Melzer S. 8 f.), Formbach durch Graf Ekebert von Formbach (O.Oe.U.B. I 626; Mayer S. 89).

159. So Bischof Altmann bei der Reformierung von Melk, Bischof Ulrich bei der von Garsten und Formbach. Vgl. vorige Anmerkung und Brackmann Studien S. 26.

160. M.B. VIII, 7 Nr. 1. Mitwirkung Bischof Altmanns von Passau bei der Stiftung von Raitenbuch (Chorherrenstift der Freisinger Diözese).

161. Vgl. o. S. 5 Anm. 22 u. S. 37.

apostolischen Stühle übereigneten Abteien und Propsteien. Die Frage, ob es erlaubt sei, von päpstlichen Eigenklöstern zu reden, ob mit diesem Terminus die tatsächlichen Rechtsverhältnisse zutreffend charakterisiert werden könnten, ist Gegenstand einer höchst wichtigen Kontroverse zwischen Brackmann und Hirsch einerseits und Schreiber anderseits geworden.¹⁶²⁾ Auf dieses Problem näher einzugehen, würde hier zu weit führen.

Die Zugehörigkeit zu einem Kreise der Klosterreform hatte für die Stellung eines Klosters zur Eigenklosterherrschaft unterschiedliche Bedeutung. Anschluß an die Schwäbische Reformbewegung wurde in dieser Beziehung folgenreich, wenn Ueber-
eignung an den Papst geschah; dazu, sie zu fordern, neigten die Hirsauer offenbar. Nicht merklich unterschied sich dagegen die Lage der Klöster, die Bischöfen untergeben waren, so die Göttweigs, Altenburgs, Lambachs, Gleinks,¹⁶³⁾ von der anderer Benediktinerklöster, die zur Reformbewegung in lockereren Beziehungen standen. Das Eigenklosterrecht blieb gleichfalls herrschend für einige Zisterzienser- und Prämonstratenserstifter der Passauer Diözese. Auch ihnen gegenüber wahrten Bischöfe ihre Gewalt.¹⁶⁴⁾ Hierhin gehören Aldersbach, Wilhering und Osterhofen, die alle drei dem Bischof von Bamberg unterstanden.¹⁶⁵⁾ Die österreichischen Prämonstratenserklöster Geras und Pernegg konnten noch im Jahre 1188 vom Sohne ihres Stifters durch Schenkung veräußert werden, was für die Geltung des alten Rechtes deutlichst zeugt.¹⁶⁶⁾ Als frei dürfen wir dagegen die

162. Vgl. H. Hirsch, Klosterimmunität S. 38 ff., A. Brackmann, G.G.A. 175, 1913, S. 279 f., G. Schreiber, Kurie und Kloster I, S. 9 ff. — Lösbar scheint mir diese Frage zu werden durch Vergleichung der an den bischöflichen Eigenklöstern am besten zu gewinnenden allseitigen Anschauung vom Eigenklosterrecht mit den Rechtsverhältnissen der dem Papste übereigneten Klöster. — Angemerkt sei hier die von Stutz b. Herzog-Hauck, Bd. 23, S. 373 geäußerte Ansicht: „Doch war dabei das Eigenkirchenrecht schon mehr zur bloßen Form geworden.“

163. Auch bei Garsten sind sichere Anzeichen des Eigenklosterrechts der Ottokare zu erkennen.

164. Vgl. Brackmann. G.G.A. 175, S. 277, Studien S. 56; Hirsch, Klosterimmunität S. 101 ff., M.J.Oe.G. 29, 1908, S. 42; A. Waas, Vogtei und Bede in der deutschen Kaiserzeit II, Arbeiten zur deutschen Rechts- und Verfassungsgeschichte (hsg. von J. Haller, Ph. Heck, A. B. Schmidt) 5. Heft, Berlin 1923, S. 44. — Dazu vgl. o. S. 57 Anm. 25.

165. Vgl. o. S. 6 und Anm. 32, 35 und 36.

166. Mayer 11 sq. Nr. 2.

Zisterzen Zwettl, Baumgartenberg und Heiligenkreuz bezeichnen,¹⁶⁷⁾ wenn sich auch bei ihnen allerdings Spuren des Eigenklosterrechts erhalten haben, so die Vogteiansprüche der Gründer¹⁶⁸⁾, so der Titel patronus, den sich noch Herzog Leopold VI. von Oesterreich mit Bezug auf Heiligenkreuz beilegte.¹⁶⁹⁾

Sicherlich wird man Brackmanns Urteil sich anschließen dürfen, „daß der alte eigenkirchliche Gedanke noch am Ende des 12. Jahrhunderts im deutschen Episkopate lebendig war“.¹⁷⁰⁾

Und so nahm denn die Bewegung gegen die Eigenklosterherrschaft auch in ihrer abgemilderten Form ihren Fortgang bis in jene Zeiten und noch darüber hinaus. Nur die Gruppierung der Parteien hatte sich dem 11. Jahrhundert gegenüber verschoben und die Motive sich gewandelt.

Das Papsttum hielt seine alte Richtung gegen das Eigenklosterrecht auch weiter ein. Wir haben schon gesehen, wie Papst Urban III. mit großer Schärfe für das Abtwahlrecht des Kremsmünsterer Konvents eingetreten ist gegenüber den Ansprüchen Bischof Theobalds von Passau.¹⁷¹⁾ Deutliche Wendungen gegen den bischöflichen Eigenklosterherren, namentlich gegen die Nutzung oder gar Veräußerung von Klostergütern, finden sich in päpstlichen Privilegien für Seitenstetten und Göttweig.¹⁷²⁾ Das Recht freier Vorsteherwahl¹⁷³⁾, sowie allgemeiner gehaltene Bestimmungen gegen Güterentfremdungen finden sich fast stets in den ausführlicheren Papsturkunden.

Doch die Kurie ist dem Episkopate gegenüber diplomatisch und zurückhaltend gewesen. Sie verfolgte wichtigere Ziele als das, die bischöfliche Eigenklosterherrschaft zu brechen, und so bemerken wir deutlicher fast als die Stellungnahme gegen die Bischöfe in den Klosterprivilegien die Neigung, die bischöflichen

167. Vgl. Brackmann, G.G.A. 175, S. 286. Heiligenkreuz und Zwettl werden dort als unabhängig bezeichnet.

168. Vgl. Kap. 4 Anm. 27 und 28.

169. F. r. A. II. 11, 49 Nr. 36.

170. Brackmann, G.G.A. 175 S. 289. Vgl. hierfür auch die in Anm. 164 zitierte Literatur.

171. S. o. S. 91 f.

172. F. r. A. II 33, 19 Nr. 12 (Urban III f. Seitenstetten 1185): ut nec Patauen. episcopo vel ministris ipsius nec ulli omnio hominum liceat prefatum monasterium temere perturbare etc. Ferner vgl. F. r. A. II 51, 26 Nr. 12; 30 Nr. 16; 52 Nr. 34.

173. Vgl. o. S. 90 u. Anm. 141.

Rechte, auch eigenklosterherrliche, unangetastet zu lassen und sich dem Episkopate gegenüber freundlich zu verhalten. In der Salzburger Provinz, namentlich in der Passauer Diözese, hatte der päpstliche Stuhl allerdings auch außergewöhnlich viele ergebene Freunde unter den Bischöfen und Erzbischöfen.

Neben Aeüßerungen, die das *ius fundi* ausdrücklich anerkennen,¹⁷⁴⁾ erwähne ich hier die Erwähnung des Investiturrechtes, sogar in der alten Form, im Urbanprivileg für Seitenstetten¹⁷⁵⁾, dann die Einräumung wichtiger Rechte über die Vogtei, die zuweilen zu finden ist.¹⁷⁶⁾

Von großem Gewinne ist es, die Setzung des bischöflichen Vorbehalts¹⁷⁷⁾ in den Papsturkunden des 12. Jahrhunderts zu beobachten. In der Regel findet er sich, abgesehen von den frühesten Urkunden vom Anfang des Jahrhunderts, neben dem päpstlichen Vorbehalte, zur Zeit Innocenz II. steht er allein, in Privilegien der dem Papste übereigneten Klöster, und seit der Mitte des Jahrhunderts in den Zisterzienserprivilegien, steht nur der päpstliche Vorbehalt. In einigen Urkunden hat die Formel eine von der gewöhnlichen abweichende Fassung. Sie lautet etwa: *Salva sedis apostolicae auctoritate et dioecesanorum episcoporum canonica reverentia*. Dadurch werden auch die kirchlichen Rechte der Bischöfe benachbarter Diözesen gewahrt, in denen das Kloster Eigenkirchen und kirch-

174. O.Oe.U.B. II 464 Nr. 319 (1198—1216); 196 Nr. 132 (1142); 219 Nr. 150 (1146); M.B. XI, 169 Nr. 44.

175. F.r.A. II 33, 18 Nr. 12: *altaria semper cum ipsa abbacia de manu episcopi accipiat*.

176. O.Oe.U.B. II 226 Nr. 154 (1147), sogar für einen Weltlichen: *...locus vester sic est institutus, ut advocatus bonorum prefati Ducis in partibus illis eiusdem quoque loci sit advocatus, prohibemus, ut nec ipsi nec alicui subministro eius liceat eundem locum iniustus gravaminibus infestare: quod si fuerit... consilio et auxilio ipsius Ducis ipsa advocatia ab inutili auferatur et alius idoneus loco eius substituatur*. Aehnliche Bestimmungen finden sich in den Reichersberger Privilegien. O.Oe.U.B. II, 197 Nr. 132; 220 Nr. 150.

177. Vgl. F. Thaner, Ueber die Entstehung und Bedeutung der Formel „*Salva Sedis apostolicae auctoritate*“ in den päpstlichen Privilegien, W.S.B. 71, 1872 und J.B. Sägmüller, Zur Entstehung und Bedeutung der Formel „*Salva sedis apostolicae auctoritate*“ in den päpstlichen Privilegien. Theol. Quartalsschr. 89, 1907, S. 93—117. Ueber päpstl. und bischöfl. Vorbehalt s. bes. Schreiber, Kurie und Kloster I, S. 56 ff.

liche Rechte und Einkünfte besitzt.¹⁷⁸⁾ Das geht klarstens aus Formbacher Privilegien hervor, wo es heißt: *salvo sedis apostolicae auctoritate et in supradictis ecclesiis dioecesanorum episcoporum canonica iustitia.*¹⁷⁹⁾ Nun zeigt sich aber, daß in Papsturkunden für Klöster des Passauer, also des Diözesanbischofs sich ein Vorbehalt für einen fremden Bischof niemals findet, sondern von den vier Klöstern, bei denen solches vorkommt, gehören drei auswärtigen Bischöfen.¹⁸⁰⁾ Darf man daraus vielleicht folgern, daß die Kurie durch die Eigenklosterherrschaft eines auswärtigen Bischofs besonders veranlaßt wurde, auch dessen kirchlichen Rechte zu wahren?¹⁸¹⁾

Ein Fall läßt sich sogar nennen, in dem vom Papste einem auswärtigen Bischof neben dem Ordinarius Befugnisse zugestanden wurden, die sonst strengstens dem Diözesan vorbehalten wurden, solange er kein Schismatiker war. Das salzburgische Reichersberg erhielt die Erlaubnis, die Sakramente vom Bischof von Passau oder vom Erzbischof von Salzburg zu empfangen.¹⁸²⁾ Hier zeigt sich wieder, wie für Bischöfe das Eigenklosterrecht gerade deswegen wertvoll werden mußte, weil es dazu diente, kirchliche Rechte zu bewahren und zu stützen. Die Klosterpolitik der Kurie war also bestimmt durch ver-

178. Dazu vgl. Schreiber, a. a. O. S. 62: „Eine interessante Neubildung bezeichnete die Formel: ‚Salva sedis apostolicae auctoritate et in supradictis ecclesiis dioecesani episcopi canonica iustitia.‘ Damit wurden, und zwar gewöhnlich bei exemten Klöstern, die bischöflichen Rechte gegenüber den klösterlichen Eigenkirchen betont.“

179. O.Oe.U.B. II 358 Nr. 247.

180. Nämlich außer bei Formbach findet sich solches bei Niederaltaich, M.B. XI 163 Nr. 41 (1148) und 169 Nr. 44 (1153) — im Jahre 1152 war die Abtei bambergisch geworden — Suben, Brackmann, Studien S. 206 und Reichersberg, O.Oe.U.B. II 197 Nr. 132 (1142) und 221 Nr. 150, wo es heißt *Salva nimirum Salzburgensis archiepiscopi et Pataviensis debita iustitia* bzw. *Salva sedis apost. auctoritate et Salzburgensis archiepiscopi et Pataviensis episcopi can. iustitia.*

181. Dazu vgl. auch die S. 88 erwähnten Zugeständnisse der Kurie an die Eigenklosterherren.

182. O.Oe.U.B. II 220 Nr. 150: *Ecclesiastica nimirum sacramenta a dioecesano suscipietis episcopo vel a salzburgensi archiepis-*
copo, ebenso lautet es O.Oe.U.B. II 196 sq. Nr. 132. Diese Befugnis kann nicht etwa auf die erzbischöfl. Stellung des Salzburger zurückgeführt werden, da derartiges in keinem Papstprivileg für ein anderes Kloster der Passauer Diözese vorkommt.

schiedene Motive. Sie war geneigt, die Rechte der bischöflichen Eigenklosterherren zu achten, aber gegen die Ueberspannung ihrer Gewalt, so gut es ging, einzuschreiten.¹⁸³⁾

Nun wäre es falsch anzunehmen, alle Klosterherren hätten es darauf angelegt, ihre Macht rücksichtslos auszunutzen, und damit gegen die neuen durch die Reform in ihrem Werden wesentlich beeinflussten kirchlichen Auffassungen verstoßen. Es gab gewiß Bischöfe, die das taten. Aber andere reformfreundliche Kirchenfürsten waren selbstlose Freunde ihrer Klöster, und in ihren Urkunden finden sich sogar Stellen, durch die sie selbst ihren eigenen Amtsnachfolgern gegenüber Sicherheit und Wohlstand der Klosterbrüder zu gewährleisten versuchten.¹⁸⁴⁾

Im 12. Jahrhundert können als die wärmsten Freunde der Klöster, diejenigen, die von den reinsten Motiven sich leiten ließen, Laien gelten, nämlich solche, die ein Kloster gründeten und ausstatteten und es dann einer anderen Kirche übereigneten. Auch sie versuchten, das Ihrige zu tun, um ihre Stiftungen den Uebergriffen der geistlichen Eigenklosterherren gegenüber sicherzustellen. Bestimmungen, die Klostergüter sollten an den Gründer zurückfallen, oder dieser solle das Kloster loskaufen und einer anderen Kirche tradieren dürfen, wenn das dem Herren gegenüber notwendig werden sollte, haben wir schon kennengelernt.¹⁸⁵⁾

Eine kräftige Aktivität entfalteten gegen das Eigenklosterrecht, für ihre Selbständigkeit und vor allem für die Behauptung und Vermehrung ihrer Einkünfte die klösterlichen Genossenschaften selbst.¹⁸⁶⁾¹⁸⁷⁾ Sehr wichtige Quellen hierfür sind Fäl-

183. Schreibers Ansicht (Sav. Z. Kan. A. 4, S. 524), der Prozeß der Abwandlung des bischöflichen Eigenklosterrechts weise dem Papsttum eine stark aggressive Rolle zu, ist für die Passauer Diözese mit Einschränkungen aufzunehmen.

184. O.Oe.U.B. II 142 Nr. 97; 132 Nr. 93; 381 Nr. 261; 382 sqq. Nr. 262 (Verbot an officiales d. Bischofs); M.B. V 320 Nr. 52. Allgemeiner gehaltene Bestimmungen zum Schutze der Klöster finden sich in bischöflichen Urkunden sehr oft.

185. Vgl. o. S. 40, S. 42 Anm. 228, S. 44 Anm. 240, S. 49 Anm. 260.

186. Ueber deren Motive vgl. L. Wahrmond, Das Kirchenpatronatsrecht und seine Entwicklung in Oesterreich, I. Abt., Wien 1894, S. 127: „Worauf es ihnen ankam, das war Innehabung und Genuß der Kirche als nutzbringendes Vermögensobjekt“. Daß daneben auch religiöse Beweggründe wirksam waren, wird allerdings niemand bezweifeln wollen.

187. Dazu vgl. o. S. 65 ff.

schungen, die in St. Florian, St. Nikolaus, Waldhausen, Gleink und Garsten entstanden sind.¹⁸⁸⁾ Diese zeigen eine Richtung gegen die eigenklösterliche Abhängigkeit, gegen jede Beeinträchtigung ihres Besitzes an Kirchen und kirchlichen Einrichtungen, besonders gegenüber den Bestrebungen des Ordinarius, und schließlich gegen die Forderungen und Uebergriffe der Untervögte.

Die Mehrzahl der erwähnten klösterlichen Machwerke enthält Bestimmungen, die deutlich eine Tendenz gegen den Eigenklosterherren erkennen lassen. Nur den für Garsten gefälschten Stücken fehlen sie ganz. Das kommt vermutlich daher, daß dieses Familienkloster der Ottokare von seinen Herren ganz außerordentliche Wohltaten erfuhr, und ihm offenbar früh große Selbständigkeit eingeräumt worden war. Sonst bringen die Fälschungen meist Verleihung und Bestätigung freier Vorsteherwahl und mehr oder minder streng formulierte Festsetzungen über das alleinige Nutzungs- und Verfügungsrecht der Klosterinsassen am Klostergut.¹⁸⁹⁾ Eine unverhüllt feindliche Gesinnung ist allerdings nur in den St. Florianer Fälschungen zu erkennen. Es wird z. B. berichtet, das Kloster sei von den ältesten Einwohnern begründet und der römischen Kirche als zinspflichtig übertragen worden, nur wenig habe der Passauer Bischof zur Dotierung beigesteuert (!), die Brüder sollten ihren Propst selbst wählen, *episcopo etiam irrequesito*, kein Bischof solle sich Nutzungsrechte an Klostergütern anmaßen, und schließlich finden wir die Drohung, wenn der Bischof das Stift irgendwie bedränge, solle es auf Klage des Propstes, und wenn es der Papst wünsche, unmittelbar in die Gewalt der Kurie kommen.¹⁹⁰⁾

188. Ueber sie vgl. O. v. Mitis, Studien z. älteren österr. Urkundenwesen bes. S. 90 ff. und 138 ff.; L. Groß, M.J.Oe.G. Erg. Bd. 8 S. 618 ff.; Hollnsteiner, M.J.Oe.G. 40, S. 52 ff.

189. *Mortuo quoque preposito eorum eis electionem indulsi...; ... ut nullus successorum nostrorum seu aliqua secularis vel ecclesiastica persona de nominatis prefate ecclesie prediis invadere vel diminuere vel usui fratrum inibi apostolica vestigia servantium subtrahere presumat.* So d. Altmann — Minus für St. Nikolaus O.Oe.U.B. II 108 Nr. 79. — Gleichartiges bringen die St. Florianer (s. f. Anm.) und die Waldhausener Urkunden O.Oe.U.B. II. 229 sq. Nr. 155; 234 Nr. 156. S. auch die Drohungen gegen den Eigenklosterherren in einer Gleinker Fälschung, ebenda 170 Nr. 113: *ut si ullus pontifex habenbergensis bis liberi existant.*

190. *Ab antiquissimis terre illius incolis... fundatam et in defensionem*

Größeren Nachdruck legen alle Fälschungen auf die Bestätigung kirchlicher Rechte. Darin kommt der Zwiespalt zwischen Klöstern und Diözesanbischöfen zum Ausdruck, der sich im 12. u. 13. Jahrhundert vielfach beobachten läßt, und der sich besonders aus dem mächtigen Anschwellen des klösterlichen Eigenkirchenbesitzes in jenen Zeiten ergab.¹⁹¹⁾ Er hat mit dem Kampf gegen das Eigenklosterrecht ebensowenig zu tun wie das eifrige Vorgehen gegen die Uebergriffe der Vögte, das sich mit nicht geringerer Deutlichkeit in den besprochenen Fälschungen widerspiegelt. Dem Eigenklosterherren wurden seine Rechte an den Vogteien nämlich nicht nur nicht bestritten, sondern ihm sogar ausdrücklich zuerkannt. Denn die Klöster hatten ja alles Interesse daran, in ihm einen kräftigen Helfer gegen die Vögte zu haben. Ein Einsetzungsrecht des Klostervogtes erkennen den Klöstern selbst die Fälscher niemals zu. Deutlichst ist vielmehr zu erkennen, daß die Klöster nur nach Ausschaltung der Untervögte, d. h. nach alleiniger Vogtei des Obervogtes, oder wenigstens nach eigener Auswahl des Untervogtes und Beschränkung seiner Befugnisse strebten, vor allem aber nach Abwälzung der

sancte romane ecclesie ad annualem censum unius aurei traditam... (O.Oe. U.B. II 95 Nr. 75; ähnlich 146 Nr. 99). — nos quedam licet pauca de dominicalibus... contulimus (ebenda 96 Nr. 75; 144 Nr. 98). Dieser Satz ist dann i. d. Altman Maius für St. Nikolaus (ebenda 109 Nr. 80) übernommen worden. — Vgl. d. o. Anm. 142 zitierten Satz, der sich fast übereinstimmend ebenda 97 Nr. 75 und 145 Nr. 98 findet. — inhibemus, ut nullus successorum nostrorum... res ipsius ecclesie vel invadere vel imminuere vel quocumque modo usibus fratrum ibidem deo servientium subtrahere presumat vel auferre. (ebenda 98 Nr. 75; 145 Nr. 98). — Si autem quispiam successorum nostrorum... hec instituta transgressus fuerit... prepositus... querimoniam coram domino papa deponat... Si ergo super hoc, quod forte fieri potest, indignatus dominus papa predictum monasterium a iurisdictione pataviensis ecclesie in iurisdictionem romane sedis transferat... (ebenda 98 Nr. 75; 102 Nr. 77; 149 Nr. 99).

191. D. „umfassende Einziehung des Pfarrkirchengutes zugunsten des Regularklerus“, wie Stutz, Freiburger Münster S. 17 die Inkorporationen dieser Zeit nennt, mußten schließlich zu Reibungen mit der Diözesangewalt führen. Dazu vgl. Schreiber, Kurie und Kloster II, S. 206 ff.

192. St. Florian: *ut nullus successorum nostrorum... eis advocatum... presumat ordinare, nisi quem prelatus ipsius monasterii... sibi elegerit advocatum, qui etiam, si... ad arbitrium ipsius prelati ab episcopo... mutetur, altero ad petitionem ipsius prelati substituto.* So die kühnste aller Fälschungen, O.Oe.U.B. II 97 Nr. 75; 145 Nr. 98; ähnlich, aber bescheidener

Vogteilasten.¹⁰²⁾ ¹⁰³⁾ Wie diese Ziele verwirklicht wurden, wird noch geschildert werden.¹⁰⁴⁾

155 Nr. 102 und 157 Nr. 103. — St. Nikolaus: *advocatum eis ordinavi ... inhibeo, ut nec... aliquem sibi nisi fratribus petentibus subadvocatum presumat ordinare... ut nec... aliquid ab illis servitium quasi iure advocacie aliquando presumat expetere*, ebenda 107 Nr. 79. Im Wesentlichen das Gleiche (nur die Bestimmungen über die Untervogtei sind eingehender) ebenda 113 sqq. Nr. 80. — Waldhausen: *nos... Walchunum fratrem ipsius domini Ottonis et heredes ipsius post ipsum advocatos supra memorato monasterio constituimus, ... Verbot der Forderung von Vogtdiensten ... nullum sibi subadvocatum nisi de petitione fratrum... subrogare presumat*, ebenda 230 Nr. 155; 234 Nr. 156. — Garsten: *Advocatiam autem predictae ecclesie... principi styrie retinendam decernimus eo modo, ut ipse secundum petitionem abbatis eam commendat sine iure heredis*, ebenda 210 Nr. 142; unde *nos advocatiam ipsius liberam esse censemus, ut ipsa nulli umquam in pheodum concedatur, sed ad arbitrium abbatis fidei alicui laico committatur etc.*, ebenda 328 Nr. 224; 496 Nr. 345; 351 Nr. 243, wo der Abt völlige Verfügungsgewalt über die Vogtei erhält, handelt es sich um eine Sondervogtei über zwei Villen. — Gleink: *Curam advocacie... nobis specialiter et posteris nostris reservantes. Subadvocatum aree sepedicti monasterii constituimus et ordinavimus unum de filiis supradicti Prunonii, quem abbas et conventus eiusdem ecclesie magis duxerint eligendum*, ebenda 166 sq. Nr. 111; 170 Nr. 113 weiß sogar nichts von einer Mitbestimmung durch die Klosterinsassen: *Si plures filii fuerint, primogenitus advocatiam teneat*. Weiter s. ebenda 651 Nr. 449, wo d. Verlehnungsverbot sehr deutlich ausgesprochen ist.

193. Die Datierungen der besprochenen Fälschungen bereitet die größten Schwierigkeiten. v. Mitis und Hollnsteiner beschäftigten sich mit ihr ausführlichst an den in Anm. 188 angeführten Stellen. Einigkeit zwischen ihnen herrscht nur in der Datierung des Altmann-Minus für St. Nikolaus (vgl. o. S. 28 Anm. 159). Es ist um 1140 entstanden. Als Entstehungszeit der meisten der Fälschungen glaubt v. Mitis die Jahre um 1220—30 bezeichnen zu können. Hollnsteiner hat dagegen viele und schwerwiegende Argumente dafür beigebracht, daß die St. Florianer Stücke um 1144 angefertigt worden sind. Als abgeschlossen kann die Diskussion nicht bezeichnet werden. — Hier mögen nur einige Bemerkungen zur Erfassung der rechtsgeschichtlichen Zusammenhänge, denen beide Forscher in ihrer Beweisführung viel Raum gewähren, erlaubt sein. v. Mitis, bes. S. 118 ff. kennzeichnet sehr zutreffend die in den Fälschungen sichtbare Tendenz gegen die Diözesangewalt. Für nicht beweisbar halte ich indessen einen Zusammenhang der Fälschungen mit dem Konflikte zwischen Bischof Gebhard von Passau und dem österreichischen Klerus, der i. Jahre 1229 zur Verurteilung einer großen Zahl von Prälaten durch eine vom Papst bestellte Kommission zu Prag führte. Die Tendenz gegen den Ordinarius ist im Texte erwähnt worden. Sie findet sich aber ebenso schon in der ersten Hälfte des 12. Jahrh. wie beispielsweise das Altmann-Minus für St. Nikolaus lehrt. Die beiden

anderen Hauptstücke der gefälschten Urkunden, die sich gegen den Eigenklosterherren und die Untervögte richten, haben aber schon gar nichts mit jener Aktion gegen Passau zu tun. Und so wird man auch von irgendeinem Verhältnis der Fälschungen zum Streit Oesterreich-Passau, dessen vornehmlichster Gegenstand die Wiener Bistumsfrage war, nicht sprechen dürfen. Hollnsteiner erwähnt die Tendenz gegen den Ordinarius gar nicht. Mit Recht hebt er S. 66 hervor, daß der Hauptzweck St. Florians vermögensrechtlicher Natur gewesen sei, nur bedenkt er nicht, daß dazu vor allem die Verfügung über Eigenkirchen usw. gehörte. Und dies mußte doch zu Reibungen mit der Diözesangewalt führen. Es kommt gar nicht darauf an, wie weit der klösterliche Eigenkirchenbesitz mit den mannigfaltig abgestuften Rechten, wie sie in den Fälschungen beansprucht werden, der Wirklichkeit entsprach, zumal da die Bischöfe doch in der Mehrzahl der Fälle die Angreifer gewesen sind. Wichtig ist, daß die Fälscher sich mit großer Genauigkeit damit beschäftigen. Wie Hollnsteiner (S. 68) sprechen auch mir die ausführlichen Bestimmungen der St. Florianer Fälschungen über die Rechte des Eigenklosterherren eher für eine frühere Entstehungszeit als sie v. Mitis annimmt. Immerhin halte ich, wie oben S. 76 f. Anm. 89 bemerkt, die Lösung von der Eigenklosterherrschaft nicht für so früh vollzogen wie Hollnsteiner. — Gar nicht vermag ich Hollnsteiners, S. 69 geäußelter Ansicht über die Vogtei beizutreten. Wohl besaßen die Passauer Bischöfe zu Anfang des 13. Jahrhunderts nicht mehr die Macht, Vögte zu beseitigen, aber Urkunden namentlich von Männern vom Range des heiligen Altmann waren als Waffen gegen Vögte nicht zu verachten. Daß die Bedrängungen durch Vögte auch nach Erteilung der Entvogtungsurkunden nicht ausgeschlossen waren, zeigen sehr zahlreiche Beispiele.

194. Vgl. Kap. 4 und 5, Abschn. I, B.

Drittes Kapitel.

Die Klostervogtei.

I.

Wohl ebenso bedeutungsvoll für die Geschichte der mittelalterlichen Klöster wie die Eigenklosterherrschaft war die mit ihr in enger Verbindung stehende Vogtei. Für die Erörterung des Wesens, des Inhalts und der Entwicklung der Vogtei, sowie besonders ihres Verhältnisses zur Eigenklosterherrschaft gebe ich als Grundlage zunächst die äußere Geschichte der Vogteien der bischöflich passauischen Eigenklöster.

A) In der berühmten Urkunde vom 11. März 1241, in der er aufzählt, welche Besitzungen er von der Passauer Kirche zu Lehen habe, nennt der Babenberger Herzog Friedrich II. von Oesterreich auch die Vogteien über Kremsmünster, St. Florian, Erla, Waldhausen, St. Pölten, Göttweig, St. Georgen, Altenburg und Seitenstetten.¹⁾

Ein Vogt von Kremsmünster wird zuerst²⁾ in einer Aufzeichnung genannt, die von einer etwa im dritten Viertel des 11. Jahrhunderts erfolgten Tradition an das Stift berichtet.³⁾ Auf diese und den dort genannten Vogt Pilgrim wird auch in Kremsmünsterer Geschichtsquellen des 14. Jahrhunderts hingewiesen.⁴⁾

1. O.Oe.U.B. III 102 Nr. 97. Die Echtheit der Urkunde war früher von einigen Gelehrten bestritten worden; sie ist aber jetzt ganz allgemein anerkannt. Vgl. Strnadt, Passio I, S. 106.

2. Vgl. Rettenbacher S. 144. Haec antiquissima advocatorum in nostro coenobio commemoratio.

3. Hagn 30 Nr. 21. Hagn datiert nach einer Randnote von einer Hand des 13. Jahrhunderts auf etwa 1060. Das könnte ungefähr stimmen. Von dem genannten Abte wissen wir zwar nichts, aber bevor Altmann um 1080 einen Vogt einsetzte, folgte Pilgrim noch der Vogt Albinus.

4. M.G. SS. XXV 669 Z. 45 ff. = Loserth S. 68.

Dazu wird dort bemerkt: *ex hinc coepit ecclesia habere advocatos, non quidem hereditarios, sed petitionarios vel intrusos.*⁵⁾ Möglicherweise ist daran soviel richtig, daß um diese Zeit Kremsmünster einen Vogt für sich erhielt, während vorher seine Angelegenheiten durch einen der bischöflichen Vögte neben anderen Aufgaben miterledigt wurden. Andererseits ist dem späteren Geschichtsschreiber gegenüber anzunehmen, daß die Erbllichkeit der Vogtei sich um diese Zeit erst vollends durchsetzte, ausgeschlossen ist, daß sie bereits abgeschafft wurde. Der Schreiber des 14. Jahrhunderts kannte die Entwicklung der Vogtei vom erblichen Lehen zum zeitlich beschränkten Amt. Nur übertrug er ihre Anfänge in eine viel zu frühe Periode. Aehnliche Bemerkungen werden übrigens bei der Erwähnung des Vogtes Albinus gemacht⁶⁾, der Pilgrim nachgefolgt sein soll. Von Bischof Altmann wurde ein Vogt eingesetzt.⁷⁾ In ihm hat schon Hartenschneider⁸⁾ den Markgrafen Ottokar von Steiermark vermutet, und er hat wohl recht. Denn schon 1093 ist dieser Fürst urkundlich als Klostervogt bezeugt,⁹⁾ dann wieder 1095.¹⁰⁾ Die Vogtei von Kremsmünster blieb als erbliches Lehen bei den Ottokaren bis zum Aussterben des Geschlechts im Jahre 1192. Infolge eines Erbvertrages¹¹⁾ gingen die Besitzungen der Steiermärker an die Babenberger über, unter ihnen offenbar die Klostervogtei von Kremsmünster. Von einer Zustimmung der Passauer Bischöfe ist nichts bekannt. Ob eine solche erteilt wurde, ist, wie hier, auch in allen anderen Fällen, nicht zu entscheiden, in denen der Herzog von Oesterreich Erbe ausgestorbener Vogtfamilien wurde. Und die österreichischen Landesfürsten blieben endgültig Vögte von Kremsmünster.¹²⁾

Ein Vogt des Augustinerchorherrenstiftes St. Florian ist

5. Man beachte die schöne Scheidung zwischen Erb- und Betvogt.

6. M.G. SS. XXV 670 Z. 13 = Loserth S. 68. Albinus ist übrigens nicht urkundlich bekannt.

7. M.G. SS. XXV 670 Z. 16 f. = Loserth a. a. O.

8. S. 30.

9. Hagn 32 Nr. 24.

10. Ebenda 33 Nr. 25.

11. O.Oe.U.B. II 399 Nr. 272.

12. Ueber die Domvögte von Regensburg und die Ministerialen von Volkersdorf als belehnte Untervögte und spätere Vogteihinhaber wird im nächsten Kapitel gesprochen werden.

erst für das Jahr 1109 nachzuweisen. Es ist der Roudolfus advocatus, der in einer Notiz über die Besitzübergabe des Eppo von Windberg an das Kloster vorkommt;¹³⁾ diese hat jedenfalls spätestens in dem genannten Jahre stattgefunden.¹⁴⁾ Rudolf treffen wir wieder in Ulrichs I. Urkunde von 1111,¹⁵⁾ wo er als Wohltäter des Klosters genannt wird, sowie als Vertreter von St. Florian in einer Urkunde von 1122,¹⁶⁾ die von einem Tausch Bischof Reginmars mit dem Stifte handelt. Rudolf gehört zum Geschlecht derer von Perge.¹⁷⁾ Er, seine Söhne Adilram und Adalbert und sein Enkel Friedrich, mit dem die Familie ausstarb, haben noch andere Vogteien innegehabt, so die über St. Pölten, ferner über die babenbergischen Gründungen. Adalbert kommt auch als hochstift-passauischer Vogt vor.¹⁸⁾ St. Florian bevogtete nach Rudolf sein Sohn Adilram von Perge.¹⁹⁾

Die Vogtei war Lehen des Bistums Passau. Für Rudolfs Zeiten läßt sich das nur vermuten, für Adilrams aber urkundlich beweisen.²⁰⁾ Adilrams Untervogt für die Klosterbesitzungen

13. Stülz, Geschichte von St. Florian S. 201.

14. Die genannte Schenkung Eppos wurde nämlich schon am 4. November 1109 von Heinrich V. bestätigt: O.Oe.U.B. II 127 Nr. 91.

15. O.Oe.U.B. II 141 Nr. 97. Diese Urkunde betrachtet Hollnsteiner, M.I.Oe.G. 40, S. 81 für das älteste Zeugnis von einem Florianer Vogte. Er hat die Entstehungszeit der genannten Tradition nicht beachtet.

16. O.Oe.U.B. II 158 Nr. 104.

17. Ueber diese Familie s. Kap. 1, Anm. 222 und dazu noch J. F. Keiblinger, Geschichte des Benediktinerstifts Melk in Niederösterreich, 1. Bd., S. 177.

18. O.Oe.U.B. II 342 Nr. 233; ebenda 251 Nr. 167. Ich notiere, daß schon Rudolf von Perge miles des Bischofs Ulrich genannt wird. F.r.A.II 8, 41 Nr. 145. Natürlich ist daraus nicht auf ein Vogtamt zu schließen; Rudolf war bischöflicher Vassall.

19. O.Oe.U.B. II 211 Nr. 143.

20. O.Oe.U.B. II 216 Nr. 147. (1145.) Ob Meginhard die ganze pergische Vogtei verwaltete oder nur einen Teil, ist zweifelhaft. Andere Vögte von St. Florian als die von Perge werden nicht genannt. Daher ist doch möglich, daß auch die anderswo gelegenen Besitzungen von ihnen bevogtet wurden. Anderer Ansicht ist Hollnsteiner, M.I.Oe.G. 40, S. 82. Allenfalls könnte man an eine babenbergische Vogtei über St. Florianer Besitzungen in der Riedmark denken. Dazu bewegt weniger die Befreiung dieser Güter von Abgaben an den Markgrafen im Jahre 1115 (O.Oe.U.B. II 149 Nr. 100, dazu vgl. H. Brunner, Das gerichtliche Exemtionsrecht der Babenberger, W.S.B. 47, Phil. Hist. Kl., 1864, S. 344) als die gesonderte Entwicklung der Rechtsstellung dieser Güter, insbesondere die andersartig erfolgte Exemtion.

zwischen Traun und Enns, Meginhard von Ippha, hatte sich Gewalttätigkeiten und Pflichtverletzungen gegenüber der Kirche zu schulden kommen lassen. Um dieses Unrecht wieder gutzumachen, ließ Adilram Einkünfte seiner Vogtei dem Bischof auf mit der Bedingung, daß dieser sie den Chorherren verleihe. Uebrigens hatte nicht nur der Perger die Vogtei vom Bischof zu Lehen, sondern auch Meginhard war für seine Untervogtei Lehns-träger Adilrams. Wahrscheinlich waren die Herren von Perge vom Bistum direkt belehnt, ganz sicher ist das aber nicht. Denn in St. Pölten verfügte der Vogt Adalbert, Adilrams Bruder, über Vogteieinkünfte zu Gunsten des Klosters, obwohl er nur Untervogt der Babenberger war.²¹⁾ In St. Florian könnte man etwa auch an die Ottokare als Obervögte denken.

Der geschilderte Vorfall ist als Entvogtung aufgefaßt worden. Bischof Reginberts Urkunde spricht aber nur davon, Adilram habe auf quoddam ius advocatie sue videlicet oblationes rusticorum inter duos fluvios Trunam et Anasum verzichtet. Daß alle Vogteieinkünfte, oder gar die Vogtei überhaupt, an das Stift gekommen seien, davon steht in der Urkunde nichts. Vielmehr enthält sie ein Verbot an die künftigen Vögte, die getroffenen Bestimmungen zu verletzen.

Hollnsteiner²²⁾ stützt die bezweifelte Anschauung besonders auf eine Bestätigungsurkunde Herzog Leopolds VI. von 1203.²³⁾ Diese zählt außer den 1145 genannten oblationes rusticorum noch placita, bannos et steuras und pernoctationes als erlassen auf. Hollnsteiner meint, der Bischof als Lehnsherr der Vogtei habe, ohne Interesse an der Entvogtung, die auch ihn geschädigt habe, sich nur unvollständig ausgedrückt. Was 1203 genannt werde, sei dem Kloster schon 1145 erlassen worden. Diese Behauptung entbehrt m. E. mindestens der Sicherheit. Fast 60 Jahre sind vergangen, und zwar eine Zeit, in der die Regelung und Einschränkung der Vogteirechte erhebliche Fortschritte zu machen pflegte. Und die bis 1203 dem Vogte abgenommenen Rechte werden genannt, da es sich ja nicht nur um eine formelle Bestätigung der Urkunde von 1145 handelt, sondern das Stift die Verbriefung seiner Rechte gegen Uebergriffe der damaligen

21. N.Oe.U.B. I 8 Nr. 5.

22. Hollnsteiner, M.I.Oe.G. 40, S. 83 ff.

23. O.Oe.U.B. II 493 Nr. 342. (1203.)

Vögte nötig hatte.²⁴⁾ Aber selbst wenn man schon einen Verzicht Adilrams auf die im Jahre 1203 aufgeführten Rechte annimmt, kann man dennoch nicht von einer Entvogtung sprechen. Auch jetzt noch handelt es sich nur um eine Regelung der vogteilichen Rechte, und die *iustitiae advocatiae*, auf die verzichtet wird, sind allein Amts-Einkünfte. *Iustitiae* wird ja im M. A. zuweilen durchaus in materiellem Sinne, in der Bedeutung Gerechtsame gebraucht. *Banni*, *steurae*, *oblaciones*, *pernoctationes* sind gleich als Abgaben erkenntlich. Auch *placita*²⁵⁾ sind nur Abgaben, wie schon aus folgendem wichtigen Satze ersichtlich ist: *ut nulli vicariorum nostrorum in eadem advocatia liceat aut bannos aut placita aut absolutiones vel aliquid supradictarum exactionum accipere, preter quod ei a preposito eiusdem loci fuerit indultum, si quando ad placita sua eum invitaverit*. So sieht man aus den angeführten Worten, daß auch jetzt keine Entvogtung stattfand, sondern lediglich eine Regelung der Vogteirechte.

Wie schon bemerkt, ist eine Entwicklung der Vogteiverhältnisse in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts anzunehmen. Leider sind wir darüber ohne Nachrichten. Das Geschlecht derer von Perge ist in dieser Zeit (1191) ausgestorben. Ob es bis zuletzt im Besitz der Vogtei geblieben ist, bleibt unbekannt. Obervögte sind am Anfang des 13. Jahrhunderts sicher die Babenberger gewesen. Die *vicarii in advocatia* sind wahrscheinlich belehnte Untervögte. Einige Jahre später hatte jedenfalls der Domvogt von Regensburg vogteiliche Rechte vom Herzog zu Lehen, der Landrichter Ortolf von Volkersdorf vom Domvogt Obervögte sind die Landesfürsten von Oesterreich geblieben.²⁶⁾ Die Vogtei aber erfuhr, wie wir sehen werden, bald eine grundlegende Umwandlung.

Die Vogtei über das E r l a k l o s t e r war vermutlich in der Händen der Stifterfamilie, der Herren von Machland. Leider

24. Quoniam vero in diebus nostris super eisdem advocatie iusticiis predicta ecclesia a quibusdam gravari videtur...

25. Man redet ja auch sonst nicht selten von Abgaben *ratione placiti* z. B. M.B. XXVIII^b 186, 187; ebenda XXIX^b 225; pro institutione placiti z. B. ebenda 400.

26. Wie aus den im nächsten Kapitel zu behandelnden Exemptionsurkunden hervorgeht.

fehlen uns darüber alle Nachrichten. Aber es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß sie auf dem gleichen Wege an die Babenberger gekommen ist, wie die Vogtei über Waldhausen. Der Gründer dieses Chorherrenstifts, Otto von Machland²⁷⁾, starb kinderlos im Jahre 1150. Ihm folgte in der Klostervogtei sein Bruder Walchun von Machland-Klamm²⁸⁾. Mit ihm starb die Familie (ca. 1162) im Mannesstamme aus. Ihr Erbe wurde Graf Otto von Velburg²⁹⁾, Walchuns Enkel von seiner Tochter Adelheid. Aber auch dessen Familie starb schon um 1218 mit Ottos Sohn, dem Grafen Ulrich, aus. Graf Ulrich diente seine Besitzungen an Herzog Leopold; und so fielen sie nach des Grafen Tode an den Herzog.³⁰⁾ Damals kamen auch die Vogteien über Erla und Waldhausen als erbliche Lehen an den Babenberger, ob mit oder ohne Zustimmung des Lehensherrn, des Bischofs von Passau, ist ungewiß.

In der Rechtsentwicklung St. Pölten's spielten Markt und Stadt gleichen Namens eine bedeutsame Rolle. Namentlich die Geschichte der Klostervogtei ist nur im Zusammenhang mit der städtischen Geschichte verständlich. Im Jahre 1058 schenkte König Heinrich IV. den Markt in St. Pölten an das dortige Chorherrenstift.³¹⁾ Im Orte, dem alten Treisma, war außer dem Stift

27. Ueber dieses Geschlecht vgl. Kap. 1, S. 32 und Anm. 222.

28. O.Oe.U.B. II 269 Nr. 179.

29. O.Oe.U.B. II 418 Nr. 286 und 421 Nr. 287.

30. So J. Strnadt, Die Geburt des Landes ob der Enns, Linz 1886, S. 64 Anm. 172, A.Oe.G. 94, S. 139 und Vancsa S. 372. Beide geben keinerlei Quellenbelege. Siehe aber Oesterreichische Urbare I, 1, S. 49, 170^a und M.G. Dte. Chron. III 717: der Grave von Chlamme der dinget den herzogen Liupolden Chlamme di grafschaft... Dazu vgl. J. Lampel, Die Einleitung zu Jans Enenkels Fürstenbuch, Phil. Diss. Wien 1883, S. 24 Anm. 1. — Ueber das Dingen an den Landesfürsten durch aussterbende Geschlechter vgl. u. Anm. 58 u. 59.

31. St. 2562 (N.Oe.U.B. I 5 Nr. 3). Meiller, Babenb. Reg. 8. 4. erwähnt den Markt gar nicht. Lahusen S. 48 interpretiert die Stelle als einziger richtig als Schenkung eines schon vorhandenen Marktes. Leider kannte er anscheinend nicht Winters Arbeit, Blätter N.F. 17, der S. 425 von Anlage eines Marktes, von Verleihung des Marktrechtes spricht. Neuerdings hat wieder Herrmann, Geschichte der Stadt St. Pölten S. 16, von Verleihung des Marktrechtes gesprochen. Er kannte Lahusens Arbeit nicht. In der Darstellung der älteren St. Pöltener Rechtsgeschichte lehnt er sich an Winters Abhandlung an.

auch der Bischof von Passau Grundbesitzer.³²⁾ Daß nun das Kloster Marktherr wurde, gab den Anlaß zu langen Streitigkeiten zwischen dem Bistum und seinem Kloster. Der spätere Betrachter hat großen Gewinn davon. Denn anläßlich dieser Konflikte sind Aufzeichnungen von hohem Werte entstanden, die Zustände beleuchten, die sonst wahrscheinlich dunkel geblieben wären.

Bei Gelegenheit eines Streites, der sich um 1125 abspielte, wurden die gerichtlichen Rechte des Stifts aufgeschrieben,³³⁾ und man erhält dadurch Auskunft über Funktionen und Einkünfte des Vogtes in St. Pölten. Das Stift hat die Gerichtsgewalt über alle Sachen, auch Diebstahl und Totschlag. Die peinliche Erledigung dieser Fälle wird gleichfalls, wenigstens teilweise, durch den Klostervogt besorgt.³⁴⁾ Der Nachlaß von Leuten, die bei solchen Verbrechen ergriffen werden, also von handhaften Missetätern, fällt zu einem Drittel dem Vogte, zu zwei Dritteln dem Stifte zu.³⁵⁾ Dieselbe Drittelung

32. N.Oe.U.B. I 7 Nr. 4 (1125): in huiusmodi partibus civitatis ad episcopum pertinentibus. Daß noch sonst freier Grundbesitz in der Stadt existierte, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, ist aber nicht ganz ausgeschlossen.

33. N.Oe.U.B. I 6 Nr. 4.

34. Der Vogt ist übrigens stets auf die Mitwirkung des stiftischen Beamten, des Kastalden, angewiesen: Item advocatus numquam aliquid disponere debet preter castaldum ecclesie.

35. Vgl. H. Hirsch, Die hohe Gerichtsbarkeit im deutschen Mittelalter, Quellen und Forsch. aus d. Gebiet d. Gesch., hsg. v. d. hist. Komm. d. Ges. z. Förderung der deutschen Wiss., Kunst u. Lit. in Böhmen, 1. Heft, Prag 1922, S. 89. Hirschs Annahme einer Auslieferungspflicht an den Tullner Landrichter ist nicht von der Hand zu weisen. Denn eine solche bestand im 13. Jahrhundert, (M.B. XXIX^b 85 Nr. 65. = G. Winter, Urkundliche Beiträge zur Rechtsgesch. der ober- und niederöstr. Städte, Märkte und Dörfer vom 12.—15. Jahrhundert. Innsbruck 1877, 17 Nr. 5) als die Marktvogtei längst in unmittelbaren Besitz Passaus übergegangen war. Ebenso wohl möglich ist es aber, daß der Landesfürst erst bis zum 13. Jahrhundert die Auslieferungspflicht durchgesetzt hat. Hat doch seine Macht in dieser Zeit auch sonst ganz erhebliche Eroberungen gemacht. Ob St. Pölten, der Markt, nicht doch im 12. Jahrhundert einen eigenen Blutgerichtsbezirk bildete, wäre wohl doch zu diskutieren. Daß der Tullner Landrichter zuständig war für Blutgerichtssachen des Stifts, kann uns hier nicht interessieren. Dies gegen Hirsch S. 123. Markt und Stift gehen nämlich, wie wir sehen werden verschiedene Wege in ihrer rechtsgeschichtlichen Entwicklung. Daß der Landrichter mehr als die Exekution hatte, kann keinesfalls angenommen werden.

erfolgt bei allen übrigen Gerichtseinnahmen, aber auch bei Zöllen und Marktgeldern. Durch die beiden zuletzt genannten Gruppen von Einkünften unterscheidet sich die Vogtei im Markt augenscheinlich von der über die übrigen Stiftsbesitzungen.³⁶⁾ Auch sonst kann man nicht beweisen, daß die städtische und ländliche Vogtei sich inhaltlich decken. Doppelte Vorsicht ist in dieser Frage deshalb geboten, weil wir sehen werden, daß Markt- und Klostervogtei i. e. S. sich auch äußerlich auseinanderentwickeln.³⁷⁾

Adalbert, Markgraf Leopolds III. Sohn, war Vogt von St. Pölten.³⁸⁾ Dieser Prinz verwaltete alle babenbergischen Vog-

36. Von großer Wichtigkeit ist es, zu beobachten, wie sich die klösterliche Gerichtsgewalt zu den bischöflichen Besitzungen in der Stadt verhält. Um die Abgrenzung der beiderseitigen Rechte ging, wie erwähnt, der oben genannte Streit. Gegen Ende des Pontifikats Bischof Ulrichs I. versuchte der bischöfliche Provisor Charlmannus die stiftischen Rechte zu beeinträchtigen. Fünf Termine fanden vor dem Vogte statt. Schließlich gaben zwei Klosterministerialen und zwei Bürger ein Weistum ab: *hec confratum fore et fuisse iudicaverunt, excepta civili pugna et furto, si qua in huiusmodi partibus civitatis ad episcopum pertinentibus orirentur*. Was das *haec* bedeutet, erhellt erst aus der folgenden Einschränkung. Es handelt sich um die Gerichtsbarkeit im Marktorte. Wir könnten annehmen, daß es sich hier einfach um das Gegenüberstehen klösterlicher und bischöflicher Immunitätsrechte handelt. Doch das stellt die in der Aufzeichnung folgende Erklärung in Frage. Ihres überaus schwerwiegenden Inhalts wegen mag auch sie hier wörtlich angeführt werden. *Que etiam duo dominus episcopus subtraxit ecclesie magis potentie sue arbitrio quam valentis cause subsidio*. Daraus geht hervor, daß das Stift außer in diesen beiden Fällen die Gerichtsbarkeit auch im bischöflichen Stadtteil besaß. Die vollständige Erklärung dieser Stelle würde die Aufrollung des schwierigen Problems vom Verhältnis von Markorts- und Immunitätsrecht erfordern. — Vgl. auch E. Wallenböck, Die rechtsgeschichtliche Entwicklung von St. Pölten, Monatsblatt d. Ver. f. Landeskde. v. N.-Oesterreich Jg. 6, 1907, S. 194—201. W. meint, der stiftischen Gerichtsbarkeit hätten auch die Leute des Bischofs unterstanden, soweit sie den Markt besuchten. Darin liegt unausgesprochen, daß Marktrecht Immunitätsrecht gegenüber derogierende Kraft besessen habe. W. erklärt die weitgehende Jurisdiktion des Klosters als Marktgerichtsbarkeit, die aus einer intermittierenden zu einer ständigen geworden sei, so daß sie dadurch die Landgerichtsbarkeit (also auch die Immunitätsgerichtsbarkeit) absorbiert habe. (S. 197.)

37. Die Marktvogtei ist als eine stiftische Sondervogtei aufzufassen.

38. St. Pölten hatte zwei Vögte mit Namen Adalbert im zweiten Viertel des 12. Jahrhunderts, den Markgrafensohn und den Edelfreien Adalbert von Perge.

teien.³⁹⁾ Seit wann den Markgrafen von Oesterreich die St. Pöltener Vogtei gehörte, ist nicht zu ermitteln. Vielleicht fungierte als Untervogt Adalberts ein Herr von Perge. Jedenfalls war Adalbert von Perge 1150 Untervogt Herzog Heinrichs Jasomirgott. Adalbert hatte das Kloster bedrängt. Deswegen entthob ihn der Herzog der Vogtei und ließ sie selbst dem Bischof Konrad von Passau auf.⁴⁰⁾ Schon daraus ist zu erkennen, daß hier der Eigenklosterherr oberster Lehnsherr der Klostervogtei ist.

Damals gingen Markt- und Klostervogtei ungetrennt, wie sie beide von den gleichen Vögten ausgeübt worden waren, an den Bischof über. Daß der Passauer in den Besitz auch der Vogtei über den Markt kam, erhellt nämlich daraus, daß er wenige Jahre später den St. Pöltener Bürgern ein Privileg über den Rechtsgang verlieh. Auch hatte er wieder einen Vogt bestellt, der ihn in der Ausübung der vogteilichen Funktionen vertrat.⁴¹⁾

Der Herzog von Oesterreich, der bischöflicher Vogt über die ostmärkischen Güter Passaus war, mag diese Stellung im Verein mit seiner überragenden Macht benützt haben, die Vogtei über St. Pölten wieder an sich zu bringen. Der Bischof setzte sich zur Wehr. Es kam zum Streit. Ihn schlichtete im Jahre 1215 Kaiser Friedrich II. Außer anderen strittigen Besitzungen trat damals der Herzog auch die Marktvogtei von St. Pölten ab.⁴²⁾ Die Klostervogtei blieb als bischöfliches Lehen im Besitz der österreichischen Herzöge. Hier zeigt sich ganz besonders deutlich das Auseinandergehen der Stiftsvogtei und der *advocatia fori*⁴³⁾. Was die

39. M.G. SS. IX 610. (Contin. Claustroneoburg. I. a. a. 1114.)

40. N.Oe.U.B. I 9 Nr. 6.

41. M.B. XXVIII^b 114 Nr. 14.

42. B.F. 790 (M.B. XXX^a 26 Nr. 611). Des Herzogs Verzicht bezieht sich ganz deutlich auf die Marktvogtei und auf das Landgericht und das Marchfutter auf anderen Besitzungen des Hochstiftes.

43. Zur Stützung der ausgesprochenen Ansicht ist eine Kritik der bisher herrschenden Meinung nötig. Winter und ihm folgend Herrmann sind bei der Darstellung der Rechtsentwicklung der Stadt St. Pölten von der geteilten Grundherrschaft ausgegangen. (Winter S. 425.) Für den bischöflichen wie für den klösterlichen Stadtteil soll es einen besonderen Niederrichter und einen besonderen Vogt als Hochrichter gegeben haben. 1150 soll der klösterliche Stadtteil entvogtet worden sein (Winter S. 429, Herrmann S. 24), 1215 der bischöfliche (Winter S. 432 ff., Herrmann S. 25).

Marktvogtei für die Bischöfe namentlich in ihrem Verhältnis zum Kloster bedeutete, wird später geschildert werden.

Im Stiftsbrief von Göttweig⁴⁴⁾ werden der Klostervogt Graf Ulrich von Ratelenberg und sein Bruder Graf Hermann von Windberg als bei der Dotierung anwesend genannt. Sie waren die Söhne des Grafen Meginhard II. von Formbach⁴⁵⁾ und ge-

Mit dem Kloster soll dann der klösterliche Stadtteil wieder unter landesfürstliche Vogtei gekommen sein (Winter S. 431. Herrmann S. 35). Durch die Entvogtung von 1241 sollen, abgesehen von der Vollstreckung der Bluturteile, die dem Landrichter vorbehalten wurde, die Funktionen des Vogtes über den klösterlichen Stadtteil an den Klosterrichter gekommen sein (Herrmann S. 27), 1277 dann das Blutgericht an den Bischof von Passau (Winter S. 430 f.; Herrmann S. 35). — Die 1215 abgetretene Vogtei als die über den bischöflichen Besitz im Orte St. Pölten zu interpretieren, ist unzulässig. Die Urkunde spricht von *advocatia fori*, und selbst wenn man, wie es hier richtig ist, *forum* im weiteren Sinne nimmt, so ist eben doch gerade der Mittelpunkt des Markortes, der Marktplatz, bis in die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts in klösterlichem, nicht in bischöflichem Besitz gewesen. In den Privilegien bis zu dieser Zeit werden die zwei Drittel von den Marktgefällen und Zöllern noch dem Stifte bestätigt. N.Oe.O.B. I 64 Nr. 39 (1248); 73 Nr. 46; Lederer-Ordnung von 1262, ebenda 87 Nr. 60. Auch die Ansicht, daß mit der Klostervogtei die über den klösterlichen Stadtteil an den Babenberger gekommen sei, hat nichts für sich. Vielmehr wissen wir, daß das Vogtdrittel von marktrechtlichen Einkünften, wie wir es für das Jahr 1125 kennen gelernt haben, nicht dem österreichischen Vogt, oder seinem Nachfolger, sondern dem passauischen Stadtrichter zufiel (N.Oe.U.B. I 87 Nr. 60). Er ist also der Nachfolger des Marktvogtes auch für den klösterlichen Stadtteil. Wenn die Marktvogtei 1215 einheitlich war, so fällt jeder Grund weg, von einer Entvogtung nur des klösterlichen Stadtteils im Jahre 1150 zu sprechen. Nicht die Vogteien über den klösterlichen und den bischöflichen Anteil an dem Markort St. Pölten gingen auseinander, sondern die Markt- und die Stiftsvogtei. Leider hat diese für die Rechtsgeschichte von Stadt und Stift so bedeutungsvolle Tatsache noch keine Beachtung gefunden.

44. F.r. A. II 51, 6 Nr. 5. Ihn bezeichnen v. Mitis S. 186 und Fuchs Jb. d. Ver. f. Ldeskde. v. N.Oe. N. F. 9, 1910, S. 3 f. als posthume Anfertigung ohne inhaltlich fälschende Absicht. Fuchs, ebenda S. 42 ff. zeigt, daß die Fälschung erst nach 1164 vorgenommen worden ist. Dazu vgl. v. Mitis S. 442. Außer dem Ehrgeiz, eine Urkunde des heiligen Altmann zu besitzen, dürfte auch die Notwendigkeit, solche Urkunden zur Verteidigung der klösterlichen Rechte gegen Uebergriffe, wie sie gerade in jener Zeit durch Bischof Konrad vorgekommen waren, in Händen zu haben, Motiv zur Anfertigung des Stiftsbriefes gewesen sein. — Zur äußeren Geschichte der Göttsweiger Klostervogtei vgl. auch Fuchs, Oesterreichische Urbare III, 1, S. CLXV ff.

45. Ueber dieses Grafengeschlecht vgl. J. Moritz, Kurze Geschichte der

hörten einem Zweig des Hauses Formbach an, dem reiche Besitzungen in der Ostmark zugefallen waren.⁴⁶⁾ Wahrscheinlich hat Bischof Altmann dem Grafen Ulrich die Vogtei übertragen.⁴⁷⁾ Ihn überlebte nur ein Sohn,⁴⁸⁾ namens Konrad, der auch Vogt von Göttweig wurde.⁴⁹⁾ Er starb aber schon in ganz jungen Jahren.⁵⁰⁾ Nach ihm erhielt sein Oheim Graf Hermann I. von Windberg die Vogtei.⁵¹⁾ Auffälligerweise ist dann Hermanns Sohn, Hermann II., nicht gefolgt. Das ist nach Strnadt⁵²⁾ damit zu erklären, daß er die Grafschaft Winzenburg in Thüringen erbte und die österreichischen Besitzungen aufgab. Immerhin bleibt doch ungeklärt, warum des Grafen Ulrichs Tochter Luitkard ihrem Gemahl, dem Regensburger Domvogt, nicht wie anderes Formbachisches Erbe auch die Klostervogtei zubrachte. War die Erblichkeit des Vogteilehens noch nicht weit genug fortgeschritten, daß sie auch für weibliche Erben galt? Wie dem auch sei, um 1122 war die Klostervogtei babenbergisch. Markgraf Adalbert war Vogt,⁵³⁾ und die Fürsten von Oesterreich behaupteten diese Stellung dauernd.

Grafen von Formbach, Lambach und Pütten usw., Neue Abhdl. d. Bayr. Akademie der Wissensch. I, München 1804, S. 83 ff. und 87 ff.; Strnadt, Peuerbach S. 102 und 113; Vancsa S. 253 Anm. 5.

46. Die Burg Radelberg lag an der Traisen. Die Ruine findet sich noch heute bei Unterradelberg an der Traisen, V.O.W.W.

47. Außer in F.r.A. II 51, 6 Nr. 5 treffen wir ihn in dieser Stellung F.r.A. II 8, 8 Nr. 13, 11 Nr. 26, 12 Nr. 33.

48. Daß er mehrere hatte, zeigt Karlin in F.r.A. II 8, 129 zu Nr. 33.

49. F.r.A. II 8, 30 Nr. 113.

50. Moritz S. 123.

51. F.r.A. II 8, 54 Nr. 218 (1121/22); 90 Nr. 346. (Vor 1130.)

52. Strnadt, A.Oe.G. 99, 641 und Anm. 2.

53. F.r.A. II 8, 46 Nr. 190, 48 Nr. 196, 57 Nr. 234; 91 Nr. 350; wohl auch 27 Nr. 100, 93 Nr. 356. Die Babenberger waren ja Vögte über die passauischen Besitzungen in der Ostmark. Vgl. H. Starflinger, Die Entwicklung der Domvogtei in den altbayrischen Bistümern, Phil. Diss. München 1908, S. 28. — Daß die Babenberger die Vogtei zu Lehnrecht hatten, geht schon aus dem oben zitierten Lehnsebekenntnis Herzog Friedrichs II. hervor. Möglicherweise war Adalbert von Perge auch Untervogt von Göttweig. Die Identität der Namen macht die Entscheidung schwer. Immerhin wäre zu bemerken, daß des Pergers Sohn Friedrich Vogt von Göttweig war. F.r.A. II 8, 81 Nr. 316, 82 Nr. 321. Von den Babenbergern lernen wir noch als Göttweiger Vögte kennen Heinrich Jasomirgott F.r.A. II 8, 71 Nr. 283; ebenda 51, 62 Nr. 49; Friedrich I. F.r.A. II 51, 75 Nr. 57; Leopold VI. ebenda 78 Nr. 63 und 91 Nr. 75; Friedrich II. ebenda 112 Nr. 103 und O.Oe.U.B. III 102 Nr. 97.

Von der St. Georgener Vogtei ist außerordentlich wenig bekannt. Es ist nicht einmal zu beweisen, daß im 12. Jahrhundert eine besondere Klostervogtei existierte. Vielleicht haben die Babenberger als passauische Vögte die vogteilichen Funktionen für St. Georgen mit versehen.⁵⁴⁾ Andere Hauptvögte als die Herzöge von Oesterreich hat das Stift jedenfalls nie gehabt. Noch im 16. Jahrhundert wurde dem Landesfürsten ein jährliches Vogteigeld von 17 Gulden 45 Kreuzern gereicht.⁵⁵⁾

Mit der Vogtei über die Benediktinerabtei Altenburg waren wohl die Grafen von Beugen-Rebgau vom Hochstift belehnt worden.⁵⁶⁾ Doch schon im vorletzten Jahrzehnt des 12. Jahrhunderts starb dieses Geschlecht aus. Sein Erbe war wahrscheinlich Graf Friedrich von Hohenburg.⁵⁷⁾ Doch auch er starb schon um 1210 ohne Erben. Die Vogtei über Kloster Altenburg ging vielleicht durch besondere Verleihung von Seiten des Bischofs von Passau, vielleicht ohne eine solche als erbliches Lehen, wie der sonstige Nachlaß des Grafen, an Herzog Leopold VI. über. Auch der Hohenburger nämlich hatte seine Besitzungen an den Herzog gedingt. A. Dopsch hat darauf hingewiesen, daß in dem Dingen wohl der Anspruch des Herzogs auf alles innerhalb seines Herrschaftsbereiches ledig gewordene erblose Eigen zu Tage trete.⁵⁸⁾ Von Teilen der Hinterlassen-

54. Darauf weist es hin, wenn Bischof Konrad für St. Georgen eingetauschte Güter in *manus advocati sui* (reflexiv) *ducis Austrie Heinrici* ...*tuenda* überträgt, Bielsky 262 Nr. 8.

55. Faigl I, 485 Anm. zu Nr. 4.

56. F.r.A. II 21, 1 Nr. 1.

57. Das nimmt Strnadt, Peuerbach S. 110 f. an. Ueber die Verwandtschaft der Hohenburger mit den Beugen-Rebgau vgl. Lechner, Jb. 19, S. 124 f. Ob der letzte Hohenburger alle Beugen-Rebgauischen Besitzungen innehatte, ist, wie schon Lechner zeigte, zweifelhaft. Sollte die Klostervogtei daher nicht an den Grafen Friedrich von Hohenburg gekommen sein, so dürfte der von Herzog Leopold mit Hinsicht auf die Hinterlassenschaft des Grafen Friedrich ausgesprochene allgemeine Satz (s. gleich u.) auch auf den erbenlosen Nachlaß der Grafen von Beugen Anwendung gefunden haben.

58. Vgl. A. Dopsch, Reformkirche und Landesherrlichkeit in Oesterreich, Festschrift d. ak. Ver. deutscher Historiker in Wien, Wien 1914, S. 41. Auch der Graf von Klamm hatte, wie wir Anm. 30 sahen, seine Güter an den Herzog gedingt. — Daß Dopschs Behauptung zutrifft, zeigen sowohl die Anm. 59 zitierten Stellen und der Anfall des Erbes derer von Pernegg

schaft des Grafen Friedrich sagt der Herzog ausdrücklich: *quia in termino ducatus nostri sita erant, secundum institutiones legum iure succedentes.*⁵⁹⁾ Die Altenburger Vogtei blieb österreichisch.

Bischof Ulrich I. von Passau hatte den Brüdern von Seitenstetten das Privileg erteilt, einen Vogt aus der Gründerfamilie auswählen zu dürfen.⁶⁰⁾ Dem Gewählten übertrug dann jeweils der Bischof die Vogtei als Lehen.⁶¹⁾ Der Stifter Udalschalk von Stille ist vermutlich der erste Vogt gewesen. Ueber seine Familienzugehörigkeit ist nichts Sicheres bekannt.⁶²⁾

(s. u. Anm. 71) als auch ganz besonders der Anm. 100 angeführte, unter Rudolf von Habsburg i. J. 1279 ergangene Rechtsspruch.

59. Fr.A. II 21, 6 Nr. 4. Ähnlich auch 5 Nr. 3. Es ist ungenau, wenn Strnadt, Peuerbach S. 112 hier von einem landesherrlichen Recht spricht. Leopold bezieht sich ausdrücklich auf sein Herzogtum. Wir haben es hier mit einem Recht zu tun, das ursprünglich den Königen eignete, dann von den Herzögen und schließlich von den Territorialherren erworben wurde. Vgl. jetzt auch O.H. Stowasser, Das Land und der Herzog. Untersuchungen zur bayrisch-österreichischen Verfassungsgeschichte, Berlin 1925, S. 46: „Amtsrechtlich vollzieht sich in Oesterreich wie in Bayern der Anfall erbenlosen Gutes. Es hängt das mit dem ‚Territorium‘, mit dem eigenen Verwaltungsgebiet, gar nicht zusammen und ist keine territorialrechtliche Befugnis...“; S. 47: „Landrechtlich, d.h. mit Hilfe der landrechtlichen Vorzüge des Markgrafen- und Herzogamts, brachte der Markgraf bzw. der Herzog ein solches territoriales Gebilde nach dem anderen im Lande an sich und vereinigte es mit seinem eigenen Territorium.“ Dopsch, Bespr. von Stowasser, Das Land und der Herzog, G.G.A. 188, 1926, S. 11 zitiert Stowassers Bemerkungen über das Recht des Herzogs auf Anfall erbenlosen Gutes, ohne seinerseits Stellung zu nehmen zu der Frage, ob dieses territorial- oder amtsrechtlich begründet ist, sondern er beschäftigt sich mit der Zurückweisung der Ansicht Stowassers, daß die frühere Forschung der Bedeutung des amtsrechtlichen Moments bei der Bildung der Landesherrschaft über Oesterreich nicht gerecht geworden sei. Völlig klar tritt das Anfallsrecht erbenlosen Nachlasses als speziell herzogliches in Erscheinung, wenn es sich auf fremde Territorien erstreckte. Den dynastischen Territorien gegenüber wäre mit Rechten territorialen Charakters gar nichts anzufangen gewesen. Es standen sich das Territorium Oesterreich und die Herrschaft eines Dynasten ja auf derselben rechtlichen Stufe gegenüber.

60. Fr.A. II 33, 1 Nr. 1, 3 Nr. 2.

61. Dies steht fest, da uns ja die Klostervogtei als bischöfliches Lehen bezeugt ist. S. oben Anm. 1.

62. Vgl. die Gründungsgeschichte von Seitenstetten in Kap. 1, Abschnitt III. B.

Nachkommen sind nicht nachzuweisen. So kommt es, daß wir auch über die Seitenstettener Vogtei wenig wissen. Erst aus einer von Bischof Bernhard im Jahre 1292 vidimierten Urkunde von 1151⁶³⁾ ist wieder ein Vogt von Seitenstetten festzustellen. In einem Gütertausch zwischen Seitenstetten und der oberösterreichischen Abtei Gleink tritt ein Vogt Egeno als Vertreter von Seitenstetten auf. Es ist, wie die Zeugenreihe beweist, Egeno von Url. Er wird mit seinem Bruder Adelram zusammen genannt. Die Brüder von Url kommen in Urkunden jener Zeit nicht selten vor. Ihre Stellung in den Zeugenreihen weist sie deutlich als Edelfreie aus.⁶⁴⁾ Ob Egeno Haupt- oder Untervogt war, läßt sich in Ermangelung weiterer Nachrichten nicht mit Sicherheit entscheiden. Doch möchte ich darauf hinweisen, daß in einem Papstprivileg für Seitenstetten Egenos Gaben an die Abtei erwähnt werden gleich nach denen der Stifter.⁶⁵⁾ Sein Name weist auf Besitzungen in einer Gegend hin, in der offenbar auch der Gründer von Seitenstetten begütert war. Ferner ist auffällig, daß noch in dem genannten Papstprivileg die freie Wahl des Vogtes auf den Kreis der zum Gründergeschlecht Gehörigen beschränkt ist, obwohl doch keine Angehörigen desselben mehr nachzuweisen sind. Sollte Egeno von Url etwa mit Udalschalk von Stille verwandt gewesen sein?

Wie und wann dann die Vogtei an die Babenberger gekom-

63. F.r.A. II 33, 112 Nr. 96.

64. F.r.A. II 33, 5 Nr. 3; 6 Nr. 4; 7 Nr. 5; O.Oe.U.B. II 354 Nr. 245 und besonders 297 Nr. 200. — Es sei noch auf Egenos Beziehungen zu Reichersberg hingewiesen. O.Oe.U.B. I 335 Nr. 115, 364 Nr. 142. Seine Gemahlin hieß Adelheid. Für den edelfreien Stand läßt sich dagegen nicht anführen, daß Egeno im Urbanprivileg das Prädikat nobilis führt. Schon seit der Mitte des 12. Jahrhunderts kommen im bayrisch-österreichischen Rechtsgebiet Ministerialen mit dieser Bezeichnung vor. Siehe A. Kluckhohn, Geschichte der Ministerialität in Südostdeutschland, Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des Deutschen Reichs IV, Weimar 1910, S. 118 f. Möglicherweise besteht ein Zusammenhang zwischen den Urlern und den Herren von Perge. Um 1130 kommt ein Egeno von Perge vor. O.Oe.U.B. I 634 Nr. 24. Adelram de Urle steht O.Oe.U.B. I 174 Nr. 174 in der Zeugenreihe hinter Adalbertus de Perge. Diese Stellung zu den Pergern ist aber nichts Regelmäßiges. Vgl. z. B. O.Oe.U.B. II 297 Nr. 200. — Eine genealogische Untersuchung über die von Url hält für wünschenswert O. Frhr. v. Dungen, Die Entstehung der Landeshoheit in Oesterreich, Wien und Leipzig 1910, S. 81.

65. F.r.A. II 33, 16 Nr. 12.

men ist, läßt sich nicht sagen. Vielleicht geschah auch ihre Erwerbung gegen Ende des 12. Jahrhunderts auf Grund des herzoglichen Rechtes auf Anfall erbenlos hinterlassenen Gutes. In dieser Zeit wurden mehrere landesfürstliche Privilegien für die Abtei ausgestellt,⁶⁶⁾ darunter auch eine generelle Schenkungserlaubnis für die herzoglichen Ministerialen.⁶⁷⁾

Außer den im Lehenbekenntnis Herzog Friedrichs II. aufgeführten Vogteien der passauischen Klöster in Ober- und Niederösterreich, ist auch die über G e r a s und P e r n e g g — das sind die einzigen österreichischen Klöster Passaus, die man dort vermißt — in den Besitz der österreichischen Landesfürsten gekommen.⁶⁸⁾ Ihr Fehlen ist höchst merkwürdig. Denn aus der Urkunde, die die Tradition an das Hochstift berichtet,⁶⁹⁾ geht hervor, daß Bischof Theobald Ekebert von Pernegg zum L e h n s v o g t der beiden Praemonstratenserstifter gemacht hat. Ekeberts Sohn, Graf Ulrich II. von Pernegg, kommt urkundlich zuletzt im Jahre 1216 vor.⁷⁰⁾ Bald darauf wird er gestorben sein. Wie Jans Enenkel⁷¹⁾ erzählt, hatte Graf Ulrich ein geistesschwachen Sohn: „der was des nicht wert“, fährt Enenkel fort, „das er das aigen het, und des underwant sich herczog lewpolt, so ist es herkommen.“ Damals muß der Herzog die Vogtei erworben haben.⁷²⁾ Es ist anzunehmen, daß

66. Ebenda 27 Nr. 19 (1196); 30 Nr. 22 (1201); 31 Nr. 23 (1203).

67. Ebenda 25 Nr. 17 (1193). Aus früherer Zeit ist mir nur eine babenbergische Urkunde für das Stift bekannt, nämlich F.r.A. II 33, 7 Nr. 5 (1155). Die von Url müssen etwa gleichzeitig mit den Pergern ausgestorben sein.

68. 1242 erteilte Herzog Friedrich II. den beiden Stiftern ein großes Privileg, Mayer 16 Nr. 5. Dieses enthält an Rechten das Gleiche, was den unter landesfürstlicher Vogtei stehenden Klöstern verliehen zu werden pflegte. Die Vogtei blieb österreichisch. König Friedrich der Schöne sagt: So seien wir auch ir obrister Vogt und schöllen in ainen Vogt geben nach ir gebet, Mayer 49 Nr. 38 (1327).

69. Mayer 9 Nr. 1.

70. Zák, Bl. 25, S. 265 Anm. 9.

71. M.G. Dte. Chron. III, 718, (Landbuch II, 16).

72. Daß der Herzog etwa zwischen 1241, dem Jahre der Ausstellung des Lehenbekenntnisses, und 1242, dem der Gewährung der Urkunde für Geras u. Pernegg, die Vogtei erworben habe, ist kaum anzunehmen. Die Babenberger haben nach Ulrichs II von Pernegg Tode zugegriffen. Daß damals keine Erben mehr vorhanden waren, zeigt der Heimfall einiger

es bei dieser Gelegenheit dem Passauer Bischof nicht gelungen ist, seine Lehnsherrlichkeit zu behaupten. Damit ließe sich das sonderbare Fehlen der Praemonstratenserklöster in dem wichtigen Dokument von 1241 erklären.

B) Die Babenberger waren schließlich Vögte aller passauischen Klöster geworden, die in ihren Landen lagen. Sie bevogteten aber auch die ostmärkischen Besitzungen des Augustinerchorherrenstiftes St. Nicolaus bei Passau.⁷³⁾ Bischof Altmann hatte wahrscheinlich gleich bei der Gründung des Klosters dem Markgrafen Leopold diese Vogtei übertragen. Es war aber eine Nebenvogtei⁷⁴⁾, die sich offenbar nie zu größerer Bedeutung erhoben hat. Die Quellen berichten nichts über sie. Im Lehenbekenntnis des letzten Babenbergers bleibt sie unerwähnt. Eine Begrenzung oder Regelung der Vogteirechte, wie das im 13. Jahrhundert üblich war, ist — soweit uns die Urkunden unterrichten — anscheinend nie vorgenommen worden.

passauischer Lehen, von dem M.B. XXIX^b 217 berichtet wird. Dazu vgl. Mayer 29 Z. 6.

73. O.Oe.U.B. II 107 Nr. 79 und ähnlich 113 Nr. 80 (Stiftsbriege für St. Nicolaus). — v. Mitis S. 97 ff., der die Entstehungszeit des Altmann Minus auf knapp vor 1144 ansetzte, hat den Vogteipassus als Zusatz aus der Zeit um 1220 nachzuweisen versucht. Entscheidend ist, daß jedoch v. Mitis selbst meint: „Wir können aber andererseits doch wieder nicht vermuten, daß die Angaben über die markgräflische Vogtei völlig aus der Luft gegriffen worden seien, und sind wohl zu der Annahme berechtigt, daß sie in Wahrheit einem tatsächlichen Zustande in der Zeit nach 1111 entsprechen.“ Dieser Zustand kann als noch früher geltend angesehen werden, da doch Graf Dietrich von Formbach schon für 1094 als Vogt bezeugt ist (O.Oe.U.B. I 531 Nr. 1), was doch auch mit den Vogteibestimmungen des Altmann Minus übereinstimmt. Der Schreiber des Vogteipassus scheint gut unterrichtet gewesen zu sein, wenn er schon Altmann als den Ordner der Vogteiverhältnisse namhaft macht. Sehr beachtliche Einwände gegen eine Neuredaktion und eine so späte Entstehung des Vogteipassus hat v. Mitis schon vorgebracht. Dann nahm Hollnsteiner, M.I.Oe.G. 40, S. 66 ff. ebenso eingehend wie entschieden Stellung gegen v. Mitis' Aufstellung. Vgl. auch die folgende Anmerkung.

74. v. Mitis meint, die Neuredaktion sei angefertigt worden, um „aus dem Einflusse des Bischofs in den Schutz des Landesfürsten zu kommen“. (Gemeint ist der österreichische.) v. Mitis nennt den Herzog auch Obervogt. Daß er das nicht war, ist aber ganz sicher. Hauptvogt war um 1220 Graf Heinrich von Ortenburg als Erbe der Grafen von Formbach. Siehe die folgenden Ausführungen. Und wenn deshalb selbst erreicht worden wäre, daß die Vogtei in der Ostmark der Herzog erhielt, so wäre das für die Geschicke des Stifts nur von nebenegeordneter Bedeutung gewesen.

Zu Vögten über das Stift selbst, sowie das Gros seiner Besitzungen, nämlich über alle bayrischen Güter — Bayern reichte bis zur Enns — ernannte der Bischof⁷⁵⁾ den Grafen Heinrich von Formbach,⁷⁶⁾ während er eine große Sondervogtei sich und seinen Nachfolgern vorbehielt.

Es ist anziehend, das Zusammenwirken der Formbacher Grafen mit den Bischöfen Altmann und Ulrich für die Ziele der Kirchenreform zu beobachten. Einem Zweige der Familie war, wie wir sahen, die Vogtei über Göttweig anvertraut worden,⁷⁷⁾ Graf Ekebert gestaltete unter Bischof Ulrichs Einfluß sein Hauskloster Formbach zu einer Reformabtei ersten Ranges um und übereignete es dem päpstlichen Stuhl.⁷⁸⁾ Der Linie Formbach-Viechtenstein schließlich wurde die St. Nicolaer Stiftsvogtei gegeben.

Graf Dietrich von Viechtenstein ist fast ein halbes Jahrhundert Vogt von St. Nicola gewesen. Bis zu seinem Tode (ca. 1140) kommt er in dieser Stellung vor.⁷⁹⁾ Zu derselben Zeit wurde Graf Rapoto von Ortenburg Klostervogt.⁸⁰⁾ Seine Gemahlin Elisabeth zeigte sich als besondere Wohltäterin der Chorherren⁸¹⁾, und sein zweiter Sohn Heinrich I. wurde nach ihm Vogt.⁸²⁾ Nach

75. Vgl. den Vogteipassus.

76. Strnadt, Peuerbach S. 92; Moritz, Grafen v. Formbach; J. Klämpfl, Geschichte der Grafschaft Neuburg am Inn, Verh. d. hist. Ver. f. Nied.-Bayern, 11. Bd., 1865, S. 55—192.

77. Auch F. M. Mayer S. 74 sieht in der Zugehörigkeit zu Reformpartei ein Motiv zur Ernennung der Vögte von St. Nicolaus.

78. O.Oe.U.B. I 626 Nr. 1.

79. O.Oe.U.B. I 549 Nr. 75; 550 Nr. 78; 551 Nr. 82; 552 Nr. 85 u. 86; 560 Nr. 115.

80. Ebenda 560 Nr. 116 (ca. 1140); 574 Nr. 176 (ca. 1160). Es handelt sich um den bayrischen Zweig des berühmten Geschlechts. Vgl. Riezler I, S. 869 f.; J. W. Huschberg, Geschichte des herzoglichen und gräflichen Gesamthauses Ortenburg, Sulzbach 1828, S. 40 ff.; K. Tangl, Die Grafen von Ortenburg, A.Oe.G. 30, 1864, beschäftigt sich nur mit der Kärntner Linie. Gelegentliche Hinweise über die bayrische finden sich S. 209 und S. 257.

81. O.Oe.U.B. I 596 Nr. 247; 602 Nr. 263.

82. Ebenda 610 Nr. 282; 608 Nr. 278. Rapoto II. ist wohl nie Vogt gewesen, wie man teilweise annahm, (z. B. das Register des O.Oe.U.B. II). Wo Rapoto comes als Vogt vorkommt, ist Rapoto I. gemeint. Andererseits kommt Rapoto II. vor als Palatinus (über ihn vgl. Huschberg S. 47 ff., Wittmann, Geschichte der Pfalzgrafen von Bayern, München 1877, S. 54 ff.), wo neben ihm sein Bruder Heinrich I. advocatus genannt wird, so O.Oe.U.B. I 610 Nr. 282.

des Viechtensteiners Tode muß die Vogtei als heimgefallenes Lehen den Ortenburgern vom Bischof von Passau verliehen worden sein. Denn in einem engeren verwandtschaftlichen Verhältnis standen, soviel wir wissen, die beiden Grafengeschlechter nicht.⁸³⁾

Seit der Mitte des 13. Jahrhunderts war die St. Nicolaer Vogtei in Händen der Herzöge von Bayern. In dem Einigungsvertrag zwischen Bischof Otto (von Lonsdorf) und Herzog Heinrich vom Jahre 1262⁸⁴⁾ wurde letzterem die Vogtei zugesprochen. Vielleicht hatten die Passauer Bischöfe versucht, die Vogtei in ihre Gewalt zu bekommen. Den mächtigen bayrischen Nachbarn gegenüber zogen sie den Kürzeren.

Wie schon mitgeteilt wurde, behielt sich Kaiser Friedrich I., als er dem Bistum Passau die Reichsabtei Niedernburg schenkte, die Vogtei⁸⁵⁾ oder, wie es in der zweiten Fassung der Schenkungsurkunde genauer hieß, die Investitur des Vogtes vor.⁸⁶⁾ Die Vogtei war also Reichslehen und blieb das vorerst auch noch. Lehnsträger waren im 12. Jahrhundert die Grafen von Sulzbach.⁸⁷⁾ Das läßt sich — so wenig sonst über die Niedernburger Vogtei bekannt ist — aus den drei einzigen

83. Die Erben der Grafen von Formbach-Viechtenstein waren die Hallgrafen von Wasserburg. Graf Engelbert war mit der Viechtensteinschen Erbtöchter Hedwig vermählt. Die Hallgrafen besaßen jedoch die Nicolaer Vogtei niemals. Moritz S. 155 f. meinte, die Vogtei sei nur auf die Grafen von Neuburg (Formbach) gegründet gewesen und mit deren Erbe an die Andechser gekommen. Er kann sich dabei auf eine Angabe Enenkel's stützen. Auch E. Frhr. v. Oefele, Geschichte der Grafen von Andechs, Innsbruck 1877, S. 59, bezeichnete die Herzöge von Meranien als Klostervögte. Trotzdem ist diese Ansicht nicht haltbar. Die Andechser kommen zuweilen in Urkunden des Stifts vor. Als Vogt wird von ihnen aber niemals einer genannt, wohl aber die Ortenburger. Moritz a. a. O. glaubt, die Ortenburger Vogtei habe sich nur auf wenige Stifftsgüter bezogen und sei erst durch allmähliche Arrondierung und Ausbreitung auf die meisten in Bayern gelegenen Güter erstreckt worden.

84. O.Oe.U.B. III 294 Nr. 312.

85. St. 3901 (M.B. XXIX* 356 Nr. 502).

86. St. 3905 (M.B. XXIX* 359 Nr. 503).

87. Ueber sie vgl. J. Moritz, Geschichte der Grafen von Sulzbach, Abh. d. hist. Kl. d. kgl. bayr. Akad. d. Wissensch., 1. Bd., München 1833. Sie sollen vom Herzog Ernst II. von Schwaben abstammen. Jedenfalls waren sie eine der vornehmsten Fürstenfamilien des 11. und 12. Jahrhunderts. S. auch E. Klebel, Die Grafen von Sulzbach als Hauptvögte des Bistums Bamberg, M.I.Oe.G. 41, 1926, S. 108—128.

Urkunden, die von ihr handeln, feststellen.⁸⁸⁾ Graf Gebhard II starb im Jahre 1188 ohne Hinterlassung von männlichen Erben.⁸⁹⁾ Das Vogteilehen wurde dem Kaiser ledig. Er hatte nun die Möglichkeit, die Vogtei einige Jahre später dem Bischof Wolfger zu schenken.⁹⁰⁾ Wie die Bischöfe diese Erwerbung auszunutzen verstanden, wird weiter unten gezeigt werden.

Von Mattsee ist aus früherer Zeit überhaupt nur ein Vogt bekannt. Es ist ein gewisser Chadalhoch, auch Chazili genannt, der in einer Aufzeichnung des Passauer Codex traditionum antiquissimus vom Jahre 1035 vorkommt.⁹¹⁾ Bemerkenswert ist immerhin, daß auch dort schon von einem placitum Chazilis die Rede ist.⁹²⁾ Später ist der Vogt deutlich als bischöflicher Beamter zu erkennen. Damit werden wir uns gleichfalls weiter zu beschäftigen haben, wenn wir besprechen, welche Bedeutung die Herrschaft über das Stift für das Territorium der Bischöfe besessen hat.

II.

Es ist ein wichtiges Resultat der vorangegangenen Einzeluntersuchungen, daß die Lehnsherrlichkeit des

88. M.B. XXVII 9 sq. Nr. 8 und 9. = M.B. XIV 414 sq. Nr. 12 und 13. Als Vogt der Niedernburger Frauen fungiert Graf Gebhard II. von Sulzbach. In derselben Eigenschaft kommt er vor Meichelbeck I, 2, 549 (1147) (Tausch zwischen Otto von Freising und Aebtissin Adelheid). Eine Urkunde, Groß 635 Nr. 1, berichtet einen Tausch zwischen Bischof Ulrich von Passau und der Aebtissin Kunigunde. Vogt ist Graf Berengar. Es ist zweifellos Graf Berengar von Sulzbach, des Grafen Gebhards II. Vater. Heuwieser S. 84 Anm. 3 ist sich im Zweifel, ob es sich um einen Grafen von Leonberg oder Sulzbach handelt. Er entscheidet sich nur vermutungsweise für den Sulzbacher unter Hinweis auf die Fußnote zu M.B. XXIX^a, 359 Nr. 502 (1161), obwohl ihm die Quelle für diese Behauptung nicht bekannt war. Die erste der erwähnten drei Urkunden führt bereits Riezler I, S. 877 an. Alle drei benutzte Moritz, S. 130, 182 und 166.

89. Moritz S. 165 und 232 ff.

90. St. 4801 (M.B. XXIX^a 469 Nr. 554). Auf des Grafen Gebhards Widerstand führen die Herausgeber der M.B. (vgl. die in vorletzter Anmerkung erwähnte Fußnote) es zurück, daß 1161 die Vogtei dem Hochstifte noch nicht mitverliehen wurde. Ihre Vermutung ist einleuchtend.

91. M.B. XXVIII^b 81 Nr. 105, 82 Nr. 106. Ueber ihn vgl. H. Witte, Genealogische Untersuchungen zur Reichsgeschichte unter den salischen Kaisern, M.I.Oe.G. Erg. Bd. 5, S. 425 Anm. 1. Wer dieser Chadalhoch war, wird schwerlich zu erkennen sein.

92. Actum est Munolfingun in placito iam dicti advocati Chazilini coram omni familia.

Eigenklosterherren über die Klostervogtei auch für die Gruppe der bischöflich passauischen Eigenklöster mit Sicherheit festgestellt werden konnte.⁹³⁾

Außer der Hauptvogtei über das Kloster pflegte es aber noch eine mehr oder minder große Anzahl von Nebenvogteien zu geben. Diese konnten sich auf die an Bedeutung verschiedensten Besitzungen erstrecken. Vogteien über einen Zehntteil⁹⁴⁾ oder einen Hörigen⁹⁵⁾ bis zu solchen über ganze riesige Vermögenskomplexe, bestehend aus Kirchen, Fronhöfen, Hörigen usw.⁹⁶⁾ sind möglich.

Auch ihrer Entstehung nach unterscheiden sich diese Sondervogteien. Die ehemalige Klostervogtei konnte sich zersplittern, so daß vielleicht nur eine unbedeutende Altarvogtei übrig blieb; das konnte durch Gewalt oder auch auf Anordnung des Stifters⁹⁷⁾, dem die Verfügung über die Vogtei zustand, vollzogen werden.⁹⁸⁾

Die häufigste Ursprungsart dürfte jedoch der Vogteivorbehalt eines Schenkers sein. In selten klarer Weise ist davon in dem jüngeren Altmann-Privilegium für St. Nicolaus⁹⁹⁾ die Rede.

93. Das gleiche gilt für sämtliche bischöflichen Klöster der Diözese. Die Verfügungsgewalt über die Vogtei ist auch sonst häufig als spezifisches Recht des Eigentümers erkannt worden, so von Schröder, Rechtsgeschichte S. 215; F. v. Wickede, Die Vogtei in den geistlichen Stiften des fränkischen Reiches von ihrer Entstehung bis zum Aussterben der Karolinger, Phil. Diss. Leipzig 1886, S. 21; G. v. Below, Territorium und Stadt, 2. Aufl., München u. Berlin 1923, S. 21 Anm. 1; A. Dopsch, Die Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit vornehmlich in Deutschland, 2. Teil, 1. Aufl., Weimar 1913, S. 112; Ficker, Eigentum des Reichs am Reichskirchengut S. 65; Hirsch, Klosterimmunität S. 103; Aubin, Landeshoheit S. 303 u. v. a.

94. Meiller, Babenb. Reg. 79, 140; 180, 146.

95. F. r. A. II 11, 162 Nr. 172; O.Oe.U.B. I 259 Nr. 157.

96. z. B. Die Vogtei des österreichischen Markgrafen oder des Bischofs von Passau über Güter von St. Nicolaus, O.Oe.U.B. II 113 Nr. 80, oder die Seitenstettener Vogtei, über die von Erzbischof Wichmann von Magdeburg geschenkten Güter, F. r. A. II 33, 21 Nr. 13.

97. O.Oe.U.B. II 107 Nr. 79; 113 Nr. 80; 607 Nr. 410 (St. Nicolaus); ebenda 166 Nr. 111; 170 Nr. 113 (Gleink nach den ältesten Fälschungen). Ueber Reichersberg s. Martin S. 387 ff. Die Reichersberger Vogtei erstreckte sich nur noch über 12 Hufen. S. auch B. Appel, Geschichte des regulierten lateranensischen Chorherrenstifts Reichersberg in Oberösterreich, Linz 1857.

98. Von der Teilung der Klostervogtei in zahlreiche Untervogteien ist hier noch nicht die Rede.

99. O.Oe.U.B. II 113 Nr. 180.

Die gräfllich formbachische (Klostervogtei), die markgräfllich österreichische und die bischöflich passauische sollten die einzigen Vogteien bleiben. Nur eine Ausnahme sollte es geben: die Schenkervogtei. Nisi forte quispiam successu temporis pro remedio anime sue et pro reverentia sanctissimi Nicolai pontificis eidem Cenobio aliquas possessiones tradiderit et ius advocacie cum privilegio a Monasterio recepto in eisdem sibi reservaverit, illum cum debita discretione frui volumus suo iure. Eine große Anzahl derartiger Vogteien sind nachzuweisen, und sicherlich hat es noch weit mehr gegeben, als sich jetzt erkennen lassen.¹⁰⁰⁾ Die Gründe für dieses Zugeständnis sind naheliegend. Da der Eigenklosterherr über sämtlich Besitzungen einen oder mehrere Vögte bestellte, die verschiedenartige Rechte ausübten und zahlreiche Abgaben erhoben, so mochte manchem, der aus religiösen Gründen eine Stiftung zu machen beabsichtigte, der Gedanke davon zurückhalten, daß einen Teil der Einkünfte ein anderer, der Vogt, erhalten sollte. Sicher ist jedenfalls, daß die Vogtei über eine Schenkung dem Geber zu-

100. O.Oe.U.B. I 609 Nr. 280; M.B. IV 320 Nr. 13. Fr.A. II 33, 7 Nr. 5; ebenda 21 Nr. 13; Faigl 35 Nr. 40; Fr.A. II 51, 130 Nr. 123; 169 Nr. 165; 199 Nr. 183; Fr.A. II 8, 72 Nr. 284; 43 Nr. 175; Hagn 79 Nr. 62. Vgl. auch O.Oe.U.B. II 525 Nr. 364 (1209): Ut ipsis (praeposito et fratribus von St. Florian) proprietas, nobis vero in eisdem bonis advocatia remaneat nulli tamen infeodanda a nobis sed sine utilitate defendenda. Nam omnes utiles iusticias in eisdem advocaciis ipsi ecclesie condonamus. Dies stellt einen hochinteressanten Fall dar, in dem sich ein Fürst die Vogtei über Schenkungen seiner Ministerialen reserviert. — Von allgemeiner Bedeutung ist eine Urkunde Rudolfs von Habsburg. B.R. 1101 (Fr.A. II 33, 103 Nr. 86 vom Jahre 1279), in der von dem Vogteivorbehalt der Schenker gesprochen und die Nachfolge des Landesherrn beim Aussterben der Schenkerfamilie proklamiert wird. Man hat darin eine spezielle Konsequenz aus dem allgemeinen Recht des Landesfürsten auf erbenloses Gut zu erblicken. Dazu vgl. o. Anm. 58 u. 59. — Für die große Mehrzahl der Sondervogteien läßt sich die Herkunft nicht feststellen, ist aber vermutlich auch auf Schenkung zurückzuführen. Ueber weltliche Vogtei als Pertinenz des freien Eigens im späteren Mittelalter, von der die Schenkervogtei eigentlich nur eine Teilerscheinung ist, vgl. A. Dopsch, Zur Geschichte der patrimonialen Gewalten in Niederösterreich, M.L.Oe.G. 29, 1908, S. 617 ff. Als Beispiele für Teilvogteien unbekannter Entstehung sei auf folgende Stellen verwiesen: Fr.A. II 21, 11 Nr. 11 (Altenburg); Bielsky 286 Nr. 31 (St. Georgen); Fr.A. II 51, 78 Nr. 63; 112 Nr. 103; 113 Nr. 104; 150 Nr. 151; 152 Nr. 152; 166 Nr. 164; 168 Nr. 165; 170 Nr. 166 (Göttweig); N.Oe.U.B. I 249 Nr. 208; 209 Nr. 172; 113 Nr. 84 (St. Pölten); Hagn 41 Nr. 33; 67 Nr. 54; 85 Nr. 68 (Kremsmünster).

stand. Daraus ergibt sich nicht nur die große Anzahl der Vogteien, sondern auch die überaus verschiedene Rechtslage der kirchlichen Güter, über die noch zu sprechen sein wird. Viele Wohltäter allerdings haben ausdrücklich¹⁰¹⁾, wohl noch mehr stillschweigend, auf Vogteien verzichtet, da sie nicht die Macht besaßen, den erforderlichen Schutz zu gewähren. Aber gerade der ausdrückliche Verzicht illustriert die Verfügungsberechtigung der ehemaligen Eigentümer im Falle der Schenkung, wie sie den Eigenklosterherren für die übrigen Besitzungen zustand.

Diese Nebenvogteien konnten, wie die Klostervogtei selbst, durch die Vogteiherren versehen werden; und zwar war das wohl dem Sinn der Sache nach die Regel. Aber auch Vergebung in den zeitgemäßen Formen der Aemterbesetzung ist denkbar. Im 11. und 12. Jahrhundert wurde das in unserem Gebiete immer überwiegender die lehnrechtliche Form.¹⁰²⁾

In fränkischer Zeit dagegen waren die Vögte noch frei bestellt worden, und zwar, solange die betreffende Kirche unabhängig war, von ihrem Vorsteher, der ja faktisch in jeder Hinsicht die Leitungsgewalt in Händen hatte.¹⁰³⁾ Wurde die Kirche aber abhängig, oder war sie es von ihrer Gründung an, so hatte diese Rechte ihr Herr, der daher natürlich auch über das Vogtamt verfügte. Während ursprünglich die Vogtei nur gegenüber den Abhängigen der Kirche herrschaftlichen Charakter besaß, wurde der Vogt jetzt vom Eigenkirchenherrn auch mit Herrschaftsrechten gegenüber der Kirche selbst ausgestattet, die er seiner-

101. O.Oe.U.B. I 604 Nr. 269; 608 Nr. 278; O.Oe.U.B. III 79 Nr. 73; Faigl 58 Nr. 61; 35 Nr. 40.

102. Das beweisen die Ausführungen des I. Abschnitts dieses Kapitels.

103. Vgl. Dopsch, Wirtschaftsentwicklung II, 1. Aufl., S. 103 ff. Dopsch legte dar, daß nicht, wie man früher annahm, in der Karolingerzeit der König die Vögte einsetzte. „Vielmehr lassen die Urkunden deutlich erkennen, daß die Bistümer und Klöster, welche nicht Eigen des Königs waren, oder auch von Laien, die Vögte frei wählten, ganz ebenso, wie dies in der Zeit der Merowinger der Fall war.“ Für die Zeit vor Karl dem Großen meint auch Wickede S. 11: „Bisher war der Vogt ein lediglich von Seiten des Bischofs oder Abts in Pflicht genommener Beamter.“ Daß es sich in der Regel nicht einmal um Uebertragung des Amts auf Lebenszeit handelte, zeigt v. Wickede S. 26. S. auch A. Heilmann, Die Klostervogtei im rechtsrheinischen Teil der Diözese Konstanz bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts. Görres-Ges. z. Pflege der Wissenschaft im kathol. Deutschland. Sektion f. Rechts- u. Sozialwiss. 3. Heft, Köln 1908, S. 82.

seits auf Grund seines Eigentums besaß. Der Vogt war vom Beamten der *Kirche* zum Beamten des *Eigenklosterherren* geworden.¹⁰⁴⁾ Diese Wandlung ist mit dem Vordringen des Eigenkirchenrechts im 9. Jahrhundert vor sich gegangen und kann dadurch völlig erklärt werden.

Der Rechtsgrund, dem zufolge der König die Gewalt über die Vogteien der Reichsklöster besaß, war meist das Eigentum oder, zur Zeit der Karolinger, bei vielen Klöstern der spezielle Königsschutz, aus dem sich häufig die Eigenklosterherrschaft herausbildete. Also auch hier gingen die Vogteien vom Herren der Kirchen aus. Die Herrschaft über die Reichsklöster darf man sich aber keineswegs gleichmäßig streng vorstellen. Es gab solche, die an tatsächlicher Freiheit Bistümern gleich standen, und wieder andere, die gebundener waren als bischöfliche oder klösterliche Eigenklöster. Mit königlichem Eigentum oder speziellen Königsschutz für Kirchen pflegte das besondere Privileg der Immunität, einer bevorzugten öffentlich-rechtlichen Stellung verbunden zu sein.¹⁰⁵⁾ Viele der mit ihr verliehenen Rechte nahm in der Regel im Interesse der Kirche ein Vogt wahr.

Daß sich ein Recht des Königs, Bistumsvögte einzusetzen, je herausgebildet hat, kann nicht nachgewiesen werden. Stets ist, soweit wir sehen können, die Vogtei vom Bistum abhängig. Der Bischof kann seinem Vogte auf Grund der Bistumsimmunität hervorragende öffentlich-rechtliche Befugnisse übertragen.

104. Sehr schön kommt das auch im sprachlichen Ausdruck zur Geltung, wenn es heißt, der Abt von Melk habe einen Tausch vorgenommen *per manum sui advocati domini Luitpaldi marchionis et Roudolfi advocati eiusdem marchionis*. Der Untervogt wird also als Vogt des Markgrafen aufgefaßt. Vgl. Hueber 6 Nr. 7; Meiller, *Babenb. Reg.* 14, 17. Deutlich wird der Vogt als Beamter des Eigenklosterherrn erkenntlich in *O.Oe.U.B.* II 102 Nr. 77: *episcopi vel etiam eius, quem pro tempore sibi elegerit advocatum*. — Uebrigens findet man auch sonst zuweilen „Vögte“ von Weltlichen, z. B. Hagn 33 Nr. 25 und ferner *O.Oe.U.B.* II 286 Nr. 191; Heinrich der Löwe bestimmt dort: *Advocatus autem curie et redituum ac mancipiorum nostrorum eos (die Chorherren von Ranshofen) vice nostra cum mancipiis et possessionibus suis defendere et tueri debet eo tenore, ut querimonias tam fratrum quam mancipiorum suorum audiat et congruam eis iustitiam faciat, paratam nullam ab eis pro hoc exiget, sed tantum de horreo nostro secundum antiquam institutionem tempore suo accipiet*. Also selbst ein Gehalt bezog hier der Vogt unmittelbar vom Eigenklosterherren.

105. Stengel. *Immunität* I, S. 570 ff. „Seit Ludwig dem Frommen ist der Schutz ein mit der Immunität nicht accessorisch verbundenes, sondern ihr inhärentes Recht.“ (S. 572). Hirsch, *Klosterimmunität* S. 6.

In der Immunitätsvogtei darf daher nichts von den übrigen Erscheinungsformen der Vogtei grundsätzlich Verschiedenes erblickt werden. Unter den Vogteien, wenn wir sie hinsichtlich ihrer Kompetenzen unterscheiden, nimmt sie nur den höchsten Rang ein.¹⁰⁶⁾

Eine so tiefe Kluft zwischen der alten advocatia und der deutschen Vogtei — wenigstens soweit sie sich auf Kirchen bezieht —, zwischen Beamtenvogt und Herrenvogt, wie A. Waas in seinem Buche über Vogtei und Bede, das wegen der Fülle seiner Anregungen sehr viel beachtet wird, zu zeigen versuchte, besteht wohl doch nicht.¹⁰⁷⁾ Der Vogt war nach wie vor Beamter, nur sein Auftraggeber war ein anderer geworden. Allein dem bevogteten Institut gegenüber, für das der Vogt vom Beamten zum Inhaber von delegierten eigenklosterherrlichen Rechten geworden war, war der Unterschied so tiefgreifend.

Während anderwärts die bischöflichen Vogteien eine zentralistische Entwicklung nahmen, während sonst einheitliche Domvogteien entstanden sind, scheint das in Passau nicht geschehen zu sein, und wenn, dann zersplitterte sie sich bald wieder.¹⁰⁸⁾ Die bischöflichen Eigenklöster hatten ursprünglich eigene Vogteien anscheinend nicht gehabt, sondern ihre Angelegenheiten waren vermutlich durch Vögte des Bistums mitbesorgt worden. Als sie aber besondere Vögte zugestanden erhielten,¹⁰⁹⁾ blieb der Bischof Herr der Vögte über seine Klöster, wie er es über die sämtlicher Bistumsbesitzungen war.

106. Dazu vgl. Kap. 4, Abschn. I.

107. Waas, Vogtei und Bede I, S. 32. Waas' Gegenüberstellung von Beamten- und Herrenvogt stimmen zu H. Fehr, H. Z. 124, 1921, S. 108, und H. Planitz, Sav. Z. G.A. 41, 1920, S. 421—433 in ihren Besprechungen der Waas'schen Arbeit. H. Aubin, Vogtei und Munt, Vjschr. f. Soz.- u. Wirtsch.-Gesch. 16, 1922, S. 411, meint wohl mit Recht: „ein solcher vollständiger Abbruch der Entwicklung ist unglaublich“. A. gibt auch eine einleuchtende Erklärung für die Uebernahme des Namens advocatus für weltliche Eigenkirchenherren. Er erklärt als Grund die Auffassung der Rechte des Eigenkirchenherren nach dem Beispiel der einzig bis dahin bestehenden advocatia, der Beamtenvogtei der alten Bistümer. Einfach die alte Beamtenvogtei ist allerdings nicht Vorbild gewesen, nicht das alte Amt der Kirche, vielmehr das neue des Eigenkirchenherren.

108. Starflinger, Domvogtei S. 27 ff.

109. Vgl. etwa die Beispiele von Kremsmünster und St. Georgen i. Abschn. I. A. dieses Kapitels.

Laien konnten die Vogtei über ihre Kirchen selbst ausüben — sie führen ja auch meist den Vogttitel —, geistliche Eigentümer nicht; sie mußten dazu Laien bestellen. Wie die Kirche früh den Satz sich zu eigen machte, *ecclesiasticus ne se implicat negotiis saecularibus*, wie sie das Vertretungsprivileg erstrebte, ist oft dargestellt worden.¹¹⁰⁾ Daher kam es, daß der geistliche Eigenkirchenherr dem Vogt die Wahrnehmung eines Teiles seiner Rechte übertrug, ganz besonders ist hier an die weltliche Gerichtsbarkeit zu denken, die er selbst nicht ausüben konnte. Andererseits ging seine Bindung nicht so weit, daß er nicht in vieler Hinsicht mit seinem Vogte in Konkurrenz treten konnte.¹¹¹⁾

Um das Wesen der Vogtei zu erkennen, muß man gerade die Fälle der Trennung von Eigenkirchenherrschaft und Vogtei, also gerade die Vogteiverhältnisse kirchlicher Kirchen beobachten. Allerdings sind auch bei weltlichen instruktive Situationen zu finden.

Waas hat Eigenkirchenherrschaft und Kirchengvogtei identifiziert.¹¹²⁾ Er geht bei seinen Betrachtungen vorzugsweise von der Untersuchung der Verhältnisse bedeutender laikaler Klöster aus.¹¹³⁾ Bei ihnen gehören ja alle Herrschaftsrechte ein und derselben Person. Daher ist das Resultat, zu dem er gelangte, sehr verständlich. Das dort gewonnene Ergebnis übertrug er auf die sonstigen Klostergattungen.¹¹⁴⁾ Er kam zu einer Auffassung der Kirchherrschaft, die der von Heusler begründeten¹¹⁵⁾ sehr nahekommt. Bekannt ist die Kontroverse Heusler einerseits und Ficker und Stutz andererseits.¹¹⁶⁾ Zur Frage

110. Dopsch, *Wirtschaftsentwicklung* II, 1. Aufl., S. 102 f.

111. Vgl. unten Anm. 126 ff.

112. Vogtei und Bede I, S. 51, faßt Waas die Ergebnisse vorangegangener Untersuchungen zusammen: „Wir dürfen nun also für das deutsche Mittelalter Vogtei und Eigenkirchenherrschaft miteinander gleichsetzen“. S. 52: „Munt und Vogtei, Eigenkirchenrecht und Kirchengvogtei fallen zusammen.“

113. So Beromünster, Muri, Schaffhausen, Hirsau, Calw u. a.

114. Beachte Aubin, *Vjschr. f. Soz. u. W. Gesch.* 16, S. 413: „Nur weil er das fruchtbare Forschungsprinzip, von den Eigenkirchen des Adels auszugehen, auch für die Darstellung der Entwicklung festgehalten hat, ist ihm wohl die volle Auswertung dieser Beobachtungen versagt geblieben“.

115. Heusler, *Institutionen* I, S. 133 und S. 314 ff.: „Herrschaft ist Munt“.

116. Ficker *Eigentum am Reichskirchengut*. Dagegen Heusler, *Institu-*

steht, ob die Kirchherrschaft personenrechtlich (Munt) oder sachenrechtlich aufzufassen ist. Waas sah die Vogtei als die personenrechtliche, die Eigenkirchenherrschaft als die sachenrechtliche Seite des gleichen Verhältnisses an.¹¹⁷⁾ In den Besprechungen der Waas'schen Arbeit¹¹⁸⁾ ist einstimmig gegen diese Auffassung Stellung genommen worden. Dabei wandte man sich mit Recht dagegen, daß die Eigenkirchenherrschaft nicht als eine primär nur sachenrechtliche Herrschaft betrachtet, sondern mit dem sachenrechtlichen Element das personenrechtliche auf eine Stufe gestellt wurde (Vogtei als personenrechtliche Seite der Sache).¹¹⁹⁾

Das Eigenkirchenrecht führte zwar, wie die Grundherrschaft, zur Munt über gewisse zur Kirche oder zur Grundherrschaft gehörige Personenkreise. Diese Herrschaft ist aber sekundär. Mit Waas und seinen Kritikern darf man m. E. aber auch nicht eine aus dem Eigenkirchenrecht sich ableitende oder gar neben ihm bestehende Muntherrschaft als Spezifikum der Kirchenvogtei hinstellen. Vielmehr hat diese aus dem Eigenkirchenrecht stammende Kompetenzen, und zwar nicht nur über Personen, sondern auch solche, die aus speziell sachherrschaftlichen Beziehungen herrühren. In der Vogtei mag allerdings, da ihre wesentlichste Aufgabe der Schutz ist, der übrigens auch der Eigenkirchenherrschaft nicht fehlt,¹²⁰⁾ die Beziehung zu Personen mehr hervorgetreten sein.

Dem Historiker muß als entscheidender Einwand gegen die Waas'sche Lehre die Beobachtung erscheinen, daß Eigenkirchenherrschaft und Vogtei häufig bei verschiedenen Personen liegen.¹²¹⁾ Im Sinn der Lehre Heusler-Waas liegt aller-

tionen I, S. 314 ff. Stutz' Polemik gegen Heusler findet sich Eigenkirchenvermögen S. 1192 ff.

117. Vogtei und Bede I, S. 26: „daß eine personale und eine dingliche Seite dieses Herrschaftsverhältnisses, als Munt über Personen und Gewere an Sachen, stets voneinander zu trennen sind“.

118. Planitz, Sav. Z. G. A. 41, S. 428 f.; Fehr, H. Z. 124, S. 108; Aubin Vjschr. f. Soz. u. Wirtsch. Gesch. 16. S. 410.

119. Dagegen darf man nicht einen rechtlichen Zusammenhang von Vogtei und Eigenherrschaft abweisen, wie es Fehr a. a. O. S. 108 tut.

120. Ueber Schutz als Aufgabe des Eigenklosterherrn vgl. Kap. 2, Anm. 122.

121. So wenigstens bis zur 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts regelmäßig bei allen bischöflichen Klöstern. Vgl. Abschn. I dieses Kapitels.

dings hier lediglich das Verhältnis von Ober- und Untervogtei vor.¹²²⁾ Doch ist diese Auffassung unzutreffend.

Als Kaiser Friedrich Barbarossa dem Hochstift Passau Niedernburg schenkte, behielt er sich die Vogtei vor. Er war Obervogt, Graf Gebhard II. von Sulzbach von ihm belehnt,¹²³⁾ der Bischof von Passau aber Eigentümer des Klosters, keineswegs Obervogt.¹²⁴⁾

Noch deutlicher läßt sich die Sachlage durch Gegenüberstellung des Inhalts der Eigenkirchenherrschaft und der Vogtei erkennen. Die Vogtei war, wie wir sahen, ein Lehen geworden. Aber zur Zeit der strengen Geltung des Eigenkirchenrechts war das Lehnrecht noch nicht zu einer so konsequenten Durchbildung gelangt, daß „das Recht des Belehnten an dem Lehnobjekt eine Mitausübung durch den Lehnsherrn“ ausschloß, wie das eine prinzipielle Forderung des Lehnrechtes ist.¹²⁵⁾ Tatsächlich können wir oft den Bischof von Passau Funktionen wahrnehmen sehen, die meist dem Vogte zugefallen waren.

Schützer waren Eigenklosterherr¹²⁶⁾ und Vogt¹²⁷⁾. Rechtsgeschäftliche und prozessualische Vertretung des Klosters sowie Kontrolle der klösterlichen Vermögensverwaltung waren Aufgaben des Vogtes,¹²⁸⁾ sie nahm aber, wie bereits gezeigt wurde,

122. Vgl. Waas, Vogtei und Bede I, S. 70 u. 120.

123. Vgl. oben Anm. 87 ff.

124. Insofern bildet der berichtete Fall eine Ausnahme als vom Eigentum die Vogteiherrschaft ausdrücklich abgetrennt wurde. Aber gerade die Beobachtung, daß Eigentum auch ohne die übliche Vogteiherrschaft noch recht bedeutsam war, ist aufschlußreich für die Feststellung des Verhältnisses von Eigenklosterherrschaft und Vogtei.

125. G. v. Below, Der deutsche Staat des Mittelalters, 1. Bd., 2. Aufl., Leipzig 1925, S. 250.

126. Vgl. o. Kap. 2 Anm. 122.

127. An solchen Formeln der Urkunden, die sehr häufig sind, vgl. z. B. O.Oe.U.B. II 108 Nr. 79: Ego quoque, siquid... contuli, mihi et successoribus meis vice advocati patrocinandum reservavi; ebenda 115 Nr. 80; 607 Nr. 410. Diese Schutzpflicht erstreckt sich auf die Wahrung des Interesses der Kirche gegenüber den eigenen Hintersassen, M.B. IV 350 Nr. 35 (Domkapitel von Passau): Item si cellerarius noster deponit querimoniam advocato de aliquo nostrorum rusticorum, quem per se coercere non potest, advocatus hunc cohercebit.

128. Hier mögen einige deutliche Quellenäußerungen folgen: F.r.A. II 8, 27 Nr. 100. Cum licentia... etiam advocati nostri sicut iustum est; ebenda

auch der Klosterherr selbst wahr.¹²⁹⁾ Man kann im allgemeinen sagen, daß der Vogt ursprünglich nichts tun kann, was rechtlich nicht auch dem Eigenkirchenherrn möglich gewesen wäre. Erst allmählich entwickeln sich Eigenkirchenherrschaft und Vogtei de facto immer mehr auseinander. Schon früh ließen die tatsächlichen Verhältnisse, die Macht des Vogtes, der regelmäßig ein Edelfreier war, wie aus dem vorigen Abschnitt hervorgeht¹³⁰⁾, die Rechte des Herrn nicht immer zur Durchführung kommen. Eine besondere Färbung erhielt das Vogteinstitut durch die Einkünfte, die ihm zufielen¹³¹⁾, und die allmählich von einer bloßen Amtsausstattung zu einer Hauptsache wurden¹³²⁾, schließlich sogar neben den vogteilichen Funktio-

30 Nr. 113; 31 Nr. 115; 46 Nr. 190; 48 Nr. 196; F.r.A. II 51, 62 Nr. 49 (Göttweig); O.Oe.U.B. I 531 Nr. 1; 533 Nr. 8; 534 Nr. 10; 535 Nr. 13; 543 Nr. 55; 544 Nr. 56 usw.; O.Oe.U.B. II 214 Nr. 145: *he transmutationes, ut legaliter fierent, facte sunt presente comite D. fratrum advocato...* (St. Nicolaus); O.Oe.U.B. II, 421 Nr. 287 (Waldhausen); M.B. XXVII 9 sq. Nr. 8 u. 9; Meichelbeck I, 2, 549; Groß 635 Nr. 1 (Niedernburg); O.Oe.U.B. II 191 Nr. 128 (St. Florian); Hagn 30 Nr. 21; 33 Nr. 25 (Kremsmünster); N.Oe.U.B. I 27 Nr. 18 (St. Pölten); O.Oe.U.B. I 270 Nr. 181; 214 Nr. 29 (Ranshofen); ebenda 630 Nr. 8 (Formbach); ebenda 310 Nr. 67 (Reichersberg); M.B. V 336 Nr. 61 (Aldersbach). — Zu bemerken ist jedoch, daß die Rolle des Salmanns für den Vogt nicht spezifisch ist. Es ist ganz regelmäßig, daß auch beliebige andere angesehene Männer in dieser Stellung vorkommen. Möglicherweise liegt — das ist Waas Vogtei und Bede I, S. 86 f. zuzugeben — ein vorübergehendes Vogteiverhältnis, eine Art von *advocatia ad hoc* vor, wie sie oft zu finden ist, z. B. *per manum comitis B. de Andehse ad hoc nobis in advocatum electi* M.B. XI 163 Nr. 45; *advocatus eiusdem concambii* O.Oe.U.B. I 346 Nr. 123; ferner vgl. F.r.A. II 11, 95 Nr. 85 und O.Oe.U.B. III 287 Nr. 305. Ueber *advocati ad hoc* in der Karolingerzeit vgl. Dopsch Wirtschaftsentwicklung, 2. Bd., 1. Aufl., S. 108. Dieses Institut zeigt zugleich, wie weitmaschig der Begriff Munt ist. Er ist anzuwenden vom strengsten Herrschaftsverhältnis bis zum rein symbolischen Schutzverhältnis. Vielleicht könnte man gar das Verhältnis eines Rechtsanwalts zu seinem Klienten auch noch als symbolisches Muntverhältnis auffassen.

129. Vgl. Kap. 2 Anm. 45 ff. und 71.

130. Vgl. Abschnitt I dieses Kapitels.

131. Beschreibungen der verschiedenen Arten von Vogteireichnissen finden sich Oesterreich. Urbare I, 1, S. CLVIII f. und III, 1 S. CLXVII ff. Die einzelnen Abgaben, die vorkommen können, nach ihrem Rechtsgrunde zu untersuchen, würde Sache einer besonderen Abhandlung sein.

132. Der Vogt hatte meist Güter zu Lehen vom Vogteiherrn. Vgl. z. B. für St. Nicolaus O.Oe.U.B. II 105 Nr. 79, 109 Nr. 80. Später wurden zuweilen diese Lehnsgüter schlechthin „Vogtei“ genannt, z. B. M.B. XXVIII^b 464

nen für sich hergingen. Ja, es kam später vor, daß die Mehrzahl der Einkünfte und die Funktionen sich in verschiedener Hand befanden.¹³³⁾ Das wichtigste Moment bei dem Auseinandergehen der beiden Institute war aber die völlige Durchführung des Lehnrechtes. Sie verschuldet es, daß der Herr des Lehens schließlich überhaupt von jeder Mitwirkung ausgeschlossen wurde. Es gelang dem Vogte, die ihm übertragenen eigenkirchenherrlichen Rechte für sich allein in Anspruch zu nehmen. Daran liegt es auch, daß in den späteren Zeiten des geltenden Eigenkirchenrechts ein Herr geistlichen Standes gerichtlich nicht tätig wurde, in den früheren hat ihn daran das in dieser Hinsicht noch strenger geltende kanonische Recht gehindert. Immerhin werden wir noch näher die Tatsache beleuchten können, daß der Vogt bis zur Zeit der tatsächlichen Lösung der Vogtei vom Kirchenherrn wenigstens prinzipiell nur diejenigen gerichtlichen Rechte auszuüben imstande war, die dem Herrn zustanden.

Wenn nun der Vogt nur tätig sein kann, wo er durch Rechte des Eigenklosterherrn dazu legitimiert ist, so sind umgekehrt offenbar nicht alle Rechte des Eigenherrn ihm übertragen gewesen. So hat der Vogt selbstverständlich keineswegs das Recht, das Kloster in irgend einer Form zu veräußern. Ferner läßt sich aus dem Passauer Sprengel kein Fall nachweisen, in dem der Eigenklostervogt Anteil an der geistlichen Leitungsgewalt des bevogteten Klosters gehabt hätte, der doch auch einem laikalen Klosterherrn zustand.¹³⁴⁾ Nie hat ein Vogt einen Propst oder Abt eingesetzt, nie die Reformierung eines Klosters veranlaßt. Ferner scheint auch die Investitur des Klostervorstandes zu den spezifischen Kompetenzen des Eigenklosterherren gehört zu haben.

Dafür bezeichnend ist offenbar die Ausdrucksweise der

Z. 29: *feuda que dicuntur Vogtai*. — Es kam sogar vor, daß ein Vogt vom Vogteiherrn geradezu ein Gehalt bezog, vgl. o. Anm. 104. — Ueber Vogteirechte als Objekte des vermögensrechtlichen Verkehrs vgl. auch H. Ritter v. Srbik, *Die Beziehungen von Staat und Kirche in Oesterreich während des Mittelalters*, Forschgn. z. inn. Gesch. Oesterreichs, hsg. v. A. Dopsch, Bd. 1, Heft 1, Innsbruck 1904, S. 87.

133. Vgl. die Darstellungen im Abschnitt VI des nächsten Kapitels.

134. Vgl. Kap. 2, Anm. 143, 150 u. 158.

Schenkungsurkunde Friedrichs I. für Bamberg über Niederaltaich.¹³⁵⁾ Der Kaiser gibt *abbatiam nostram Altaha dictam, tam in temporalibus quam in spiritualibus . . . Statuimus igitur, ut pretaxatus Babenbergensis episcopus Eberhardus . . . predicti monasterii abbatem investiat. Advocatiam quoque . . . in ius et proprietatem iam dictae Babenbergensis ecclesiae transfundimus.*

Es sollen hier nur Beobachtungen mitgeteilt werden, die bei der Bearbeitung der Quellen eines Teiles von Bayern und Oesterreich gemacht wurden. Eine über dieses Gebiet hinausgehende Geltung des Satzes, daß dem Vogt die spirituellen Rechte des Eigenkirchenherrn sowie auch das Recht der Temporalieninvestitur prinzipiell fehlen, kann an dieser Stelle nicht behauptet werden. Denn eine solche Behauptung würde einen Beweis erfordern, der auf einem lokal weniger beschränkten Quellenmaterial aufgebaut wäre, der insbesondere die Ausnahmefälle aufzeigte und erklärte,¹³⁶⁾ und der infolgedessen den Rahmen einer Abhandlung über die passauischen Klöster weit überschreiten müßte.

Um vorläufig wenigstens anzudeuten, daß die zuletzt dargelegten inhaltlichen Unterschiede zwischen Eigenklosterherrschaft und Vogtei eine größere Bedeutung haben als es hier bewiesen werden konnte, dürfte nichts besser sein als auf Waas' Ausführungen über die Einsetzung der Klostervorstände und insbesondere auch über den Patronat hinzuweisen.¹³⁷⁾ In Konsequenz seiner Lehre von der Identität von Eigenkirchenherrschaft und Vogtei nimmt Waas natürlich die geistlichen Rechte auch für den Vogt in Anspruch. Immerhin meint er: „Ein einheitliches Bild von dem Recht des Vogtes auf Einsetzung des Geistlichen an der bevogteten Kirche geben uns die Quellen also nicht.“ Zwei Auffassungen ständen sich in den Quellen gegenüber. „Diese beiden Auffassungen verteilen sich aber so, daß dort, wo wir den maßgebenden Einfluß des Vogts auf die Ernennung des Abts vorfinden, wie in Schaffhausen, Muri, Bero-münster, Goslar und dem alten Hirsau, wir auch die Vogtei im

135. St. 3618 (M.B. XI 164 Nr. 42), 1152.

136. Es müßte hier besonders gezeigt werden, wie die abweichende Lage der dem römischen Stuhle tradierten Klöster auf die Gestaltung der Vogtei zurückwirkte.

137. Waas, Vogtei und Bede I, S. 72 ff.

alten Sinne am besten ausgeprägt sehen . . .¹³⁸⁾ Gerade die genannten Klöster sind aber laikale Eigenklöster, bei denen tatsächlich eine Personalunion von Vogt und Eigenkirchenherrn besteht. Sie beweisen also gar nichts für ein Einsetzungsrecht des Vogtes.

Sehr bemerkenswert ist das Honauer Beispiel, das Waas anführt: „Auch in Honau liegt ein weit größeres Recht in der Hand des Kaisers. Er verleiht nämlich auf Grund seines Vogt-rechtes die Abtswürde, während allerdings den kaiserlichen Untervögten kein Einfluß darauf¹³⁹⁾ zuerkannt wird.“¹⁴⁰⁾ Nicht auf Grund der Vogtei, sondern der Herrschaft übt eben der Kaiser dies Recht. Das gleiche Bild geben eindeutig fast alle übrigen Fälle, die Waas mitteilt.¹⁴¹⁾

Noch näher der Lösung wird das Problem die Beobachtung des Verhältnisses von Vogtei und Patronat bringen. Die Kirchenvogtei des späteren Mittelalters ist in den meisten Teilen Deutschlands eine Fortsetzung der alten Vogtei. Der Patronat entspringt dem Eigenkirchenrecht. Daß ein Unterschied zwischen Vogtei und Patronat besteht und worauf er beruht, sieht gerade Waas sehr deutlich.¹⁴²⁾ „Andererseits hat man aber auch wirklich in den Quellen seit dem 12. Jahrhundert Vogtei und Patronat auseinandergehalten.“ „In einzelnen Fällen schied man den Patronat über eine Kirche selbst, der vor allem das Präsentationsrecht des Geistlichen umfaßte¹⁴³⁾, von der Vogtei über das Gut einer Kirche.“ Die Begründung dieser zutreffenden Beobachtung ist allerdings nicht anzunehmen. „Da nun bei Klöstern die Vogtei über das Kloster-gut von der größten Wichtigkeit war, die Verfügung über den Abt dem Vogt aber mehr und mehr entzogen wurde, redete man bei Klöstern ausschließlich von Vogtei, bei kleineren Kirchen aber mit wenigem Grundbesitz, bei denen das Präsentationsrecht des Pfarrers der Hauptinhalt des Herrschaftsrechtes war, ge-brauchte man den Ausdruck Patronat, . . .“. Bei Klöstern war

138. Ebenda S. 75 f.

139. Von mir gesperrt.

140. Waas I, S. 73 f.

141. Die Prima vox in assensu praestando dürfte der Vogt in Köln (Waas S. 76 f.) bei der acclamatio populi nach der Wahl gehabt haben.

142. Waas I, S. 96.

143. Von mir gesperrt.

seit dem 13. Jahrhundert eine Mitwirkung bei der Bestellung des Abtes ausgeschlossen. Sie war durchaus dem Konvent zugefallen. Da die dem Patronat spezifischen kirchlichen Befugnisse bei Klöstern fehlten, ist der Klosterpatronat nie zu einer rechten Bedeutung gelangt. Ihm gegenüber trat die Vogtei hervor. Bei kleineren Kirchen hatte der Eigenkirchenherr keinen so mächtigen Gegner. Es gelang ihm, einen Teil seiner Befugnisse zu behaupten. Man darf aber nicht die Vogtei bei höheren, den Patronat bei niederen Kirchen als durch die verschiedenen Lebensbedingungen beider Anstalten modifizierte Formen der ursprünglich gleichen Einrichtung bezeichnen. Das wird schon dadurch ausgeschlossen, daß Vogtei- und Patronatsrechte an der gleichen Kirche nebeneinander vorkommen.¹⁴⁴⁾

144. Waas I, S. 97.

Viertes Kapitel.

Die Klosterimmunität.

Zur Geschichte der Klosterpolitik der Babenberger.

I.

Derjenige, von dem eine Vogtei ausging, Eigenkirchenherr oder Schenker, konnte diese selbstverständlich nur mit solchen Rechten ausstatten, die er selbst besessen hatte.¹⁾ So ist es einleuchtend, daß er dem Vogte Gerichtsbarkeit, öffentliche wie private, und öffentliche Herrschaftsbefugnisse nur soweit zu übertragen vermochte, als er sie selbst ausgeübt hatte oder hatte ausüben lassen, solange die Objekte dieser Tätigkeit noch zu seiner unmittelbaren Verfügung gestanden hatten.²⁾ Deshalb ist stets zu fragen: Was konnte der Herr einer Vogtei dieser an Gerichtsbarkeit verleihen?

Vogteigerichtsbarkeit konnte sich herleiten aus Gerichtsbarkeit verschiedenster Herkunft:

Aus grundherrlicher Gerichtsbarkeit, die sich gebildet hatte durch die rechtliche Ordnung des Verhältnisses vom Grundherrschaft zum Hintersassen und für Streitfälle aus diesem Ver-

1. Zu diesen Ausführungen vgl. Hirsch, Klosterimmunität S. 10: „Unzweifelhaft haben diese Abteien für ihren Besitz dieselben Rechte innegehabt, die diesem früher zugehörten, da er noch Eigentum des Klostergründers war“. Um H.s Ansicht vollständig zu kennzeichnen, muß aber folgender Satz dazugenommen werden: „Ein gräfliches Eigenkloster, das königlicher Immunität entbehrte, konnte nur jenes Maß an Rechten besitzen, das ihm die Stifterfamilie zu gewähren willens war“. Erst hier kommt auch das Willensmoment genügend zum Ausdruck. Ferner Aubin, Landeshoheit S. 166: „und wenn sie (Eigenkirchen weltlicher Herren) Immunität besaßen, so konnte die sich nirgends anders herleiten als aus den Rechten ihrer Herren“. — Man vgl. auch die häufigen Wendungen der Ueberseignungsurkunden, die besagen, der Empfänger solle das Gut zu gleichem Rechte besitzen, wie es der Geber gehabt habe.

2. Das ist ebenso klar wie die Tatsache, daß ein Gut, das man zu Zinsrecht besaß, mit der erforderlichen Genehmigung des Eigentümers nur zu Zinsrecht vergabt, ein Fünfpennigzinser nur als solcher, nicht etwa als Gesindemann, geschenkt werden konnte.

hältnis zuständig war;³⁾ diese Möglichkeit soll hier erwähnt werden, obwohl im 11. und 12. Jahrhundert die vogteiliche Gewalt in diesen Fällen höchstens noch subsidiär in Tätigkeit trat,

aus Strafgerichtsbarkeit, die ihrerseits aus doppelter Wurzel zu stammen scheint,

einmal aus der durch Entstehung eines Unfreienstrafrechtes geregelten ursprünglich unbeschränkten Disziplinargewalt des Herrn,⁴⁾

zum andern aus öffentlicher Strafgerichtsbarkeit.⁵⁾

Die strafgerichtlichen Funktionen tragen in der Zeit, aus der die uns vorliegenden Quellen stammen, überwiegend öffentlichrechtlichen Charakter und sind für das Wesen der Vogtei von großer Bedeutung geworden.⁶⁾

Oeffentliche Zivilgerichtsbarkeit kommt insofern in Betracht, als für Klagen Externer gegen Hintersassen und für Klagen von Hintersassen gegeneinander das Vogtgericht kompetent sein kann.⁷⁾ Hinsichtlich Statusklagen und Sachen, die das Kloster als Sondervermögen angingen, war dessen Herr

3. Normaler Weise war eine vom Kloster bestimmte Person Richter. — Auch die niedere Jurisdiktion hat der Vogt schon früh abgeben müssen. Vgl. u. Anm. 4 u. 7. Die Entscheidung, wem die niedere Jurisdiktion zufiel, Vogt oder Kloster, bezeichnet mit Recht als Machtfrage A. Pischek, Die Vogtgerichtsbarkeit süddeutscher Klöster in ihrer sachlichen Abgrenzung während des Mittelalters, Jur. Diss. Tübingen 1907, S. 46. — Ebenso wurde darum gestritten, wem die Einsetzung der unteren Gerichtsorgane zukommen sollte, Klostervorstand oder Vogt. Die in dieser Hinsicht schwankenden Rechtsverhältnisse kommen deutlich zum Ausdruck z. B. in einer gefälschten Urkunde Friedrichs I. für Tegernsee, St. 3981 (M.B. VI 177 Nr. 17 vom Jahre 1163).

4. Vgl. G. v. Below, Territorium und Stadt, 2. Aufl., S. 37; Hirsch, Hohe Gerichtsbarkeit S. 125 ff. Auch hier ist wiederum die Konkurrenz des Klosters und seiner Funktionäre zu berücksichtigen.

5. Bei königlichen Klöstern durch Immunitätsverleihung, bei sonstigen durch gerichtsherrliche Exemption.

6. Für die Frage der Bannleihe des Königs wird aus unseren Quellen wenig zu entnehmen sein. Das mag daran liegen, daß die Inhaber der Vogteien stets zugleich höhere und umfassendere Bereiche öffentlicher Gerichtsbarkeit besaßen, für die sie den Bann hatten. Siehe Aubin, Landeshoheit S. 246.

7. Die zivilgerichtlichen Funktionen verlor der Vogt oft wenigstens teilweise an das Klostergericht; vgl. Pischek, Vogtgerichtsbarkeit S. 85.

oder der Vogt als sein Vertreter aktiv und passiv legitimiert vor dem Grafschafts- oder dem ihm entsprechenden Gericht.⁸⁾

Was der Herr einer Vogtei an derlei gerichtlichen Kompetenzen besaß, konnte er dieser übertragen. Die grundherrliche Gerichtsbarkeit war ihrer Natur nach mit der Herrschaft über den Grund und Boden verknüpft. Die Strafgerichtsbarkeit konnte der Herr der Vogtei selbst schon durch Aussonderung, Exemption, aus einem öffentlichen Gerichtsbezirk besitzen und das exemte Gebiet ganz oder zum Teil — es konnte also eine weitere Exemption staatfinden — übertragen, oder, wenn er selbst Inhaber eines gerichtlichen Sprengels war, vermochte er eine Exemption vorzunehmen.⁹⁾

8. Pischek S. 7 u. 21 ff. Erst seit dem Ende des 13. Jahrhunderts erwarben österreichische Klöster Ministerialenrecht, d. h. den unmittelbaren Gerichtsstand vor dem Landesfürsten oder einem zu dessen Stellvertreter ernannten Richter. Vgl. A. Luschin von Ebengreuth, Geschichte des älteren Gerichtswesens in Oesterreich ob und unter der Enns, Weimar 1879, S. 62, und Kluckhohn, Ministerialität in Südostdeutschland S. 65 f. S. auch F.r.A. II 11, 164 Nr. 174. Uebrigens ist durch häufige schiedsgerichtliche Vereinbarung das öffentliche Gericht schon früh nach Möglichkeit umgangen worden. Merkwürdig ist ein St. Pöltener Fall N.Oe.U.B. I 6 Nr. 4, in dem der Vogt beider Parteien einen Streit entscheidet. Dieser Vogt ist allerdings der Sohn des österreichischen Markgrafen.

9. Die Frage der Ingerenz des Königs kann hier nicht eingehend behandelt werden. Einigermassen Vollständiges kann nur bei Bearbeitung eines sehr großen Quellengebietes geboten werden. Daß aber Exemptionen — auch hochgerichtliche —, wie das dem Lehnrecht entspräche — in praxi nur mit Zustimmung des Königs erfolgten, wird heute niemand mehr behaupten wollen. Rechte und Ansprüche des Königtums wurden sehr vielfach durchkreuzt durch die tatsächlichen Machtverhältnisse. Die Immunitätsprivilegien konnten nicht immer durchgesetzt werden. Es kamen „autogene“ Bildungen von Gerichts-, auch Hochgerichtsbezirken vor. (Vgl. Abschnitt V). Schließlich ist die behauptete selbständige Eximierung auch sonst, namentlich in den Arbeiten über die Rechtsstellung der Reformklöster, beobachtet worden. Vgl. oben Anm. 1 dieses Kapitels. Ueber Erteilung gerichtlicher Exemption oder Immunität trotz der eigentlichen Prärogative des Reiches vgl. F. v. Krones, Verfassung und Verwaltung der Mark und des Herzogtums Steiermark von ihren Anfängen bis zur Herrschaft der Habsburger. Forschungen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Steiermark, hsg. von der hist. Landeskomm. f. Steiermark, 1. Bd., Graz 1897, S. 84. Die Tatsache, daß dem Könige die zwei Drittel der Gerichtsgefälle verlorengegangen sind, berührt kurz Schröder, Rechtsgesch. S. 578. — Andererseits ist hervorzuheben, daß es dem König durch sein Bannleihenrecht gelang, auf allodiale Gerichtsbezirke und selbständig eximierte Ge-

Dem Vogte mußten aber durch den Eigenkirchenherrn oder Schenker nicht alle gerichtlichen Reche und öffentlichen Verwaltungsfunktionen, die ihm gehörten, anvertraut werden. Vielmehr konnte dieser auch, was er wollte, entweder dem Kloster zur Ausübung durch dessen eigene Beamte übertragen,¹⁰⁾ oder sich selbst vorbehalten.¹¹⁾ Es ist also neben die oben formulierte Frage die weitere zu stellen: Was wollte Eigenkirchenherr oder Schenker der Vogtei an Rechten übertragen?

Aus dem verschiedenen Vermögen und Wollen der Stifter und Schenker¹²⁾ resultiert die stark differenzierte Rechtsstel-

bierte Einfluß zu behaupten oder zurückzugewinnen, ja sogar eine Lehnsherrschaft zur Geltung zu bringen. Für diese Erscheinung hat Stowasser, Zwei Studien zur österreichischen Verfassungsgeschichte, Sav.Z. G.A. 44, 1923, S. 139 den vortrefflichen Ausdruck „Lehnse entfremdung an das Reich“ gefunden.

10. Dadurch fiel dem Kloster auch das Vogtdrittel der Gerichtsgefälle zu, und vor allem wurde es vor Bedrängung der Vögte auf Grund ihrer Gerichtsgewalt sichergestellt.

11. Hierfür mögen meist machtpolitische Motive maßgebend gewesen sein. Hoheitsrechte aus der Hand zu geben, dazu mag sich der werdende Landesherr nicht leicht entschlossen haben.

12. Natürlich war die Regelung bei der Stiftung oder Schenkung nicht durchaus endgültig. Es konnten jederzeit Aenderungen zugunsten des Klosters vorgenommen werden. Ferner ist zu bemerken, daß eine Vogtei geteilt werden konnte und die Teilvogteien wieder eine unterschiedliche Entwicklung durchmachen konnten. — Für die Tatsache, daß die rechtliche Qualität einer Vogtei auf den Rechten ihres Herrn beruht, ist Dopschs Beobachtung, daß Steuerfreiheit eines kirchlichen Instituts stets auf Immunität von der ordentlichen Staatsgewalt — denn sie wird ja immer dem Vogteiherrn erteilt — nie auf Vogtfreiheit beruht, von der größten Bedeutung. Eine Ergänzung ist nur insoweit vorzunehmen, als dem Vogte das Immunitätsrecht der Erhebung öffentlicher Abgaben übertragen worden sein kann, und dann Vogtfreiheit Steuerfreiheit mit sich bringen kann. Die Grundlage für die Steuerfreiheit bleibt jedoch die primäre Immunität. Siehe A. Dopsch, Steuerpflicht und Immunität im Herzogtum Oesterreich, Sav. Z. G. A. 26, 1905, S. 1—33. — Daß „die Unterscheidung der Vogteien nach Objekten wertlos“ ist, zeigt G. v. Below in der Besprechung von K. Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter, Leipzig 1885—90, in H. Z. 63, 1889, S. 301. Unterscheiden muß man vielmehr nach der rechtlichen Qualität einer Vogtei, wie auch aus den Ausführungen dieses und des vorigen Kapitels sich wieder ergibt. Wenn Lamprecht a. a. O. I, 2, S. 1110 Immunitätsvogteien den nach Objekten unterschiedenen Vogteien gegenüberstellt, so werden völlig disparate Begriffe nebeneinander behandelt, die

lung der Besitzungen des gleichen Klosters¹³⁾, sowie der einzelnen Klöster untereinander.¹⁴⁾

Vogtei das eine Mal durch die Qualität, das andere Mal durch das Objekt ihrer Gewalt charakterisiert.

13. Hier folgen einige Beispiele: Während die Klostervogtei von Seitenstetten nach der Exemtionsurkunde von 1240, F.r.A. II 33, 45 Nr. 37 der Gerichtsbarkeit entbehrte, mindestens aber die todeswürdigen Verbrecher an die herzoglichen Richter ausgeliefert wurden, hatte die Abtei zwei Sondervogteien, F.r.A. II 33, 125 Nr. 108 und 207 Nr. 190 (1338), die Gerichtsbarkeit mit nach oben unbegrenzter Kompetenz besaßen. — Die Göttweiger Güter, über die Wichard von Zebing die herzogliche Vogtei ausübte — wahrscheinlich im V.U.M.B. (F.r.A. II 8, 87 Nr. 335) — wurden erst 1232 rechtlich den übrigen, unter herzoglicher Vogtei befindlichen Gütern gleichgestellt, für die bereits 1195 (F.r.A. II 51, 74 Nr. 57) eine Exemtionsurkunde ausgestellt worden war (ebenda 111 Nr. 103). — Die Kuenringer besaßen die Vogtei über St. Pöltensche Güter in der Wachau in ihrer Herrschaft Dürnstein. Sie hatten die ganze Gerichtsbarkeit, die sie auch sonst in dieser Herrschaft besaßen, auch die Blutgerichtsbarkeit. Erst 1303 erteilten sie Exemption, N.Oe.U.B. I 209 Nr. 172. Vgl. auch G. Frieß, Die Herren von Kuenring, Wien 1878, S. 133. — Nach den Kremsmünsterer Exemtionsurkunden (1217) war dem Kloster im Landgericht Volkersdorf alle Gerichtsbarkeit zugesprochen, nur die Exekution der Bluturteile war dem Herzog geblieben, Hagn 68 Nr. 55. Im Landgericht Orth dagegen waren die stiftischen Besitzungen erst 1241 eximiert worden, Hagn 87 Nr. 70. — Der Herzog von Kärnten und der Erzbischof von Salzburg konnten über Güter, die sie dem gleichen Kloster schenkten, alle gerichtlichen Rechte mit vergeben. Sie behielten sich nur die Exekution in Blutfällen vor, ferner die Ernennung der vom Kloster gewählten Schirmvögte, Hagn 123 Nr. 106 und 126 Nr. 108. — Solchen Besitzungen sind dann diejenigen gegenüberzustellen, über die Vogt und Kloster jeglicher gerichtlicher Rechte ermangelten. O. Stolz, Geschichte der Gerichte Deutsch-Tirols, Abhandlungen z. hist. Atlas d. österr. Alpenländer, Landgerichtskarte von Deutsch-Tirol, A.Oe.G. 102, 1913, S. 122 ff. zeigt, daß keineswegs jedes Kirchengut im späteren Mittelalter an der Privilegierung der sonstigen Güter der betreffenden Kirche teilnimmt. Daher stammen auch die von Haus aus gerichtlosen Vogteien.

14. Dafür mögen die Ausführungen dieses Kapitels den Beweis liefern. Die verschiedenen Möglichkeiten bei der Verteilung der Gerichtsbarkeit zwischen Herrschaft und Vogt, Immunitätsherren und Vogt, behandelt G.v. Below. Zur Frage nach dem Ursprung der ältesten deutschen Steuer, M.I.Oe.G. 25, 1904, S. 462 Anm. 1 und 468. — Hierzu vgl. A. Luschin von Ebengreuth, Geschichte d. älteren Gerichtswesens in Oesterreich ob und unter der Enns, S. 157: „Der Ausdruck Vogteigerichtsbarkeit bezeichnete demnach anfänglich nicht ein gleichbleibendes Maß gerichtsherrlicher Rechte, sondern war jeweilig vom Inhalt und Umfang der Klosterprivilegien abhängig..

Grundlegend für die Stellung und Entwicklung eines Klosters war es, wie der Stifter¹⁵⁾ es selbst und seine Vogtei rechtlich stellte. Gerichtliche Privilegien, die er erteilte, waren häufig nicht auf seine eigenen Schenkungen beschränkt, sondern erstreckten sich auf alle Objekte seiner Gerichtsgewalt, die in den Besitz des Klosters kamen. Bistümern und Reichsabteien wurden ferner unabhängig von ihrem Grundbesitze ganze Gerichtsbezirke, ja Grafschaften verliehen.¹⁶⁾ Sie nahmen im Reiche eine hervorragende Stellung ein als Hauptstützen des Königtums. Bei abhängigen Klöstern kam eine Immunitätserteilung über die Grenzen des Grundbesitzes hinaus sicher viel seltener vor.¹⁷⁾ Bei ihnen, später nennt man sie landsässige Klöster, ist auch viel weniger Grund zu derartiger Privilegierung vorhanden.

Die Untersuchung der öffentlichrechtlichen Stellung der bischöflich passauischen Eigenklöster, soweit sie unter österrei-

15. Für die Zeit der Unabhängigkeit des Vogtes vom Eigenkirchenherrn oder beim Zurücktreten des Eigenklosterherrn, besonders bei den Zisterzienserklöstern, verfügt der Vogt bzw. der Landesherr, wenn er zugleich Vogt ist, über die Gestaltung der Vogtei. Es könnte der Einwand erhoben werden, es sei möglich gewesen, daß Kloster und Vogtei auch von anderen, als Eigenklosterherrn, Schenker oder Vogt mit öffentlichen Rechten ausgestattet wurden. Denkbar ist das zwar, allein es ist nach dem Befund unserer Quellen nicht vorgekommen. Aber selbst wenn sich solche Fälle namhaft machen ließen, so hätte man sie wenigstens für die Zeit der Geltung des Eigenkirchenrechtes als Uebertragungen an den Herrn aufzufassen. Erst durch ihn konnten sie an das Kloster oder dessen Vogt kommen. Hier ist auf die Beobachtung hinzuweisen, daß königliche Immunität grundsätzlich nur an Reichsklöster erteilt wurde. Vgl. Hirsch, Klosterimmunität S. 6; Aubin, Landeshoheit S. 128.

16. v. Below, Deutscher Staat S. 254; Schröder, Rechtsgeschichte S. 614; Werminghoff bei Meister S. 82. Umgekehrt wurde die Immunität zuweilen auch auf dem Grundbesitz einer Reichskirche nicht durchgeführt. Vgl. z. B. O. Hutter, Das Gebiet der Reichsabtei Ellwangen, Darstellungen aus dem Gebiet der württemb. Geschichte 12, hsg. von der württemb. Komm. f. Landesgesch., Stuttgart 1914, S. 32: „Bei Ellwangen ist offenbar keine derartige Erweiterung seiner Herrschaftsrechte wahrzunehmen (nämlich auf nichtgrundherrschaftliches Gebiet). Hier ist vielmehr das Gegenteil davon zu konstatieren.“

17. In unserem Quellengebiet sind solche Fälle nicht nachweisbar. — Gerichtliche Rechte sind als Einnahmequellen besonderer Art aufzufassen. Ueber die Verteilung zwischen Kloster, Vogt und Schenker verfügte der letztere, genau wie der Schenker sonstiger Güter.

chische Vogtei gekommen waren, und das war, wie ich zeigte, bei ihrer Mehrzahl der Fall, kann nur in Verbindung mit einer Betrachtung der babenbergischen Klosterpolitik im Ganzen erfolgen.

Bei der Ausstattung eines Klosters waren machtpolitische Gesichtspunkte, das Herkommen, kirchliche Ideen usw., als Motive wirksam. Daneben scheint die Organisationsart des Ordens, dem eine Neugründung übergeben wurde, von besonderer Bedeutung gewesen zu sein. Das ist klar an der rechtlichen Stellung der Zisterzienserklöster zu erkennen.

II.

Während die älteren Orden den größten Teil ihrer Ländereien ausgeliehen hatten und Zins davon bezogen, behielten die Zisterzienser allen Grundbesitz in Eigenwirtschaft. Dies ist aus dem für sie herrschenden Prinzip der möglichst weitgehenden Lösung von allen weltlichen Beziehungen zu erklären. Sie stellten dem herrschenden System des Rentenbezuges dasjenige des Eigenbaus entgegen.¹⁸⁾ Daß sie das durchführen konnten, ja sogar mit solchem Erfolg, daß die Zisterzienserabteien binnen kurzem die reichsten von allen wurden, liegt daran, daß sich in den Zisterzienserkonversen die notwendigen Arbeitskräfte fanden.¹⁹⁾ Die Konversen waren als Klosterangehörige von der weltlichen Gerichtsbarkeit befreit.²⁰⁾ Für den Gründer einer Zisterze lag kein Anlaß zur Verleihung von Gerichtsbarkeit vor, solange der Grangienbetrieb herrschte. Die Konversen unterstanden ja allein dem geistlichen Gericht.

18. Schröder, Rechtsgesch. S. 463; F. Winter, Die Zisterzienser des nordöstlichen Deutschlands bis zum Auftreten der Bettelorden, 1. Bd., Gotha 1868; Schreiber, Kurie und Kloster II, S. 243 f.

19. Schreiber a. a. O., E. Hoffmann, Das Konverseninstitut des Zisterzienserordens in seinem Ursprung und seiner Organisation, Freiburger hist. Studien, Heft 1, Freiburg (Schweiz) 1905; L. Dolberg, Cistercienser Mönche und Konversen als Landwirte und Arbeiter, Wissenschaftl. Stud. u. Mitt. a. d. Bened. u. Cisterz. Orden, Jg. 13, 1892, S. 216 ff., 360 ff. u. 503 ff.

20. Schröder, Rechtsgeschichte S. 633 f.; Hoffmann a. a. O. S. 8 (vgl. auch die dort zitierte Literatur), S. 47 und S. 30 ff.: „Er (der Konverse) bezeichnet einen Mann, der wie die Mönche die drei dem Ordensstande wesentlichen Gelübde ablegt, ohne aber die vollen Verpflichtungen eines Mönches zu übernehmen, der im Gegensatz zu den Mönchen nie des klerikalen Charakters teilhaftig wird noch auch zu den höheren Aemtern in der klösterlichen Hierarchie und Verwaltung gelangen kann.“

Die Zisterzienser stellten bekanntlich in Konsequenz des oben bezeichneten Prinzips der Emanzipation von allen weltlichen Bindungen die Forderung völliger Vogtfreiheit auf.²¹⁾ Aber ebensowenig wie den Reformklöstern in Schwaben eine Regelung der Vogteifrage in ihrem Sinne geglückt war,²²⁾ sind die Zisterzienser mit ihren Wünschen durchgedrungen. Eigenkirchenrechtliche Gesichtspunkte spielten bei der Gründung der Zisterzienserklöster häufig eine bedeutende Rolle.²³⁾ Das führte oft dahin, daß der Herr auch über die Vogteiregelung bestimmte, die dann zuweilen in einem den Zisterziensern zuwiderlaufenden Sinn erfolgte.

Die Absichten des Ordens wurden auch noch durch andere Kräfte durchkreuzt. Seit Kaiser Friedrich I. machte sich hie und da die Idee einer Vogtei des Kaisers über die Zisterzienserklöster geltend.²⁴⁾ Von einigen Forschern ist gezeigt worden, daß sie sich indessen keineswegs überall durchgesetzt hat, sondern hauptsächlich auf das Machtgebiet der Staufer in Schwaben und Ostfranken beschränkt blieb.²⁵⁾

Aehnlich bedeutungsvoll für die Lage der Zisterzienser waren die Bestrebungen anderer mächtiger Fürsten. Der von Herzog Leopold VI. von Oesterreich proklamierte Satz von der landesfürstlichen Zisterzienservogtei²⁶⁾ hat sich aber keineswegs schon früh und gleichmäßig durchgesetzt. Wenn der Herzog von Oesterreich z. B. sich als Erbvogt seiner berühmten Stiftung

21. Schreiber a. a. O. S. 273 f.; Heilmann S. 112 Anm. 1.

22. Hirsch, Klosterimmunität S. 107; Heilmann S. 111.

23. Hirsch, Klosterimmunität S. 101 ff. und M.I.Oe.G. 29, S. 42. Der oben ausgesprochene Satz gilt jedenfalls auch für Klöster, die von ihren Stiftern veräußert wurden.

24. Heilmann S. 112 ff.; Schreiber II. S. 274 und besonders Hirsch, Klosterimmunität S. 107 ff. Zu dem wertvollen Beitrage von H. Zeiss, Zur Frage der kaiserlichen Zisterzienservogtei. Hist. Jb. 46, 1926, S. 594 ff. hoffe ich an anderer Stelle Einiges sagen zu können.

25. Hirsch ebenda S. 117; Heilmann S. 112 u. 115; A. Dopsch Reformkirche und Landesherrlichkeit in Oesterreich S. 34 f. Ueber die Wilheringer Ausnahme vgl. Hirsch a. a. O. Anm. 2 und S. 115 Anm. 1.

26. O.Oe.U.B. II 518 Nr. 360 (1209):..., omnes Cysterciensis ordinis monachos tale ius ex antiquo habere, ut nec ipsi nec ipsorum predia ulli advocato quicquam solvere debeant, sed neque advocatum eis habere liceat, nisi defensorem principem ipsum, qui caput est terre, in qua quique eorum degunt, et hunc solam dei retributionem pro ipsorum defensione debere exposcere.

Heiligenkreuz bezeichnete, so tat er das eben in seiner Eigenschaft als Stifter.²⁷⁾ Seine Stellung wurde natürlich gehoben durch seine Landesherrlichkeit. Auch für Baumgartenberg herrschte die Idee der herzoglichen Zisterzienservogtei erst unbestritten, nachdem die Herzöge tatsächlich Vögte geworden waren.²⁸⁾

Außerst lehrreich sind die verschieden gerichteten Tendenzen, die bei der Geschichte der Zisterzienservogteien wirksam wurden, wie sie sich in den Urkunden der Abtei Wilhering beobachten lassen.

Wilhering war von den Gründern nach eigenklosterrechtlichen Grundsätzen dem Bamberger Hochstifte übergeben worden. In der Traditionsurkunde wurde ausdrücklich festgesetzt, daß die Vogtei dem Bischof, also dem Klosterherren gehören solle.²⁹⁾ In einer nicht viel späteren Urkunde eines Bamberger Bischofs zeigt sich dann eine merkwürdige Verquickung der Idee der kaiserlichen Zisterzienservogtei mit eigenkirchlichen Gedankengängen: *ut videlicet nullum habeant advocatum preter Romanorum imperatorem et episcopum babenbergensem.*³⁰⁾ In einer Urkunde von 1188³¹⁾ endlich tritt neben dem Kaiser der Herzog von Oesterreich als Schützer von Wilhering in Erscheinung. Auf die Aufforderung des Kaisers hin nahm damals der Herzog die Abtei in seine Hut.

Die Obervögte ließen die Agenden der Vogtei meist durch ihre Beamten wahrnehmen.³²⁾ Bei ihnen wurde der Titel ad-

27. F. r. A. II 11, 11 Nr. 8 (1178), 49 Nr. 36, 91 sq. Nr. 80.

28. Vgl. u. Kap. 5, Abschn. I B, Anm. 48 ff.

29. O.Oe.U.B. II 223 Nr. 152: Die Abtei wird *advocatie et tuitioni* des Bamberger Bischofs übergeben. Dazu vgl. ebenda 225 Nr. 153 u. 269 Nr. 180.

30. Ebenda 272 Nr. 182. Zeiss, a. a. O., versucht zu zeigen, daß diese Urkunde ein klösterliches Machtwerk aus der Zeit um 1237 sei. Sein Beweis ist indessen noch nicht durchaus zwingend.

31. Ebenda 409 Nr. 278. — Ueber die Frage ob diese Zugeständnisse des Kaisers Leopold V. als werdendem Territorialherrn gemacht wurden s. d. Kontroverse zwischen Dopsch, Reformkirche und Landesherrlichkeit S. 36 f. u. O. H. Stowasser, D. Entwicklung des Landes Oesterreich, Vjschr. f. Soz. u. Wirtschaftsgesch. 19, 1926, S. 421.

32. Hirsch, Klosterimmunität S. 120 ff., Heilmann S. 113; zuweilen wurden indessen Vögte in der gleichen Weise wie sonst bestellt, so in Heiligenkreuz Adalbert von Perge, der wahrscheinlich außer Vogteien keine herzoglichen Aemter bekleidete (F. r. A. II 11, 6 Nr. 4). Vielleicht ist nicht

vocatus mit Vorliebe vermieden, man bediente sich dafür der Bezeichnung defensor.³³⁾ Diese Schirmvögte hatten die Klöster zu schützen und ihre Vertretung bei Rechtsgeschäften und in Prozessen zu übernehmen. Die Erhebung jeglicher Abgaben war ihnen untersagt. Die Schirmvogteien mußten dem Wesen der zisterziensischen Organisation nach gerichtslos bleiben,³⁴⁾ da bei der Konversenwirtschaft ja niemand da war, der einem weltlichen Gerichte unterstehen konnte.

Für die zisterziensische Rechtsstellung erhoben sich Gefahren, sobald das Wirtschaftssystem des Eigenbaus durchbrochen wurde. Die Gerichtsbarkeit über die Zisterzienserkolonien wurde den klösterlichen Beamten längst nicht immer, wie es gefordert wurde, übertragen, sondern in überaus vielen Fällen wurde eine andere Regelung getroffen. Für die Babenberger läßt sich klar sehen, wie sie die Verhältnisse ordneten. Als Heiligenkreuz eine Grangie in eine Kolonensiedlung verwandeln mußte, ließen sie das Kloster frei von weltlicher Gerichtsbarkeit, entbanden es von allen Abgaben, nur das Verfahren gegen todeswürdige Verbrecher behielten sie ihren Bearten vor.³⁵⁾ Die gleiche Rechtsstellung nahmen in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts die anderen von Heiligenkreuz aus besetzten österreichischen Zisterzen unter babenbergischer Vogtei, Lilienfeld, Baumgartenberg, Wilhering und Zwettl ein. Auch bei ihnen ist die gerichtslose Schirmvogtei deutlich zu erkennen.³⁶⁾

nur allgemein, sondern an ganz bestimmte Vögte gedacht, von deren etwai- gen Forderungen Heiligenkreuz F.r.A. II 11, 17 Nr. 12 befreit wird.

33. Der deutsche Ausdruck Vogt scheint weniger verhaßt gewesen zu sein als der lateinische advocatus.

34. Heilmann hat der Zisterzienservogtei auch Gerichtsbarkeit zugeschrieben. Diese Auffassung hat mit Recht keine Zustimmung gefunden.

35. F.r.A. II 11, 16 Nr. 12. Die Ursache der Umwandlung darf man darin sehen, daß die Konversen häufig doch nicht zur Bewirtschaftung des anwachsenden Grundbesitzes ausreichten. — Ueber diese Urk. vgl. Dopsch, Oesterr. Urbare I, 1. S. CXXXIII und M.I.Oe.G. 29, S. 600 ff.; P. Osswald, Die Gerichtsbefugnisse der patrimonialen Gewalten in Niederösterreich usw., Leipziger Hist. Abh., H. V, Leipzig 1907, S. 35 Anm. 1; Hirsch, Klosterimmunität S. 124 f. und S. 129.

36. B.F. 1701. (F.r.A. II 11, 67 Nr. 56.) Vgl. auch die Privilegbestätigung Friedrichs II. von 1237, B. F. 2215 (F.r.A. II 11. 95 Nr. 85). Ueber Wilhering vgl. O.Oe.U.B. III 89 Nr. 83 und 104 Nr. 99. Zur Gerichtslosigkeit der Zisterzienservogteien s. besonders O.Oe.U.B. III 177 Nr. 183 (1251) für Baumgartenberg.

Auch sonst in Deutschland ist dies die herrschende Rechtslage der Zisterzienserniederlassungen gewesen. Demnach scheint Zuweisung der gesamten Gerichtsbarkeit an die Kloster Richter unter Vorbehalt des Verfahrens gegen todeswürdige Verbrecher für den ordentlichen Richter, verbunden mit Abgabefreiheit, ein charakteristisches Merkmal der Zisterzienserimmunität, Vogtei des Kaisers, Herzogs oder Landesherrn³⁷⁾, die ausgeübt wird in dessen Namen durch gerichtlose Schirmvögte, die vom Kloster dem Obervogte zur Einsetzung präsentiert werden, die besondere Form der zisterziensischen Vogtei gewesen zu sein.³⁸⁾

Bei den meisten Zisterzienserklöstern hatte der über die Vogtei Verfügungsberechtigte — in den meisten Fällen der Landesfürst selbst — dieser öffentliche Rechte unbegrenzten Ausmaßes übertragen können. Er teilte aber die öffentlichen Funktionen zwischen sich und dem Kloster, der Vogt ging leer aus. Maßgebend bei dieser Willensbildung war, wie bemerkt, die Organisationsform des Ordens.³⁹⁾

III.

Wir wenden uns nunmehr der Untersuchung der Regelung von Immunität und Vogtei bei den übrigen babenbergischen Gründungen, Melk, Klein-Mariazell, Schottwien und Kloster Neuburg zu. Alle waren Reformgründungen und dem päpstlichen Stuhle übereignet.⁴⁰⁾ — Die Vogtei besaßen die Baben-

37. Das pflegt das Ergebnis zu sein; natürlich kann die Vogtei aber auch nach Eigenklosterrecht erworben worden sein.

38. Hirsch, Klosterimmunität S. 133.

39. Von Entvogtung zu reden, wäre ungenau. Das ist nur dann gerechtfertigt, wenn eine Abschaffung dieses Instituts erfolgt — das trifft für die Zisterzienser aber nicht zu — oder allenfalls wenn es grundsätzlich umgewandelt wird, und auch das ist nie der Fall gewesen; die Grundgestalt der Zisterzienservogtei war vielmehr stets die gleiche und kein Entwicklungsprodukt. Dagegen ist natürlich zu berücksichtigen, daß manches Mal die Forderungen der Klöster nicht durchgeführt werden konnten. Die Durchbrechung des Prinzips der Freiheit von Untervögten kam noch in habsburgischer Zeit vor. Vgl. Srbik, Staat und Kirche S. 87. Uebrigens pflegte sich die Vogteifreiheit in der Regel nicht auf alle Besitzungen zu erstrecken wie z. B. F. r. A. II 11, 161 Nr. 171 und 261 Nr. 290 zeigen.

40. Vgl. d. Zusammenstellungen über die Verteilung des Eigenklosterbesitzes im 1. Abschnitt des 1. Kapitels.

berger als Gründer.⁴¹⁾ Ihnen als Stiftern und vormaligen Eigentümern der Hauptbesitzungen dieser Klöster kam auch die Verteilung der öffentlichen Rechte unter Gründer, Vogt und Kloster zu. Die Herzöge bestellten Untervögte.⁴²⁾ Wenn auch später den Klöstern wahrscheinlich selbst ein Einfluß auf deren Auswahl zukam,⁴³⁾ stand die Einsetzung doch dem Herzoge zu. Die Untervögte waren seine⁴⁴⁾ ihn vertretenden Beamten.

Gerichtbarkeit ist von diesen Vogteien nur für eine Melker Sondervogtei nachzuweisen.⁴⁵⁾ Leider stehen für Melk keine Nachrichten über eine etwaige Immunität zu Gebote.

41. Vgl. für Melk Germ. Pont. I. 229 Nr. 1; Hueber 4 Nr. 4; Keiblinger S. 231; Hueber 14 Nr. 4; 6 Nr. 7; F.r.A. II 11, 11 Nr. 8; für Klosterneuburg F.r.A. II 4, 38 Nr. 186; Germ. Pont. I. 248 Nr. 2 (Fischer, Gesch. von Klosterneuburg II, S. 136 Nr. 8); Germ. Pont. I. 249 Nr. 4 (Fischer a. a. O. 142 Nr. 11); für Mariazell O. Eigner, Gesch. des Augustinerchorherrenstiftes Klein-Mariazell, Wien 1900, S. 4 f. (über die Glaubwürdigkeit des Stiftsbriefes s. v. Mitis S. 248 f.); für Schottwien F.r.A. II 18, 10 Nr. 7: Specialiter tamen illas, que solummodo nos in suis necessitatibus respiciunt, et que ad nos iure foundationis pertinent, que etiam nobis accuratius commisse sunt, amplius defensare et quieti ipsarum consulere dignum iudicamus. Diese Ausdrucksweise, trotzdem es sich um ein päpstliches Kloster handelt! Vgl. auch E. Hauswirth, Abriß einer Geschichte der Benediktinerabtei U.L.F. zu den Schotten in Wien, Wien 1858, S. 7 f.

42. So Leopold III. seinen Sohn Adalbert. S. M.G. SS. XII 620 (Contin. Claustroneob.). Adalbert behielt die Untervögte bei, so Rudolf von Perge. Auch die späteren Perger waren Untervögte. Weiterhin wären folgende Vögte zu nennen: für Melk Doring von Raetelperge (Meiller 120, 142, Keiblinger I, S. 308) und Hadmar von Kuenring (Keiblinger I, S. 309 und 1137 f. Nr. VI); für Klosterneuburg Hadmar von Kuenring (F.r.A. II 4, 98 Nr. 450); für d. Schottenstift ein Vogt Dietrich: Sigillo domini Dietrici tunc temporis advocati nostri (F.r.A. II 18, 32 Nr. 22); für Kleinmariazell Doring von Ratelenberg (Eigner 403 Nr. 3).

43. Fischer, Gesch. von Klosterneuburg II, 149 Nr. 15 (1162): Privileg Heinrichs Jasomirgott. Nachrichten über die Vogtei aus dem 13. Jahrh. fehlen fast vollständig, jedoch ist nicht anzunehmen, daß in dieser Hinsicht die berühmten und bedeutenden babenbergischen Stiftungen schlechter gestellt waren als die anderen Klöster in Oesterreich. Vgl. Abschn. VI.

44. Vgl. z. B. Hueber 6 Nr. 7 (Meiller 14, 17). Bischof Ulrich schließt mit Abt Engelschalk von Melk einen Tauschvertrag: erga nos et advocatum nostrum dominum Adalbertum (Sohn des Markgrafen) commutavit idem Engelschalkus praedictus abbas per manum sui advocati domini Luitpaldi marchionis et Rudolphi advocati eiusdem marchionis. Ueber Vögte als Vertreter von Weltlichen vgl. voriges Kapitel Anm. 104.

45. Keiblinger, Melk I, 1137 Nr. VI und S. 309. Es handelt sich hier

Für die drei jüngeren Stiftungen sind wir etwas besser daran. Herzog Leopold VI. schenkte 1179 Kloster Neuburg alle Gerichtsbarkeit in drei Villen. Diese war schon vorher im klösterlichen Besitz gewesen, jedoch gegen jährliche Zahlung von 6 Talenten.⁴⁶⁾ Die gleiche Rechtsstellung hatte Klein-Mariazell. Nach der Bestätigungsurkunde Herzog Friedrichs I. von 1197 war das Stift im Besitze der Gerichtsbarkeit gegen Zahlung von 12 Schillingen jährlich.⁴⁷⁾ Ver-

um eine Regelung der Vogteieinkünfte. Daraus jedoch, daß der Vogt mit 6 Reitern (*equitaturis*) bei den drei *placita* des Jahres verpflegt wird und besonders daraus, daß er den dritten Teil der *questus* erhält — nicht alle *placita* nämlich sind Gerichtsversammlungen, und nicht bei allen gerichtlichen *placita*, denen ein Vogt beiwohnt, ist er auch Richter —, scheint mir eine Vogtgerichtsbarkeit erschließbar zu sein; und wenn er auch in dieser Zeit nicht mehr Richter gewesen sein sollte, so war er es doch in der vorhergehenden. Sonst wäre sein Anteil an den *obventiones* kaum zu erklären.

46. F. r. A. II 4, 118 Nr. 540: *In ipsa delegatione indulisit ecclesie omnem sui iuris iusticiam seculare videlicet et forense iudicium in tribus villis Pirchinniwartin, Tiemental, Harroze, quod et prius rogatu domini Wernheri prepositi ecclesie singulis annis sex talentis redimendum prestiterat.* Nach Dopschs und v. Mitis' Ansicht ist bei Verwendung dieses Stückes Vorsicht geboten, s. Dopsch, M.I.Oe.G. 29, S. 600. v. Mitis, Studien S. 391 meint von einer in derselben Aufzeichnung ausgesprochenen Mautbefreiung, — das gleiche meint er offenbar von der ganzen Aufzeichnung —, daß sie vielleicht gar nicht zur Beurkundung kam, sondern im Jahre 1179 bloß im Traditions-kodex von Klosterneuburg zur Aufzeichnung gelangte. An die Authentizität der die Gerichtsbarkeit betreffenden Stelle darf man um so eher glauben, als sie ja kein anderes Bild gibt, als es uns die Quellen für Mariazell und Schottwien entwerfen. Osswald a. a. O. S. 34 bezeichnet die in Frage stehende Gerichtsbarkeit als Dorfgerichtsbarkeit. Dopsch a. a. O. hat zweifellos mit Recht Osswalds Ausführungen verworfen. Es handelt sich hier einfach um alle gerichtlichen Rechte des Herzogs in den genannten Dörfern. Ob dazu Dorfgerichtsbarkeit gehörte, muß dahingestellt bleiben. Noch viel weniger ist die Stelle zu einem Beweis der öffentlichen Herkunft der Dorfgerichtsbarkeit zu verwerten. Es werden hier alle Rechte verliehen. Daher ist es möglich, daß hier auch grundherrliche Gerichtsbarkeit gemeint ist, und diese wiederum lag möglicherweise in den Händen des Vogtes. Wahrscheinlich ist das allerdings nicht. Hierin müssen Dopschs Ausführungen gegenüber Bedenken sich geltend machen. Die grundherrliche Gerichtsbarkeit war vielmehr in jener Zeit bereits meist den Klöstern zur Ausübung durch eigene Beamte übertragen. Eher ist anzunehmen, daß es sich, wie in Mariazell, um die unter ganz ähnlichen Bedingungen dem Kloster verliehene öffentliche Gerichtsbarkeit, *iustitia principis terrae*, handelt, ebenso wie in Schottwien.

47. *Ut scilicet pro omni iustitia principis terre recipiantur annuatim*

mutlich waren auch die übrigen Besitzungen Kloster Neuburgs, soweit des Herzogs Einfluß reichte, in der gleichen Lage. Seit wann die beiden Stifter diese Rechte besaßen, ob schon von der Gründung an oder erst durch spätere Verleihung, ist ungewiß. Das Wiener Schottenkloster wurde im Jahre 1161 gegründet.⁴⁸⁾ Wenn auch Bestimmungen über Immunität erst in einer Urkunde des Jahres 1181 enthalten sind,⁴⁹⁾ so scheint aus diesem Stücke doch hervorzugehen, daß das Stift gleich bei der Gründung mit den in Frage stehenden Rechten ausgestattet worden ist.⁵⁰⁾ Gewährt wurde ihm Befreiung vom Landgericht und von der Leistung des Marchfutters.

Für Klein-Mariazell ist die verliehene Gerichtsgewalt ausdrücklich nach oben begrenzt.⁵¹⁾ Das Verfahren gegen todeswürdige Verbrecher bleibt dem ordentlichen Richter. Das gleiche ist für Schottwien und Kloster Neuburg anzunehmen. Genauere Bestimmungen fehlen wohl, weil die Verleihung des finanziellen Vorteils im Vordergrunde steht; immerhin findet sich aber die gleiche Umgrenzung auch in dem zu 1158 gefälschten Stiftungsbrief für Schottwien aus den Jahren vor 1252.⁵²⁾

Die Gerichtsbarkeit, die von den Klöstern erworben worden ist, war vorher wahrscheinlich zum Teil durch den Landrichter ausgeübt worden. Daß sich Vögte mit den Landrichtern in die gerichtlichen Funktionen teilten, ist nicht nachzuweisen.

Um die Natur der Stellung der Klöster zu erkennen, ist es wichtiger festzustellen, wem nunmehr die verliehene Gerichtsbarkeit übertragen wurde, dem Vogte oder dem Kloster Richter.

Vogtgerichtsbarkeit für die drei Klöster ist auch nach ihrer Privilegierung nicht nachzuweisen. Diesem argumentum e silen-

a monasterio duodecim solidi excepto raptu, quem iudex principis corrigat, et fure... (Meiller 79, 12).

48. F. r. A. II 18, 4 Nr. 2.

49. Ebenda 10 Nr. 7: Nos tamen reditus ipsius ecclesie ab omni iure nostro tam a placito provinciali quod vulgo lanteidinch dicitur, quam a pabulo, quod marscalco nostro solvitur, videlicet marchmutte, penitus excepimus et liberos esse in perpetuum statuimus.

50. In der Arenga heißt es u. a.: paterne etiam pietatis sequi devotionem decet, ut, que ipsius diligentia eidem ecclesie contulit, hec et alia post hec superaddita distrahi nullatenus patiamur.

51. Vgl. oben Anm. 47.

52. F. r. A. II 18, 1 Nr. 1. Ueber die Entstehungszeit und die Tendenzen der Fälschung vgl. v. Mitis, Studien S. 347 ff.

tio kommt hier noch keine entscheidende Bedeutung zu. Den Ausschlag dürfte die Beobachtung geben, daß sich für keine der genannten babenbergischen Stiftungen eine weitere Immunitätserteilung, in der die Entvogtung inbegriffen sein könnte, findet, daß die babenbergischen Klöster durchschnittlich fast ein halbes Jahrhundert früher Immunitätsprivilegien erhielten als die anderen unter landesfürstlicher Vogtei befindlichen Stifter.

Die Uebereinstimmung dieses Mangels bei den babenbergischen Klöstern, Heiligenkreuz eingeschlossen, erregt die größte Aufmerksamkeit. Fehlte sie bei einem oder zwei der Klöster, könnte man das mit lückenhafter Ueberlieferung erklären. So geht das aber nicht an. Und sollten etwa die bedeutendsten Klöster in herzoglichen Landen der Vogtgerichtsbarkeit unterworfen geblieben sein, während, wie wir sehen werden, die meisten anderen, bei denen sie nachweislich existierte, davon befreit wurden? Das erscheint doch höchst unglaublich, zumal da sich auch für Schottwien schon für die erste Hälfte des 13. Jahrhunderts Gerichtslosigkeit der Vogtei mit Sicherheit beweisen läßt;⁵³⁾ und zwar sind die dahingehenden Bestimmungen des *Falsums*, auf das sich der Beweis zu stützen hat, nicht betont genug, um an tendenziöse Formulierung glauben zu lassen. Danach spricht alles dafür, daß die babenbergischen Gründungen seit ihrer Privilegierung, von der nicht zu ermitteln ist, wann sie zuerst erfolgte, wenigstens für den Hauptteil ihrer Besitzungen eine gerichtslose Vogtei, d. h. Vogtei zu Schutz und Vertretung nach außen, hatten und die erworbene Gerichtsbarkeit durch eigene Beamte ausüben ließen. Und diesen Immunitäts- und Vogteitypus kennen wir bereits ganz genau. Wir haben ihn schon bei der Betrachtung der Rechtsstellung der Zisterzienserklöster festgestellt.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß bei der geschilderten Regelung das Vorbild der Zisterzienser eine bedeutende Rolle gespielt hat. Es kann aber auch ein tieferliegendes Motiv die babenbergische

53. Der gefälschte Stiftsbrief, F. r. A. II 18, 1 Nr. 1, zeigt, daß es zur Zeit seiner Entstehung rechtens war, daß der Abt und seine Beamten die Gerichtsbarkeit selbst ausübten: . . . sed remissarum causarum actiones coram abbate vel suo officiale plenius terminentur, nec iudices seculares pro huiusmodi excessibus de rebus aut possessionibus talium hominum intromittere se audeant aut presumant. Man beachte aber auch die interessante Blutgerichtsformel dieser Urkunde.

Klosterpolitik beeinflußt haben. Einmal ist an ihre Kirchentreue und ihren Reformeifer zu denken. Es sei daran erinnert, daß alle vier Stifter, die ich zuletzt behandelte, dem Papste übereignet waren. Zum anderen spielte das energische Streben des österreichischen Fürstengeschlechts nach Erwerb und Sicherung der Territorialherrschaft erheblich mit. Dadurch wird das Interesse, die Entstehung mächtiger, von ihnen weitgehend unabhängiger Vogteien zu verhindern, erklärt. So war Kirche und Landesherrn mit dieser Art der Gewaltverteilung gedient: was Einkünfte einbrachte, dem Kloster, die oberste Exekutivgewalt dem Fürsten.

IV.

Bei den habenbergischen Stiftungen bedurfte es keines Beweises, daß die Gründer die öffentlichen Rechte, die sie den Klöstern verleihen wollten, auch verleihen konnten. Sie waren ja als Markgrafen von Oesterreich im Besitze einer ihrer Kompetenz nach unbegrenzten Gerichtsgewalt.

A. Sehr umstritten dagegen ist die Frage des Vermögens bei den laikalen Stiftern, die ihre Gründungen gleich oder nach einiger Zeit dem Passauer Bistum übereigneten.⁵⁴⁾ Es handelt sich hier um die Familien der Grafen von Beugen-Rebgau, der Herren und Grafen von Pernegg, der Herren von Stille und derer von Machland.⁵⁵⁾ Anlässlich einer sehr bedeutenden Seitenstettenschen Teilvogtei interessieren uns ferner die Grafen von Seeburg, Peilstein und Plaien-Hardegg. Alle die genannten Familien waren in Oesterreich unter der Enns, im Markengebiet ansässig. Führt die diejenigen von ihnen, die den Grafentitel trugen, diesen auf Grund des Besitzes einer echten Grafschaft, d. h. eines alten gräflichen Amtsbezirkes? Daß es solche in der Ostmark gegeben habe außer denen, die der Markgraf innehatte, ist von der Forschung fast allgemein verneint worden.⁵⁶⁾ Allein für die Peilsteiner ist ein Zusammen-

54. Altenburg, Geras, Pernegg, Seitenstetten, Erla, Waldhausen.

55. Ueber deren Familien vgl. die Abschnitte über die genannten Klöster in den Ausführungen d. Kap. 1, Abschn. III B.

56. Luschin, Gerichtswesen S. 13; A. Grund, Beiträge zur Geschichte der hohen Gerichtsbarkeit in Niederösterreich, A.Oe.G. 99, 1912, S. 420; Schröder, Rechtsgeschichte S. 610 f.; O. H. Stowasser, Sav.Z. G.A. 44, 1923,

hang mit dem Markgrafen Siegfried, also einem Inhaber echter Grafschaften, vermutet worden.⁵⁷⁾ Doch ist seine Familienzugehörigkeit dunkel, sie wird vielleicht mit Sicherheit sich nie ermitteln lassen.

Als weitere Wurzel des Besitzes von Grafenrechten hat man die sogenannten weltlichen Herrschaften, auch weltliche Immunitäten, Allodialherrschaften oder -grafschaften genannt, erkannt.⁵⁸⁾ In karolingischer Zeit wurde noch Immunität vom Könige an Weltliche, genau wie an Kirchen verliehen.⁵⁹⁾ Auch ist es wahrscheinlich, daß mit vom Könige geschenkten Gütern die bevorzugte Rechtsstellung des Königsgutes erworben wurde.⁶⁰⁾ Im allgemeinen glaubt man jetzt aber an eine Entstehung der Rechtsstellung Hochadliger im Gegensatz zur königlichen Gewalt, wenigstens doch unabhängig von gewollter Beeinflussung durch sie.⁶¹⁾ Man nimmt an, die Edelfreien, besonders die Mitglieder gräflicher Geschlechter hätten für ihren Besitz gräfliche Rechte beansprucht, man spricht geradezu von einer „Standesqualität adligen Besitzes“.⁶²⁾ Außerdem scheint Dynasten häufig die Erwerbung öffentlicher Gerichtsbezirke gelungen zu sein, auch wo ihnen jegliche private Rechtstitel fehlten. Nicht immer

S. 153 ff., nimmt Uhlirz' Deutung der *tres comitatus* als Dreigrafschaft wieder auf und erklärt: „Einheitlich war die Grafengewalt der Babenberger im Marchionat (engeres Verwaltungsgebiet des Markgrafen), nicht in der Mark.“

57. Vgl. Vancsa S. 246. Sonst wird dieser Fürst im allgemeinen den Babenbergern zugezählt. S. W. v. Giesebrecht, Geschichte der deutschen Kaiserzeit, 2. Bd., 5. Aufl., Leipzig 1885, S. 362.

58. v. Below, Dopsch, Hirsch und Aubin haben dieser Erkenntnis Bahn gebrochen. Vgl. v. Below, Territorium und Stadt, 2. Aufl., S. 7 ff.; Dopsch, Wirtschaftsentwicklung II, 1. Aufl., S. 127 ff.; ders., M.I.Oe.G. 29, S. 615; ders., Rezension von Hirsch, Hohe Gerichtsbarkeit, M.I.Oe.G. 39, 1924, S. 384; H. Hirsch, Klosterimmunität; ders., Kaiserurkunde und Kaisergeschichte, M.I.Oe.G. 35, 1914, S. 75 f.; Aubin, Landeshoheit S. 164 ff.; ders., Immunität und Vogteigerichtsbarkeit, Vjschr. f. Soz. u. W. Gesch. 12, 1914, S. 254 ff.

59. Dopsch, Wirtschaftsentwicklung II, S. 127 ff.

60. Schröder, Rechtsgesch. S. 214 u. 217; H. Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte, 2. Bd., Leipzig 1892, S. 290; Aubin, Landeshoheit S. 136.

61. v. Below, Deutscher Staat S. 259 f.; Hirsch, M.I.Oe.G. 35, S. 77; Aubin a. a. O. S. 246.

62. Hirsch a. a. O.; S. Adler, Rechtsgeschichte des adligen Grundbesitzes in Oesterreich, Leipzig 1902, S. 1, sagt: „Im deutschen Mittelalter stehen den einzelnen Klassen der Bevölkerung Kategorien des Grundbesitzes mit entsprechenden Rechtsqualitäten gegenüber.“

wird andererseits diese „Usurpation“⁶³⁾ öffentlicher Rechte gelungen sein. Manches Mal wird es einem Hochadligen nur gelungen sein, auch für seine eigenen Besitzungen nur die niedere Gerichtsbarkeit zu erwerben, zuweilen wird er nicht zur Hochgerichtsbarkeit mit Einschluß der Blutgerichtsbarkeit gelangt sein.⁶⁴⁾

Für Niederösterreich ist die Existenz einer vom Landesfürsten unabhängigen hohen Gerichtsbarkeit von vorzüglichen Kennern der österreichischen Verfassungsgeschichte jedoch geleugnet worden.⁶⁵⁾ Allein hier ist schon deswegen die größte Vorsicht im Urteil geboten, als der Besitz der Mehrzahl der in Betracht kommenden Familien schon vor 1220 an die Herzöge gekommen ist.⁶⁶⁾ Bei der großen Spärlichkeit der Nachrichten über Herrschafts- und Besitzverhältnisse von Laiengroßen vor dem 13. Jahrhundert ist es denn nicht so sehr erstaunlich, daß Nachrichten über reichsunmittelbaren Besitz von hoher Gerichtsbarkeit fast völlig fehlen.

Der Grafentitel wird zuweilen auf auswärtige Besitzungen zurückgeführt. Es kommt aber auch vor, daß er erst später angenommen wurde.⁶⁷⁾ Die Herren von Pernegg sind z. B. zugleich Grafen von Deggendorf genannt worden. Später kommen sie als Grafen von Pernegg vor. Man nahm hier eine solche Uebertragung des Titels an.⁶⁸⁾ Ebenso wohl möglich ist aber, daß sie un-

63. So nennt Aubin den Erwerb öffentlicher Rechte ohne obrigkeitliche Autorisation.

64. v. Below, Territorium und Stadt, 2. Aufl., S. 16: „Es versteht sich nicht von selbst, daß ein Grundherr für den gesamten Grundbesitz Immunität bzw. die gleiche Immunität besitzt.“ Ueber die Uneinheitlichkeit weltlicher Herrschaftsrechte vgl. auch Hirsch, Klosterimmunität S. 12, M.I.Oe.G. 35, S. 76.

65. Grund a. a. O. S. 423; Hirsch, M.I.Oe.G. 35, S. 78.

66. So starben die von Perge, von Machland, die Grafen von Rebgaubeugen, von Peilstein, von Klamm-Velburg, Raabs, Pernegg vor diesem Zeitpunkt aus, etwas später die Lengenbacher, mit ihnen das Geschlecht derer von Traisen.

67. Grund a. a. O. S. 423; Dopsch, G.G.A. 1926, S. 9 f.

68. Strnadt, A.Oe.G. 99, S. 678; Mayer S. 8; Wendrinsky, Bl. N.F. 12, S. 202 und 205 und Zák, Bl. N.F. 31, S. 266 haben den Grafentitel der Pernegger aus einem angeblichen Landrichteramt hergeleitet. Einmal ist es jedoch nicht üblich, Landrichter Grafen zu nennen nach ihrem Allodialbesitz, zum anderen sind die angeführten Stellen, Meiller 75, 70 u. 116, 128, keine Beweise für ein solches Amt. Ulrich ist einfach in speziellen Fällen

abhängig von der bayrischen Grafschaft, die übrigens auch keine echte war, den Grafentitel annahmen, ebenso wie etwa die Herren von Raabs sich später Grafen nannten. Und was liegt näher als Grund, als daß sich die bezeichneten Dynasten materiell von Grafen nicht unterschieden?⁶⁹⁾ Die Bezeichnung Grafschaft wäre allerdings kein sicherer Beweis für Hochgerichtsbarkeit in den Händen ihrer Besitzer, wenn man Grunds Ansicht zustimmen müßte, daß Grafschaft in Oesterreich einfach eine gräfliche Herrschaft ohne Rücksicht auf ihre Rechtslage bezeichnen könne.⁷⁰⁾ Immerhin ist es doch beachtenswert, daß man im 13. Jahrhundert von provincia Berneccensis sprach, der Beamte König Ottokars, der sie besonders verwaltete, rector provinciae Berneccensis genannt wurde, ja von der Grafschaft die Amtsbezeichnung Graf führte.⁷¹⁾ Für die Grafschaften des Waldviertels hat ja Grund die territoriale Uebereinstimmung mit Landgerichten aufgedeckt, sie aber als Eigenart dieses Teils der Mark, der ja erst spät kolonisiert wurde, erklärt, jedenfalls aber auch hier eine Herleitung der Landgerichtsbarkeit aus der Grafschaft bezweifelt.⁷²⁾ Nun hat aber kürzlich Stowasser den Nachweis erbracht, daß es in Oesterreich Grafschaften und Herrschaften gab, die reichslehnbar und mit hoher Gerichtsbarkeit ausgestattet waren,⁷³⁾ also in der Bildung begriffene nichtfürstliche Territorien.⁷⁴⁾ Und zwar wurde der Beweis erbracht gerade für

Schiedsrichter an Stelle des Herzogs. Uebrigens haben die Urkunden stets in der Erteilung des Grafentitels geschwankt. Ulrich II. wird ohne Grafentitel genannt z. B. O.Oe.U.B. II 487 Nr. 335 und 336; 488 Nr. 387; 493 Nr. 341.

69. Sehr zu beachten ist folgende Zeugenreihe, F. r. A. II 18, 16 Nr. 11: de ordine comitum: comes Fridericus de Zolre, comes Cunradus de Hardeke, dominus Udalricus de Pernegge. De ordine liberorum: dominus werenhardus de Scorrenbere, dominus Crafto de Amzinspach, dominus Conradus de Valchenbere. De ordine ministerialium: ... Diese Stelle zeigt, daß der Herr Ulrich den Grafen völlig gleichgestellt wird.

70. Grund a. a. O. S. 423.

71. Mayer 32 sq. Nr. 11 u. 12. Dazu vgl. A. Zák, Eibenstein und Primersdorf, zwei Schlösser und Orte an der Thaya im Waldviertel, Bl. N.F. 29, 1895, S. 222 ff. und besonders 223 Anm. 3. Ueber die Ansprüche des Grafen von Heunburg auf die Grafschaft Pernegg siehe ebenda S. 231 und Bl. N.F. 13, S. 152.

72. a. a. O. Vgl. auch Hirsch, M.I.Oe.G. 35, S. 78.

73. Stowasser, Sav.Z. G.A. 44 und Land und Herzog.

74. Einspruch gegen Stowassers Ausdrucksweise, die zuweilen von

diejenigen Herrschaften, die nicht frühzeitig vom Landesfürsten erworben wurden;⁷⁵⁾ deshalb kann man für die übrigen die gleiche Rechtslage sicher vermuten. Schon Dopsch hat erkannt, daß vom Herzogtum unabhängige Herrschaften in Oesterreich vorhanden waren — kleine Dynasten nennt er sie⁷⁶⁾ — und ihre Gefahr für die herzogliche Landeshoheit charakterisiert.⁷⁷⁾ Durch Stowassers Forschungen ist diese Annahme auf das kräftigste unterstützt und in wichtigen Punkten ergänzt worden. Jedoch bleibt es dabei, daß keineswegs über alle ihre Besitzungen diese Dynasten die Hochgerichtsrechte besessen haben müssen.⁷⁸⁾

B. Es ist anzunehmen, daß die Gründer der dem Bistum Passau übereigneten Klöster im Besitz hoher Gerichtsbarkeit sich

Ausbildung der Landeshoheit sprach, wo es sich doch nur um deren räumliche Ausbreitung handelte erhob H. v. Voltolini, Besprechung von Stowasser, Land und Herzog, Vjschr. f. Soz. u. W.G. 19, 1926, S. 324. Ihm stimmte Stowasser ebenda S. 413 Anm. 1, zu. St. kommt es darauf an, zu zeigen, wie und wann das österreichische Territorium erst allmählich auf den ganzen alten Amtsbezirk des Herzogs sich ausgedehnt hat.

75. Hardegg, Orth, Litschau, Seefeld, vorübergehend Rechberg. Vgl. Stowasser, Land und Herzog S. 37 ff.

76. Dagegen erscheint als bedenklich, wenn Dopsch, Reformkirche und Landesherrlichkeit S. 38 diese Dynasten als „vom Markgrafen ganz unabhängige Grundeigner“ bezeichnen zu können glaubt. Vgl. Stowasser, Vjschr. f. Soz. u. W.G. 19, 1926, S. 425 Anm. 4.

77. Dopsch a. a. O. Auch Strnadt nahm an, daß z. B. die Grafen von Rebgau-Beugen Grafenrechte besaßen (Peuerbach S. 109). Ferner s. Dopsch, G.G.A. 1926 und die dort (S. 7) zusammengestellte Literatur.

78. Erzbischof Wichmann von Magdeburg, ein Graf von Seeburg, machte eine sehr reiche Schenkung an Seitenstetten im Gebiete der Grafschaft Peilstein. Wenn er dann die Vogtei über diese Güter dem Grafen von Peilstein übertrug, so ist dies ein Argument dafür, daß dieser in der Umgebung Gerichtsherr war. Denn wir werden gleich sehen, daß spätestens seit dem 12. Jahrhundert überall in unserem Gebiete die Tendenz besteht, die Vogtei an den Inhaber der hohen Gerichtsbarkeit zu bringen. Siehe F. r. A. II 33, 14 Nr. 11 und 21 Nr. 13. Die Grafen von Peilstein waren nicht im Besitz des herzoglichen Landgerichts Ybbs; vgl. Erläuterungen zum historischen Atlas der österreichischen Alpenländer, hrsg. von der k. Akademie der Wiss. in Wien, I. Abt., Die Landgerichtskarte, 2. Teil, Niederösterreich, von A. Grund und K. Giannoni, Wien 1910, S. 210 f. Die Grafschaft fiel an den Landesfürsten. Die Grafen von Plaien-Hardegg erbten andere Teile des Peilsteinischen Besitzes. Wenn daher Grafen von Hardegg eine Exemtionsurkunde für den genannten Besitz erteilen, so tun sie dies als herzogliche Landrichter, vielleicht zugleich als vom Herzog bestellte Vögte, vgl. F. r. A. II 33, 55 Nr. 44.

befanden. Doch die Aussicht, die Rechtslage dieser Kirchen mit Bestimmtheit zu erkennen, wird gleich dadurch zunichte gemacht, daß ebenso sicher anzunehmen ist, daß nicht alle Besitzungen dieser Familien zu dem Bezirk gehörten, in dem sie mit gräflichen Rechten ausgestattet waren. Daraus folgt, daß die Stiftungsgüter bereits vor ihrer Uebertragung sich durch ihre rechtliche Qualität unterscheiden haben können.⁷⁹⁾ Was aber die Stifter ihren Klöstern an gerichtlichen Rechten gewähren wollten, ob und in welchem Umfange sie Exemtionen und Lastenbefreiungen erteilten, wie sie die Kompetenzen der Vogtei regelten, ist vollends eine unlösbare Frage. Die Urkunden, in denen später die Landesfürsten Exemtion erteilten, geben auch keinen eindeutigen Aufschluß, von welcher Art Gerichtsbarkeit Befreiung erfolgte.⁸⁰⁾ Meistens drücken sie sich neutral aus. Der Grund dafür ist vielleicht in der verschiedenen Rechtsstellung der klösterlichen Besitzungen und ihrer Vogteien zu erblicken und in der daraus sich ergebenden Notwendigkeit, sehr verschiedene Verhältnisse durch einfache Bestimmungen zu ordnen.

Daß die laikalen Gründer und Eigenkirchenherren sehr verschieden verfahren konnten, zeigt sehr gut die Stellung der markgräfllich-herzoglich steiermärkischen Benediktinerabtei Garsten. Ueber sie sind wir für das 12. Jahrhundert selten gut unterrichtet durch ein verhältnismäßig ausführliches Weistum.⁸¹⁾ Dreimal

79. Hier spielen noch viele sonstige Momente mit. Stifter übergaben ihren Klöstern beispielsweise Lehen (natürlich mit Zustimmung des Lehnsherren), dabei hatten diese Güter vielleicht die Rechtsstellung, die sie als Besitz des Lehnsherren hatten.

80. Für Altenburg fehlt ein Exemtionsprivileg überhaupt. Geras und Pernegg erhielten, soweit es urkundlich für die älteren Zeiten nachzuweisen ist, Immunität nur für Kleriker und Konversen, sowie Asylrecht für servi und Fremde. Vgl. Mayer 16 Nr. 5. Bei den Prämonstratenserstiftern muß auf die Möglichkeit hingewiesen werden, daß vielleicht wegen des dem zisterziensischen ähnlichen Wirtschaftssystems, nämlich Eigenbau mit Konversen, eine ausdrückliche Immunitätserteilung zunächst nicht nötig zu sein schien. Sicheres wird sich über Vogtei und Immunität bei diesen drei kleinen Stiftern mit nicht sehr reichhaltigem Quellenmaterial aus älterer Zeit kaum ermitteln lassen. Daß sie materiell den anderen Klöstern gleichgestellt waren, geht aus späteren Quellen mit Sicherheit hervor, so aus F. r. A. II 21, 339 Nr. 417; Mayer 41 Nr. 28 u. 49 Nr. 38 (1293 und 1327). Die Exemtionsurkunden für Seitenstetten, Erla und Waldhausen werden mit denen für die übrigen Klöster zusammen besprochen, namentlich die durch sie geschaffene Rechtslage dargestellt werden.

81. O.Oe.U.B. I 131 sq. Nr. 18. Dazu vgl. V. Melzer, Zur ältesten Ge-

im Jahre hält der Vogt auf Ankündigung des Büttels, den der Abt einsetzt, ein placitum ab. Neben ihm sitzt der Abt oder sein Gewaltbote (*potens nuntius!*) und erhält von den Bußen, die in allen Fällen, auch bei *pugna et furtum* (Frevel und Diebstahl),⁸²⁾ gezahlt werden, zwei Drittel, das dritte fällt dem Vogt zu. Bei Tötung eines Unfreien der Kirche muß dieser ersetzt und Buße gezahlt werden,⁸³⁾ die im gleichen Verhältnis geteilt wird; ist aber der Totschläger ein Auswärtiger, so findet Teilung im umgekehrten Verhältnis statt. Des Vogts Gerichtsgewalt ist ausdrücklich auf die Fälle beschränkt, die ohne seine Hilfe nicht erledigt werden können. Ueber das Gesinde der Kirche hat der Vogt überhaupt keine Gewalt,⁸⁴⁾ das Kloster darf er nicht betreten. Damit ist bevorzugte Stellung eines engeren Gebiets (engere Immunität) ausgesprochen. Weiter enthält die überaus ergiebige Quelle Bestimmungen über die Einkünfte des Vogtes und ein Untervogtverbot. Vom Blutgericht sagt uns das Weistum nichts. Ob der Vogt oder ein anderer Richter für das Verfahren gegen todeswürdige Verbrecher zuständig war, ist nicht zu entscheiden.⁸⁵⁾

Garsten hat also weitgehende, vielleicht vollständige gerichtliche Exemption. Ob die grundherrliche oder sonst irgendwelche Gerichtsbarkeit von Klosterbeamten versehen wurde, ist unbe-

schichte der Benediktinerabtei Garsten, Arch. f. Gesch. d. Diöz. Linz, 4. Jg., Linz 1907, S. 14 f.; v. Mitis, Studien S. 147; Hirsch, Hohe Gerichtsbarkeit S. 121 f.

82. *De omni manuum compositione sive pugne sive furti*. Die Bedeutung von *pugna sive furtum*, Frevel und Diebstahl, ist namentlich durch H. Hirschs Arbeiten aufgeklärt worden (Klosterimmunität, 3. Kap. und Hohe Gerichtsbarkeit, 1. Teil). Wir haben unter diesen Ausdrücken die Bezeichnung für den Komplex der hochgerichtlichen Fälle zu verstehen.

83. Das deckt sich mit den Bestimmungen des berühmten Weistums von 1104, M.G. Const. I 127 Nr. 75. Das dort formulierte Recht hatte offenbar eine weitreichende und andauernde Geltung, die Formulierung eine große Wirkung, wie z. B. die wörtliche Anführung des Weistums in einer Urkunde Friedrichs I. für Tegernsee zeigt, St. 3764 (M.B. VI 178 sq. Nr. 17).

84. *De prebendariis curie omnino se non intromittit, quicquid excesserint...*

85. Anders Hirsch, Hohe Gerichtsbarkeit S. 122: „...es (das Blutgericht) war, wie das Weistum des 12. Jahrhunderts wahrscheinlich macht, von jeher von der hohen Gerichtsbarkeit über die finanziellen Fälle getrennt“. Eine weitere Begründung gibt er nicht. Ueber die Trennung von Blut- und hoher Gerichtsbarkeit vgl. Hirsch, Hohe Gerichtsbarkeit, besonders S. 73 ff.

stimmt. Wenn es aber überhaupt zu einer gerichtlichen Entscheidung kam, scheint der Vogt zuständig gewesen zu sein.

Ein ähnliches Bild, wenn auch weniger vollständig, gibt eine Vogteiurkunde für Traunkirchen.⁸⁶⁾ Auch hier liegt der Nachdruck auf der Bezeichnung der materiellen Ansprüche des Vogtes. Vom Blutgericht sagt auch diese Quelle nichts.⁸⁷⁾

V.

Die königliche Immunität für Kirchen gehört zu derjenigen Art von Privilegierungen,⁸⁸⁾ welche für alle Güter gilt, die eine Kirche besitzt oder künftig erwirbt, und die auf Grund von Rechten, die der Gewährende an ihnen hat, Gegenstand seiner Privilegierung werden können. Da nun der Kaiser im Mittelalter der Idee nach Träger alles öffentlichen Rechts im Reiche ist, kann er Privilegien erteilen, die räumlich nur durch die Grenzen des Reiches beschränkt sind. Die geschilderte Eigenschaft der kaiserlichen Immunität kommt auch in den sie verleihenden Diplomen zum Ausdruck, beispielsweise für Passau in der Immunitätsurkunde Ottos II. vom Jahre 976.⁸⁹⁾ Ita deinceps sub nostra permaneat defensione et quicquid eidem ecclesiae retroactis temporibus collatum fuerat et modernis confertur vel que deinceps collata fuerint per hanc auctoritatem nostram absque alicuius contrarietate teneat atque possideat et, . . . (folgt die übliche den Inhalt der Immunität bezeichnende Formel).⁹⁰⁾ Da Neuerwerbungen einer immunen Kirche demnach eo ipso der Immunität teilhaftig werden, hat man hier sehr treffend von „automatischer Immunitätsübertragung“ gesprochen.⁹¹⁾ Solche Neuerwerbungen sind auch Eigenkirchen und Klöster gewesen.⁹²⁾ Und so hat mit Hilfe der Kenntnis des Eigenkirchenrechts die schon früh bemerkte Tatsache, daß es immune Kirchen gibt, ohne daß vom Erwerb der Immunität etwas bekannt war, ihre Erklärung gefunden. Daß, nachdem mit der Entwicklung des Lehns-

86. O.Oe.U.B. II 427 Nr. 295 (1191).

87. Vgl. Anm. 223.

88. Vgl. oben S. 139 f.

89. DO. II. 135.

90. Sickel. Beiträge zur Diplomatik V, S. 334: „Die Immunität gilt regelmäßig für alle Besitzungen, wo sie auch gelegen seien, wie sie auch erworben seien oder noch erworben werden mögen“. Dazu s. bes. Stengel, Immunität I, S. 578 f.

91. Aubin, Landeshoheit S. 149.

92. Vgl. auch Sickel, Beiträge V, S. 317 ff. und Werminghoff I, S. 230.

wesens die Aemter, denen die Ausübung der öffentlichen Funktionen zukam, dem König immer ferner gerückt waren, die automatische Immunitätsübertragung auf immer größere Schwierigkeiten stoßen mußte, läßt sich leicht denken. Daß sie ganz außer Uebung kam, geschah wohl zu sehr verschiedenen Zeitpunkten. Im 12. Jahrhundert dürfte der auf zukünftige Erwerbungen bezügliche Passus der Immunitätsprivilegien spätestens wirkungslos geworden sein.⁹³⁾ Daher ist wahrscheinlich bei Uebertragung der Gründungen von Weltlichen an das Hochstift die Bistumsimmunität für die betreffenden Klöster ohne Wirkung gewesen. Wenn selbst der Immunitätsanspruch noch bestanden hätte, so wäre es doch aussichtslos gewesen, gerade den Gründern gegenüber, die ihre Klöster übereignet hatten, ihn zur Durchführung zu bringen, zumal da sie regelmäßig Klostervögte geblieben waren.

Von großer Bedeutung dürfte dagegen die Bistumsimmunität für die alten Eigenklöster, sowie für die auf bischöflichem Boden gegründeten geworden sein.

Sie genießen als Pertinenzen des Bistumsvermögens Immunität. Ihre Immunität nennt Stengel Teilimmunität. Schon Th. v. Sickel hat die Frage aufgeworfen, ob abhängige Kirchen Immunität zu eigenem Nutzen erhalten haben oder nicht, und er beantwortet sie verneinend.⁹⁴⁾ Zum gleichen Ergebnis kommt auch Stengel.⁹⁵⁾ Und das stimmt sicher zum System des Eigenkirchenrechts. Der privilegierende König tritt ja gar nicht in direkte Verbindung mit dem abhängigen Stift. Er erteilt der Herrenkirche dafür Immunität wie für jedes andere Vermögensstück. Selbst bei Uebertragung eines Reichsklosters mit Immunität⁹⁶⁾ an eine andere Reichskirche wird die selbständige Immunität von der Immunität der Herrenkirche absorbiert. Die Immunität verliel übrigens der letzteren neue Herrschaftsrechte, die ihre Stel-

93. Aubin, Landeshoheit, S. 147 f.: „Jedenfalls aber brauchen wir nicht über das 12. Jahrhundert hinauszugehen, wenn wir nach Eigenkirchen suchen, welche die Immunität ihrer Herrenkirchen genossen haben können“.

94. v. Sickel, Beiträge V, S. 320 ff.

95. Stengel, Immunität I, S. 581 ff.

96. z. B. Kremsmünster und Mattsee, die als Reichsklöster sicher Immunität besaßen. Vielleicht gehören hierhin auch St. Pölten und St. Florian. Niedernburg fällt hier wegen seiner erst spät erfolgten Erwerbung außer Betracht.

lung der Eigenkirche gegenüber erheblich verstärkten.⁹⁷⁾ Nun ist aber auffallend, daß im 12. Jahrhundert die Früchte der Teilimmunitäten ganz regelmäßig dem abhängigen Kloster zugutekommen.⁹⁸⁾ Denn die zwei Drittel der Einkünfte aus dem Vogtgericht fallen dem Eigenkloster zu, nicht der Herrenkirche, und wir hören niemals etwas von Streitigkeiten um diese Einkünfte. Die Fälschungen dieses Jahrhunderts, die gegen das Eigenkirchenrecht gerichtet sind, unterrichten uns doch sonst ganz gut über das, was umstritten wurde. Es ist daher wahrscheinlich, daß schon im 11. Jahrhundert eine Verselbständigung der Teilimmunitäten erfolgte, möglicherweise im Zusammenhang mit der Gewährung eigener Klostervögte.

Um zu sehen, wie die bischöfliche Immunität auf die Rechtslage der älteren Eigenklöster zurückwirkte, soll es zunächst versucht werden, die inhaltliche Bedeutung dieser Immunität zu ermitteln. Als Quellen kommen vor allem einige Königsurkunden⁹⁹⁾ in Betracht, sowie besonders auch eine Fälschung auf den Namen Arnulfs von Kärnten.¹⁰⁰⁾ Diplomatische Forschungen über die Passauer Immunitätsurkunden sind wohl zu nahezu abschließenden Ergebnissen gekommen und ich darf mich hier auf sie beziehen.¹⁰¹⁾

Die passauischen Immunitätsurkunden verleihen Schutz des Königs und verbieten alle Amtshandlungen öffentlicher Personen, insbesondere Abhaltung von Gerichtsversammlungen, Forderung von Leistungen und Ausübung staatlicher Zwangsgewalt.¹⁰²⁾ Die Urkunde vom Ende des 9. Jahrhunderts unter-

97. Vgl. auch Müsebeck, *Jahrb. f. lothr. Gesch.* XIII, S. 180.

98. Hagn 51 Nr. 39: *Unus cedet iuri meo, duo abbati* (1179).

99. M. 1737 und 1738 (M.B. XXVIII^b 71 Nr. 90 und XXVIII^a 77 Nr. 58, beide vom Jahre 887). DO. II. 135; DO. III. 21; DO. III. 115. Die Teilimmunität Heinrichs V., St. 3065, für das Kirchengut Merdingen kann hier unberücksichtigt bleiben.

100. M. 1942. (M.B. XXVIII^a 119 Nr. 86.)

101. S. die Literatur an den zitierten Stellen bei Mühlbacher und den M.G., sowie Hollnsteiner S. 41 ff. Speziell zur Frage einer Immunität Ludwigs des Frommen für Passau vgl. Stengel, *Immunität I*, S. 58 ff. und Hollnsteiner a. a. O.; beide halten eine solche für wahrscheinlich.

102. z. B. M. 1738: ...ut nullus iudex publicus vel quislibet ex iudicialia potestate in ecclesias aut loca vel agros seu reliquas possessiones quas moderno tempore in quibuslibet pagis vel territoriis infra ditio-nem regni nostri iuste et legaliter memoratum tenet vel possidet mona-

scheidet sich nicht wesentlich von denen des 10. Spätere Immunitätsurkunden fehlen.¹⁰³⁾ Nur in einer Teilimmunitätsverleihung Ottos III.¹⁰⁴⁾ ist positiv davon die Rede, durch wen der Bischof die ihm verliehenen Rechte ausüben läßt, nämlich durch den Vogt. Auch das erwähnte falsche Arnulfinum zeigt, daß in Passau der Vogt eine ähnliche Stellung einnimmt, wie in den meisten anderen Immunitäten.¹⁰⁵⁾ Dort läßt sich übrigens sehen, daß Bestellung und Einsetzung des bischöflichen Vogts in jener Zeit durchaus Sache des Bischofs war.¹⁰⁶⁾

Der Ausschluß richterlicher Amtstätigkeit vom Immunitätsgebiet bedeutete ursprünglich noch nicht Befreiung von der öffentlichen Gerichtsbarkeit überhaupt.¹⁰⁷⁾ Vielmehr blieb das ordentliche Gericht zuständig, wenn auch als Zwischeninstanz der mit dem Privileg Versehene anzusehen ist. Aus dieser Stellung hat sich ein eigenes Gericht herausgebildet, oder wenigstens die Kompetenz, durch eigene Beamte auch Sachen zu erledigen, die bis dahin zum Aufgabenkreise des öffentlichen Gerichtes gehört hatten.¹⁰⁸⁾ Für Passau läßt sich das aus folgendem Abschnitt der Immunitätserteilung für die freien bischöflichen Kolonen in der Ostmark ersehen:¹⁰⁹⁾ *Nec pro ulla alia occasione*

sterium vel ea quae deinceps in iure ipsius monasterii voluerit divina largitas augeri temerarie ingredi temptat nec nos nec ullus successorum nostrorum deinde munera aut convivia aut ullum coactum servitium accipere presumat... (887).

103. Mit Ausnahme von St. 3065.

104. DO. III. 21: *hoc totum in cunctis advocato prefatae ecclesiae potestative exigendum et percipiendum ad iam dicti pontificis Piligrimi successorumque utilitatem perpetim condonamus.*

105. S. Rietschel, Das Burggrafenamt und die hohe Gerichtsbarkeit in den deutschen Bischofsstädten während des früheren Mittelalters, Leipzig 1905, S. 59 und 302; Dopsch, Wirtschaftsentwicklung II, S. 100; Starflinger, Domvogtei S. 34 f.

106. *Sed advocatus atque patronus sanctae dei casae sub ditione illius sedis episcopi constitutus, quaecumque illic sunt disponenda, ipse et non alius ordinet et examinet.*

107. v. Below, Deutscher Staat I, S. 253; Schröder, Rechtsgeschichte S. 615; Dopsch, Wirtschaftsentwicklung II, S. 97 ff. Anders Brunner, Rechtsgesch. S. 298 ff.

108. Wenn bei Klagen Auswärtiger gegen Immunitätsinsassen der Immunitätsherr verständigt werden mußte, so lag nichts näher, als die Sache durch Beschwerde bei diesem zu erledigen.

109. DO. III. 21.

aut vadium solvere aut ad comitatum ire a marchione vel aliqua iuditiariae potestatis persona cogantur, nisi ea lege vel iure quo ecclesiastici servi ab extraneorum pulsati reclamationibus pro satisfatienda iusticia ad placitum ire compelluntur. Also nur bei einer ganz bestimmten rechtlichen Konstellation haben die Kirchenleute vor dem Grafengericht zu stehen, sonst — das dürfen wir annehmen — wird die Sache vor dem für das innerhalb der Immunität zuständigen Gericht erledigt.

Damit kommen wir auf die Frage der Abgrenzung der Kompetenzen dieses Gerichts. Hervorzuheben ist, daß die Freien nur in denjenigen Fällen vor das Grafengericht gezogen werden können, in denen das nach dem geltenden Recht auch bei Unfreien möglich ist.¹¹⁰⁾ Hollnsteiner¹¹¹⁾ glaubt, in Prozessen Auswärtiger gegen Immunitätsinsassen könnten die Ankläger an das Grafengericht appellieren. Er entnimmt das dem Ausdruck *extraneorum reclamationibus pulsati*. Nun kannte aber das Mittelalter solch ein Berufungsverfahren nicht.¹¹²⁾ Auch

110. G. Seeliger, Die soziale und politische Bedeutung der Grundherrschaft im früheren Mittelalter, Untersuchungen über Hofrecht, Immunität und Landleihen, Abhdl. der Sächs. Ges. d. Wiss. 50, Phil. Hist. Kl. 22, Leipzig 1904, 1. Abh., S. 106 gibt keine Erklärung, sondern eine vorsichtige Wiedergabe der Stelle: „Freie, die auf Passauer Gütern in der Ostmark angesiedelt waren, werden dem Kirchenvogt unterstellt und sollen nur soweit dem richterlichen Rufe des Markgrafen Folge leisten, als auch die bischöflichen Unfreien bei Klagen Fremder auf deren Reklamationen hin vor dem markgräflichen Gericht zu erscheinen verpflichtet sind. Bischöfliche Hinterassen wurden also unter Umständen vor das Provinzialgericht berufen.“ Vgl. auch Seeliger S. 147. Stengel, Grundherrschaft und Immunität, Sav.Z. G.A. 25, 1904, S. 318 meinte, „daß, wie die Freien, so auch die Unfreien in externis nicht vom Vogt, sondern vom Markgrafen gerichtet werden sollen.“ Das trifft nicht zu. Vgl. den Text. Stengel erklärte den Passauer Fall als Ausnahme, die auf die besondere Stellung Oesterreichs als einer Mark zurückgehe. Nach den Forschungen besonders von Dopsch und H. Hirsch kann man die Markenstellung heute nicht mehr für solche früher angenommenen Unregelmäßigkeiten verantwortlich machen.

111. St. Florian S. 50.

112. Schröder, Rechtsgeschichte S. 121 f.; Brunner, Rechtsgesch. II, S. 50 und S. 138; W. Seelmann, Der Rechtszug im älteren deutschen Recht, Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte (hsg. von O. v. Gierke), Heft 107, Breslau 1911. Berufung, d. h. ein Rechtsmittel, das sich auf abgeurteilte Sachen bezieht, gab es gar nicht. Unrichtiges Urteil ist kein Urteil. Es gab nur einen Rechtszug bei Justizverweigerung und -verzögerung und Unvermögen des Richters zur Erledigung der Streitsache.

Hollnsteiner kann nur auf die *reclamatio ad regis definitivam sententiam* hinweisen.¹¹³⁾ Diese ist aber immer eine Berufung an die Person des Königs. Und sie kommt nur besonders privilegierten Personen zu. *Reclamatio* muß hier wohl einfach das Fordern, Rufen vor das Gericht bedeuten. Aber in welchen Fällen ist es möglich, Immunitätsangehörige vor das Grafengericht zu ziehen? Einschränkungen der Unabhängigkeit der Immunität vom Grafengericht finden sich noch in anderen Immunitätsprivilegien jener Zeit, und sie sind etwas deutlicher gefaßt, deutlich genug, um erkennen zu lassen, daß es sich um den Fall des *Ungehorsams* handelt,¹¹⁴⁾ und ein solcher dürfte auch in der Bestimmung des besprochenen Diploms zu vermuten sein.

Ob die Immunitätsgerichtsbarkeit unbeschränkte Kompetenzen besaß und seit wann,¹¹⁵⁾ läßt sich aus dem Passauer Material mit vollständiger Sicherheit nicht feststellen. Oft mögen die Zuständigkeiten umstritten gewesen sein, die Forderungen der

113. Auch sie war aber ein Rechtszug an den König. Ihre Bedeutung liegt darin, daß dem Richter die Möglichkeit fehlte, in ungünstig auslaufendem Prozeß gegen den Wunsch der reklamationsberechtigten Person den Prozeß zu beenden. (Seelmann S. 43 ff.)

114. „Der Gerichtsvorsitzende gebietet der unterliegenden Partei die schuldige Leistung; folgt sie diesem Gebot nicht, so hat er, soweit ihm Zwangsmittel zur Verfügung stehen, diese gegen sie anzuwenden. Kann er auch so sein Gebot nicht durchsetzen oder fehlt es ihm überhaupt an Zwangsmitteln, so hat statt seiner der ihm vorgesetzte Richter einzugreifen“. (Seelmann S. 15.) — Hierzu vgl. v. Below, Territorium und Stadt S. 9: „Gewiß erscheint auch ein solcher Immunitätsbezirk, dem die hohe Gerichtsbarkeit zugesprochen wird, gelegentlich einem Landgerichtsbezirk eingegliedert (z. B. für den Fall der Rechtsverweigerung)“. Vgl. auch die daselbst Anm. 1 zitierte Literatur und Hirsch, Hohe Gerichtsbarkeit S. 112: „Aber die Gewalt des Vogtes mochte erlahmen, wenn es darauf ankam, einen widerspenstigen Klostermann zur Zahlung zu zwingen. Damit ein solcher nicht incorrigibilis bleibe, sollte es dem Vogt freistehen, den öffentlichen Richter anzurufen.“ Ferner s. besonders das von Hirsch S. 111 zitierte Diplom für Hamburg DO. I. 11.

115. Die herrschende Ansicht über die Immunitätsgerichtsbarkeit geht dahin, daß diese bis in die zweite Hälfte des 9. Jhdts. durchweg auf die niedere Gerichtsbarkeit beschränkt blieb und dann im 10. vielfach zur hohen emporstieg. Hirsch hat in seinem Buche über die hohe Gerichtsbarkeit die Ansicht vertreten, daß zwischen hoher und Blut-Gerichtsbarkeit zu scheider sei und letztere doch erst in der Regel um 1100 den Vogteigerichten zugefallen sei.

Immunitätsprivilegien nicht zur Durchführung gekommen, oder auch durch Rückschläge Erreichtes wieder zunichte gemacht worden sein.¹¹⁶⁾ Solche sich zuwiederlaufenden Tendenzen kommen zum Ausdruck in der Aufzeichnung des berühmten Ostmarkenweistums vom Ende des 10. Jahrhunderts.¹¹⁷⁾ Ausdrücklich wird dort die Freiheit der Bistumsleute von allen Abgaben und Leistungen an den Markgrafen ausgesprochen.¹¹⁸⁾ Nicht

116. Ueber die Divergenz zwischen den Forderungen der Immunitätsprivilegien und dem tatsächlich Erreichten vgl. Aubin, Landeshoheit Kap. 2; v. Below, Territorium und Stadt S. 12: „Wie sie (die Immunitäten) etagenweise zum Besitz der hohen Gerichtsbarkeit gelangen, wie ein Teil von ihnen zwar nicht soweit aufsteigt, viele aber das Ziel erreichen“, ferner S. 17 u. 31. Außerdem s. F. Rudolph, Die Entwicklung der Landeshoheit in Kurtrier, Diss. Tübingen 1905, S. 5; H. Glitsch, Untersuchungen zur mittelalterlichen Vogtgerichtsbarkeit, Bonn 1912, S. 3; J. Egger, Die Entstehung der Gerichtsbezirke Deutsch-Tirols, M.I.Oe.G. Erg. Bd. 4, 1893, S. 375; O. Stolz, Geschichte der Gerichte Deutsch-Tirols, A.Oe.G. 102, S. 130; Hirsch, M.I.Oe.G. 35. S. 80: „Von einer vollständigen Eximierung des bayrischen Kirchenguts kann keine Rede sein.“

117. N.Oe.U.B. I 3 sq. Nr. 2. = M.B. XXVIII^b 86 sq. Nr. 116. — J. Zibermayr, Das älteste Traditionsbuch des Hochstifts Passau, M.I.Oe.G. 26, S. 383 ff. hat mit den Mitteln der Paläographie die Echtheit des Stückes dargelegt und auch v. Mitis S. 83 ff. und Hirsch M.I.Oe.G. 35, S. 79 haben sich in diesem Sinne entschieden. Und so darf diese Ansicht jetzt wohl als die herrschende gelten, wenn auch E. Mayer, Sav.Z. G.A. 46, 1926, S. 442 noch die Meinung, das Stück sei eine Fälschung, als die herrschende bezeichnen zu müssen glaubte. — Zum Beweise der Echtheit der überaus wichtigen Quelle vermögen wir hier einen Beitrag zu liefern, indem wir einige Beanstandungen, die Waitz, Verf. Gesch. VII, S. 150 f. Anm. 7 und Strnadt, Passio II, S. 292 hinsichtlich der Ausdrucksweise der Aufzeichnung machten, als nicht gerechtfertigt erweisen. — Waitz meint: „Aber schon der Titel strenuus, (über den Waitz, Verf. Gesch. V., 2. Aufl. S. 466 N. 1, einiges mitteilt), der später vorkommende Ausdruck donativa und anderes machen es unzweifelhaft, daß es ein Produkt des 12. Jahrhunderts ist. Der Titel strenuus ist indessen im 10. Jh. nicht selten, vgl. z. B. M. 1892 (893; O.Oe.U.B. II 39 Nr. 29); M. 1942 (M.B. XXVIII^a 119 Nr. 86; Fälschung vom Ende d. 10. Jhdts.); DO. III. 306. Auch donativum läßt sich in Quellen des 10. Jhdts. nachweisen, z. B. in DO. III. 112; auch auf St. 2432 (O.Oe.U.B. II 88 Nr. 68 v. J. 1052) kann man hier hinweisen. — Strnadt erscheint die Bezeichnung regnum, die im 10. Jhd. für Bayern nicht mehr gebräuchlich gewesen sei, die Urkunde verdächtig zu machen. In Wirklichkeit aber läßt sie sich noch lange in den Quellen verfolgen; vgl. DO. II. 136^b, 167^a u. 167^b; St. 2155 (M.B. III 312 Nr. 3): in conspectu Heinrici, cui ipsius regni Ducatum dedimus (1040); O.Oe.U.B. II 620 Nr. 420 (1220!).“

118. Tunc in primis familiam sancti Stephani ab omni iugo vel distric-

umsonst wird man sich bischöflicherseits eine solche Aufzeichnung haben anfertigen lassen. Sie leistete sicher gute Dienste gegen Uebergriffe des Markgrafen und seiner Leute.¹¹⁹⁾

Der Widerstreit zwischen Immunitäts- und Landgerichtsherren fand meist damit sein Ende, daß der Letztere zum Vogt ernannt wurde.¹²⁰⁾ Dies Resultat war für den Grafen bzw.

tione marchionis, hoc est collectis, donativis, operibus, mansionaticis et ceteris servitiis liberam et absolutam asserebant.

119. So Dopsch, Sav. Z.G.A. 26, S. 7 gegenüber Brunner, der umgekehrt einen energischen Widerstand des Markgrafen gegen die Immunitätsgelüste der Kirche erkennen zu können glaubte (Exemtionsrecht S. 342). Hirsch, M.I.Oe.G. 35, S. 79 tritt Dopsch bei.

120. Auch vorgebeugt wurde ihm zuweilen auf diese Weise. So war der Markgraf von Oesterreich Vogt von St. Pölten, St. Georgen an der Traisen und Göttweig geworden. Ob seine Vorgänger in der Göttweiger Vogtei, die Grafen von Radelberg, in der Umgebung von Göttweig gräfliche Rechte ausübten, ist nicht ganz sicher zu ermitteln. — Der Markgraf von Steiermark war Vogt von Kremsmünster, der Graf von Formbach von St. Nicolaus. Daß der Formbacher hierher gehört, bedarf noch einiger Erläuterungen. Die Formbacher sollen von den alten Traungaugrafen abstammen, denen auch die Grafen von Wels-Lambach entsprossen sind. Jedenfalls besaßen sie in ausgedehnten Gebieten die Grafschaftsrechte, so sollen sie über die nachmaligen Landgerichte Schärding, Erlach, Peuerbach und Donautal geboten haben. Vgl. Strnadt, Peuerbach S. 117. Zur Rekonstruktion ihrer Macht dient die Betrachtung der Besitzungen ihrer Erben, der Meranier (Vgl. E. Frhr. v. Oefele, Geschichte der Grafen von Andechs. Innsbruck 1877, S. 56 ff.), der Grafen von Reichenhall-Viechtenstein (Strnadt, Peuerbach S. 118) und der Grafen von Schaunberg (Vancsa S. 433, Strnadt a. a. O. passim, bes. 201 ff.). Wenn Graf Heinrich von Formbach im Altmann Majus für St. Nicolaus comes provincialis ex utraque parte eni fluminis genannt wird, so trifft diese Machtzuweisung für die Formbacher im ganzen wohl zu. Ueber die gräflichen Rechte des Zweiges Formbach-Viechtenstein läßt sich nichts Sicheres ermitteln. Jedenfalls ist anzunehmen, daß durch die Zugehörigkeit des Vogtes zur gräflichen Familie Konflikte zwischen Grafschaft und Immunität nach Möglichkeit ausgeschaltet werden sollten. Auch die Vergebung größerer Teilvogteien wurde öfters unter diesen Gesichtspunkten vorgenommen, z. B. diejenige über die Güter von St. Nicolaus in Oesterreich an den Markgrafen (vgl. oben S. 83) oder über die Seitenstettenschen an der Ybbs an den Grafen von Peilstein (vgl. o. Anm. 78). Sogar der steirische Markgraf übertrug dem österreichischen eine Vogtei über Garstener Güter in Oesterreich, die er und seine Vorfahren mehrere Jahrzehnte innegehabt hatten (O.Oe.U.B. II 345 Nr. 237). — Auch sonst ist häufig die Personalunion von Vogt und Graf beobachtet worden. Vgl. Stolz, A.Oe.G. 102, S. 125 ff.; Glitsch S. 33; H. Nabholz, Der Aargau nach dem Habsburger Urbar. Argovia 33, 1909, S. 121; K. Beyerle, Besprechung von G. Goetz, Niedere Gerichtsherrschaft und Grafengewalt im badischen Linzgau usw., Gierkes

Markgrafen oder Herzog zufriedenstellend. Für die Kirche ist es ein Schritt, zu dem sie durch ihre Notlage gezwungen wurde. Man mochte hoffen, so die Immunitätsansprüche besser durchsetzen zu können.¹²¹⁾ Das war aber durchaus nicht immer der Fall, wie an einer Regelung der Vogteiverhältnisse von Kremsmünster in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts durch den Markgrafen Ottokar IV. deutlich wird. Die Bußen der schweren Verbrechen bezieht der Markgraf-Vogt allein, während die übrigen nach dem üblichen Drittelungsverhältnis geteilt werden.¹²²⁾ Dabei wäre noch darauf hinzuweisen, daß die so geregelten Verhältnisse einen Fortschritt für das Kloster bedeuteten, dem es vorher nicht gelungen war, auch nur das ihm dort zuerkannte Maß von Rechten zu behaupten. Ein weiteres Motiv für die Uebertragung der Vogtei an den Grafen lag in dem Bedürfnis nach einem mächtigen Vogte. Einen solchen brauchte man, um die eigenen Hintersassen zu Ordnung und Gehorsam zu bringen, besonders aber, um nach außen sein Recht durchzusetzen.

Untersuchungen Heft 121. 1914, Sav. Z.G.A. 35, S. 551: Personalunion der Heiligenberger Grafen und des bischöflich Konstanzischen Hochvogts; Aubin, Vjschr. f. Soz. u. Wirtsch.Gesch. 12, S. 243: „Denn es sind fast alle Grafschaften mit den darin liegenden Kirchenvogteien irgendeinmal während des in Betracht kommenden Zeitraums in einer Hand vereinigt gewesen...“ — Zu beachten ist die Motivierung der Uebergabe des Benediktinerstifts Gleink durch den Gründer, einen Edlen von Volkersdorf in die Vogtei des Markgrafen von Steiermark in einer Fälschung des 12. Jahrhunderts (O.Oe.U.B. II 166 Nr. 111): Et ut ipsum monasterium immunitatem plenariam reciperet quarumcumque iniuriarum, sive quod esset a potentum obpressione secuta et libera et quia in temporalibus minus satisfacere potuit, eandem ecclesiam... in manus nostras et filii nostri Liupoldi... tradidit.

121. In der Uebertragung der Vogtei an den Grafen hat man m. E. einseitig vielfach nur ein für die Rechtslage der Kirche ungünstiges Ereignis erblickt, z. B. Winter, Bl. N.F.17. S. 433: „Wo Landesherr und Vogt eine Person waren, drohte das kostbare Gut der Immunität zum leeren Begriff zu werden.“ Dazu vgl. die lebhafteste Zustimmung Srbiks, Staat und Kirche S. 75.

122. Siqua querimonia ab abbate vel ab eius amministratoribus iudicibus meis fuerit oblata, que banno erit terminanda, unus cedit iuri meo duo abbati. Furtum enim et rapina, pugna, incendium, violencia, perversiones domorum nocturno vel diurno facte, iuri meo cedent plenarie (Hagn 51 Nr. 39). Diese Verteilung der Rechte läßt sich auf zweierlei Weise entstanden denken, entweder so, daß der Vogt Einkünfte sich anmaßte, die ihm von Rechts wegen gar nicht zustanden, oder aber so, daß der Landesfürst von ihm seit alters in Anspruch genommene Jurisdiktion in dem ihm zugefallenen Vogtgericht mit verwalten ließ.

VI.

Die Kenntnis dieser Personalunion von Vogt und Inhaber der gräflichen Gewalt ist grundlegend wichtig für das Verständnis der gerichtlichen Stellung der Klöster und ihrer Entwicklung, vorzugsweise aber der berühmten babenbergischen Exemtioneu.

A. Wir beginnen mit der Untersuchung der St. Florianischen Exemtions- und Vogteiurkunden. Bei keinem anderen Stift sind diese gleich zahlreich und ausführlich, und sie haben schon längst wegen der diplomatischen Probleme, die sie in sich bergen, noch mehr aber des rechtsgeschichtlich wertvollen Gehalts wegen, besondere Beachtung von seiten der Forschung gefunden.¹²³⁾ Alle Forscher haben sich für die Echtheit entschieden. Im einzelnen der Beweisführung bestehen noch einige Gegensätze, deren Darlegung jedoch hier nicht erforderlich ist. Es handelt sich um 5 Urkunden Herzog Leopolds VI., 3 Herzog Friedrichs II., 1 Kaiser Ottos IV., 2 Kaiser Friedrichs II., und 2 König Ottokars.¹²⁴⁾

Der herzogliche Ministeriale Ortolf v. Volkersdorf¹²⁵⁾ ist

123. Brunner, Exemtionsrecht S. 359—66; Strnadt, A.Oe.G. 94, S. 118, v. Mitis, Studien S. 123—138, Hollnsteiner, M.J.Oe.G.40, S. 87 u. 93—101 sind hier besonders zu nennen.

124. Wir bedienen uns der zweckmäßigen Bezeichnungsweise, die v. Mitis S. 124 f. einführt:

A = O.Oe.U.B. II 511 Nr. 358 Herzog Leopold 1209.

B = O.Oe.U.B. II 547 Nr. 378 Kaiser Otto IV. 1212, B.F. 480.

C = O.Oe.U.B. II 550 Nr. 379A Herzog Leopold 1212.

D = O.Oe.U.B. 554 Nr. 379B Herzog Leopold 1212.

E = O.Oe.U.B. II 558 Nr. 383 König Friedrich II. 1213, B.F. 688.

F = O.Oe.U.B. 563 Nr. 386A Herzog Leopold 1213.

G = O.Oe.U.B. 569 Nr. 387 Herzog Leopold 1213.

H = O.Oe.U.B. III 53 Nr. 49 Kaiser Friedrich II. 1237, B.F. 2224.

I = O.Oe.U.B. III 95 Nr. 90 Herzog Friedrich II. 1241.

K = O.Oe.U.B. III 121 Nr. 118 Herzog Friedrich II. 1243.

L = Ludewig Reliquiae mss. IV 221 Nr. 5 Herzog Friedrich II. 1243.

M = O.Oe.U.B. III 225 Nr. 234 König Ottokar 1256.

N = O.Oe.U.B. III 347 Nr. 259 König Ottokar 1258.

125. Der äußere Vorgang, durch den dem Herzog möglich wurde, den in den Urkunden geschilderten Akt vorzunehmen, ist oft dargestellt worden. Vgl. die in der vorvorigen Anmerkung genannte Literatur, bes. Hollnsteiner S. 93 ff. und Brunner S. 364 ff. Hier möge es genügen, das übersichtliche Schema bei Brunner S. 364 Anm. 1 mit einigen, durch Klammer ersichtlichen, erläuternden Zusätzen wiederzugeben: „Landrichter Ortolf läßt die

herzoglicher Landrichter in der Gegend, in der St. Florian liegt¹²⁶⁾, und er hat gewisse Rechte an den Gütern und Leuten des Stifts unter dem Rechtstitel weltlichen Gerichts.¹²⁷⁾ Das ist es, was positiv über seine Stellung zu St. Florian in den Urkunden enthalten ist. Versuchen wir aus deren Angaben Weiteres über den Inhalt seiner Rechte und die Bedeutung seiner Stellung zu ermitteln.

Den *iudices seculares* wird verboten, künftig in irgendeiner Form Gerichtsverhandlungen auf den Gütern der Kirche abzuhalten.¹²⁸⁾ Das Stift soll alle Fälle mit Ausnahme der blutgerichtlichen durch seine eigenen Richter erledigen lassen.¹²⁹⁾ Das kommt in allen Urkunden vor. Im einzelnen aber werden genannt *quascumque causas sive pecuniarias, sive prediales sive in persona, sive in dampna, bannos videlicet, pugnarum expurgationes omnesque obventiones sc. losunge, ubervanch, gaumlos nocturnos dolos in personis suis et prediis*.¹³⁰⁾ Diese Gerichtsbarkeit gehörte also bisher zur Kompetenz des *iudicium seculare*.

Was ist nun das *iudicium seculare* des Landrichters Ortolf? Mancher sieht darin das Landgericht. *Judicium seculare* muß aber eine viel umfassendere Bedeutung haben. Denn die geschilderte Gerichtsbarkeit ist zweifellos mindestens teilweise diejenige, welche der Vogteiurkunde von 1203¹³¹⁾ zufolge durch die herzoglichen *vicarii in eadem advocatia* ausgeübt wurde. Ortolf

Gerichtsbarkeit (über St. Florian) dem Domvogt (von Regensburg, von dem er sie zu Lehen hat) auf, dieser dem Herzog (von dem wiederum er sie zu Lehen trägt), dieser verleiht sie dem Stift Florian. Stift Florian (kauft Eigengüter Ortolfs für 350 Mark und) tradiert die gekauften Güter dem Herzog, dieser belehnt damit den Domvogt, dieser Ortolf.

126. *Index provincie, in qua eadem Ecclesia sita est* (B, C, E, F, ähnlich D und G). Es ist das damalige Landgericht zwischen Traun und Enns (Volkersdorf).

127. Ortolf läßt auf *omne ius, quod in prediis et in hominibus illius Ecclesie ratione secularis iudicii habebat* (B, E, G, ähnlich C, F, D).

128. *In antea nulli umquam secularium iudicium liceat alicuius placitationis formam in prediis Ecclesie exercere* (A—G, L).

129. *Volumus enim, ut ipsa Ecclesie predia et omnes cause, que in ipsis emerterint, ab omni iurisdictione seculari tam integre sint exenta...* (B, C, D, E, G). A und F haben *..emerterint, que vel expurgatione vel pecuniaria indigent compositione, ab omni...*

130. A, D, F; vgl. auch *omni tamen culpa, que pecuniarias admittit compositiones, ecclesie reservata et concessa in B, C, D u. ähnlich in F*.

131. O.Oe.U.B. II 494 Nr. 342. Vgl. voriges Kapitel Anm. 22 ff.

von Volkersdorf war Landrichter und vicarius in advocatia in einer Person.¹³²⁾

In der erwähnten iurisdiction secularis muß schon aus dem Grunde die Vogteigerichtsbarkeit inbegriffen gewesen sein, weil wir nirgends von einer besonderen Uebertragung derselben an das Stift hören, und doch gerade sie von Klosterbeamten ausgeübt werden soll.¹³³⁾ Die gerichtlichen Funktionen und die des Schutzes im allgemeinen sind es ja, was die Vogtei nach 1203 noch ausmachen sollte.

v. Mitis¹³⁴⁾ nimmt allerdings unter Berufung auf den Passus et preterea omnes iustitias advocatie, super quibus etiam ipsa ecclesia privilegio nostro est munita, super eandem aram cum donatione scuti pro eterna retributione conferentes...¹³⁵⁾ das Bestehen einer sonst nicht bekannten Sonderurkunde, speziell über die Entvogtung, an.¹³⁶⁾ Die Existenz einer weiteren Urkunde, die sachlich zu dieser Reihe gehört, ist tatsächlich wahrscheinlich.¹³⁷⁾ Nur deutet gerade der erwähnte Passus auf sie durchaus nicht hin. Vielmehr ist anzunehmen, daß hier die Urkunde von 1203 gemeint ist. Die Privilegien der Exemptionsreihe die den zitierten allgemeinen Hinweis auf Befreiung von iustitiis advocatie nicht haben, beziehen sich anstatt dessen nämlich ausdrücklich auf die Urkunde von 1203¹³⁸⁾ und die von ihr be-

132. Vgl. d. u. Anm. 190 angeführten Äußerungen von Luschin v. Ebengreuth und Brunner über die Uebertragung von Vogteiagenden an Landrichter.

133. Daß ein Landrichter sehr wohl zugleich mit Vogteien belehnt sein konnte, zeigen sehr deutlich O.Oe.U.B. II 165 Nr. 111 und 413 Nr. 282. Der Volkersdorfer war danach Landrichter und zugleich Vogt von Gleink.

134. Studien S. 127 f.

135. In C interpoliert und in F.

136. Den Terminus „Entvogtung“ wird man klüglich vorsichtig gebrauchen. Brunner führte ihn ein. Streng genommen, kann man hier, wie wir sehen werden, von Entvogtung von Ortolf reden, sonst aber eigentlich nur von einer Neuregelung der Vogteiverhältnisse.

137. S. u. Anm. 140.

138. A fällt außer Betracht. Es handelt sich dort um die Güter am Windberg, die eine besondere Entwicklung durchmachten. C und F enthalten, wie gesagt, den allgemeinen Hinweis. E und B haben: remittentes etiam universaliter omnes iustitias advocacie, scilicet placita, bannos, steuras, oblacones, pernoctaciones omnisque generis obventiones secundum formam privilegiorum Reinberti pataviensis Episcopi et Leopoldi Illustris Ducis Austrie et Styrie.

stätigte Bischof Reginberts vom Jahre 1145.¹³⁹⁾ Eine Ausnahme macht allein D.¹⁴⁰⁾

Die Hinweise, die in den Urkunden, wenn auch in verschiedener Form vorkommen, gelten also lediglich der damals bereits vollzogenen Abschaffung der Vogteieinkünfte.¹⁴¹⁾ Die Beseitigung der Vogtgerichtsbarkeit und der mit ihr verbundenen Lasten erfolgt erst jetzt, und zwar gehört sie zur *iurisdictio secularis*.

Außerst wichtig wäre es zu wissen, ob die Vogtgerichtsbar-

In G ist geradezu ein großer Teil der Urkunde von 1203 fast wörtlich aufgenommen, vgl. den *Passus ceterum anteriorum — eadem advocatie iusticias eidem ecclesie recognoscimus*.

139. O.Oe.U.B. II 216 Nr. 147.

140. v. Mitis, Studien S. 128 reiht den erwähnten Bemerkungen in C und F die Bezugnahme auf eine ältere Urkunde an, die in D vorkommt. Sie lautet: ... *si homo extraneus de foro alieno de homine ecclesie conqueri habeat, a preposito tantum et officialibus suis iudicium expectet, quod si consequi forte non poterit, ad eum causam deferat, cui pro tempore in defensionem ecclesie vices nostras commisimus iuxta tenorem privilegii, quod super iure advocatie ecclesie iam pridem concessimus*. Während in C und F Vogteiabgabenregelungen älterer und zwar uns bekannter Urkunden zitiert werden, beruft sich D hier auf Bestimmungen entweder über die Bestellung des Defensors oder über den Rechtsgang bei Rechtsverweigerung Beklagter gegenüber auswärtigen Klägern, die in einem früheren, uns nicht bekannten Privileg enthalten sind. Je nachdem man iuxta tenorem privilegii als allein zum Relativsatz *cui pro tempore etc.* oder zum ganzen *Passus* gehörig betrachtet. Die früheren Privilegien über Abgabenregelung enthalten solche Bestimmungen nicht. Also muß sich die Bemerkung in D auf eine andere, ihm vorausgehende Urkunde beziehen. Diese muß nach dem Vollzuge der Ablösung der Rechte Ortlofs von Volkersdorf erlassen worden sein. Denn erst danach konnte man über die Art der Bestellung des neuen Defensors und seine Kompetenzen urkunden. v. Mitis S. 136 hat nun aber D als das älteste vorhandene Stück der Reihe bezeichnet, und man wird ihm darin folgen müssen. Seinen Argumenten möchte ich noch den Hinweis auf die starken inhaltlichen Unterschiede allen anderen Stücken gegenüber beifügen (vgl. u. Anm. 214). Weiter ist zu bemerken, daß in D manches, so der Satz über das Verfahren bei Klagen Auswärtiger gegen Kirchenleute stark an A erinnert, wobei zu beachten ist, daß A ein Sonderprivileg ist, das sämtlichen Hauptexemtionsurkunden zeitlich vorangeht. — Und so muß denn m. E. der besprochene *Passus* in D als beweiskräftigstes Argument für v. Mitis' Annahme einer noch D vorausgehenden, heute verschollenen Urkunde (X) gelten, die als die erste der Exemtionsreihe anzusehen ist.

141. Der Beweis, daß es sich dabei lediglich um Einkünfte handeln kann, findet sich im vorigen Kapitel S. 109.

keit den Begriff *iurisdictio secularis* ausfüllt, oder ob sie für einen Teil der Fälle, die hochgerichtlichen, oder auch von ihnen nur die blutgerichtlichen nie zuständig gewesen ist.¹⁴²⁾ In den Quellen steht *omne ius ratione secularis iudicii, omne ius et obnoxietas secularis iudicii, forma alicuius placitationis comprouincialium iudicum, secularis iurisdictio*, eine alte Uebersetzung spricht von dem rechte werltlichs gericht.¹⁴³⁾ Wir wissen nun, daß dazu mindestens auch vogteiliche Gerichtsbarkeit gehört, wie ja auch die Bezeichnungen *iudex secularis, defensor, advocatus* zuweilen für dieselbe Person gebraucht werden. Daher darf man sich nicht zur Entscheidung der Frage im Sinne des zweiten Gliedes der bezeichneten Alternative entschließen. Die Möglichkeit besteht, daß die Vogtei von St. Florian zur Blutgerichtsbarkeit aufgestiegen ist, ihre gerichtlichen Kompetenzen nach oben unbegrenzt waren, ehe sie sich zu Anfang des 13. Jahrhunderts auflöste. Die Quellen lassen uns jedoch im Unklaren über den Umfang der Vogtgerichtsbarkeit von St. Florian.

Wenn festgestellt wurde, daß alle die besprochenen Urkunden die Befreiung von jeglicher Gerichtsbarkeit enthalten, also vogteilicher *und* etwa noch vorhandener landrichterlicher, und zugleich fast alle die Wiederholung der früher vollzogenen Befreiung von Vogteileistungen, so widerspricht das allerdings der auf Brunner zurückgehenden allein verbreiteten Ansicht. Brunner teilte die St. Florianer Urkundengruppe in zwei Abteilungen ein: „Die eine betrifft sowohl die Immunität vom Landgerichte, als auch die Freiheit von der Vogteigerichtsbarkeit; sie umfaßt die *privilegia circa exemptionem ecclesie a foro secularis iudicii et circa iura advocatie*. Die Urkunden der anderen Gruppe enthalten ausschließlich Bestimmungen über die Immunität vom Landgerichte, führen diese jedoch des weite-

142. Hirsch, Hohe Gerichtsbarkeit passim, bes. S. 150 ff., 165 ff., 222 f. zeigt, daß um 1100 eine Entwicklung vom Hoch- zum Blutgericht stattgefunden hat. An ihr hat auch vielfach das Vogtgericht teilgenommen.

143. A spricht Befreiung aus von *saecularis iurisdictio, que vulgo dicitur lantchericht*. Landgericht ist auch *iurisdictio saecularis*, aber nicht allein. Warum hier Befreiung von Vogtgerichtsbarkeit nicht erfolgt, ist nicht zu sagen. Die Vogtei über die Güter am Windberg nimmt die Stellung einer Sondervogtei ein. Sie war vielleicht gerichtslos. Sicherer läßt sich über die Stellung der Vogtei der St. Florianischen Güter am Windberg am Anfang des 13. Jahrhunderts kaum sagen. Alle sonstigen Nachrichten fehlen.

ren aus".¹⁴⁴⁾ Die von Brunner erwähnten Worte finden sich in der Korroborationsformel einiger Urkunden.¹⁴⁵⁾ Ich möchte sie ganz wörtlich übersetzen: Betreffend die Exemtion der Kirche vom Forum des weltlichen Gerichts und betreffend die Rechte der Vogtei. Diesem Wortlaut nach steht der Inhalt *circa exemptionem a foro secularis iudicii* dem Inhalt *circa iura advocatiae* gegenüber. Brunner bezieht *exemtio* auch noch auf *circa iura advocatiae*, was sicher grammatisch ganz unzulässig ist. *Jura advocatiae* mit Vogteigerichtsbarkeit zu übersetzen geht auch keinesfalls an. Das stimmt auch mit einer anderen Beobachtung zusammen. Der aufgeführte Satz findet sich nur in denjenigen Stücken, die auch den *Sed quia utilitas Passus*¹⁴⁶⁾ enthalten, und dieser berichtet nur positiv über die neue Regelung der Rechte des neuen Vogtes. Die andere Gruppe von Urkunden enthält ausführlichere Bestimmungen über die gerichtlichen Verhältnisse. Der Unterschied der beiden Abteilungen besteht also darin, daß die eine genauere Angaben über die Neuregelung der gerichtlichen Verhältnisse, die andere über die Vogtei bringt.¹⁴⁷⁾ Damit wird der Beweis, daß die Befreiung von *iurisdictio secularis* mindestens auch Befreiung von Vogtgerichtsbarkeit meint, vollständig. Denn der *Passus praeterea omnes iustitias etc.* bezieht sich nur auf Vogteieinkünfte, die Worte *circa iura advocatiae* auf die Vogteineuregelung. Und das sind gerade diejenigen Stellen, in denen man bisher die Befreiung vom Vogtgericht, dessen Existenz schlechterdings niemand leugnen konnte, ausgesprochen glaubte.

Die Untersuchung der Kompetenz des Vogteigerichts führte für St. Florian zu keinem Ergebnis, wohl aber die der Art der

144. Brunner, Exemtionsrecht S. 359. Widerspruch ist bisher nicht erhoben worden.

145. B, C, E, G.

146. *Sed quia utilitas ecclesie exigit, ut Dux Austrie defensor et advocatus sepedicte Ecclesie propter frequentes occupationes suas alicui vices suas in defensione eiusdem Ecclesie committat, ne occasione talis commissionis, que ad repellendas ab Ecclesia oppressiones ab ipso Duce pro tempore fiet, contra ius huius privilegii ipsi vicedefensores in illicitas abusiones universorum noticie volumus inculcari, quod ei soli fieri debet talis commissio etc.*

147. Nur G enthält zugleich die ausführlichen Bestimmungen über Gerichts- und Vogteiregelung.

Verwaltung der Vogtei. Die Vogtei war in die Hände des Landesherrn — der Herzog hatte um diese Zeit bereits seine Landeshoheit in weitgehendem Maße gefördert — gelangt. Sie hat sich offenbar aufgelöst. Die Vogtgerichtsbarkeit vielleicht mit Schutzpflicht wurde durch landesherrliche Beamte, hier den Landrichter ausgeübt.¹⁴⁸⁾ Falls eine speziell landrichterliche Gerichtsbarkeit sich erhalten hatte, war sie vielleicht mit der vogteilichen wenigstens verwaltungstechnisch verschmolzen. Der Schutz, den der Landesherr als Vogt schuldete, wurde überdies vermutlich im Einzelfall durch besonders bestellte Personen ausgeübt. Davon gesondert verwaltet wurden die Haupteinnahmen, die auf Grund der Vogtei erhoben wurden. Sie waren für St. Florian allerdings erlassen, aber aus der gesonderten Befreiung läßt sich wohl die gesonderte Verwaltung dieser Einkünfte erschließen. Für sie werden wir weiterhin noch sichere Anzeichen entdecken.

Gleiche Verhältnisse wie in St. Florian lassen sich noch deutlicher in K r e m s m ü n s t e r erkennen.¹⁴⁹⁾ Durch fünf Urkunden werden wir von ihnen unterrichtet.¹⁵⁰⁾ Auch hier besitzt der Landrichter Ortolf Rechte *ratione iurisdictionis secularis*,¹⁵¹⁾ und er hat sie zu Lehen vom Regensburger Domvogt und dieser vom Herzog.¹⁵²⁾ Da wir durch die Urkunde von 1179 wissen, daß es für Kremsmünster nur ein Vogtgericht¹⁵³⁾ gibt, können wir *iurisdictio saecularis* hier geradezu mit diesem gleichsetzen.¹⁵⁴⁾ Während wir in St. Florian mit der Möglichkeit der Existenz

148. Und zwar herrschte das Lehnswesen im Beamtentum noch vor. Die Vogteigerichtsbarkeit war Lehen in dritter Hand. Vgl. Luschin, Gerichtswesen S. 105 Anm. 187.

149. Ueber die Kremsmünstersche Vogteiregelung vgl. Brunner, Exemptionsrecht S. 365; Vancsa S. 381 ff.

150. Hagn 68 Nr. 55 (1217; Herzog Leopold); 74 Nr. 57; 80 Nr. 63; 82 Nr. 64, (drei Urk. K. Friedrichs II. von 1217 u. 1235; die zuletztgenannte ist ein Transsumt von Hagn Nr. 57); 84 Nr. 66 (1236; Herzog Friedrich II.).

151. Eine deutsche Uebersetzung aus dem 14. Jh. gibt dies mit werltliche Richter gewalt wieder (Hagn 71 Nr. 56).

152. Vgl. oben Anm. 125. Die Entschädigung erfolgte auf ähnliche Weise wie in St. Florian.

153. Hagn 51 Nr. 39.

154. Bemerkenswerterweise bezeichnen die späteren Kremsmünsterer Geschichtsquellen die Vorgänge vom Anfang des 13. Jh.s als Befreiung von der Vogtei. Vgl. etwa Loserth 25, 61, 72.

einer speziell landrichterlichen Jurisdiktion rechnen mußten, kann es sich hier nur um solche des Vogtes handeln. Dieser Sprachgebrauch muß genau beachtet werden, um die nötige Vorsicht bei der Interpretation der Exemtionsurkunden von Klöstern, bei denen nichts oder wenig von einem Vogteigericht bekannt ist, walten zu lassen. Mag ein anderer Name — 1179 finden wir noch *iudicium advocati* neben allgemeineren Bezeichnungen,¹⁵⁵⁾ — sich eingebürgert haben, zwischen Exemtion und Entvogtung darf man nicht ohne weiteres trennen. Vermutlich schon 1179 bestand eine Art der Verwaltung der Vogtei, wie wir sie bei St. Florian aufzeigen konnten. Zwar ist noch die Rede von Mißbräuchen der Untervögte, andererseits findet sich aber die Bestimmung: *siqua querimonia ab abbate vel ab eius amministratoribus iudiciibus meis*¹⁵⁶⁾ fuerit oblata. . Jetzt hat sicher der Landrichter die Kremsmünstersche Vogtgerichtsbarkeit im Landgericht zwischen Traun und Enns, ebenso im Landgericht Orth.¹⁵⁷⁾

Auffallenderweise geschieht in den Exemtionsurkunden mit keinem Worte der Regelung der vogteilichen Einkünfte Erwähnung, wie das doch in den St. Florianer Stücken der Fall ist. Zwar hören wir schon für 1179, daß alle *exactiones* verboten seien, aber einmal pflegte ein solches Verbot wenig beachtet zu werden, zum anderen fielen doch die Gerichtsgefälle ganz fort, nicht einmal Einkünfte des Defensors, des Schutzvogtes, werden genannt. Der Grund ist der Verlust einer Urkunde Herzog Leopolds VI. Sie wurde von Herzog Friedrich II. bestätigt. Doch auch sie ist nicht auf uns gekommen. Glücklicherweise ist jedoch die Bestätigung der zuletzt genannten Urkunde durch Kaiser Friedrich II. erhalten.¹⁵⁸⁾ Es ist zunächst zu bemerken, daß Friedrich II. weder eine frühere von ihm ausgestellte Urkunde transsumiert, wie er es mit der Bestätigung der gerichtlichen Befreiung am gleichen Tage tut, noch auch sich irgendwie auf eine solche bezieht. Man darf also als sicher annehmen, daß

155. Hier sei hingewiesen auf die *Judices nostri* Vogteirichter in Weingarten, (vgl. Hirsch. Klosterimmunität S. 83 Anm. 2) und auf Werners von Horbach, des St. Nicolaer Untervogts, *Judex* (s. Kap. 5 Anm. 80).

156. Hagn 51 Nr. 39.

157. Ebenda 87 Nr. 70.

158. B.F. 2092 (Hagn 80 Nr. 63).

Friedrich II. eine frühere Bestätigungsurkunde über die Vogtei-abgabenregelung nie ausgestellt hat. Daraus ergibt sich wiederum, daß im Jahre 1217, als die erste Bestätigung der Exemption gewährt wurde, die jetzt zitierte Urkunde Leopolds VI. noch nicht vorlag. Daß die Gebührenregelung selbst so spät erfolgt ist wie die Ausstellung einer Urkunde darüber, läßt sich dagegen nicht behaupten.

Wichtiger ist die Art der Regelung. Man erfährt, daß Leopold auf alle nutzbringenden Rechte aus der Vogtei verzichtete, sich allein die Zahlung einer gewissen Summe vorbehielt; die Zahlen sind an zwei Stellen, an denen sie standen, radiert. Außer der Verpflichtung, die Vogtei nie an irgend jemanden zu verleihen, enthält die Urkunde sonst nichts. Also haben wir hier noch ausgesprochener als in St. Florian die getrennte Behandlung und Verwaltung der Vogteigerichtsbarkeit und der Hebungen aus der Vogtei, das Auseinanderfallen von iudicium und advocatia in materiellem Sinne, zu beobachten vermocht. Ueber den gleichen Gegenstand handelt eine Urkunde Friedrichs II. von Oesterreich. Ganz kurz, fast flüchtig, bekundet sie die Erlassung des ganzen Vogtrechts gegen eine Zahlung von 10 Pfund.¹⁵⁹⁾ Diese Urkunde wurde zweimal von König Ottokar bestätigt.¹⁶⁰⁾

Daß Bestimmungen, die man als Befreiung vom Landgericht deutete, sich auf das Vogtgericht beziehen, zeigen die Garstener Verhältnisse. Gerade die Gerichtsbarkeit, die im Weistum von der Mitte des 12. Jahrhunderts als Vogtgerichtsbarkeit¹⁶¹⁾ bezeichnet wird, schenkte Herzog Leopold 1208/09 der Benediktinerabtei.¹⁶²⁾ Selbst die Bluturteile sollen vom Abt gefällt wer-

159. Hagn 84 Nr. 66 (1236). Sie stellte das Stift wahrscheinlich gegenüber Leopolds VI. und Friedrichs II. früherer Urkunde besser. Vermutlich deswegen sind die herzoglichen Urkunden nicht überliefert, und die Zahlen in dem kaiserlichen Privileg getilgt worden. Aus demselben Grunde wurde Herzog Friedrichs II. Urkunde von 1236 König Ottokar zur Bestätigung vorgelegt. Die seit 1236 gezahlte Summe ist nicht viel mehr als eine Abgabe zur Anerkennung der landesfürstlichen Vogteiherrschaft.

160. Hagn 113 Nr. 95 und 114 Nr. 96 (1258).

161. O.Oe.U.B. I 131 sq. Nr. 18.

162. O.Oe.U.B. III 454 Nr. 492 (Vidimus ausgestellt durch Rudolf von Habsburg i. J. 1276): Lupoldus Austrie et styrie Dux predictus... omnem iustitiam, quam habere dinoscebatur, omnino remisit... v. Mitis S. 147 sagt über das Stück: „Auch diese Urkunde ist leider nicht mehr im Original er-

den, und das alles ohne Anwesenheit der herzoglichen Richter. Allein die zum Tode Verurteilten sollen den Richtern einfach bekleidet ausgeliefert werden, nämlich zur Exekution. Von Vögten wird nicht gesprochen. Es ist anzunehmen, daß die Richter bis dahin die Vogtgerichtsbarkeit ausübten. Wenn die Anwesenheit der Richter nämlich verboten wird, so setzt das voraus, daß bisher eine solche üblich war. Diese Richter sind aber die Landrichter. Denn an sie werden später stets die Schwerverbrecher ausgeliefert.¹⁶³⁾ Für die Zeit des Garstener Weistums (Mitte des 12. Jahrhunderts) mußte die Frage offen bleiben, ob im Vogteigericht Blutfälle mit erledigt wurden oder nicht. Wenn in babenbergischer Zeit die Landrichter die Vogteigerichtsbarkeit ausübten, so ist eine einheitliche Verwaltung der Gerichtsbarkeit für diese Periode wahrscheinlich. Wenn *omnis iustitia* dem Kloster übertragen wird *uno tantum iure ipsi duci observato*, nämlich die Auslieferung todeswürdiger Verbrecher, d. h. die letzte Exekution, so geht daraus hervor, daß bisher diese Exekution auch vom Landrichter, dem Inhaber der Vogtgerichtsbarkeit, vollzogen wurde.

Sehr knapp sind die Nachrichten über die gerichtlichen Verhältnisse der alten passauischen Klöster in Niederösterreich. Für St. Georgen fehlen sie ganz. Für Göttweig und St. Pölten dagegen läßt sich aus den Exemtionsprivilegien mit großer Wahrscheinlichkeit die Existenz eines Vogteigerichts vermuten.

Im Jahre 1195 stellte Herzog Friedrich I. Göttweig eine Urkunde aus.¹⁶⁴⁾ Er gewährte darin das „Vorrecht“, daß auf den Klosterbesitzungen auf dem rechten Donauufer und in Grie¹⁶⁵⁾ niemand den Brüdern ein Unrecht zufügen solle. Diese sollten jährlich 200 Mut Hafer „*pro iustitia nostra*“ entrichten. Aus dem bisher Gesagten geht keinerlei Aenderung der Rechtslage der Abtei hervor. Die gegebenen Sätze deuten lediglich auf die

halten, aber unzweifelhaft echt.“ Melzer, Arch. f. Gesch. d. Diöz. Linz 4, S. 26 spricht unrichtig von Exemtion vom Landgerichte. Brunner, Exemtionsrecht S. 358 zitiert die Urkunde nur nach Meiller. Auch er spricht von Immunität vom Landgerichte, daneben erwähnt er die Regelung der Vogteiverhältnisse.

163. O.Oe.U.B. III 210 Nr. 215, 334 Nr. 358.

164. F.r.A. II 51, 75 Nr. 57.

165. Grie, hieß eine weit ausgedehnte Gegend um den heutigen Markt Kottes (V.O.M.B.), vgl. Karlin, F.r.A. II 8, 112.

Fixierung der beiderseitigen Rechte hin. Folgender Satz erst erschließt den Sinn der ganzen Urkunde: *Quod si fur vel raptum faciens aut latro in possessionibus ipsorum deprehensus convictus fuerit, ad proximum locum, quo malefactores plectuntur, sicut cingulo cinctus puniendus tradatur.* Daraus folgt, daß sämtliche gerichtlichen Rechte dem Stifte verliehen worden waren, und nur die Auslieferungspflicht zum Tode zu bringender Verbrecher bestehen geblieben war. Diese knappe, ungenaue Ausdrucksweise, man muß die Abfassung der Urkunde sogar als höchst nachlässig bezeichnen, wäre nicht weiter auffällig, wenn es sich nur um eine Bestätigungsurkunde handelte. Das scheint aber nicht der Fall zu sein.

Unter welchem Rechtstitel hat der Herzog bisher Gerichtsbarkeit ausüben lassen? Dopsch¹⁶⁶⁾ hat aus den Worten *nullus umquam hominum sub nomine advocati aut iudex vel preco de nostra permissione vel alicuius officii vel iudicii occasione eisdem fratribus iniuriam inferat vel offendere presumat* sicher mit Recht auf die Existenz eines Vogteigerichts geschlossen. Brunner¹⁶⁷⁾ war der gleichen Ansicht.

Schwierig ist aber die Frage der Abgrenzung von Vogt- und Landgericht. Brunner bezeichnete den 1195 beurkundeten Akt als Exemption „von der öffentlichen und vogteilichen Gerichtsbarkeit zugleich“. Weiter spricht er davon,¹⁶⁸⁾ daß Göttweig über die Befreiung vom Landgericht eine besondere Urkunde Herzog Friedrichs I. erhalten habe, wie sich aus einer Bestätigung Herzog Friedrichs II. ergebe.¹⁶⁹⁾ Darin hatte Friedrich I. bestimmt, daß dem Landrichter in Tuln jährlich 40 Pfund d. bezahlt werden sollten, damit er keinerlei Gerichtsbarkeit über stiftische Besitzungen ausüben sollte. Diese Abgabe wird „Landpfennige“ genannt. Auf welchen Rechtstitel ging nun aber die Gerichtsbarkeit des Landrichters zurück? Man muß, wie wir an St. Florian, Kremsmünster und Garsten gesehen haben, mit einem derartig neutralen Ausdruck vorsichtig sein. Dopschs

166. M.I.Oe.G. 29, S. 618.

167. Exemptionsrecht S. 349.

168. Ebenda.

169. F. r. A. II 51. 111 Nr. 103 (1232): *Itemque XL talenta, que vulgo dicuntur lantpfenninge. super quibus solvendis iudici nostro de tulna, ne aliquam iurisdictionem in homines ecclesie haberet, privilegium acceperat a felicis memorie patruo nostro Friderico, quondam duce Austrie...*

Forschungen, die die Landpfennige als eine speziell für Befreiung vom Landgericht gezahlte Abgabe zu erweisen scheinen,¹⁷⁰⁾ machen Brunners Ansicht allerdings wahrscheinlich. Immerhin muß darauf hingewiesen werden, daß landpfennige auch in allgemeinerer Bedeutung als malpfennige vorkommen, die nicht nur dem Landrichter, sondern auch dem Vogt gezahlt werden können.¹⁷¹⁾ So wird wohl die Frage offen bleiben müssen, ob die 40 Pfund Denare für Befreiung vom Landgericht oder von Gerichtsbarkeit ununterschiedenen Rechtsgrundes entrichtet werden; nicht ganz ausgeschlossen ist es sogar, daß nur Vogtgerichtsbarkeit dem Landrichter von Tulln zur Ausübung übertragen gewesen war. Jedenfalls aber ist es wahrscheinlich, daß nach der 1195 erfolgten Exemption der Tullner Richter an Herzog und Kloster mit Schadenersatzansprüchen herantrat, und aus diesem Anlaß eine erneute Regelung erfolgte.

Die Göttweiger Urkunden liefern wertvolle Beiträge für unsere Anschauung von der Verwaltung landesherrlicher Vogteien. König Ottokar spricht 1264¹⁷²⁾ von *summa avenae, quae dicitur marchfuter, videlicet quadringenti et quinquaginta modii, quos antecessores nostri duces Austrie de possessionibus ipsius ecclesie, cum adhuc in temporalibus magis habundabat, dari annuatim pro iure advocatie instituerant*... Auf die Gleichsetzung der alten Abgabe des Marchfutters und des Vogthafters — auch der alte Gerichtsdienst ist inbegriffen — hat schon Dopsch hingewiesen und sie mit der Gleichartigkeit der Leistungen als Haferabgaben erklärt.¹⁷³⁾ Diese Entwicklung verlegt er in die zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts. Sie dürfte aber schon in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts eingesetzt haben. Wir können das Zustandekommen der Abgabe von 450 Mut Hafer einigermaßen deutlich rekonstruieren.

170. A. Dopsch, Beiträge zur Gesch. d. Finanzverwaltung Oesterreichs im XIII. Jh. II, M.I.Oe.G. 18, 1897, S. 240.

171. Oesterreichische Weistümer I, S. 340: Es sullen auch die chorherrn zue Matze vor... irs capitels wegen järelich geben und raichen zwai phunt landphennig. ain phunt an dem chräuztag und ain phunt an sand michelstag, und sind diselben phennig gehaizzen die molphenning, di si gebent von der vogtai wegen. Ueber Malpfennige vgl. auch Zeibig, in F.r.A. II 10, S. XXXI Anm. 6 und Stolz, A.Oe.G. 102, S. 233.

172. F.r.A. II 51, 147 Nr. 149 (1264).

173. Dopsch, M.I.Oe.G. 18, S. 239: „Bestand das Vogtrecht ebenso wie

Anläßlich der Vogteiregelung wird den Brüdern 1195 eine Abgabe von 200 Mut auferlegt. Sie gilt für die Besitzungen, für die die Vogteiregelung vorgenommen wurde, nämlich die auf dem rechten Donauufer und in Grie. In dem gleichen Privileg ist von *pabulum, quod in bonis praedictae congregationis ex utraque parte Danubii habere debuimus*. Sie wird in einem weiteren Gebiet erhoben als die erstgenannte Abgabe. Man darf annehmen, daß die 200 Mut für die Güter gelten, deren direkter Vogt der Herzog ist, das *pabulum* für die ganze Mark. A. Fuchs hat es daher mit gutem Grunde als das Marchfutter angesehen und seine Höhe auf 50 Mut bestimmt.¹⁷⁴⁾ Nach einer Urkunde Leopolds VI. ist Göttweig nämlich zu 250 Mut verpflichtet.¹⁷⁵⁾ Die Differenz also zwischen der bezifferten Abgabe von 1195 und der Leopolds VI. (1232) dürfte das *pabulum* darstellen. Bezeichnet werden die 250 Mut als *avena, quae vulgo dicitur marchfuter*. Ein Unterschied der Bezeichnung wird also nicht mehr gemacht, wie der Hafer auch in gleicher Weise von den alten Beamten zur Erhebung des Marchfutters mit eingezogen wird.¹⁷⁶⁾ Zur Zeit Leopolds VI. bereits sind also die Vogteiabgabe und die dem Markgrafen seit alters zustehende Haferabgabe miteinander verschmolzen. Neben der Gleichartigkeit der Abgabe (Hafer) ist es für die Vermischung beider Abgaben entscheidend geworden, daß die gleiche Person zum Empfang beider berechtigt war. 1232 erhöhte sich der Betrag um 100 Mut durch Heimfall einer vom Herzog bisher verliehenen Vogtei. Gleichzeitig wurde der früher erwähnte Gerichtsdienst von 40 Pfund Pfennigen in eine Haferabgabe von 100 Mut umgewandelt. Während bis zu dieser Zeit der Gerichtsdienst vom Vogtdienst und Marchfutter unterschieden worden war, weil der Bezieher eine andere Person war, nämlich der Landrichter von Tulln, ist bis 1264 auch diese Gegenüberstellung fortgefallen. Der Herzog

das Marchfutter größtenteils auch in Naturallieferungen (*annona*), speziell Hafer, und traten beide andererseits häufig gleichzeitig mit einander auf, so erscheint es begreiflich, daß man sie miteinander vermengte“.

174. Fuchs, Oesterreichische Urbare III, 1, S. XXXIX.

175. Die Urkunde Leopolds ist verloren. Wir wissen von ihr aus der Urkunde Friedrichs II. von 1232, F. r. A. II 51, 111 Nr. 103. Vgl. auch ebenda S. 112 Anm. 3.

176. Vgl. außer F. r. A. II 51, 75 Nr. 57, auch 90 Nr. 75 (1212).

hatte irgendwie die Rente des Tulner Landrichters an sich gebracht und mit der Identität des zur Erhebung Berechtigten fiel der Grund für eine Unterscheidung fort.¹⁷⁷⁾

Man kann also hier wieder einmal mit seltener Deutlichkeit die Art der Verwaltung einer landesherrlichen Vogtei beobachten. Die Einkünfte werden erhoben durch Finanzbeamte des Vogtes, die Gerichtsbarkeit durch seine Richter ausgeübt. Für diese Auflösung der Vogtei bietet die Exemtionsurkunde für Seitenstetten¹⁷⁸⁾ ein weiteres Beleg. Es soll daher gleich hier darauf hingewiesen werden. Allerdings ist es nur von bedingtem Wert, da für Seitenstetten sich die Existenz von Vogtgerichtsbarkeit nicht sicher beweisen läßt.¹⁷⁹⁾

Zur Rekonstruktion der gerichtlichen Stellung St. Pöltens vor der großen babenbergischen Privilegierung stehen gleichfalls nur die Urkunden zu Gebote, die jene enthalten. Denn wir konnten ja bereits dartun, daß Nachrichten, die man bisher darauf bezog, nur für die Teilvogtei über den Markt gelten können, daß die Klostervogtei und die Marktvogtei wenigstens ihrer äußeren Geschichte nach, vielleicht auch inhaltlich, auseinandergehen.¹⁸⁰⁾

Im Jahre 1243 erhielt das Stift von Herzog Friedrich II. ein für seine gerichtliche Stellung grundlegendes Privileg.¹⁸¹⁾ Dem herzoglichen Landrichter in Tulln wird jegliche Gerichtsbarkeit in St. Pöltenschen Besitzungen untersagt. Nur Verbrecher, die

177. Uebrigens kamen später Verpfändungen aus Göttweiger Haferabgaben vor. Vgl. z. B. F. r. A. II 51, 256 Nr. 251 (1310).

178. F. r. A. II 33, 45 Nr. 37 (1240).

179. Wieder wird die Befreiung von Gerichtsbarkeit und die von Vogteiabgaben deutlich einander gegenübergestellt: Hanc indulsumus libertatem, ut nullus iudicium seu officialium seu prefectorum nostrorum aliquam sibi iurisdictionem in hominibus ac possessionibus eiusdem pretextu officii aut occasione prefecture sibi debeat vindicare vel audeat usurpare. Ex habundantia quoque gratie nostre volumus et mandamus, ut nulla umquam vexatio dicti monasterii hominibus inferatur aut exactio advocatie nomine requiratur. Unzutreffend meint Brunner, Exemtionsrecht S. 352: „Da zum Schlusse des Privilegiums die Entvogtung ausgesprochen wird, so muß die ihr vorausgehende Exemption sich auf die öffentliche Gerichtsbarkeit beziehen.“ Es ist unverkennbar, daß die sog. Entvogtung sich nur auf Vogteiabgaben bezieht, keine Gerichtsbarkeit in sich schließt.

180. Vgl. voriges Kapitel Anm. 41 ff.

181. N.Oe.U.B. I 55 Nr. 36.

mit dem Tode zu bestrafen waren, sollten ihm ausgeliefert werden, und zwar durch den Prokurator des Propstes.

Außer der gerichtlichen Regelung bestimmt der Herzog, der Propst oder sein Prokurator sollten jährlich 26 Talente an seine Kammer reichen als Marchfutter und Ausgeding.¹⁸²⁾ Vom Vogt, seinen Einkünften und seiner Gerichtsbarkeit wird in keiner Weise gesprochen. Nun haben wir aber gesehen, daß *avena quae marchfutter vulgariter appellatur* um diese Zeit zuweilen unterschiedslos für das alte Marchfutter und den Vogthafer gebraucht wurde. Daß auch hier ein solcher Fall vorliegt, ist um so eher möglich, als wir hier, wie in Bestätigungsurkunden, weder von einer besonderen Vogteilast hören noch von einer Befreiung von ihr. Die Vermutung wird zur Gewißheit dadurch, daß in einem Privileg des 14. Jahrhunderts die gleichen 26 Pfund nicht als Marchfutter und Ausgeding, sondern auf Grund der Vogtei und als Ausgeding gereicht werden.¹⁸³⁾ Wieder haben wir das gleiche Bild der landesherrlichen Vogteiverwaltung: Abgaben an die Kammer, Ausübung der Gerichtsbarkeit durch einen richterlichen Beamten.

Die Gerichtsbarkeit, von der das Stift 1243 befreit wurde, ist wenigstens zum Teil als solche des Vogtes nachzuweisen. 1252 bestätigte König Ottokar Friedrichs II. Urkunde.¹⁸⁴⁾ Bis auf kurze Zusätze und unbedeutende Auslassungen ist sein Privileg dem seines Vorgängers gleich. Aber gerade an einer entscheidenden Stelle findet sich ein Zusatz. Herzog Friedrich setzte fest, daß der Tulner Landrichter *nullam in homines ipsorum* (der Chorherren) *iurisdictionem habeat etc.* Bei Ottokar heißt es *nullam in advocatia ecclesie sue vel in homines ipsorum iurisdictionem habeat etc.* Der Landrichter soll also in der Vogtei der Kirche keine Gerichtsbarkeit haben. Bisher hatte er eine solche.¹⁸⁵⁾ Was an ihr speziell landrichterlich, was vog-

182. Ausgeding ist die Gerechtsame, die vorbehalten, ausbedingt wurde.

183. N.Oe.U.B. I 577 Nr. 478 (1363): Der Propst und der Convent von Sand Pölten... jaerleich dienen und raichen sechs und zwainzig pfund Wiennaer phenning von der vogtai wegen iers chlosters und ier gueter und auch für das ausgeding, als ier hantfest sagent.

184. N.Oe.U.B. I 70 Nr. 45.

185. Daß nicht etwa der Landrichter zugunsten der Vogtei beschränkt wurde, geht daraus hervor, daß eine eigentliche Vogtei, wenigstens eine solche mit gerichtlichen Rechten, von nun an gar nicht mehr existieren sollte.

teilich war, läßt sich nicht sagen. Eine Kompetenzabgrenzung zwischen Vogt und Landgericht ist auch für St. Pölten nicht möglich.

Die Zisterzienservogteien waren ihrer Natur nach von rechtswegen ohne Gerichtsbarkeit. Auch die babenbergischen Klöster hatten Vogteien, die ihrer Struktur nach denjenigen der Zisterzienser sehr verwandt waren. Mindestens sehr frühzeitig erfolgte eine Regelung der gerichtlichen Verhältnisse, die die Vogteien gerichtslos ließ, möglicherweise war das schon von jeher so.¹⁸⁶⁾ Diese Art der Vogteien geht auf die besondere Haltung der Babenberger ihren Klöstern gegenüber zurück. Als Stifter konnten sie diese in ihrem Sinne ausstatten. Anders aber mußten sie diejenigen Klöster behandeln, deren Rechtsstellung ihrer Gründung nach von anderer Seite bestimmt war.

So vermochte ich denn u. a. für St. Florian, Kremsmünster, Göttweig und St. Pölten Vogtgerichtsbarkeit nachzuweisen. Das sind die vier berühmtesten und ältesten Klöster, die Passau in österreichischen Landen besaß. Sie waren es auch, deren Rechtsstellung auf der Bistumsimmunität sich aufbaute. Für St. Georgen fehlen die Quellen. Für die Laiengründungen, die in hochstiftischen Besitz gelangten, mußte die Frage nach der Art der Gerichtsbarkeit, der sie unterstanden, offen bleiben, teils weil die Quellen fehlen,¹⁸⁷⁾ teils weil die Ausdrücke der Urkunden nicht eindeutig genug sind.¹⁸⁸⁾ Daß nicht etwa die Laien regelmäßig ihre Klöster ausstatteten wie die Babenberger, sondern vielmehr bei ihnen gerichtliche Vogteien vorkommen, zeigt das Beispiel der ottokarischen Eigenstifter Garsten und Traunkirchen.¹⁸⁹⁾

Eigenklöster Fremder konnten die Babenberger erst dann

186. Vgl. Abschnitt III dieses Kapitels.

187. Wie für Altenburg, Geras und Pernegg.

188. So für Seitenstetten (s. o. S. 181) und Waldhausen. Auch hinsichtlich Waldhausens kann ich Brunners Feststellung, es habe sich nur um öffentliche Gerichtsbarkeit gehandelt, nicht als sicher anerkennen. Es ist nicht bekannt, auf Grund welchen Rechts die Richter und Hauptleute im Machlande und in Laa über die Stiftsbesitzungen Gerichtsbarkeit ausübten. Siehe O.Oe.U.B. III 78 Nr. 72, dazu Brunner, Exemtionsrecht S. 351. Zwischen iudices, die Vogteigerichtsbarkeit im Namen des Herzogs ausübten, und defensores ist möglicherweise zu scheiden. — Ueber Erla vgl. u. Anm. 223.

189. Vgl. Anm. 81 ff. dieses Kapitels.

uneingeschränkt in den Kreis ihrer Politik ziehen, wenn entweder durch die Entwicklung des Lehnswesens unmittelbare Beziehungen zwischen Immunitätsherren und Teilimmunität dadurch unterbunden waren, daß sich der Vogt zwischen beide geschoben und dem Lehnsherren gegenüber selbst eine nahezu unbegrenzt unabhängige Stellung eingenommen hatte, oder wenn sie durch Erbschaft die Herrschaft über die Klöster erlangt hatten.

Stark gefördert wurde dieser Prozeß, der die Klöster immer mehr in die Rechtssphäre des Vogtes rückte, dadurch, daß die Vogtei in die Hände des Inhabers der gräflichen Rechte gelangte, der dem Kloster alles, was der mit Immunität ausgestattete Klosterherr geben konnte, und mehr als das, zu verleihen vermochte, wenn, wie wir es nannten, Personalunion zwischen Vogt und Graf eintrat.

Sie hatte, wie gezeigt werden konnte, für die Verwaltung der Vogtei grundlegende Folgen. Viele Fälle konnten gezeigt werden, in denen die gerichtlichen Rechte den richterlichen Beamten zur Ausübung übertragen wurden,¹⁹⁰⁾ die Einziehung der Vogteieinkünfte denjenigen Beamten, die auch sonstige Einnahmen des Landesfürsten-Vogtes erhoben. In manchen Fällen war der Justizbeamte die gleiche Person wie der Finanzbeamte, jedoch nicht immer. Die Vogtei zerfiel wenigstens ihrer Ausübung nach in verschiedene Funktionen und Rechte des Landesherrn.¹⁹¹⁾ Die gewon-

190. Luschin von Ebengreuth, Gerichtswesen S. 107 u. 154 und Brunner, Exemptionsrecht S. 339: „Da sie die Vogtei nicht überall selbst ausüben konnten, so übertrugen sie in den meisten Fällen die Vogteigerichtsbarkeit mit Vorbehalt der übrigen Vogteirechte eigenen Richtern, oft sogar geradezu den Landrichtern.“ Trotz dieser Erkenntnis ist Brunner nicht zur richtigen Wertung der Immunitätsprivilegien gelangt, hauptsächlich weil er die auf die Vogteiabgaben bezüglichen Worte auf Vogteigerichtsbarkeit deutete, ganz gegen die Konsequenz des zitierten Satzes. Wichtig ist folgende Äußerung von Stolz, Geschichte der Gerichte Deutschtirols, A.Oe.G. 102, S. 128: „Die Landesfürsten haben die Ausübung der Vogteigerichtsbarkeit denselben Beamten übertragen, welche mit jener der grafenschaftlichen Gerichtsbarkeit betraut waren, und in der Praxis bestand zwischen beiden Gewalten kein Unterschied mehr.“ Der Inhalt des zweiten Satzgliedes ist allerdings zu bezweifeln.

191. Vgl. A. Barth, Das bischöfliche Beamtentum im Mittelalter, Zeitschr. des Harzvereins 33, 1900, S. 421 f., wo er von Auflösung der alten Vogtei in Grundrente und Ausübung der vogteilichen Funktionen spricht.

nenen Resultate dürften nicht gleichgültig für die österreichische Verwaltungsgeschichte zur Zeit der Bildung des Territoriums sein. Denn offensichtlich wurde nicht die Verwaltungsorganisation nach den Bedürfnissen des Vogteiinstituts umgewandelt, sondern die bestehende Organisation war die Ursache für den Zerfall der Vogtei. Die Betrachtung der babenbergischen Exemtionspolitik zeigt also, daß schon sehr früh eine territoriale Verwaltungsorganisation sich zu bilden begonnen hat. Entsprechend diesen Erkenntnissen mußte die von Brunner gegebene und bisher unwidersprochen gebliebene Interpretation der babenbergischen Exemtionsurkunden notwendig abgelehnt werden.

B. Bisher beschäftigte uns die Rechtsstellung der Klöster vor der Exemtion und der negative Teil ihrer Abänderung. Aber wie wurden die Verhältnisse durch die neuen Immunitätsverleihungen neugestaltet? Erst durch Lösung dieser Frage wird es möglich, die Motive der getroffenen Maßnahmen und ihre tiefere Bedeutung zu erfassen.

Hinsichtlich der Befreiung von Leistungen zeigen nach den Exemtionsprivilegien die Klöster stark verschiedene Verhältnisse. Die babenbergischen Gründungen zahlten jährlich verhältnismäßig kleine Summen an den Herzog, teilweise wurden sie auch ganz davon entbunden.¹⁹²⁾ Dafür hatten sie sonst Lastenfreiheit. Ähnlich ist es bei St. Georgen, Kremsmünster und St. Pölten.¹⁹³⁾ Schwer trug unter Abgaben das Benediktinerstift Göttweig.¹⁹⁴⁾ Auch Lambach zahlte jährlich eine beträchtliche Summe.¹⁹⁵⁾ Seitenstetten, Waldhausen, Erla, Geras und Pernegg waren anscheinend lastenfrei. Sehr erkleckliche Summen mußten es sich Kremsmünster¹⁹⁶⁾ und St. Florian¹⁹⁷⁾

192. Vgl. dieses Kap. Abschn. III.

193. Vgl. drittes Kapitel Anm. 55 und dieses Kapitel Anm. 159 und 182 ff.

194. Deshalb gewährte König Ottokar einen Nachlaß um 200 Mut Hafer. Dafür mußte das Stift dem König wertvolle Besitzungen abtreten, vgl. F. r. A. II 51, 148 Nr. 149 (1264).

195. Vgl. O.Oe.U.B. II 639 Nr. 441 (unecht) und ebenda III 8 Nr. 7. Dazu vgl. Trinks, Jb. d. oberösterr. Musealver. 81, 1926, S. 119 ff. u. v. Mitis, Studien S. 434 ff.

196. 400 Mark Hagn 69 Nr. 55.

197. 350 Mark St. Florian B.

kosten lassen, um gerichtliche Freieung zu erlangen. Abgaben an den Landesfürsten scheint St. Florian dann nicht mehr geleistet zu haben.

Regelmäßig dagegen wurde den mit Immunität begabten Klöstern die ganze Gerichtsgewalt geschenkt und bestätigt. Eine Einschränkung bestand gewöhnlich nur bei den Verfahren gegen todeswürdige Verbrecher und in Fällen von Ungehorsam.¹⁹⁸⁾

Es erscheint mir als gewiß, daß diejenigen, denen diese Uebeltäter ausgeliefert wurden, nicht immer richteten, sondern häufig nur die Strafe vollstreckten.¹⁹⁹⁾ Zuweilen wurden nachweislich Untersuchung und Urteil bereits im klösterlichen Gericht vorgenommen.²⁰⁰⁾ Wahrscheinlich waren die Delinquenten in der Regel handhafte Verbrecher oder landschädliche Leute, bei denen ein ordentliches Gerichtsverfahren oft nicht mehr anhängig gemacht zu werden brauchte.²⁰¹⁾

198. O.Oe.U.B. III 455 Nr. 492 für Garsten: *Omnem iustitiam ... remisit, ita videlicet, ut bannos pugnarum prefatus ... abbas solus recipiat et omnia Judicia tam de dolis nocturnis, sive Heimsuoch sive schach dicantur, quam de violenciis raptuum, defloracionum, oppressionum, que vulgo notnumft appellantur, et reliquarum enormitatum his similium, quecumque in prediis et hominibus suis emergerint, coram iam dicte Ecclesie abbate diffinitive sine Judicium Ducis presenciam ventilentur, uno tantum iure ipsi Duci observato scilicet, quod rei, in quos sententia dampnacionis iuste lata fuerit, post latam sententiam solummodo cum vestibis, quas cingulo clausas habent, salva omni remobili et immobili Ducis iudicibus assignentur; F.r.A. II 51, 75 Nr. 57 (1195) für Göttweig: ... Nullus umquam hominum sub nomine advocati aut iudex vel preco ... fratribus iniuriam inferat vel offendere presumat ... Quod si fur vel raptum faciens aut latro in possessionibus ipsorum deprehensus convictus fuerit, ad proximum locum, quo malefactores plectuntur, sicut est cingulo cinctus, puniendus tradatur; Mayer 49 Nr. 38 (1327) für Geras und Pernegg; F.r.A. II 33, 45 Nr. 37 (1240) für Seitenstetten; N.Oe.U.B. I 56 Nr. 36 (1243) für St. Pölten; St. Florian F (1213) als Beispiel für St. Florian; Hagn 69 Nr. 55 (1217) für Kremsmünster; O.Oe.U.B. II 441 Nr. 300 B. (1192; Fälschung) für Gleink; O.Oe.U.B. III 292 Nr. 309 (1262) für Erla.*

199. Besonders instruktiv ist die zu Beginn der letzten Anmerkung zitierte Urkunde für Garsten, ferner die für Gleink und Göttweig.

200. Die Trennung von Gerichtsbarkeit und Exekutivgewalt ist auch sonst beobachtet worden: v. Below, Territorium und Stadt S. 34; H. Fehr, Besprechung von Aubin, Landeshoheit, H.Z. 130, 1924, S. 499; Nabholz, Argovia 33, S. 136; Stolz, Politisch-historische Landesbeschreibung von Tirol, 1. Teil: Nordtirol, A.Oe.G. 107, 1926, S. 59 f. Doch bezeichnet Stolz sie für Tirol als Ausnahme.

201. Hirsch, Hohe Gerichtsbarkeit S. 19 und S. 196 ff.: „... auf jene

Die Rechte, die den Klöstern erteilt wurden, erstreckten sich regelmäßig auf den gesamten Teil ihres Besitzes,²⁰²⁾ für den der Herzog zur Privilegerteilung unbeschränkt befähigt war.

Von einer *Entvogtung* läßt sich nur bedingt sprechen. Denn der Landesherr blieb ja ausdrücklich Vogt.²⁰³⁾ Er hatte das Kloster zu schützen, seine Interessen zu vertreten, ihm wurden vielfach noch Abgaben entrichtet.²⁰⁴⁾ Während aber ursprünglich der Obervogt die Funktionen der Vogtei im *Ganzen* entsprechend dem Aemterverleihungssystem der damaligen Zeit durch belehnte Untervögte hatte versehen lassen,²⁰⁵⁾ dann sich zwar die Vogtei gespalten hatte, aber gerade für die Vogteirichter das Lehnswesen maßgebend geblieben war,²⁰⁶⁾ sollten nach den Immunitätsprivilegien Vertreter des Herzogs, deren Notwendigkeit mit dessen häufiger Abwesenheit entschuldigt wird,²⁰⁷⁾ auf andere Weise bestellt werden.

Wo von ihnen in den Urkunden gesprochen wird,²⁰⁸⁾ ist die Art

Fälle... die zu peinlichen Strafen führten, auf das Verfahren bei handhafter Tat.“ Ueber landschädliche Leute vgl. Kap. 5, bes. S. 97 ff.

202. Von einer Einschränkung ist nie die Rede. Vgl. z. B. St. Florian K: *cum omnibus hominibus suis etc.*

203. Dies Verhältnis bringen besonders deutlich zum Ausdruck O.Oe. U.B. III 34 Nr. 31: ...*per plura privilegia sufficienter ostendit* (nämlich der Abt von Garsten). *quod in omnibus possessionibus ecclesie sue nullum preter nos habere debeat advocatum. Nos itaque eandem advocatiam, sicut iustum fuit, nostre adtraximus potestati* (Urk. Friedrichs II. von Oesterreich vom Jahre 1235); O.Oe.U.B. II 438 Nr. 300 A (Gleinker Fälschung von 1192 auf den Namen Herzog Leopolds VI): *Hinc est — usurparent; ebenda 639 Nr. 441 und O.Oe.U.B. III 8 Nr. 7 für Lambach.* Für die passauischen Klöster vgl. voriges Kapitel Abschn. I A.

204. Von St. Georgen, St. Pölten, Göttweig u. Kremsmünster.

205. Vgl. voriges Kap. Abschn. II.

206. Vgl. o. Anm. 148.

207. *Sed quia utilitas ecclesie exigit, ut Dux Austrie defensor et advocatus sepedicte ecclesie propter frequentes occupationes suas alicui vices suas in defensione eiusdem ecclesie committat.* So St. Florian B, inhaltlich gleich C, G, E.

208. Von den Passauer Klöstern handeln von ihnen nur die Urkunden für Kremsmünster und St. Florian. Trotz Nichterwähnung sind sie aber auch sonst anzunehmen. In der St. Pöltener Urkunde von 1243, N.Oe.U.B. I 55 Nr. 36, z. B. hört man nichts von *defensores*. Daß sie trotzdem üblich waren, zeigt N.Oe.U.B. I 70 Nr. 45, wo die *Betvogtei* beseitigt wird. Auch bei Waldhausen wird von *Schirmvögten* gesprochen, doch ist bei ihnen die Einsetzung anders vor sich gegangen. Die herzoglichen Beamten in *Mach-*

ihrer Bestellung ziemlich gleichartig. Der Klostervorstand wählt den Vertreter des Vogtes²⁰⁹⁾ und auf seine Bitten setzt ihn der Vogt dann ein. Auf Wunsch des Abtes oder Propstes muß dieser Vertreter wieder abgesetzt werden. Noch andere Bestimmungen kehren wieder, die das Kloster vor jeglichem Mißbrauch des neuen Amtes bewahren sollen. So die, daß dieser Beamte jedes zweite Jahr neu bestellt werden, oder daß sein Amt mit dem Tode eines Klostervorstandes ein Ende haben solle.²¹⁰⁾ Gemäß der Art der Bestellung im Gegensatz zum früheren *advocatus hereditarius* ist die Rede von *advocatus petitionarius*,²¹¹⁾ häufiger kommt die entsprechende deutsche Bezeichnung *Betvogt*, *Bittvogt* vor, während lateinisch meist von *defensor* gesprochen wird. Noch andere Bezeichnungen sind gebräuchlich: *scherm*, *scherm*, *schermvogt*, *vogt*, *vicedefensor*, *tutor*, *executor*, *is qui in defensionem ecclesie vices nostras commiserimus* u. ä. Selbst *advocatus* kehrt hie und da wieder. Doch hegte man diesem Namen gegenüber das größte Mißtrauen.²¹²⁾

Die Kompetenzen des Defensors waren nicht so gleichartig wie seine Bestellung. Allgemein ist er Beschützer des Klosters.

land und in Laa wurden ein für allemal dazu bestimmt, O.Oe.U.B. III 78 Nr. 72 (1240).

209. Hagn 69 Nr. 55: *Illi autem, quibus nos secundum petitionem abbatis premissorum executionem mandaverimus...*; St. Florian A: *per eum, quem pro petitione Prepositi illius Ecclesie constituimus advocatum, und ad eum, cui in defensionem Ecclesie vices nostras commiserimus.* Ferner vgl. die Bestimmungen des *sed quia utilitas*-Passus in St. Florian D, E, C, G und sonstige gelegentliche Erwähnungen der Bestellungsart in sämtlichen St. Florianer Exemtionsurkunden größeren Umfangs.

210. Vgl. f. St. Florian B, C, F, G, f. Kremsmünster Hagn 69 Nr. 55: *Et ne diuturnitas temporis etc.*

211. *Sed quia in eodem predio ecclesia specialem poscebat tutorem, datus est ei circa idem advocatus Gundakarus de stira non feodali advocata sed petitionaria, quod vulgo dicitur Betfoitaie* (Hagn 67 Nr. 54 v. J. 1215).

212. Eine alte deutsche Uebersetzung, Hagn 71 Nr. 55 (saec. XIV), gibt die Worte *Illi autem, quibus nos secundum petitionem abbatis premissorum executionem mandaverimus*, folgendermaßen wieder: *Swelichen wir aber nach des Abpts gepet des vorgenanten Gotzhawes scherm und vogtai enphelichen...* Oft verbieten die Urkunden, daß der *defensor* sich den Namen eines *advocatus* anmaße. Vgl. die Bestimmung des St. Florianer *sed quia utilitas*-Passus.

Meist vertrat er es wohl auch vor fremden Gerichten.²¹³⁾ Selten hatte er auch Gerichtsbarkeit über Leute des Klosters, und wenn, dann war sie meist auf die Fälle von todeswürdigen Verbrechen oder von Widerspenstigkeit und Gehorsamsverweigerung von Klosterleuten beschränkt.²¹⁴⁾ Das führt gleich auf die wesentliche Aufgabe des Schirmvogtes. Er hat überall da einzutreten, wo zum Schutz des Klosters Gewaltanwendung erforderlich wird, aber auch nur da. Seine Tätigkeit ist rein subsidiär. Er hat einzutreten, wo die

213. Hagn 69 Nr. 55: pro voluntate et instructione abbatis vel officialium suorum iustitiam exigit...: St. Florian B, C, F, G: Nullas sibi vendicans utilitates preter pecuniarias composiciones que pro lesione hominibus Ecclesie ab extraneis illata Ducibus austrie sic ut veris advocatis fuerint adiudicate, prius tamen Ecclesie et leso plena satisfactione exhibita.

214. In Hagn 69 Nr. 55 wird dem defensor das Verfahren gegen todeswürdige Verbrecher übertragen. In St. Florian D heißt es: nostri sit officii vel eius tantum, quem ad hoc specialiter destinaverimus penam sanguinis exequi... — Similiter de quacunque causa de hominibus ecclesie coram preposito vel eius officiariis ab extraneis orta fuerit querimonia, si homo ecclesie ad exhibendum iustitiam conquerenti rebellis fuerit et contumax, in persona contumacis prepositus privilegio suo renuncians de vendicatione eius se non intromittat et deinceps a nobis nostrisque vicariis de persona illa fiat iudicium, quod iudiciarius ordo exigit, pace salva ecclesie. — Si homo extraneus de foro alieno de homine ecclesie conqueri habeat, a preposito tantum et officialibus suis iudicium expectet, quod si consequi forte non potuerit, ad eum causam deferat, cui pro tempore in defensionem ecclesie... commisimus... — Man hat bisher angenommen, daß in allen Urkunden St. Florians „der sachliche Inhalt, soweit er Exemption und Entvogtung betrifft, vollkommen übereinstimmt“ (v. Mitis S. 130). Dagegen muß hervorgehoben werden, daß die, wie v. Mitis S. 136 gezeigt hat (vgl. auch o. Anm. 140), älteste Urkunde der Reihe — A fällt, da es eine Sondervogtei betrifft, hier außer Betracht — D, sich grundlegend von den anderen Stücken unterscheidet. Die gerichtliche Stellung und die Rechte des Vogtes werden in völlig anderer Weise geregelt als in den späteren Urkunden. Nach D soll, wie die oben gegebenen Stellen zeigen, die Erledigung der Kriminalgerichtsbarkeit Sache des Landesherrn oder seines Vertreters, des Defensors, sein. Vor das Gericht des Defensors kommen auch die Fälle von Rechtsverweigerung und Ungehorsam der stiftischen Untertanen. Ganz anders ist die Regelung in den anderen Stücken. Hier hat die Exekution der Blutfälle der Landrichter. Der Defensor hat überhaupt keine Gerichtsbarkeit. Seine Aufgabe besteht neben Schutz im allgemeinen allein in subsidiärer Anwendung seiner Zwangsgewalt, auf Wunsch des Propstes. Die gekennzeichnete unzutreffende Annahme hat Hollnsteiner (S. 96) dazu geführt von einer Blutgerichtsbarkeit des Vogtes zu sprechen. Das ist nach D angängig, nicht aber nach den übrigen Privilegien.

Macht des Klosters selbst nicht ausreicht.²¹⁶⁾ Bemerkenswerterweise führt er deshalb zuweilen den Namen *executor*.²¹⁶⁾

Die Hinrichtung von Kriminalverbrechern gehört meist nicht zu seinem Aufgabenkreis,²¹⁷⁾ sondern es erfolgt Auslieferung an den Landrichter²¹⁸⁾ oder direkt an die Richtstatt.²¹⁹⁾ Selbst die Uebergabe des Delinquenten kann durch andere klösterliche Beauftragte erfolgen.²²⁰⁾

Die Gerichtsbarkeit wird den Privilegien zufolge meist durch den Klostervorstand oder seine Beamten, *officiarii* oder *officiales*,²²¹⁾ auch *procuratores* ²²²⁾ genannt, wahrgenommen. Der

215. *Pro voluntate et instructione abbatis vel officialium suorum iustitiam eis exigat. Si... rebellis extiterit, talis a predicto executore coherceatur, secundum quod abbas et eius officiales sibi indixerint faciendum. Et si per se vel per suos, vel etiam per homines ecclesie id efficere non potuerit, auxilios sibi de nostris, quibus ipse causam indicaverit, assumendos esse mandamus.* So Hagn 69 sq. Nr. 55. Inhaltlich Gleiches bringen die St. Florianer Urkunden.

216. Vgl. z. B. Hagn 69 Nr. 55: *Jlli quibus... executionem mandaverimus; ebenda 70 Nr. 55: talis a predicto executore coherceatur.* Albero von Pollenheim wird defensor et executor des Zisterzienserstifts Wilhering genannt. Vgl. O.Oe.U.B. III 48 Nr. 45 (1237).

217. Nur nach St. Florian D und Hagn 69 Nr. 55. Aehnliche Verhältnisse bestanden vielleicht in Waldhausen, wo nach O.Oe.U.B. III 78 Nr. 72 ja defensor und Land- bzw. Stadtrichter die gleiche Person ist.

218. So in St. Florian mit Ausnahme von D; St. Pölten, N.Oe.U.B. I 56 Nr. 36: *dicti loci (Tuln) iudici assignabit; Gleink, O.Oe.U.B. II 439 Nr. 300 A: Nostro iudicio assignetur; Garsten, O.Oe.U.B. III 454 Nr. 492: Ducis iudicibus assignentur; Geras und Pernegg, Mayer 49 Nr. 38: Nicht Pueßßen in das lantgeriht... nur die sache. die auf den tot ziehent; Erla, O.Oe.U.B. III 292 Nr. 309 (1262); Seitenstetten F. r. A. II 33, 45 Nr. 37: Eiusdem provincie iudici presentetur.*

219. Das geschah z. B. in Göttweig. F. r. A. II 51, 75 Nr. 57. Daraufhin weist vielleicht auch die Ausdrucksweise in St. Florian B, C, E, G: *ad iudicium sanguinis tradatur.*

220. *Per officialem Prepositi vel per eum, quem... constituimus advocatum,* so in St. Florian (A); durch *precones abbatis* in Kremsmünster (Hagn 69 Nr. 55); durch *homines ecclesie* in Göttweig (F. r. A. II 51, 113 Nr. 103); durch den *procurator ecclesie* in St. Pölten (N.Oe.U.B. I 56 Nr. 36); durch *villani* in Heiligenkreuz (F. r. A. II 11, 17 Nr. 12).

221. In St. Florian nach dem Zeugnis aller vollständigen Stücke; in Kremsmünster nach Hagn 69 Nr. 55; in Garsten nach O.Oe.U.B. III 455 Nr. 492: *Coram iam dicte ecclesie abbate diffinitive sine iudicum Ducis presentia ventilentur.*

222. In St. Pölten nach N.Oe.U.B. I 56 Nr. 36. Meistens enthalten die Privilegien aber nur negative Formulierungen.

Defensor scheint iurisdictionelle Befugnisse gehabt zu haben, wenn ihn der Vorsteher der Kirche eben zu seinem officialis machte.²²³⁾ Dazu wird dieser wohl häufig gezwungen worden

223. Es lag natürlich den Urkunden nach ganz im Belieben des Kloster-vorstandes, dem defensor gewisse Aufträge zu erteilen, nur sollte sich dieser ohne vom Kloster dazu herangezogen zu sein, keine Funktionen anmaßen. — Die bisher gewonnenen Gesichtspunkte sind nötig, um zu einer vollständigen Würdigung der Rechtsstellung des Benediktinerinnenstiftes Erla zu gelangen. Unterrichtet sind wir über sie durch eine Urkunde König Ottokars von 1262, O.Oe.U.B. III 292 Nr. 309. Die Rechte der Vogtei werden erneuert und bestätigt. Der Landrichter zwischen Traun und Enns soll nur über todeswürdige Verbrecher urteilen. Das Gericht soll jedoch auf den Gütern der Kirche abgehalten werden, so daß der Landrichter vor dem Vogte seine Klage vorzubringen hatte. Auslieferung erfolgte nach gelungener Ueberführung. Alle übrigen Fälle werden von dem Vogt gerichtet. Kein Landrichter soll einen der Kirchenleute ergreifen, wenn er nicht vorher versucht hat, vom Vogte oder dem Richter Gerechtigkeit zu erlangen. Ohne Zweifel besteht hier ein Nebeneinanderwirken von Vogt und Landrichter, wie schon Hirsch, Hohe Gerichtsbarkeit S. 122 erkannte. Hirsch ist der Ansicht, der Landrichter stehe hier an Stelle des früheren markgräflich-herzoglichen Richters, der in der gleichen Weise auch früher schon die Gewalt des Vogtes beschränkt habe. Er findet eine Parallele in den Traunkirchener Verhältnissen, wie sie durch eine Urkunde Herzog Ottokars von 1191 verhältnismäßig gut erkennbar sind. Jedoch ist die Kompetenz des herzoglichen Richters in Blutsachen nur aus dem Fehlen von Bestimmungen über das Blutgericht erschlossen. Und das argumentum e silentio ist doch nicht recht verlässlich (vgl. o. S. 159). Räumt man aber auch eine Kompetenz des herzoglichen Richters für Traunkirchen ein und nimmt man Geltung gleichen Rechts in Erla am Ende des 12. Jhdts. an, so ist doch noch die größte Vorsicht geboten, der Meinung gegenüber, die Rechtsstellung des Klosters um 1262 sei noch die gleiche wie sie es gegen Ende des 12. Jhdts. war. In dem dazwischenliegenden großen Zeitraume haben doch die meisten Klöster des Landes eine grundlegende Aenderung ihrer Lage erfahren. Daß Hirschs Ansicht vielleicht zutrifft, muß man zugeben. Nur ganz sicher beweisen läßt sie sich nicht; und es besteht auch noch die Möglichkeit, eine andere Entwicklung anzunehmen. König Ottokar erneuert die Rechte der Vogtei. Sie sind also einmal verliehen worden. Vielleicht existierte eine babenbergische Vorurkunde, auch wenn Ottokar sich nicht auf sie bezieht. Gibt sich doch auch z. B. seine Exemtionsurkunde für Waldhausen, O.Oe.U.B. III 182 Nr. 190, als Neuverleihung, trotzdem sie die Urkunde Herzog Friedrichs II. fast wörtlich ausschreibt. Es wäre denkbar, daß, wie in St. Florian, die ganze Gerichtsbarkeit (Vogteigerichtsbarkeit oder Vogteigerichtsbarkeit + Landgerichtsbarkeit) einmal in der Hand des Landrichters lag und erst auf besondere Privilegierung hin ihm abgenommen wurde bis auf die Exekution der Bluturteile, der Aebtissin ein Betvogt zur Seite gestellt wurde, dem sie, wenigstens dem Rechte nach, aus freiem Er-

sein. Denn der Defensor, der häufig Landrichter oder sonst ein hoher landesherrlicher Beamter war,²²⁴⁾ besaß ja die Mittel dazu. Daß die Bestimmungen der Privilegien überhaupt öfters unbefolgt blieben, läßt sich wohl denken. Es ist sicher, daß vom Landesfürsten willkürliche Bestellungen vorgenommen wurden,²²⁵⁾ daß richterliche Gewalt usurpiert, Abgaben erhoben wurden. Und oft genug wird auch über die Bittvogtei geklagt. Auf die Entwicklung von Immunität und Vogtei im späteren Mittelalter, die oft zu den Privilegien nicht entsprechenden Verhältnissen führte, kann hier nicht eingegangen werden. Es mag nur auf die Klagen über die St. Pöltener Bittvogtei hingewiesen werden.²²⁶⁾ Sie unterscheiden sich in nichts an Schärfe von den Vorwürfen, die gegen die alte Vogtei erhoben wurden. In König Ottokars Privileg von 1252 heißt es anlässlich ihrer Beseitigung: *eas que betvoitai vulgariter appellantur occasione quarum ecclesie destruantur penitus amoventes.*

An ordentlichen Einkünften wird den Schirmvögten zuweilen die Hälfte der Bußen Auswärtiger, die also vor fremden Gerichten erstritten wurden, zugebilligt.²²⁷⁾ Doch sonst ist es gerade die Hauptsache bei diesem Amte, daß dem Kloster keine Einkünfte abgenommen oder geschmälert werden sollen.²²⁸⁾

messen Funktionen des Klostersrichters übertragen hatte, daß aus einer solchen Entwicklung die in der besprochenen Urkunde skizzierten Verhältnisse stammen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auf das Vorkommen eines iudex, wohl Klostersrichters, neben dem Vogt, der diesen ersetzt, hinzuweisen: *Item nullus Iudex provincialis in tota Advocatia dicti claustrum nullum prorsus detinere praesumat, nisi prius ab Advocato sive Iudice expetat de eodem.*

224. Wie in Waldhausen. Vgl. z. B. O.Oe.U.B. III 78 Nr. 72.

225. So steht es im Widerspruch zu den Privilegien von St. Florian, wenn König Ottokar, O.Oe.U.B. III 225 Nr. 234 (1256), zum defensor den jeweiligen Schreiber von Enns, oder wenn ein solcher nicht vorhanden ist, den Landrichter bestellt.

226. N.Oe.U.B. I 71 Nr. 45 (1252).

227. St. Florian B, C, E, G.

228. Das Verbot, Abgaben zu fordern, kehrt immer wieder. Das tritt auch in der Urkunde für Waldhausen O.Oe.U.B. III 78 Nr. 72 besonders hervor. Während vorher der Richter im Machlande und der von Laa Gerichtsbarkeit und Einkünfte hatten, sollen sie nunmehr *ratione advocacie nostre* aut *pretextu tuicionis* keine Abgaben mehr erheben. In der auf Abgabefreiheit hin formulierten Urkunde ist von der Uebung der Gerichtsbarkeit keine Rede mehr. Die erwähnten Richter werden zu *defensores* er-

Man hat stets davon gesprochen, den österreichischen Klöstern sei Immunität, Exemption, Entvogtung verliehen worden. Mit diesen Begriffen wird man nur bei scharfer Unterscheidung auskommen können, will man den hochbedeutsamen Vorgang bezeichnen, von dem die besprochenen Urkunden Kenntnis geben.

Immunität ist um die Zeit der Entstehung des Deutschen Reiches die mit der Schutzherrschaft speziell des Königs regelmäßig verbundene besondere Privilegierung. Deren Inhalt ist schon oben kurz geschildert worden.²²⁹⁾ Wir gebrauchen den Immunitätsbegriff dann besonders im Sinne der durch diese Privilegierung geschaffenen Rechtslage, ferner auch für das Gebiet, für das sie gilt. Später ging aber diese Rechtsstellung nicht mehr nur auf den König zurück, sondern auch auf andere Kirchherren.²³⁰⁾ Der Begriff der Immunität weitet sich damit.

Ursprünglich umfaßte die Immunität ihrem Wesen nach den ganzen Besitz des Privilegierten, ganz abgesehen davon, daß sie über diesen noch hinausreichen konnte. Nun kommt es aber auch vor, daß eine der immunen ähnliche Stellung, einem engeren Gebiete zuteil werden konnte. Die Immunität erfährt begrifflich wieder eine Erweiterung.

Auf Grund der Immunität bildete sich ein neues Rechtsleben, eine neue Verwaltungsorganisation aus mit neuen Trägern öffentlicher Herrschaftsgewalt. In erster Linie ist hier der Vogt zu nennen. Und wiederum von ihm konnte Immunität erteilt werden, die sich inhaltlich zu unterscheiden vermochte, nach den Kompetenzen, auf die er verzichtete, und räumlich nach dem Umfang, für den der Verzicht galt. Das ist die letzte Erweiterung des Immunitätsbegriffes.

nannt. Ueber ihre Kompetenzen sind keine Nachrichten vorhanden. Jedenfalls aber ist Brunners, Exemptionsrecht S. 351 ausgesprochene Ansicht unbeweisbar: „Da der Herzog in derselben Urkunde eos, qui pro tempore in numeratis locis iudices fuerint aut prefecti als defensores der eximierten Güter bestellt, so kann es sich nur um Befreiung von der öffentlichen, nicht aber von der Vogteigerichtsbarkeit gehandelt haben.“ Wenn 1247 Graf Otto von Eberstein den erwähnten Beamten, obwohl sie doch sicher noch defensores waren, alle Gerichtsbarkeit und Abgabenerhebung verbietet, so ist doch anzunehmen, daß auch diese Schutzvogtei gerichtslos war.

229. Vgl. Abschn. V dieses Kapitels.

230. Vgl. Abschn. I dieses Kapitels.

Dem entsprechend hat man bei der Betrachtung der Immunität sich verschiedener Bezeichnung bedient.

Aeltere Immunität hat man diejenige genannt, die Freieung von ordentlichen Staatsorganen bedeutet, und zwar deswegen, weil sie häufig in älterer Zeit erteilt wurde. Dieser Immunitätstyp, der zum erstenmal Abschluß von staatlichen Bezirken von unterschiedlicher Dichtigkeit und Rechte verschiedenen Umfangs mit sich brachte, kommt aber auch zeitlich später vor, man darf sagen, bis ins 13. Jahrhundert.

Jüngere Immunität legt einen zweiten Freiungsring um ein gewisses Gebiet, der auf Grund primärer Privilegierung²³¹⁾ aufgekommene Gewalten ausschließt und etwas von ihren Rechten dem mit der Freieung Versehenen zuteil werden läßt; beides ist in verschiedenen Graden möglich. Diesen Typus, für den Vorkommen in der jüngeren Zeit der Immunitätsgeschichte nicht spezifisch ist, hat man auch Vogtimunität genannt.

Da die jüngere Immunität in sehr vielen Fällen auf ein engeres Gebiet beschränkt war, hat man sie bisweilen mit der engeren Immunität gleichgesetzt. Doch mit Unrecht. Engere Immunität kann ältere, jüngere kann räumlich sich auf den ganzen Bezirk beziehen, auf den gleichen, für den auch die ältere Immunität galt.²³²⁾

Die Klöster in Oesterreich, auf deren Rechtslage die Babenberger erst seit dem Ende des 12. Jahrhunderts den bestimmenden Einfluß übten, erhielten durch die besprochenen Privilegien Bestätigung und teilweise Erweiterung älterer Immunität.²³³⁾

Zugleich läßt sich meist Vogtimunität nachweisen,

231. Ich sage nicht „früher“, da mit Immunität von den ursprünglichen Funktionären der Staatsgewalt solche vom Vogte gleichzeitig erfolgen kann. Das ist vielleicht bei Zisterzienserklöstern und den jüngeren babenbergischen Gründungen der Fall gewesen.

232. Vgl. Aubin, Vjschr. f. Soz. u. W.Gesch. 12, S. 252: „Die engere Immunität ist schon insofern kein einheitlicher Begriff als sich die Abschließung in manchen Fällen, so bei allen Zisterzienserklöstern, gegen den Landrichter, in anderen aber gegen den Vogt richtet.“

233. Das kommt in den Privilegien immer wieder deutlich zum Ausdruck, die Befreiung vom Judex provincialis, iudicium provinciale gewähren. Nur darf man die Bedeutung der Bevorrechtigungen, überall wo Landrichter von einer von ihnen faktisch ausgeübten Gerichtsbarkeit ausgeschlossen werden, nicht auf die Befreiung vom Landgericht beschränkt glauben, wie das so häufig geschehen ist. Die betreffenden Wendungen entsprechen

und zwar umfaßt diese in den betrachteten Fällen prinzipiell alle Besitzungen der Kirchen, über die der Privilegierende Rechte besitzt, wenn sie auch nicht restlose Befreiungen von der Gewalt des Vogtes brachte. Die gleiche Immunität hatten wohl schon seit ihrem Bestehen die Zisterzienserklöster des Landes. Ihnen war ältere Immunität, und ehe sich eine auf ihr fußende neue öffentliche Gewalt hatte ausbilden können, auch jüngere Immunität verliehen worden. Den übrigen babenbergischen Gründungen war, vielleicht auch teilweise bei ihrer Gründung, jedenfalls aber sehr früh, die gleiche Stellung erteilt worden. Nun erhielten auch die meisten Klöster unter babenbergischer Vogtei — wir betrachteten sie, soweit sie der Passauer Diözese angehörten — die gleiche Rechtsstellung: Befreiung vom Landgericht und Ausschluß des Vogteigerichts bis auf die Exekution gegen Kapitalverbrecher, Ausübung der Gerichtsbarkeit durch Beamte des Klosters.

Wo das Defensoramt beobachtet werden kann, trägt es völlig die gleichen Züge wie das des Zisterzienservogtes: Es ist gerichtslos, unentgeltlich, seine Aufgaben sind Schutz und subsidäre Gewaltanwendung.

Die „Zisterzienserimmunität“ und „Zisterzienservogtei“ hat eine Verbreitung gefunden weit über diesen Orden hinaus. Und wenn wir die in den letzten Abschnitten dieses Kapitels betrachteten Privilegierungen im Rahmen der babenbergischen Klosterpolitik charakterisieren sollen, so können wir kurz sagen: sie bedeuteten die rechtliche Gleichstellung der fremden Klöster und der jüngeren babenbergischen mit den älteren, die in hervorragendem Interesse der Klöster selbst, sowie der ihre Landesherrschaft aufbauenden Fürsten lag.²³⁴⁾

jedoch zweifellos vielfach den früheren Immunitätsverboten an den Grafen und sind als deren Bestätigung und Erweiterung aufzufassen.

234. Es soll natürlich nicht behauptet werden, daß die geschilderte Rechtsstellung nur babenbergischen Klöstern eigentümlich war. Sie kam auch sonst in Deutschland vor. In welchem Umfange, wäre noch festzustellen. So regelmäßig in seiner Anwendung, so konsequent in seiner Ausgestaltung, ist dieser Typus von Privilegierungen jedoch sonst nicht gewesen.

Fünftes Kapitel.

Eigenkloster, Klostervogtei und Landesherrlichkeit.

Die allmähliche Verflachung und Abschwächung des Eigenkirchenrechts ist dargestellt worden. Gleichfalls wurde bereits gezeigt, daß die Klostervogtei von der Eigenklosterherrschaft ihren Ausgang nahm. Die Vogtei sicherte ihrem Inhaber als Schutzherrschaft, die mit bedeutenden Einkünften und zuweilen gerichtlichen Rechten verschiedenen Inhalts verbunden war, einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf das bevogtete Kloster. Und wäre der Vogt in der ursprünglichen Abhängigkeit vom Eigenklosterherrn verblieben, so hätte dieser sich wohl für seine Verluste entschädigen können.¹⁾ Nun aber wurde die Vogtei seit dem 11. Jahrhundert immer regelmäßiger als Lehen vergeben. Die Entwicklung des Lehnswesens, die das Lehen mehr und mehr dem Einfluß des Lehnsherrn entzog, entfremdete dem Eigenklosterherren die Vogtei.²⁾ Wertlos war die Lehnsherrlichkeit allerdings keinesfalls. Es kam auf die Macht des Lehnsherrn und des Lehnsträgers an, sowie auf die politische Lage, wem von beiden der größere Vorteil vom Lehnsubjekt zufiel. Während es nämlich ursprünglich durchaus üblich gewesen war, daß geistliche Personen Vogteien über Eigenstifter nicht selbst ausübten,³⁾ war das seit dem 12. Jahrhundert nicht mehr der Fall. Auch Vogteien mit der höchsten Gerichtsbarkeit, konnten, wie jetzt feststeht, von Bischöfen selbst ausgeübt werden.⁴⁾ Viel-

1. Hier ist nochmals darauf hinzuweisen, daß, wie Hirsch gezeigt hat, die Vogtei durch Umwälzungen im Strafrecht und in der Reichsverfassung vielfach eine große Steigerung ihrer Bedeutung erfuhr, besonders hinsichtlich ihres Verhältnisses zum Staatsganzen und ihrer öffentlichen Funktionen. Vgl. Hirsch, Hohe Gerichtsbarkeit S. 147 f. u. 225 f.

2. Vgl. oben S. 133. Bei den für den Bestand der Vogtei umwälzenden Maßnahmen der Landesfürsten (vgl. 4. Kap. Abschn. VI) in der ersten Hälfte des 13. Jhdts. hört man nie etwas von Mitwirkung oder Zustimmung des Bischofs von Passau.

3. Vgl. oben S. 129.

4. Vgl. O. v. Zallinger. Kleine Beiträge zur deutschen Verfassungs-

fach hat man beobachtet, daß gerade in dieser Zeit der sich bildenden Territorien die Bischöfe eifrig am Werke waren, Machtmittel — zu ihnen gehörten auch Vogteien jeder Art — in ihre Hand zu bekommen.⁵⁾

I.

A. Hinsichtlich der bischöflich passauischen Klöster in Oesterreich waren allerdings die Machtverhältnisse derart, daß der Bischof wenig Aussichten hatte, die Vogteien seiner Klöster zurückzuerwerben. Zum Teil hatten sie ihre öffentlich-rechtlichen Elemente nicht einmal vom Bischof, sondern von einem Laien als Stifter erhalten. Vor allem aber war es durchaus nicht immer gelungen, die auf die Immunität gegründeten Ansprüche des Bischofs durchzusetzen oder zu bewahren. Was sich schließlich für die Klöster hatte durchsetzen lassen, war durch ein Kompromiß mit dem Inhaber der Grafenrechte erreicht worden, das um den teuren Preis der Uebertragung der Vogtei an diesen hatte erkaufte werden müssen.⁶⁾ Der Vogt war zudem einer der mächtigsten Fürsten Deutschlands, Herzog von Oesterreich. Gegen ihn ließ sich wenig ausrichten. Einige Vorteile erzielte der Bischof von Passau aus seinen Rechten dennoch.

Als das Geschlecht der Babenberger ausgestorben war, wurden von dem nachfolgenden Landesfürsten, König Ottokar, für Wiederverleihung der bischöflichen Lehen, zu denen auch die Stiftsvogteien gehörten, sehr bedeutende Rechte, Besitzungen und eine Geldsumme zum Entgelt gegeben,⁷⁾ ebenso von den nachfolgenden landesfürstlichen Lehnsträgern, den Habsburgern. König Rudolf mußte sich sogar dazu verstehen, auf Rechte zu verzichten, die Territorialhoheit über gewisse Gebiete in österreichischen Landen verschafften.⁸⁾ Immerhin muß auch hier bemerkt werden, daß bei größerer Macht des Lehnsherrn,

geschichte im 13. Jhdt. II: Zur Geschichte der Bannleihe, M.I.Oe.G. 10, 1889, S. 230 ff.; Barth, Bischöfliches Beamtentum S. 339; Hirsch, M.I.Oe.G. 35, S. 77. Nur den Klöstern war noch nach kanonischem Rechte die Ausübung von Blutgerichtsbarkeit untersagt, vgl. z. B. den Hinweis in O.Oe.U.B. II 552 Nr. 379 A (St. Florian C) mit dem die Auslieferungspflicht begründet wird: *quia huius iudicii executionem ordo ecclesiasticus sibi non vendicat.*

5. v. Below, Territorium und Stadt, 2. Aufl., S. 33 Anm. 1.

6. Vgl. oben S. 166 f.

7. O.Oe.U.B. III 197 sq. Nr. 204; 200 sq. Nr. 205 (1253).

8. M.B. XXVIII^b 409 sq. Nr. 134 (1277).

bei geringerer des Landesherrn eine glänzende Situation für den Passauer, wie sie die österreichischen Wirren, das österreichische Interregnum um die Mitte des 13. Jahrhunderts boten, zu ganz anderen, besseren Resultaten hätte führen müssen. Mehr noch als irgendwo gilt es für den Kampf um die Landeshoheit, daß die politische Macht den Ausschlag gibt, und ein Recht nur da ganz wirksam wird, wo es als Machtfaktor ausgenutzt wird.

Sehr lehrreich ist die Betrachtung des einzigen Falles in Oesterreich, in dem das Bistum Passau mit Hilfe seines Rechtes an einem Kloster zur Territorialhoheit vorgedrungen ist.

Bei Besprechung der Geschichte der St. Pöltener Vogtei⁹⁾ ist gezeigt worden, daß diese 1150 an den Bischof kam, daß von der Stiftsvogtei sich früh die Teilvogtei über die bedeutendste Besitzung des Klosters, den Markt St. Pölten, abzweigte, daß es dem Herzog von Oesterreich gelang, die Stiftsvogtei zurückzuerwerben, während nach vorangegangenen Streitigkeiten die Marktvogtei endgültig dem Bischof verblieb. Mit ihr erwarb der Bischof Einkünfte, unter denen das Drittel von Zöllen und Marktgeldern wohl die ergiebigsten waren. Ferner gelangte er in den Besitz der Gerichtsbarkeit im Markte. Sie wurde seit dem Ende des 12. Jahrhunderts von einem passauischen Richter versehen,¹⁰⁾ Im 13. Jahrhundert pachtete¹¹⁾ dieser Richter das Gericht auf ein oder mehrere Jahre. Die Kompetenz des St. Pöltener Gerichts war allerdings nicht unbegrenzt.¹²⁾ Zum Tode verurteilte Verbrecher mußten dem Landrichter von Tulln ausgeliefert werden.

Die Macht der Bischöfe wuchs noch mehr. Zu den Rechten, die, wie erwähnt, König Ottokar für den Empfang der herzoglichen Lehen gewähren mußte, gehörte auch das Befestigungsrecht des Marktes St. Pölten. St. Pöltens Mauern wurden ausgebaut.¹³⁾ Von einem Markttort wurde es damit zur Stadt.

Als die Söhne Rudolfs von Habsburg dann von Bischof

9. Vgl. oben S. 110. ff.

10. Eine Reihe der Stadtrichter findet sich bei Winter, Bl. N.F. 17, S. 433 f. Ein Stadtrichter von St. Pölten wird zuerst genannt im Privileg für die Regensburger Kaufleute von 1192. Vgl. Vancsa S. 403.

11. Winter a. a. O. S. 436 f.; Herrmann, Gesch. der Stadt St. P. S. 26 f.

12. M.B. XXIX^b 85 Nr. 65 (gedruckt auch bei Winter, Urkundliche Beiträge 17 Nr. 5).

13. Ueber die Art d. früheren Befestigung vgl. Winter a. a. O. S. 438 f.

Peter die gleichen Lehen erhielten, bekam dieser neben sonstigen reichen Gegengaben das Blutgericht über St. Pölten zugestilligt.¹⁴⁾ Damit war er Landesherr über die Stadt und ihr Gebiet.¹⁵⁾

Passau hatte in St. Pölten selbst Grundbesitz mit Immunität besessen. Es besaß die Eigenklosterherrschaft über das Augustinerchorherrenstift, die Marktvogtei; das war eine schöne Machtfülle. Besonders bemerkenswert erscheint es, daß jedes dieser Rechte durch Vereinigung mit den anderen gewonnen zu haben, gefestigt worden zu sein scheint. So ist bestimmt nicht ohne Grund von dem Abhängigkeitsverhältnis des Klosters St. Pölten länger als bei irgendeinem anderen passauischen Stifte die Rede gewesen.¹⁶⁾ Und trotz dieser Häufung von Macht bedurfte es, um in der Nähe dieses früh gefestigten Territoriums Oesterreich zu eigener Landesherrschaft zu kommen, der geschickten Ausnutzung günstiger politischer Gelegenheiten. In weniger kräftigen Staaten hätten die Bischöfe, so stark wie sie

14. B.R. 892 (M.B. XXVIII^b 409 Nr. 134): *Item iudicium criminale vel sanguinis in s. Ypolito... non obstante, quod idem iudicium ad dominum terre Austrie pertinebat. ... plenam et liberam potestatem iudicandi de crimine, et iudicium sanguinis exercendi, ac in tribus locis videlicet, in s. Ypolito, Mautarn et Zeizmur furcas seu patibula, truncos et tormenta alia, quibus reorum crimina puniuntur, publice erigendi...*

15. Seit der Mitte des 13. Jahrhunderts nennen die Bischöfe St. Pölten ihre Stadt, ihren Markt. Vgl. z. B. F. r. A. II 31, 145 Nr. 149: *in necessitates... et munitiones civitatis nostre in sancto Ypolito* (1247); M.B. XXIX^b 85 Nr. 65. (1260.)

16. Vgl. oben 2. Kap. Anm. 34. In diesem Zusammenhange ist es von großem Interesse, zu beobachten, wie die klösterlichen Rechte am Markte immer mehr eingeschränkt wurden. Von einem Anteil an den Gerichtsgefällen im 13. und im 14. Jahrhundert ist nichts bekannt. Als sich im 14. Jahrhundert die Streitigkeiten zwischen Bischof und Kloster mehrten (vgl. Herrmann S. 65), scheint der Markt an Wert für das Stift noch mehr verloren zu haben. Propst Ulrich der Veiertager ging daher auf Bischof Gottfrieds und seines Nachfolgers Albrechts III. Vorschlag ein, die dem Kloster verbliebenen Rechte und Einkünfte gegen Kirchenzehnte und Güter in der Umgebung von St. Pölten zu vertauschen. Vgl. d. Angebot Bischof Gottfrieds von 1361. N.Oe.U.B. I 512 Nr. 436; Zusage des Stifts, ebenda 624 Nr. 507 (1365); Abschluß durch Urkunde Bischof Albrechts III., ebenda 707 Nr. 573 (1367). Das Stift, einst Herr des Marktes, war durch seinen mächtigen Herrn eingeschränkt worden auf die Klostersgasse, die, wie das bei städtischen Klöstern üblich war, mit Immunität ausgestattet war, eine sogenannte engere Immunität darstellte.

hier waren, wohl die Stadt nach ihrem Willen befestigt, hätten die Exemption vom Blutgericht durchgeführt. In Oesterreich war ausdrückliche vertragliche Zustimmung des Landesfürsten zu beidem nötig.

Die Eigenklosterherrschaft und die ihr entspringende Lehnsherrschaft über die Vogtei führte also selten zu Ansätzen einer Bildung von Landesherrschaft. Außer St. Pölten wurden die passauischen Klöster in Oesterreich und ihre Besitzungen dem herzoglichen Territorium eingegliedert.

B. Die Bedeutung der Klostervogteien für die Bildung der Territorien der Herzöge von Oesterreich ist nicht bei allen diesen Vogteien gleich groß gewesen. Man kann nicht sagen, daß sie dafür einen Wert hatten, wo die hohe Gerichtsbarkeit, die für die Landesherrschaft entscheidende Gewalt, erst vom Vogt selbst verliehen worden war. Wenn er nicht Vogt geworden wäre, hätte er solche Zugeständnisse schwerlich gemacht, wäre also auch so Inhaber der höchsten Gerichtsgewalt geblieben, und daher, ohne Vogt zu sein, Landesherr über die Klostergebiete geworden.¹⁷⁾

Dies kann behauptet werden für die von den Babenbergern selbst gestifteten Klöster und wohl auch für diejenigen, deren Rechtsstellung sich auf bischöflicher Immunität aufbaute. Diese hätte kaum zur Exterritorialität geführt. Das geht schon daraus hervor, daß selbst die unmittelbaren Besitzungen der Bistümer in Oesterreich nur mit Mühe und durch besondere Privilegien der Landesfürsten eine ganz unabhängige Stellung zu erlangen vermochten. Ueberdies muß hier abermals auf die Streulage der Klosterbesitzungen und auf das seltene Hinausgreifen öffentlicher Rechte über die grundherrlichen Gebiete bei kleineren Klöstern hingewiesen werden. Ueber die Schwierigkeit, die Immunität mächtigen Inhabern der ordentlichen Staatsgewalt gegenüber durchzusetzen, ist ja schon des öfteren gesprochen worden.¹⁸⁾

Anders war es, wenn die Erwerbung einer fremden, voll ausgestatteten Vogtei gelang. Sie war ein wirklicher Gewinn, ein Zuwachs zum werdenden Territorium. Und in der Tat haben die Babenberger mehrere solche Vogteien erhalten. Schon mehr-

17. Dazu vgl. o. 4. Kap. Abschn. I.

18. Vgl. o. S. 166 f.

mals ist erwähnt worden, daß nach dem Tode Herzog Ottokars von Steiermark, des letzten Sprosses des alten markgräflichen Hauses, durch Erbvertrag¹⁹⁾ auch die Vogteien zahlreicher Klöster an die Babenberger kamen.²⁰⁾ Von ihnen bedeuteten wenigstens einige etwas für die Bildung des Territoriums. Von Klostervogteien, die von anderen Geschlechtern stammten, kann das Gleiche nicht mit Sicherheit behauptet werden, da wir über deren Ausstattung nur ungenügend unterrichtet sind.²¹⁾ Es muß hervorgehoben werden, daß alle diese Vogteien zugleich mit den übrigen Besitzungen der Vogtgeschlechter, namentlich mit ihren Fürstentümern, Grafschaften und Herrschaften an die österreichischen Herzöge gefallen sind. Maßgebend war dabei ein Erbvertrag oder das Recht des Herzogs auf erbenlos hinterlassenes Gut.²²⁾ Hierbei spielt also die herzogliche Stellung eine bedeutsame Rolle, natürlich aber nicht die territorialherrliche. Zum Verständnis der österreichischen Verfassungsgeschichte wird diese Unterscheidung, für die jüngst Stowasser so entschieden eingetreten ist,²³⁾ stets grundlegende Voraussetzung sein.

Bei der Erwerbung von Zisterzienservogteien ist die Herzogsstellung nicht ganz unwichtig gewesen, wenn sie auch nicht im entferntesten an Gewicht den privatrechtlichen Beziehungen zum Kloster gleichsteht.²⁴⁾ Diese Gruppe von Vogteien ist übrigens

19. Die Belehnung folgte, soweit die Vogteien Lehen waren, vielleicht nach. Sie kann indessen bei der herrschenden Erblichkeit der Lehen nicht mehr als ein formeller Akt gewesen sein.

20. O.Oe.U.B. II 399 sqq. Nr. 172 und Steierm. U.B. I 654 Nr. 678. Dopsch. Reformkirche und Landesherrlichkeit S. 28 sagt: „In der Steiermark aber hatten die Traungauer schon 1186 nicht weniger als 15 Klostervogteien inne. und zwar größtenteils als Stifter“. Dazu wird zitiert Steierm. U.B. I 652. Es ist die von mir nach dem O.Oe.U.B. zitierte Urkunde. Auf der angegebenen Seite stehen in der Tat 15 Klösternamen. Von Vogtei ist dort aber nicht die Rede, sondern von der Ministerialenschenkungserlaubnis, die für diese Klöster erteilt wird. Kurze Bestimmungen über Klostervogteien finden sich auf der vorhergehenden Seite. Von den 15, p. 652 genannten Klöstern steht Formbach nicht unter steiermärkischer Vogtei, während dies für einige dort nicht genannte Klöster der Fall ist.

21. Dazu s. o. 4. Kap. Abschn. IV.

22. Vgl. 3. Kap. Anm. 58 u. 59.

23. Land und Herzog S. 46 f., D. Entwicklung d. Landes Oesterreich, Vjschr. f. Soz. u. W.G. 19. Vgl. z. B. folgende klare Gegenüberstellung auf S. 421: „Nicht als Territorialherr, sondern in Ausübung seines Herzogsamtes ..“

24. Vgl. 4. Kap. Abschn. II, S. 144 f.

überhaupt nicht bei der Betrachtung der Territorialbildung zu berücksichtigen.

Bei der Abgrenzung der Bedeutung, die der Erwerbung von Vogteien für die Bildung der Landesherrschaft zukam, muß eingehend die von Dopsch in seinem Aufsätze über „Reformkirche und Landesherrlichkeit in Oesterreich“ i. J. 1914 begründete und neuerdings mit Nachdruck wieder ausgesprochene Ansicht²⁵⁾ gewürdigt werden, nach der die Herzöge, sich treffend mit der reformklösterlichen Tendenz auf Vogteifreiheit, zahlreiche dynastische Klostervogteien auf dem Wege der Entvogtung an sich gebracht und damit für die Landeshoheit beträchtliche Gewinne erzielt hätten.²⁶⁾

Die für die Begründung der Landesherrschaft bedeutungslosen Vogteien wurden durch Gründung oder Belehnung erworben, die dafür bedeutungsvollen auf Grund von durch Verwandtschaft oder Erbvertrag begründetem Erbrecht oder auf Grund des herzoglichen Rechtes auf erbenlose Hinterlassenschaften. Das läßt sich für fast alle Klöster der Passauer Diözese behaupten und beweisen.²⁷⁾ Für keine einzige Klostervogtei läßt sich dagegen die Entvogtung als Erwerbungsgrund dartun.

25. In seiner Besprechung von Stowasser, Land u. Herzog, G.G.A. 188, 1926, S. 1—18.

26. Reformkirche und Landesherrlichkeit S. 32: „Der Landesfürst war bereit, auf die Bestrebungen der kirchlichen Reformpartei einzugehen, weil er sie dazu benützen konnte, seine landesherrliche Obergewalt zur Anerkennung zu bringen“. Dazu s. G.G.A. 188, S. 12 f. u. den Anm. 28 zitierten Satz.

27. Die Babenberger besaßen die Vogtei auf Grund eigener Stiftung: über Melk, Mariazell, Wiener Schottenkloster, Klosterneuburg, Heiligenkreuz, (Zwettl war eine Stiftung ihrer Ministerialen von Kuenring),

eigenklosterherrlicher Belehnung: über St. Pölten, Göttweig, St. Georgen,

Erbvertrags: über Garsten, Gleink, Traunkirchen, Kremsmünster, Lambach, vielleicht St. Florian, (möglicherweise z.T. als erbliche Lehen ebenso wie die Vogteien über die folgende Gruppe),

des Rechts auf erbenlos hinterlassenen Besitz: über Geras, Pernegg, Altenburg, Waldhausen, Erla, vielleicht Seitenstetten. (dazu vgl. Kap. 3 Anm. 58 u. 59),

nicht sicher bekannten Erwerbsgrundes: über St. Florian und Seitenstetten. — Ueber die St. Andräer Vogtei ist Sicheres noch nicht zu sagen. Ueber die Zisterzenservogteien vgl. o. S. 144 ff.

Damit ist in der Hauptsache Dopschs geschilderte Ansicht bereits widerlegt. Aber auch im einzelnen sollen Dopschs Meinungen besprochen und die über seine Aufstellungen angestellten Nachprüfungen hier vorgelegt werden.

Schon die Fähigkeit der österreichischen Klöster, auf eine Beseitigung der Vögte hinzuwirken, überschätzt Dopsch, wenn er etwa sagt: „Wir konnten verfolgen, wie die Bestrebungen der Reformkirche seit dem Investiturstreite es ermöglichten, die Vogteirechte den Händen jener Dynasten zu entwinden oder sie doch der Obervogtei des Landesfürsten zu unterstellen“.²⁸⁾

Allein die päpstlichen Klöster besaßen weitgehenderen Einfluß auf die Vogtwahl und -absetzung, aber auch für sie war der Kreis der Wählbaren regelmäßig auf die Stifterfamilie beschränkt.²⁹⁾ Eine ihnen gleiche Stellung nimmt Seitenstetten ein.³⁰⁾ Aber das ist die einzige Ausnahme, die sich urkundlich nachweisen läßt.³¹⁾ Sonst wird stets das Recht des Eigenkirchenherren strengstens gewahrt. Selbst die Fälschungen enthalten nie Bestimmungen, die den Klöstern Befugnisse einräumen, auf die gestützt sie eine Aenderung der Vogteiherrschaft hätten unternehmen können.³²⁾ Die Forderungen der klösterlichen Reform beschränkten sich vielmehr auf Beseitigung oder doch An-

28. Reformkirche u. Landesherrlichkeit S. 38. Vgl. auch d. Anm. 26 angegebenen Stellen.

29. Ueber die Sonderstellung der päpstlichen Klöster vgl. 2. Kap. Abschn. V, S. 95 f.

30. F. r. A. II 33, 1 Nr. 1: Habeant illi fratres potestatem advocatum quem voluerint eligendi, duntaxat ille der hereditaria cognatione sit qui eligatur. Aehnliche, nur eingehendere Bestimmungen enthalten F. r. A. II 33, 3 Nr. 2 und 18 Nr. 12.

31. Dopsch führt (S. 29) noch eine Urkunde Papst Eugens III. für Ranshofen, O.Oe.U.B. II 226 Nr. 154. an, wobei er aber unberücksichtigt läßt, daß es sich lediglich um eine Bestätigung von Bestimmungen des Eigenklosterherren, des Herzogs v. Bayern, handelte. Dies zeigt deutlich die Ausdrucksweise des inhaltlich im wesentlichen gleichen Privilegs P. Hadrians IV., O.Oe.U.B. II 284 Nr. 190: ... quoniam locus vester sic est institutus, ut advocatus prefati Ducis in partibus illis eiusdem quoque loci sit advocatus, prohibemus, ut..., sed eum vice iam dicti Ducis, sicut ipse instituit et scripto suo firmavit... defendere... debet. S. auch O.Oe.U.B. II 286 Nr. 191 (Privileg Heinrichs d. Löwen).

32. Vgl. 2. Kap. Anm. 192. — Dazu vgl. noch O.Oe.U.B. II 614 Nr. 413: Päpstliche Bestätigung eines Verbotes, Untervögte einzusetzen preposito et capitulo ipsius ecclesie inconsulto.

teil auf Bestellung und Absetzung des Untervogtes und vor allem auf Abschaffung oder Milderung der Vogteilasten.³³⁾

Dopsch selbst bemerkt: „Das Recht, ungeeignete Vögte abzusetzen, war freilich nicht leicht praktisch zu verwirklichen.“³⁴⁾ Tatsächlich war das unter den gegebenen Machtverhältnissen ausgeschlossen, und so versuchte man gar nicht einem solchen Rechte zur Geltung zu verhelfen.

Wenn Dopsch dann weiter³⁵⁾ meint: „Dazu bedurfte es eines starken Rückhaltes. Und diesen gewann die Reformkirche an dem aufstrebenden Landesfürstentum“, wenn er dann zahlreiche Fälle namhaft machen zu können glaubt, in denen der Landesfürst zur Entvotung verhilft, um selbst Vogt zu werden und so seine landesherrliche Obergewalt zur Anerkennung zu bringen, so müssen wir sowohl, wie wir es schon oben taten, im Gesamten, als nun auch im Einzelnen widersprechen.

Im Papstprivileg für Ranshofen³⁶⁾ soll dem Herzog von Bayern (und Oesterreich) eine Mitwirkung bei der Bestellung und Absetzung des Vogtes zugebilligt worden sein, und zwar eben in seiner Eigenschaft als Landesfürst.³⁷⁾ Mit seinem Landesfürstentum hat das indessen gar nichts zu tun, sondern der Herzog war Eigenklosterherr und Obervogt, der zu Beseitigende und Neueinzustellende sein Untervogt.³⁸⁾

Reichersberg wurde von seinem Herren, dem Erzbischof von Salzburg, i. J. 1163 Herzog Heinrich d. Löwen kommandiert. Der Schutz, der dabei erbeten wurde, ist sehr allgemein umschrieben, vielleicht ist es der, den ein Herzog stets in seinem Amtsbereiche zu bieten hat.³⁹⁾ Jedenfalls wurde Heinrich damit selbst nicht

33. Von einer Wahl der oberöstr. Klöster spricht Kg. Ottokar, O.Oe. U.B. III 575 Nr. 23 (Anh.) v. J. 1265: quod Claustrorum Advocacias, ad quas principes Austrie ipsa Claustra spontanee elegerunt, metipsi tenere debeamus. Mit den tatsächlichen Verhältnissen stimmt diese Aussage nicht überein. Die vorliegende Ausdrucksweise ist vielleicht als eine allerdings unberechtigte Uebertragung der Rechtsverhältnisse der Betvogtei auf die Obervogtei zu erklären. Uebrigens liegt auch hier der Nachdruck auf der Festsetzung gerade der Ausschließlichkeit der Vogtei der Herzöge.

34. Reformkirche und Landesherrlichkeit S. 29.

35. Ebenda.

36. Vgl. o. Anm. 31.

37. So Dopsch a. a. O. S. 29 f.

38. S. o. S. 203 u. Anm. 31; ferner vgl. O.Oe.U.B. I 270 Nr. 181: Factum est hoc in presentia officialium Domini nostri Ducis, qui et advocatus noster.

39. O.Oe.U.B. II 329 Nr. 225: ut Richerspergense Coenobium ... specia

Klostervogt,⁴⁰⁾ auch wird gegen die Vögte nicht einmal Stellung genommen, sondern diesen werden ausdrücklich ihre Rechte gewahrt und nur unrechtmäßige Bestellung und Gewalttätigkeiten von Untervögten verboten.⁴¹⁾ Von einer auch nur in Aussicht genommenen Entvogtung ist keine Rede.

In St. Pölten fand zwischen 1149 und 1150 eine Entvogtung statt.⁴²⁾ Der Untervogt wurde mit Hilfe Herzog Heinrichs Jasomirgott beseitigt. Dieser handelte aber nicht als Landesfürst, sondern als Obervogt. Ließ er doch selbst die Vogtei dann dem Passauer Bischof auf.⁴³⁾

In St. Florian fand 1145 eine Vogteiregelung statt.⁴⁴⁾ Sie wurde durch den Eigenklosterherren im Einverständnis mit dem Vogte vorgenommen. Eine Einwirkung des bayrisch-österreichischen Herzogs, die Dopsch annimmt, ist nicht nachweisbar.⁴⁵⁾

liter habeatis pietati ac Principatui vestro commendatum iure vestro contra iniuriosos defendendum et manutenendum.

40. Das ist vielmehr der jeweilige Salzburger Hauptvogt. Vgl. O. Oe. U.B. II 303 Nr. 205: *ut nullus eiusdem loci sit advocatus, nisi principalis ipsius metropolis salzburgensis advocatus...* Diese Bestimmung wurde in zahlreichen erzbischöflichen Urkunden, auch in den Papstprivilegien für Reichersberg bestätigt. — Der Herzog von Bayern besaß dagegen durch eigenklosterherrliche Belehnung die höchst wichtige Sondervogtei über Münster, vgl. O.Oe.U.B. II 322 Nr. 220.

41. *Salvo iure advocatorum super eiusdem coenobii predia per nos constitutorum, semoto iniquo gravamine ac nomine subadvocatorum...* nisi quantum admittuntur ex consensu eorum, qui Ecclesie president.

42. S. o. S. 113.

43. Dopsch a. a. O. S. 30 meint: „Wer dem eifrigen Vertreter der Reformkirche zur Durchführung dieser Vogtabsetzung die nötige Gewalt bot, lehrt die zweite (St. Pölten angehende) Urkunde direkt: der Herzog Heinrich von Bayern, der zugleich Markgraf von Oesterreich war.“

44. Vgl. o. S. 106 ff., insbesondere den Nachweis, daß es sich um eine Entvogtung nicht gehandelt haben kann.

45. a. a. O. S. 30 fährt Dopsch fort: „Aber auch im ersten Falle (d. St. Florianer) wird, glaube ich, die Sachlage deutlich, wenn wir sehen, daß bald darauf St. Florian unter den Schutz der Herzöge von Oesterreich gestellt erscheint“. Erst 57 Jahre später, 1202, ist St. Florian unter babenbergischer Vogtei urkundlich nachzuweisen. Zutreffend hebt Dopsch hervor, daß die Babenberger schon länger Vögte gewesen sein dürften. Wann sie es geworden sind, ist jedoch unbekannt; vielleicht haben sie die Vogtei nach dem Aussterben der Ottokare erhalten. Daß die Markgrafen-Herzöge bereits bald nach dem Akte von 1145 irgendwelche Vogteirechte besaßen, erscheint schon deswegen unglaublich, weil St. Florian gar nicht zur Mark gehörte. Diese Ansicht teile ich mit Hollnsteiner (M.I.Oe.G. 40, S. 85).

Mit Hilfe von gefälschten Urkunden soll Herzog Friedrich II. 1235⁴⁶⁾ veranlaßt worden sein, die Vogtei über die Abtei Garsten an sich zu ziehen.⁴⁷⁾ Die Babenberger besaßen sie jedoch als ottokarisches Erbe bereits seit dem Ende des 12. Jahrhunderts. 1235 kann es sich nur um Sonder- oder Untervogteien gehandelt haben. Schon die Vielheit der bestrittenen Vogteien beweist das klarstens.

Auch Baumgartenberg wurde nicht entvogtet. In dem Streit zwischen Herzog und Kloster einerseits und dem Grafen Otto von Klamm-Velburg andererseits⁴⁸⁾ wurden von den Parteien verschiedene Auffassungen als rechtmäßig unterstellt. Daß die herzoglich-klösterliche siegte, trotzdem sie auf einer gefälschten Urkunde beruhte,⁴⁹⁾ ist nicht zu verwundern. Dieser Parteiauffassung nach wurde nicht entvogtet, sondern der rechtmäßige Zustand herzoglicher Obervogtei bloß wiederhergestellt. Daß hier das Recht des Herzogs nicht auf seine oberste Landesgewalt zurückzuführen ist, hat schon Dopsch dankenswerter Weise betont.⁵⁰⁾

Für „sehr bezeichnend für jene Bestrebungen der Reformkirche ebensowohl wie der sich erhebenden Landeshoheit“ hält Dopsch „eine Urkundenfälschung, die das Kloster Seitenstetten gegen 1180 produziert hat“.⁵¹⁾ Sie enthält den Satz: *ut omnes sub nostro principatu secure vivant et sub nostra defensione feliciter gaudeant.*⁵²⁾ Dopsch legt dieser Stelle sehr große Bedeutung bei. Der Inhalt der Urkunde rechtfertigt das indessen nicht. Heilwig von Pirbaum, eine österreichische Ministerialin, vergab ein Gut an Seitenstetten. Der Herzog als Dienstherr vollzieht die Schenkung. Der Graf von Peilstein ist dabei Sal-

46. O.Oe.U.B. III 34 Nr. 31.

47. So Dopsch a. a. O. S. 32. Dort wird in Anm. 1 v. Mitis (Studien) zitiert. Dieser sagt indessen dort S. 147 nur, und zwar durchaus zutreffend: „1235 u. 1240 stellt Herzog Friedrich ausdrücklich fest, daß die Vogtei über das Klostergut ausschließlich dem Landesfürsten zustehe, und zwar daß die wiederholten Ansprüche verschiedener Adelliger völlig unberechtigt seien, was der Abt *per plura privilegia sufficienter ostendit*“. S. 149 spricht v. Mitis dann von einer „landesfürstlichen Erklärung über die Vogtei“.

48. O.Oe.U.B. II 410 Nr. 280.

49. Vgl. Dopsch a. a. O. S. 33.

50. Ebenda S. 35.

51. S. 34.

52. F. r. A. II 33, 7 Nr. 5.

mann und übernimmt die *tuitio* der Schenkung. Der zitierte Satz findet sich in der *Corroboratio*, die noch das Verbot der Aenderung an die Nachfolger des Herzogs richtet. Wir haben hier die Bestätigung einer ministerialischen Schenkung in einem speziellen Fall, während es sich um irgendeine Vogtei gar nicht handelt.

Die Fälschungen für St. Florian, St. Nikolaus, Waldhausen, Garsten und Gleink schließlich, auf die Dopsch sich beruft, enthalten, wie schon dargelegt wurde,⁵³⁾ allein Bestimmungen gegen Untervögte.

Zusammenfassend dürfen wir sagen, daß man notwendigerweise zu der von Dopsch⁵⁴⁾ bekämpften Brunnerschen Ansicht⁵⁵⁾ zurückkehren müssen, daß „die Bestrebungen der Klöster nach Befreiung von der Gerichtsbarkeit der Vögte ausschließlich gegen die von den Babenbergern selbst eingesetzten (Unter) Vögte, ja deren Landrichter sich gewendet“ haben.

Dopschs Meinung mußte eingehend widerlegt werden, da sie zu unzutreffenden grundsätzlichen Anschauungen von der Bildung der österreichischen Territorialherrschaft führen muß. Dopsch glaubt, Entvogtungen, in denen er ja eine Unterordnung unabhängiger Hochgerichtsbarkeiten unter die Macht des Herzogs sieht, seien möglich geworden durch das *Privilegium Minus* v. J. 1156, und zwar namentlich durch den berühmten Satz: *Statuimus quoque, ut nulla magna vel parva persona in eiusdem ducatus regimine sine ducis consensu vel permissione aliquam iusticiam presumat exercere.*⁵⁶⁾

Das *Privilegium Minus* besaß großen Wert für die Herzöge von Oesterreich, namentlich für die Bildung ihres Territoriums. Es ist aber eine Ueberschätzung dieser Urkunde, wenn man sie auch für die Entvogtungen verantwortlich macht, und wir erhalten dadurch ein unrichtiges Bild von den Entvogtungen und ihrer tiefgreifenden Einwirkung auf das Werden der babenbergischen Landesherrschaft.

Die Untervögte, die durch die Entvogtungen beseitigt wurden, waren Lehnslente.⁵⁷⁾ Im Kampfe um die Gewinnung der

53. Vgl. o. S. 102 f.

54. S. 31.

55. Exemptionsrecht S. 339.

56. S. 37 f. u. S. 40.

57. Das nimmt für Kremsmünster und St. Florian, für die er die Ent-

Territorialherrlichkeit waren Lehnsinhaber von Gerichten Konkurrenten ihrer Lehnsherren. Deshalb ist ihre Beseitigung ebenso notwendig wie die Erreichung der Unabhängigkeit des werdenden Landesherren von den über ihm stehenden Gewalten.⁵⁸⁾ Bei den Entvogtungen wurden große Zugeständnisse an die Klöster gemacht. Sie erhielten oft die Gerichtsbarkeit vollständig. Aber den Landesherren verblieb ganz regelmäßig die Exekution an Kapitalverbrechern. Und sie muß man als den Ausdruck höchster staatlicher Gewalt betrachten; hält man doch auch für den maßgebenden Faktor bei der Bildung von Territorien gerade den Besitz der höchsten Gerichtsbarkeit, weil mit ihr wesensmäßig diese oberste Zwangsgewalt verbunden ist.

So ist denn der im vorigen Kapitel geschilderte Vorgang der Entvogtung einzuzeichnen in das Bild des Kampfes gegen das Lehnsbeamtentum, der von universaler Bedeutung in der Geschichte des europäischen Staates gewesen ist.⁵⁹⁾ Klarstens charakterisiert er nämlich die Beginne der Entwicklung des modernen Staates, auf dessen spezifische Eigenheit er hinzielt, nämlich auf größere Einheitlichkeit, Intensität und Ausschließlichkeit seiner Gewalt.⁶⁰⁾

Entscheidend war dabei die staatspolitische Energie des Trägers der obersten Gewalt. Wenn wir daher den Entvogtungen eine von der des Privilegium Minus völlig unabhängige und selbständig neben ihr hergehende, tiefgreifende Wirkung auf die frühzeitige Entwicklung und Kräftigung des österreichischen Staates zuerkennen, so bezeichnen wir als eine seiner stärksten Wurzeln die Tüchtigkeit des babenbergischen Herzogshauses.⁶¹⁾

vogtungen gleichfalls als Beseitigung der Untervögte schildert, auch Dopsch a. a. O. S. 32 an.

58. Vgl. v. Below, Territorium und Stadt, 2. Aufl., S. 172: „So ist denn von Anfang an die Bildung der Landesherrschaften — so sehr die Landesherren nach außen hin, dem König gegenüber, an dem Lehnsverhältnis festhielten, und es weiter befestigten — im Innern auf die Ablehnung des Lehnsbeamtentums angewiesen gewesen“.

59. Dazu vgl. besonders v. Below a. a. O. S. 170 ff.

60. Vgl. v. Below a. a. O. S. 192.

61. Die Anfänge der Ausbildung eines prinzipiellen Anspruchs, kraft der landesfürstlichen Stellung einziger Vogteiherr über sämtliche kirchlichen Institute des Landes zu sein, liegen bereits im 13. Jh. Die wichtigsten Faktoren dabei sind einmal die Tatsache, daß der Herzog tatsächlich fast alle und gerade die wichtigsten Vogteien in seine Hand bekam, und ferner der Anspruch, alle Vogteien aussterbender Familien zu erhalten (vgl. bes. Kap. 3

In den Herzogtümern Bayern und Oesterreich waren die Aussichten eigener Territorialbildung für kleine weltliche Herren, namentlich aber auch für die geistlichen Fürsten besonders ungünstig. Die früh in sich geschlossenen Staaten der mit überragenden Machtmitteln ausgestatteten Herzöge ließen selbständige Gewalten neben sich schwer aufkommen.⁶²⁾ Ein Gebiet, in dem für solche noch verhältnismäßig viel Raum war, ist dasjenige gewesen, in dem die Interessenssphären beider Herzogtümer sich begegneten. Dort war es eher möglich, Reichsunmittelbarkeit und sogar politische Selbständigkeit zu behaupten. Die meisten von den kleineren Territorien dieser Gegenden verschwanden allerdings auch nach und nach.⁶³⁾ Das Fürstentum Passau war eigentlich das einzige, dessen Lebensdauer, trotz schwerer Beeinträchtigungen bis ins 19. Jahrhundert währte.

Wie schwer für die Bischöfe der Kampf um die Herrschaft war, zeigt besonders deutlich die Betrachtung der Rechtsstellung der drei Klöster, die das Bistum in Bayern besaß. Die Erörterung von deren verfassungsgeschichtlicher Entwicklung wurde wegen mancher abweichenden Züge von derjenigen der österreichischen Klöster zurückgestellt, um in diesem Zusammenhange, für den sie von großer Wichtigkeit ist, nachgeholt zu werden.

Die Nachrichten über Mattsee sind knapp. Immerhin verlohnt es sich, unter Heranziehung von Quellen des 14. Jahrhunderts mitzuteilen, was möglich ist. Mattsee behielten die Bischöfe, während die Eigenkirchenherrschaft sich sonst meist verflüchtigte, streng in ihrer Gewalt. Im zweiten Kapitel wurde berichtet, wie und warum das entscheidende Propstwahlrecht

Anm. 100). Daß die Geltung einer obersten Schirmvogtei des Landesherren erst für die Zeit Rudolfs IV. nicht aber schon für das 13. Jh. behauptet werden dürfe, hat v. Srbik, Staat und Kirche S. 80 ff. Berchtold, Hasenöhril u. S. Adler gegenüber dargetan. Erst nach erheblich umwandelnder Entwicklung der Rechtsanschauungen konnte eine allgemeine landesfürstliche Vogtei das Fundament abgeben, auf dem sich ein Staatskirchentum (vgl. Srbik a. a. O. S. 91) aufbauen ließ.

62. Vgl. Doeberl, Entwicklungsgeschichte Bayerns S. 259 f.

63. Die Territorien der Herzöge von Meranien, der Grafen von Bogen, Ortenburg, Schaunberg u. a.

dem Bischof verblieb.⁶⁴⁾ Neben der Herrschaft über das Stift war bedeutender Grundbesitz in der Mattseer Umgebung eine ansehnliche Machtquelle.⁶⁵⁾ Wichtig ist es ferner, auf die geringe Entfernung der Herrschaft Mattsee von Passau und dem Hauptteil des Passauer Territoriums hinzuweisen.⁶⁶⁾

Diese günstige Lage des Bischofs, ein Machtmittel stützte immer das andere, hatte doppelte Folgen. Einmal äußerte sie sich im Verhältnis zum Kollegiatstift, das ausnehmend wenige politische Rechte besaß.⁶⁷⁾ Erst im Jahre 1305 vermochte es wenigstens engere Immunität vom Bischof zu erwerben. Es erlangte Gerichtsgewalt und Abgabefreiheit für einen kleinen Kreis seiner unmittelbarsten Beamten, Diener und ihrer Familien.⁶⁸⁾ Ausgenommen wurden noch die Blutgerichtsfälle.⁶⁹⁾

Weiter aber behaupteten die Passauer die Vogtei über das Stift. Der Vogt war bischöflicher Beamter. Bischof Bernhard spricht z. B. von *noster advocatus vel iudex*.⁷⁰⁾ Dieser richtete in ein und derselben Versammlung über die bischöflichen und die stiftischen Leute. Der Vogt und Richter von Mattsee war häufig zugleich Kastellan der Veste.⁷¹⁾ Diese Verquickung der Ämter macht es unmöglich zu entscheiden, ob speziell mit der Burghauptmannschaft irgendwelche gerichtlichen Funktionen verbunden waren.

Wichtiger noch, als daß der Bischof seine Rechte den Unabhängigkeitsbestrebungen der Chorherren gegenüber zu behaupten verstand, war es, daß auch der Herzog von Bayern in dem Bestreben, die fürstbischöfliche Herrschaft von sich abhän-

64. Vgl. oben 2. Kap. Anm. 151.

65. M.B. XXVIII^b 158 sq.

66. Auf die Entfernung als wichtigen Faktor bei der Machtwirkung weist auch Aubin hin, wenn er S. 381 f. sagt: „Mit der Entfernung vom Mittelpunkt der Dingstätte scheint die Einwirkung der Grafengewalt abzunehmen“. Vgl. auch Müsebeck, Jb. f. lothr. Gesch 13, S. 190: Gefahr für die Abtei St. Arnulf aus der Nähe des bischöflichen Haupthofes Montigny.

67. F.r.A. II 49, 75 Nr. 28 und 111 Nr. 20.

68. ...Et ut predicti canonici, officiales, camerarios, piscatores, pincernam, villicum in Ochsenhering, molendinatore in Ramsmos...

69. Tribus casibus exceptis, sicut sunt violentus coitus, homicidium et furtum.

70. F.r.A. II 49, 111 Nr. 20.

71. F.r.A. II 49, 78 Nr. 33: Ludwig Grans; ebenda 72 Nr. 22: Alram von Uttendorf. Vgl. auch Oesterreich. Weistümer I, 339.

gig zu machen, keine entscheidenden Erfolge zu verzeichnen hatte. Passau beanspruchte zu Anfang des 14. Jahrhunderts die hohe Gerichtsbarkeit über Mattsee.⁷²⁾ Diese Gewalt muß aus der Immunität hergeleitet werden,⁷³⁾ denn von einem sonstigen Erwerbungsgrund ist nichts bekannt, während sich von den übrigen Teilen des Passauer Fürstentums die Art der Erlangung beobachten läßt. Für diese Ansicht spricht auch der entgegengesetzte Anspruch des Herzogs von Bayern.⁷⁴⁾ Dieser steht hier als Nachfolger des ordentlichen Hochrichters dem Immunitätsinhaber gegenüber. Oft wurde der Streit zwischen diesen beiden Faktoren zuungunsten des letzteren entschieden, in sehr vielen Fällen irgendein Ausweg gefunden, so der, daß die Vogtei und somit das Immunitätsgericht der ordentlichen Gerichtsgewalt übertragen wurde. Hier haben wir einen Fall, in dem der Bischof seine Ansprüche bis ins 14. Jahrhundert aufrechterhalten konnte. Der Streit ruhte zeitweise, z. B. während drei Jahrzehnten, in denen Ludwig Grans von Uttendorf das bayrische Landgericht Weilhart und die passauische Pflege Mattsee zugleich zu Lehen hatte.⁷⁵⁾ Der Konflikt bestand aber noch fort, als schon die Salzburger Erzbischöfe die Herrschaft durch Kauf erworben hatten.⁷⁶⁾ Im 15. Jahrhundert endlich hatte sich der Anspruch auf die Auslieferung der Schwerverbrecher an den Landrichter endgültig durchgesetzt.⁷⁷⁾ Trotzdem versuchten die Erzbischöfe, ihre Landeshoheit zu bewahren. „Steuer, Musterung und Scharwerk nahm Salzburg durchaus für sich in Anspruch.“⁷⁸⁾

Von Anfang an viel ungünstiger für Passau lagen die Verhältnisse beim Augustinerchorherrnstift St. Nicolaus. Es

72. F. r. A. II 49, 76 Nr. 31.

73. Dazu vgl. Richter, M.I.Oe.G. Erg. Bd. 1, S. 692 ff.

74. Vgl. Richter a. a. O.

75. F. r. A. II 49, 78 zu Nr. 33 und 83 zu Nr. 39. Schon Alram von Uttendorf war Landrichter von Weilhart gewesen, F. r. A. II 49, 78 Nr. 33. In der gleichen Stellung befand sich auch Friedrich der Mautner von Burghausen, ebenda 87 Nr. 43.

76. Ebenda 174 Nr. 135 (1390).

77. Ueber die Jurisdiktionsverhältnisse zwischen Mattsee und dem Weilhartlandgericht vgl. auch das Weistum von 1432, Oesterr. Weistümer I, 44 sq. und Richter, a. a. O. S. 694.

78. Richter a. a. O. S. 694 f.

ist bereits erwähnt worden, daß hier die Vogtei dem Inhaber der gräflichen Rechte in dem Gebiet, in dem die Hauptbesitzungen des Klosters lagen, verliehen worden war. Seit der Mitte des 13. Jahrhunderts war sie im Besitze der Bayernherzöge.⁷⁹⁾

Es ist schwer zu ermitteln, mit welchen Rechten die Vogtei ausgestattet war. Daß eine Vogtgerichtsbarkeit überhaupt existierte, beweist das Vorkommen eines Karolus Judex sub Chunrado de Horbach im Jahre 1217.⁸⁰⁾ Konrad von Horbach, ein Edelfreier,⁸¹⁾ war Untervogt über die Güter des Passauer Stifts an der Vils.⁸²⁾ Obervogt war hier ziemlich sicher der Graf von Ortenburg.⁸³⁾ Im 14. Jahrhundert ist ein weiteres Vogteigericht nachzuweisen, doch handelt es sich hier vermutlich um eine Sondervogtei. Die Nachricht ist auch zu spät und zu ungenau, um über die früheren Verhältnisse Sicheres aussagen zu können.⁸⁴⁾

In der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts hat St. Nicolaus offenbar eine Immunität genossen, die derjenigen der österreichischen Klöster sehr ähnlich gewesen ist. Der jüngere Stiftsbrief (Fälschung von etwa 1260)⁸⁵⁾ berichtet, die Vögte, der Formbacher und der Babenberger, in quorum iudiciorum terminis pene omnia predia ecclesie iacere videntur, hätten dem Propste alle Gerichtsbarkeit übertragen mit Ausnahme derjenigen über die Sachen, die an den Tod gehen. Die Vogtei ist auch durchaus Schirmvogtei, wie wir sie in Oesterreich beobachten konnten.⁸⁶⁾ Jedenfalls wird diese Privilegierung auf den Willen

79. Vgl. oben S. 122.

80. M.B. IV 320 Nr. 13.

81. Ueber die von Horbach s. auch die Zeugenreihen in O.Oe.U.B. II 231 Nr. 155; 349 Nr. 240; 373 Nr. 256; 452 Nr. 308; 525 Nr. 364 und 526 Nr. 365; M.B. IV 319 Nr. 13.

82. O.Oe.U.B. I 609 Nr. 281 und M.B. IV 320 Nr. 13.

83. O.Oe.U.B. I 604 Nr. 269.

84. M.B. IV 363 Nr. 47 (1336). Es kann sich um einen Komplex von Rechten handeln, der etwa von dem in ihm enthaltenen Vogtrecht (in der materiellen Bedeutung) den Namen hat.

85. O.Oe.U.B. II 114 Nr. 80.

86. Et si aliquis prepositus necessitate quacumque coactus subadvocatum sibi dari aliquando petierit, huius substitutionem ad unum tantum vel saltem ad duos annos volumus perdurare. Quod si aliquis diutius pro viceadvocato postulatus tamen preposito placuerit, ne talis ex diutina commissione advocationem hereditariam sibi possit ascribere, volumus, ut prelato cedente vel decedente auctoritas huiusmodi subadvocati omnimodis finiatur.

der Vögte zurückgeführt. Hier hatte der Bischof von Passau für seine Landeshoheit nichts zu gewinnen, namentlich, nachdem er, wie wir sahen, den Kampf um die Vogtei verloren hatte.⁸⁷⁾

Die Stiftsbriefe berichten von einer Vogtei über Güter in Grieskirchen und Alkofen, die der Bischof sich zurückbehält.⁸⁸⁾ Auch hier soll der Propst die gleichen gerichtlichen Rechte genießen.⁸⁹⁾ Diese Bevorrechtung ging anscheinend auf den Bischof zurück. Blutgerichtsbarkeit behält dieser sich jedoch hier nicht vor. Territorialbildung war auch hier nicht möglich, da die genannten Besitzungen nicht geschlossen genug waren, und es kaum gelang, Herrschaftsrechte über den Grundbesitz hinaus zu erwerben.⁹⁰⁾

In einem anderen Gebiete, in dem Güter des Stifts lagen, muß der Bischof die höchste Jurisdiktionsgewalt für sich in Anspruch genommen haben. Der jüngere Stiftsbrief⁹¹⁾ enthält den Satz: *Concedimus etiam ipsi preposito, ut omnes causas vel questiones circa homines suos extra civitatem emergentes ipse vel sui officiales per iudicium debeant terminare, exceptis his tantum, que mortem hominis exigunt: in illis iudex noster quantum ad corpus potestatem iudicandi habebit ita, ut bona persone nocentis ecclesie debeant integraliter remanere.* Die Worte *extra civitatem* bringen auf die richtige Spur. Es handelt sich hier um das Gebiet vor der Stadt, das zwischen Bayern und Passau heiß umstritten war. Schon 999 hatte Bischof Christian alle öffentlichen Rechte in der Stadt erlangt.⁹²⁾

87. Vgl. oben S. 122.

88. O.Oe.U.B. II 115 Nr. 80.

89. *Ut prepositus omnes causas in eis emersas debeat iudicare.*

90. Vgl. die Aufzählung der fraglichen Güter in O.Oe.U.B. V 303 Nr. 317 (1321). Immerhin stand dem Bischof noch sehr erhebliche Einwirkungsmöglichkeit zu Gebot. Vgl. ebenda 302 sqq.: *Iz schol auch der vorgebant probst und sein amptmann alle sachh gaentzlich und gar richten auf dem vorgebant sein Uerbar. Waer aber, das demselben probst dhain sach aestarch wêr oder wurd oder seinem amptmann, die scholl er pringen an uns oder an unsern ammann ze Ebelzperch und schulle wir im der zue legen und helfen, als wir im des gepunden sein. Jedoch brachten sich die Bischöfe selbst um ihren Einfluß durch Verleihung ihrer Vogteirechte. Vgl. z. B. O.Oe.U.B. V 495 Nr. 501 (1327).*

91. O.Oe.U.B. II 112 sq. Nr. 80.

92. Vgl. oben S. 23.

Die gräflichen Rechte erstreckten sich aber über ein weiteres, nicht sehr großes Gebiet, die *Comitia civitatis* des Stadtrechtes von 1225.⁹³⁾ Es ist dies der Landstrich von der Stadt bis zum Kellberger Graben auf der Innseite, bis zum Marbach auf der Donauseite,⁹⁴⁾ für den der Herzog von Bayern durch den Vertrag von 1262,⁹⁵⁾ kraft dessen er u. a. die Vogtei über St. Nicolaus erhielt, auf alle vogteilichen und gerichtlichen Rechte verzichtete. In diesem Gebiete, in dem das Kloster St. Nicolaus lag, war also von Rechts wegen der Bischof Landesherr.

Diesem Vertrage zuwider hat der Herzog von Bayern seine Gewalt bis vor die Mauern der Stadt, bis in die Stadtmark hinein, ausgedehnt.⁹⁶⁾ Diesen Vorgang kann man nicht so auffassen, als habe der Herzog nur zur Vogtei die Blutgerichtsbarkeit hinzuerworben, denn einmal hatten die Herzöge die Vogtei über die in diesem Gebiete liegenden Güter des Stifts abgetreten, dann aber ihre Landeshoheit auch auf die dortigen bischöflichen Besitzungen erstreckt. Eine Handhabe mag dem Bayern seine Klostervogtei immerhin gewesen sein, um unter Einsetzung seiner überragenden Macht zum Ziele zu gelangen. Passau gab seinen Anspruch nicht auf. Ein Prozeß wurde beim Speyerer Kammergericht geführt, der zugunsten des geistlichen Fürstentums ausfiel. Das Urteil wurde jedoch nicht publiziert, aus Furcht, daß man keinen Exekutor gegen den Herzog finden werde. „Woraus man deutlich sieht“, wie Erhard bemerkt, „was Recht ohne Gewalt ist“.⁹⁷⁾ St. Nicolaus⁹⁸⁾ gehörte also seit dem späteren Mittelalter zum Herzogtum Bayern.

Das Nonnenstift Niedernburg war sehr reich. Sein bedeutendster Besitz war derjenige, der aus einer Schenkung

93. M.B. XXVIII^b 308 sqq. Nr. 77.

94. Heuwieser S. 86.

95. O.Oe.U.B. III 296 Nr. 312: *Infra rivulos quoque stainpach et machpach et civitatem pataviensem iudicio et advocatia carebimus.*

96. Heuwieser, Stadtrechtl. Entwicklung der Stadt Passau S. 88.

97. Verhandlungen des hist. Vereins f. Niederbayern 40, S. 245.

98. Hier soll noch auf die wichtige Tatsache hingewiesen werden, daß die Immunität, die dem Stift vom Bischof zugebilligt worden war, für die städtischen Besitzungen nicht galt. Vgl. die Worte *extra civitatem* in der oben S. 213 zitierten Stelle. Die Klosteruntertanen in der Stadt waren zwar nach St. Nicola dingpflichtig (O.Oe.U.B. I 612 Nr. 286; 607 Nr. 277; 604 Nr. 270), aber es handelt sich dabei, wie Heuwieser S. 86 f. bewiesen hat, lediglich um ein grundherrliches placitum.

Heinrichs II. herrührte und zwischen Ilz und Rottel lag.⁹⁹⁾ Der Bischof von Passau war, seitdem er die alte Reichsabtei von den Kaisern Friedrich I. und Heinrich VI. zum Geschenk erhalten hatte,¹⁰⁰⁾ Niedernburgs Eigenklosterherr und Diözesanbischof; er war Herr der Stadt, in der das Kloster lag.¹⁰¹⁾ Außerdem verfügte er über die Klostervogtei. Das war fürwahr eine machtvolle und für das beherrschte Kloster gefährliche Stellung. Jedoch die Möglichkeit, einen großen Teil des Abteigutes in seine unmittelbare Verwaltung zu nehmen, bot sie dem Bischof namentlich in dieser Zeit des abgeschwächten Eigenkirchenrechtes nicht mehr. Bischof Wolfger, der berühmte nachmalige Patriarch von Aquileja, verstand seine günstige Lage indessen wohl auszunützen. Die Uebertragung der Abtei war erfolgt *ad religionem in praedicta ecclesia sancte Marie per eum in meliorem statum reformandam oder pro religione in ea reformanda*, wie es in Friedrichs I. Diplomen heißt.¹⁰²⁾ Was derartige „Reformationen“ bedeuteten, ist genugsam bekannt. Nicht nur unter Heinrich II.,¹⁰³⁾ auch sonst stellten sie ein beliebtes System dar, sich die Besitzungen reicher Abteien zugute kommen zu lassen.

99. Heinrich II. machte im Jahre 1010 Niedernburg eine Schenkung, DH. II. 217, die für Abtei und Bistum von grundlegender Bedeutung werden sollte. Vom „Nordwald“, einem riesigen Waldgebiete im Norden der Donau, das sich etwa vom Regen bis zur Isper, von der Donau bis zum Böhmerwald erstreckte, erhielt Niedernburg das Stück zwischen Ilz und Rottel. H. Bresslau, Erläuterungen zu den Diplomen Heinrichs II., 2. Abschnitt, N. A. 22, 1897, S. 178 f. und D.D. III untersuchte die Urkunde und kam zum Schluß, daß deren Inhalt im Ganzen nicht anzuzweifeln sei, wenn auch der verbriefte Besitz in diesen Grenzen nicht auf eine Schenkung Heinrichs zurückzugehen brauchte. Strnadt. A.Oe.G. 94, S. 276 ff. hat das Stück überhaupt als Fälschung verworfen und auch gegenüber W. Erben, Studien zum historischen Atlas der österreich. Alpenländer, M.I.Oe.G. 30, 1909, S. 581 f., der als Diplomatiker Einwendungen machte, seine Meinung A.Oe.G. 99, S. 643 ff. aufrechterhalten und aufs neue zu begründen versucht. Auf die verwickelte Frage einzugehen, würde hier zu weit führen. Doch glaube ich, daß sich an Hand der inneren Merkmale ein zwingender Echtheitsbeweis erbringen ließe. Auch die Grenzen der Schenkung anzuzweifeln, liegt m. E. kein Grund vor.

100. Vgl. oben S. 25 f.

101. Vgl. oben S. 23.

102. St. 3901 und 3905 (M.B. XXIX* 356 Nr. 502 und 359 Nr. 503).

103. Vgl. die lebendige Schilderung bei Matthäi, Klosterpolitik Kaiser Heinrichs II. S. 65 ff. und jetzt auch Kallen, Säkularisationsgedanke, Hist. Jb. 44, S. 203 f.

Eine heftige Opposition gegen den neuen Herrn scheint unter den Klosterfrauen entstanden zu sein. Sie gab Wolfger die willkommene Gelegenheit zu ganz willkürlichem Verfahren. Die Aebtissin Heilika wurde abgesetzt.¹⁰⁴⁾ Von dieser Zeit an hatte die Abtei nur noch Dechantinnen.¹⁰⁵⁾ Der Bischof nannte sich *Provisor vice abbatissae*.¹⁰⁶⁾ Unter diesem Titel hat er sich offenbar in den Besitz der meisten Güter des Klosters gesetzt.¹⁰⁷⁾ Wenn er den Nonnen den böhmischen Zoll übertrug,

104. Groß, M.I.Oe.G. Erg. Bd. 8, S. 636 Nr. 2: post suspensionem Heilice abbatisse.

105. Erhard, Verhandlungen des Hist. Ver. für N.-Bayern 2, S. 232, und Geschichte der Stadt II, S. 116. Erst um 1500 wurden die Vorsteherinnen von Niedernburg wieder zu Aebtissinnen erhoben.

106. Groß a. a. O.; S. 626 ff. bezeichnet Groß diese Urkunde als Fälschung, die um 1269 entstanden sei. Der Betrachtung der inneren Merkmale nach muß man im Gegensatz zu Groß die Urkunde nicht nur als unverdächtig bezeichnen, sondern eine so späte Entstehungszeit erscheint sogar als sehr unwahrscheinlich. Die Ueberweisung des böhmischen Zolls ist durchaus nichts Auffallendes. Vielmehr stellt sie eine Abfindung der Nonnen dar, nachdem sich der Bischof der Mehrzahl der sonstigen Klostergüter bemächtigt hatte. Der Bischof mag alles Interesse daran gehabt haben, die Nonnen über sein widerrechtliches Vorgehen zu beruhigen. Wie sollten dagegen die Nonnen 1269 Interesse daran gehabt haben, eine Urkunde über die Schenkung des böhmischen Zolls zu fälschen, wo sie ja in dessen festem Besitz sich befanden, was aus einer Aufschreibung aus der Zeit Bischof Ottos (M.B. XXVIII^o 507 sq.) deutlich zu ersehen ist? Noch weniger dürften die Niedernburgerinnen Wert darauf gelegt haben, den Bischof *provisor vice abbatisse* zu bezeichnen, ihm eine Stellung zuzuerkennen, die er sich ja widerrechtlich angemaßt hatte. Sollte man diese Urkunde trotz aller Bedenken für falsch halten, so gewinnt der oben zitierte, von Bischof Wolfger geführte Titel nur an Bedeutsamkeit, wenn er selbst in einer im Interesse der Nonnen gefälschten Urkunde vorkommt. Daß Heinrich VI. in einer Bischofsurkunde, und zwar des an der großen Politik stark beteiligten Bischofs Wolfger als *rex Apulie* vorkommt — daß dieser Titel in Kaiserurkunden nie enthalten ist, macht ihn in Bischofsurkunden nicht verdächtig — ist weniger auffallend, als wenn er in einer Fälschung von 1269 vorkäme.

107. Was von den reichen Besitzungen der Bischöfe im Abteileande (vgl. M.B. XXVIII^o 168 sqq.) ursprünglich niedernburgisch war, ist nicht zu sagen. Daß es viel gewesen ist, geht daraus hervor, daß der bischöfliche Besitz, ganz hat er sicher nicht gefehlt, verhältnismäßig gering gewesen sein muß, da uns Nachrichten darüber fehlen. Im Ilzstätter Weistum M.B. XXVIII^o 510 sq. ist z. B. noch von *ministeriales abbatie* die Rede; wenn diese außerhalb der familia heiraten, soll ihr Lehen an den Bischof fallen. Hier kann man also einen ganz erheblichen Besitzzuwachs des Bischofs positiv feststellen: die Ministerialen und ihren Besitz. Sollte *abbatia* hier rein

der Niedernburg ja seit 1010 gehörte,¹⁰⁸⁾ so konnte er das nur, indem er über Klostergut als Klostervorstand verfügte. Vielleicht war, wie sonst häufig bei Reichsabteien, das Gut in Aebtissinvermögen und Pfründenvermögen eingeteilt.¹⁰⁹⁾ Näheren Aufschluß darüber geben die Quellen nicht. Wir haben den Verlust der Niedernburger Kopial- und Traditionsbücher zu beklagen.¹¹⁰⁾ Anderwärts bildete sich ein Mitbestimmungsrecht des Konvents über das gesamte Klostergut aus.¹¹¹⁾ Hier war das dem Manne gegenüber, der Herr, Bischof, Vogt, Klostervorstand, Stadtherr und, wie wir sehen werden, Graf war, nicht möglich. Vielmehr gerieten die Beziehungen zu dem vom Bischof in Anspruch genommenen Gut in Vergessenheit. Erst ganz allmählich wuchs das Niedernburger Klostergut wieder zu einiger Stattlichkeit an.¹¹²⁾

Zum Erwerb der Territorialhoheit war aber die uneingeschränkte Verfügung über den Klosterbesitz nur ein Mittel. Das Wesentliche zur Erreichung des Zieles lag in anderer Richtung.

Die Vogtei besaßen die Bischöfe. Genügte sie ihren Zwecken?

In der Stadt Passau dürften die Vögte alle öffentlichen Rechte ausgeübt haben, wie diese ja von Heinrich II. der Abtei geschenkt worden waren.¹¹³⁾ Ihre Gerichtsbarkeit war hier ver-

lokal zu interpretieren sein, die Ministerialen im Abteillande? Es mag aber daran erinnert sein, daß Ministerialen Niedernburgs vorkamen. Vgl. oben Anm. 113 des 2. Kap., von denen wenigstens einige sicher im Abteillande ansässig waren. Wenn das Gesagte nur für sie Geltung haben sollte, so ist es prinzipiell doch aufrecht zu erhalten. Vgl. auch M.B. XXIX^b 278 sq. Nr. 2. (Verhandlungen über Teilung der Nachkommen des niedernburgischen Ministerialen Tiemo von Kusberg ohne alle Beteiligung der Klosterfrauen.)

108. Groß S. 636 Nr. 2.

109. Matthäi, Klosterpolitik § 2.

110. Vgl. Erhard, Geschichte der Stadt II, S. 110. Sie sollen im Jahre 1662 verbrannt sein.

111. Vgl. oben S. 71 ff.

112. Niedernburg bezog Hofzinsen in Passau (M.B. XXVIII^b 507; dazu s. Heuwieser S. 36 f.), seit 1224 Burgrecht (ebenda 302 Nr. 83); es hatte Grundbesitz an verschiedenen Orten, z. B. in Teufenbach (ebenda 508), Perlesreut und Lengenbach (ebenda 509). Allgemein über das Vorhandensein solcher Güter im Jahre 1221 unterrichtet uns M.B. XXIX^b 283 Nr. 5. Ueber Anwachsen der Niedernburgischen Besitzungen s. M.B. XXIX^b 282 sqq. Nr. 6 sqq.; 302 Nr. 23; 183 Nr. 188.

113. Vgl. oben S. 23.

mutlich nur durch die niedere der Klosterrichter begrenzt. Durch die Erwerbung der bisher klösterlichen Rechte in der Stadt wurde die bischöfliche Stadtherrschaft erst vollständig.

Die Feststellung des Inhalts der Vogtei im sogenannten Abteillande — über die sonstigen Besitzungen läßt sich wegen Mangels an Nachrichten nichts sagen — muß im Zusammenhang mit der Darstellung des Erwerbs der Grafenrechte erfolgen.

Am 21. Januar 1217 beurkundet Friedrich II.,¹¹⁴⁾ Herzog Ludwig von Bayern habe in seine Hände ein Fahnlehen resigniert. Dies sei bei dem Tausch, bei dem Passau die Abtei Niedernburg erworben habe, an das Reich gekommen. Vom Reiche habe es Herzog Otto als Lehen erhalten. Der Kaiser überträgt es jetzt an Bischof Ulrich von Passau, der seinerseits es Herzog Ludwig zurückgibt, der es fürderhin als bischöfliches Lehen haben soll. Um welches Fahnlehen es sich dabei handelt, zeigen zwei weitere Urkunden. Die eine ist drei Tage später ausgestellt und besagt,¹¹⁵⁾ der Herzog habe die Grafschaft über die Güter der Passauer Kirche im Ilzgau dem Kaiser aufgegeben, der sie dem Bischof übertragen habe. Dieses Lehen wird jetzt weder als Fahnlehen bezeichnet, noch seine Uebertragung an den Herzog berichtet. Schließlich fehlt auch die Erzählung von der Erwerbung durch das Reich anläßlich der Schenkung Niedernburgs. Sollte es sich in beiden Urkunden um verschiedene Objekte handeln? In den auf die Schenkung Niedernburgs bezüglichen Urkunden ist nur die Rede von einer Hintangabe des Kirchengutes Merdingen in Schwaben,¹¹⁶⁾ von einem anderen Tauschobjekt nie. Um Merdingen kann es sich in der ersten Urkunde nicht handeln, denn dort ist es ein Fahnlehen, das angeblich vom Reiche eingetauscht worden sein soll, und zum Wesen des Fahnlehens gehören „einzig Gerichtsbezirk und Gerichtsgewalt“.¹¹⁷⁾ Diese Erwägung spricht für die Identität der Objekte beider Urkunden. Die dritte, die Herzog Ludwig von Bayern ausstellte,¹¹⁸⁾ macht sie unzweifelhaft. Diese Urkunde zeigt, daß die Grafschaft der zweiten das Lehen der ersten Ur-

114. B.F. 890 (M.B. XXX^a 54 sq. Nr. 625).

115. B.F. 891 (M.B. XXX^a 56 sq. Nr. 626).

116. St. 4801 (M.B. XXIX^a 469 Nr. 554).

117. v. Below, Deutscher Staat I, S. 314.

118. M.B. XXVIII^b 297 Nr. 69.

kunde ist, das der Kaiser dem Bischof und dieser wiederum dem Herzog übertragen hat.

Das zweite Diplom Kaiser Friedrichs spricht von Comitatus prediorum ecclesie Pataviensis sitorum per loca Ilsgove. Da das erste von einer Erwerbung dieser Grafenrechte durch das Reich anlässlich des Niedernburger Tauschs berichtet, könnte man an die Grafschaft über die schon vor Erwerbung des Frauenstifts passauischen Güter im Abteillande denken. Wenn auch solche Besitzungen wahrscheinlich existiert haben, können sie, wie bemerkt, nicht bedeutend genug gewesen sein,¹¹⁹⁾ um die Grafenrechte darüber als Fahnlehen ansehen zu können. In Ludwigs von Bayern Urkunde wird auch ausdrücklich gesprochen von comitia in Ylskeu, cuius termini ab Ylssa usque ad inferiorem Muhelam protenduntur, also das Land zwischen Ilz und großer Mühel ist damit gemeint.

Eine weitere Möglichkeit wäre, anzunehmen, die Bischöfe von Passau hätten erst nach Empfang der Vogtei die in dieser enthaltenen gräflichen Rechte den Hohenstaufen zurückgegeben. Man sieht ja oft, wie besonders im 13. Jahrhundert die Vogtei sich auflöst, und die in ihr enthaltenen Berechtigungen und Obliegenheiten an verschiedene Personen kommen. Jedoch erfahren wir, daß schon Herzog Otto von Bayern die fragliche Grafschaft besessen hat.¹²⁰⁾ Und Herzog Otto ist bereits 1183 gestorben, also bevor die Bischöfe die Niedernburger Vogtei erhielten, als vielmehr Graf Gebhard von Sulzbach noch Vogt der Abtei war.¹²¹⁾

Vogtei und Grafschaft haben also zweifellos im Abteillande nebeneinander bestanden.¹²²⁾ Für ein Nebeneinander von Vogtei und Grafschaft ist auch anzuführen, daß im Ilzstädter Weistum¹²³⁾ ausdrücklich bestimmt wird, das Herbergsrecht beruhe

119. Die Beschränkung auf die passauischen Güter erklärt sich durch das Vorhandensein von Herrschaften, die mit eigener Grafengewalt ausgestattet waren, z. B. der Griesbacher und Falkensteiner.

120. Vgl. B.F. 891.

121. Vgl. oben S. 122 f.

122. Klebel, M.I.Oe.G. 41, S. 126 meint: „die Grafschaft im Ilsgau ist eben die Vogtei über das Bistumsland“. Eine Begründung für diesen Satz, der eine Parallele zu einem von ihm gezeigten Bamberger Fall beizubringen beabsichtigt, fehlt. Ein Eingehen auf seine Ansicht ist daher nicht möglich. Schon da es unklar ist, was Klebel hier unter Bistumsland versteht, ist unsicher, was er eigentlich sagen will.

123. M.B. XXVIII^p 510.

auf der Grafschaft, nicht auf der Vogtei. Jedenfalls kamen beide, Grafschaft und Vogtei, an Passau, und dieses erwarb damit über das Land der Abtei die Territorialhoheit.

Welches von diesen beiden Rechten war aber ausschlaggebend? Die Kompetenzabgrenzung zwischen beiden Gewalten festzustellen, dürfte unmöglich sein. Welches Maß von gerichtlichen Rechten die Vogtei besaß, welches die Grafschaft, ist nicht zu sagen. Wertvoll war die Grafschaft jedenfalls noch. Mußte doch der Bischof dem Herzog von Bayern für die Abtretung die für damalige Zeiten erhebliche Summe von 500 Pfund bezahlen.¹²⁴⁾ Soviel läßt sich aber mit Sicherheit sagen: in manchen anderen Gegenden Deutschlands hätte vielleicht bei gleicher sonstiger Gewaltkonzentration Besitz der Vogtei o d e r der Grafschaft zur Bildung und Behauptung der Landeshoheit genügt; wo der Herzog von Bayern Konkurrent war, konnte nur die Vereinigung beider Gewalten zum Ziele führen.

Nach den Verhältnissen der passauischen Klöster muß man urteilen, daß die Eigenklosterherrschaft für Bildung und Festigung von Territorien nicht von allzu großer Bedeutung gewesen ist.¹²⁵⁾ Von den politischen Rechten seiner Klöster, auch wo sie die wichtigsten von der Immunität des Herren hergenommen hatten, besaß dieser in der Regel keine mehr. Höchstens ist der Vogt deren Inhaber gewesen; der Vogt aber hatte sich vom Einfluß des Eigenkirchenherrn in der Zeit der entstehenden Landesherrschaft meist frei gemacht. Wenn es daher dem Herrn nicht wenigstens gelungen war, die Vogtei in seine Hände zu bekommen, konnte er sich am Kampf um die Landeshoheit nicht beteiligen.

124. Vgl. d. Anm. 118 zitierte Urkunde Herzog Ludwigs.

125. A. Hauck, Entstehung der geistlichen Territorien, Abh. d. sächs. Ges. d. Wissensch. 57, phil. hist. Kl. 27, 1909, S. 669, meint, der Herr der geistlichen Korporation sei Inhaber von deren politischen Rechten gewesen, während dem Konvent höchstens das Gericht in der engeren Immunität zukam, und er sieht die Mattseer Verhältnisse als allgemeingültig an. Demgegenüber muß nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß Mattsees Rechtsstellung einen Sonderfall darstellt.

Klosterregister.*)

- Aldersbach** 6, 57²⁵, 81¹⁰⁹
(82), 82¹¹¹, 92¹⁵⁰,
94¹⁵⁶, 156, 96, 131¹²⁸
(132).
- Altenburg** 5, 31, 48 f.,
55¹¹, 84¹¹⁹ (85), 96, 105,
116 f., 125¹⁰⁰, 152⁸⁴,
157⁸⁰, 183¹⁸⁷, 202²⁷.
- St. Andrä a. d. Traisen**
5 f., 32 f., 55¹¹, 60³⁸,
78⁹⁴, 86¹²⁶, 202²⁷.
- Ardagger** 98¹⁵¹.
- Aspach** 6, 55¹², 63⁴⁷ (64),
70⁷⁸.
- Baumgartenberg** 7, 41,
44 f., 75⁸⁶, 97, 144²⁶,
145 f., 206.
- Erlakloster** 5, 41 f., 55¹¹,
58²⁹, 105, 109 f., 152⁸⁴,
157⁸⁰, 185, 186¹⁹⁸,
190²¹⁸, 191²²³ (192),
202²⁷.
- St. Florian** 4 f., 4¹⁴, 14 f.,
55¹¹, 58³¹, 59³⁴, 60³⁹
(61), 62⁴³, 63⁴⁷ (64),
64⁴⁸, 65⁵⁰, 69⁶⁷, 75⁸⁶,
76⁸⁰ (77), 77⁹², 81¹⁰⁹
(82), 85¹²⁰, 90¹⁴²,
94¹⁵⁶, 158, 101, 101¹⁸⁹,
101¹⁹⁰ (102), 102¹⁹²
(103), 103¹⁹³ (104),
105 f., 125¹⁰⁰, 131¹²⁸
(132), 160⁹⁶, 168 f.,
183, 185 f., 186¹⁹⁸,
187²⁰², 207, 208,
188²⁰⁹, 210, 212,
189²¹⁸, 214,
190²¹⁸, 217—221,
192²²⁶, 227, 197⁴, 202²⁷,
205, 207, 207⁸⁷ (208).
- Formbach** 5, 66 f., 78⁹⁴,
83¹¹⁴, 92¹⁵⁰, 94¹⁵⁸ (95).
- 95¹⁵⁹, 99, 121, 131¹²⁸
(132), 201²⁰.
- Garsten** 7, 31, 57²⁶, 58³⁸,
59³⁴, 71⁷⁵, 86¹²⁴, 125,
88¹⁸², 91¹⁴³, 94¹⁵⁶, 94¹⁵⁸
(95), 95¹⁵⁹, 96¹⁶³, 101,
102¹⁸² (103), 103¹⁹³
(104), 157 f., 176 f., 183,
186¹⁹⁸, 199, 187²⁰³,
190²¹⁸, 221, 202²⁷, 206 f.
- St. Georgen - Herzogen-**
burg 5, 31 f., 57²⁶ (58),
58²⁹, 59³⁴, 60³⁸, 61³⁹,
64⁴⁸, 70, 82¹¹⁸, 86¹²⁴, 126,
105, 116, 125¹⁰⁰, 166¹²⁰,
177, 183, 185, 187²⁰⁴,
202²⁷.
- Geras und Pernegg** 5,
49 f., 55¹¹, 96, 119 f.,
152⁸⁴, 157⁸⁰, 183¹⁸⁷, 185,
186¹⁹⁸, 190²¹⁸, 202²⁷.
- Gleink** 6, 31, 55¹², 58²⁸,
75⁸⁶, 81¹⁰⁹, 96, 101,
101¹⁸⁹, 102¹⁹² (103),
103¹⁹³ (104), 118, 124⁹⁷,
166¹²⁰ (167), 170¹⁸⁸,
186¹⁹⁸, 199, 187²⁰⁸,
190²¹⁸, 202²⁷, 207.
- Göttweig** 5, 28, 29 f.,
45 f., 58³⁸, 59³⁴, 60³⁸,
60³⁹ (61), 62, 64⁴⁸, 70⁷⁸,
75⁸⁴, 81¹⁰⁹ (82), 82,
82¹¹⁰, 118, 84¹¹⁹ (85), 91,
94¹⁵⁶, 158, 96 f., 105,
114 f., 121, 125¹⁰⁰,
131¹²⁸ (132), 141¹¹⁸,
166¹²⁰, 177 f., 183, 185,
186¹⁹⁸, 199, 187²⁰⁴,
190²¹⁸, 220, 202²⁷.
- Heiligenkreuz** 7, 97,
124⁹⁵, 145, 145⁸² (146),
146, 147⁸⁹, 151, 190²²⁰,
202²⁷.
- Klosterneuburg** 5 f., 71⁷⁵,
78⁹⁴, 92¹⁵⁰, 94¹⁵⁶, 94¹⁵⁸
(95), 147, 148⁴¹, 42,
149 f., 202²⁷.
- Kremsmünster** 4 f., 4¹⁴,
7 f., 55¹¹, 56¹⁹, 57,
58²⁹, 30, 32, 59³⁴, 60³⁷,
60³⁹ (61), 61⁴⁰, 62 f., 66,
82¹¹⁸, 84¹¹⁷, 90¹⁴¹, 91 f.,
94¹⁵⁸, 97, 105 f., 125¹⁰⁰,
131¹²⁸ (132), 141¹¹⁸,
160⁹⁶, 161⁹⁸, 166¹²⁰, 167,
174 f., 183, 185, 186¹⁹⁸,
187²⁰⁴, 208, 188^{206—212},
189²¹⁸, 214,
190^{218—217}, 220—221,
202²⁷, 207⁸⁷ (208).
- Lambach** 6, 31, 55¹², 56²¹
(57), 66, 69⁶³, 82¹¹⁸
(83), 92¹⁵⁰, 94¹⁵⁶, 158,
96, 185, 187²⁰⁸, 202²⁷.
- Lilienfeld** 146.
- (Klein-)Mariazell** 5, 75⁸⁴,
78⁹⁴, 147, 148⁴¹, 42,
149 f., 202²⁷.
- Mattsee** 4 f., 4¹⁴, 11 f.,
55¹¹, 56¹⁹, 63⁴⁷ (64),
67⁶⁹, 93¹⁵¹, 94¹⁵⁸, 123,
160⁹⁸, 179¹⁷¹, 209 f.,
220¹²⁵.
- Melk** 5, 31, 70⁷⁸, 71⁷⁵,
78⁹⁴, 94¹⁵⁶, 94¹⁵⁸ (95),
127¹⁰⁴, 147 f., 202²⁷.
- Mondsee** 4, 4¹⁴, 6, 56 f.,
61⁴⁰ (62), 63, 63⁴⁷ (64),
64⁴⁸, 67⁶⁹, 94¹⁴⁸ (95).
- St. Nicolaus** 5, 28 f., 30,
59³⁴, 60³⁹ (61), 62, 64⁴⁸,
81¹⁰⁹ (82), 82¹¹⁸ (83),
86¹²⁴, 94¹⁵⁸, 101, 101¹⁸⁹,
101¹⁹⁰ (102), 102¹⁹²
(103), 103¹⁹³ (104),

* Es sind hier die älteren Klöster der Diözese Passau aufgeführt. Ueber den Zweck des Registers siehe oben S. 4 Anm. 16. Stellen, an denen sich zusammenhängende Beiträge zur Geschichte eines Klosters finden, sind durch Fettdruck der Ziffern gekennzeichnet. Die hochgestellten Ziffern hinter den Seitenzahlen bedeuten Anmerkungen.

- 120 ff., 124 f., 131¹²⁸
(132), 132¹³², 166¹²⁰,
175¹⁵⁵, 207, 211 ff.
Niederaltaich 4¹⁴, 5 f.,
55¹², 56, 57²⁶, 66 f.,
67⁵⁹, 78, 92¹⁵⁰, 94¹⁵⁸
(95), 99¹⁸⁰, 134.
Niedernburg 4 f., 4¹⁴, 10,
19 ff., 55, 55¹¹, 13, 78 ff.,
82¹¹¹, 82¹¹³ (83), 122 f.,
131, 131²⁸ (132), 160⁹⁶,
214 ff.
Oetting 4, 4¹⁴, 12 ff., 55¹¹,
56¹⁹.
Osterhofen 4¹⁴, 5 f., 55¹²,
84¹¹⁹ (85), 86¹²⁵, 94¹⁵⁶,
94¹⁵⁸ (95), 96.
Pernegg s. Geras.
St. Pölten 4 f., 4¹⁴, 16 ff.,
55¹¹, 58²⁹, 59³⁴, 75⁸⁶,
82¹¹³ (83), 84¹¹⁹ (85),
94¹⁵⁸, 158, 105, 107 f.,
110 ff., 125¹⁰⁰, 131¹²⁸
(132), 139⁸, 141¹³, 160⁹⁶,
166¹²⁰, 177, 181 ff., 185,
186¹⁹⁸, 187²⁰⁴, 187²⁰⁸
(188), 190²¹⁸, 220, 222,
192, 198 ff., 202²⁷, 205.
Ranshofen 7, 86¹²⁴, 90¹⁴¹,
98¹⁷⁶, 127¹⁰⁴, 131¹²⁸
(132), 203³¹, 204.
Reichersberg 6, 55¹², 58³³,
86¹²⁴, 94¹⁵⁸, 98¹⁷⁶, 99 f.,
118⁶⁴, 124⁹⁷, 131¹²⁸
(132), 204 f.
Seitenstetten 5, 31, 33 ff.,
55¹¹, 58³³, 60³⁹ (61),
66, 75⁸⁶ (76), 81¹⁰⁹,
82¹¹⁰, 83 f., 94¹⁵⁶, 158,
97 f., 105, 117 ff., 124⁹⁶,
141¹³, 152, 152⁵⁴, 156⁷⁸,
157⁸⁰, 181, 183¹⁸⁸, 185,
186¹⁹⁸, 190²¹⁸, 202²⁷,
203, 206 f.
Suben 6, 55¹², 67⁵⁹, 92¹⁵⁰,
93¹⁵⁴, 94¹⁵⁶, 158, 99¹⁸⁰.
Traunkirchen 4, 4¹⁴, 7,
55¹², 58³⁰, 33, 159, 183,
191²²³ (192), 202²⁷.
Waldhausen (Saebnich)
5, 41, 43 ff., 55¹¹, 58²⁹,
60³⁹ (61), 73 ff., 75⁸⁴,
81¹⁰⁹, 82¹¹³ (83), 101,
101¹⁸⁹, 102¹⁹² (103),
103¹⁹⁸ (104), 105, 110,
131¹²⁸ (132), 152⁵⁴,
157⁸⁰, 183¹⁸⁸, 185,
190²¹⁷, 191²²³, 192²²⁴,
192²²⁸ (193), 202²⁷, 207.
Wiener Schottenkloster 5,
78⁹⁴, 147, 148⁴¹, 42,
150 f., 202²⁷.
Wilhering 6, 55¹², 85¹²²,
96, 144²⁵, 145, 146,
146⁸⁶, 190²¹⁶.
Zwettl 7, 97, 146, 202²⁷.

Verfasserregister. *)

- Adler 153⁶².
 Appel 124⁹⁷.
 Aubin 53⁸, 128¹⁰⁷, 153²⁸.
 Barth, A. 184¹⁹¹.
 Barth, F. X. 52¹.
 v. Below 80¹⁰⁶, 124⁹³,
 131¹²⁵, 140¹², 141¹⁴.
 Beyerle 166¹²⁰ (167).
 Böhmer 2⁸.
 Brackmann 6⁴⁰, 72⁷⁷,
 96¹⁶².
 Braunmüller 137⁸.
 Bresslau 215⁹⁹.
 Brunner, H. 107²⁰, 153⁶⁰.
 Brunner, S. 7⁴⁸, 31¹⁷⁶.
 Bruschi 56¹⁷.
 Buchinger 24¹⁴⁰ (25).
 Budde 90¹⁴⁰.
 Büdinger 8⁴⁹.
 Burger 48²⁵⁷.
 Caro 36²⁰⁴.
 Casparis 2⁶.
 Czerny 14⁹¹.
 Dannerbauer 7⁴⁸.
 Doeberl 10⁶⁰.
 Dolberg 143¹⁹.
 Dopsch 1⁸ (2), 21¹²²,
 116⁵⁸, 117⁵⁰, 124⁹³,
 125¹⁰⁰, 140¹², 153⁵⁸,
 179¹⁷⁰.
 Dümmler 10⁶¹, 14⁹³ (15).
 Dungal 29¹⁶⁶ (30).
 Frh. v. Dungern 118⁶⁴.
 Edbacher 8⁴⁹.
 Egger 165¹¹⁶.
 Eigner 148⁴¹.
 Erben 14⁹³ (15), 215⁹⁹.
 Erhard 19¹¹².
 Erhard (Sohn) 28¹⁵⁸.
 Fastlinger 8⁴⁹, 127¹.
 Fehr 128¹⁰⁷, 186²⁰⁰.
 Felgel 49²⁶².
 Ficker 52².
 Fischer 6²⁸.
 Frast 16⁹⁵.
 Friess 7⁴³, 38²¹⁰, 93¹⁵¹,
 141¹³.
 Fuchs 30¹⁶⁷.
 Giannoni 156⁷⁸.
 v. Gierke 53⁴.
 v. Giesebrecht 153⁵⁷.
 Glitsch 165¹¹⁶.
 Gross 25¹⁴¹.
 Grund 152⁵⁶, 156⁷⁸.
 Günthner 17¹⁰³.
 Gutmann 59³⁵.
 Hackel 24¹⁴⁰.
 Hagn 11⁶³.
 Frh. v. Handel-Mazzetti
 41²²² (42).
 Hartenschneider 7⁴⁸.
 Hauck 20¹¹⁸, 20¹²⁰, 220¹²⁵.
 Hauswirth 148⁴¹.
 Hauthaler 11⁶⁸.
 v. Hefele 27¹⁵⁴.
 Heilmann 126¹⁰³.
 Heimbucher 28¹⁵⁵.
 Herrmann 14⁹³ (15).
 Heusinger 78⁹⁵.
 Heusler 71⁷⁶.
 Heuwieser 20¹¹⁶.
 Heyret 42²²⁸.
 Hirsch, H. 31¹⁷⁵, 53⁶, 57²⁵,
 81¹⁰⁸, 111³⁸, 153⁵⁸.
 Hirsch, S. 22¹⁸¹.
 Hoffer 49²⁶².
 Hoffmann 143¹⁹.
 Hörger 26¹⁴⁶.
 Hollnsteiner 14⁹¹, 62⁴³.
 Huber 17¹⁰¹.
 Hüfner 3¹³.
 Huschberg 121⁸⁰.
 Hutter 142¹⁶.
 Imbart de la Tour 1³,
 14⁹³ (15).
 Janner 4¹⁷.
 Kaemmel 17¹⁰⁰, 29¹⁶⁶ (30).
 Kallen 72⁷⁷.
 Kaserer 11⁶⁴.
 Keiblinger 42²²⁸.
 Klämpfl 76¹²¹.
 Klebel 122⁸⁷.
 Kluckhohn 118⁶⁴.
 v. Koch-Sternfeld 39²¹⁵.
 Kötzschke 79¹⁰³.
 v. Krones 139⁹.
 Lahusen 14⁹³ (15).
 Lampe 110³⁰.
 Lamprecht 140¹².
 Lechner 41²²² (42).
 Lindner 8⁴⁸.
 Loening 1¹.
 Luschn v. Ebengreuth
 35¹⁰⁸, 139⁸.
 Martin 92¹⁵⁰.
 Matthäi 80¹⁰⁴.
 Mayer, E. 165¹¹⁷.
 Mayer, F. M. 27¹⁵⁰.
 Mayer, Th. 39²¹⁵.
 Meichelbeck 25¹⁴².
 Mejer 72⁷⁸.
 Melzer 157⁸¹ (158).
 Meyer v. Knonau 27¹⁵⁰.
 Frh. v. Mitis 6³⁴.
 Moritz 114⁴⁵ (115), 122⁸⁷.
 Mühlbacher 13⁸⁰.
 Müsebeck 65⁵⁰.
 Nabholz 166¹²⁰.
 Nottarp 52², 72⁷⁷.
 Frh. v. Oefele 122⁸³.
 Osswald 146⁵⁵.
 Pachmayr 7⁴⁸.
 Pischek 138³.
 Planitz 128¹⁰⁷.
 Plappert 38²¹⁰.
 Pöschl 1¹, 56²⁰.
 Poesinger 7⁴⁸, 8⁴⁹.
 Pritz 13⁸², 41²²² (42),
 43²³², 94¹⁵⁸.
 Rettenbacher 7⁴⁸.
 Richter, A. L. 14⁹³ (15).
 Richter, Ed. 11⁶⁴.

*) Diejenigen Stellen sind hier verzeichnet, an denen Werke der genannten Autoren zum ersten Male, und zwar ausführlich, zitiert werden.

- | | |
|---|---|
| Rietschel 67 ⁵⁹ , 68 ⁶⁰ , v. Sichel 52 ³ . | Uhlirz 10 ⁶¹ . |
| 162 ¹⁰⁵ . | Vancsa 8 ⁴⁹ . |
| Riezler 20 ¹²⁰ . | v. Voltolini 155 ⁷⁴ (156). |
| Rudolph 165 ¹¹⁶ . | Waas 90 ¹⁴⁰ , 96 ¹⁶⁴ . |
| Ruland 6 ⁴⁰ . | Wahrmund 100 ¹⁸⁶ . |
| Sägmüller 56 ²⁰ , 98 ¹⁷⁷ . | Waitz 20 ¹²⁰ , 65 ⁵¹ . |
| Schäfer 27 ¹⁶² . | Wallenböck 112 ³⁶ . |
| Scharnagl 65 ⁵¹ . | Wendrinsky 48 ²⁵⁸ , 49 ²⁶² . |
| Schmid 57 ²² . | Werminghoff 1 ¹ , 3 ⁹ . |
| Schmolck 31 ¹⁷⁶ . | v. Wickede 124 ⁹³ . |
| Schneider 72 ⁷⁷ . | Wiedemann 19 ¹¹¹ . |
| Schönsteiner 28 ¹⁵⁵ . | Winter, F. 143 ¹⁸ . |
| Schreiber 27 ¹⁴⁹ , 54 ¹⁰ (55). | Winter, G. 14 ⁹³ (15), 111 ³⁵ . |
| Schröder, P. 28 ¹⁵⁵ . | Witte 123 ⁹¹ . |
| Schröder, R. 53 ⁸ . | Wittmann 121 ⁸² . |
| v. Schubert 1 ³ (2). | Wolfgruber 48 ²⁵⁷ . |
| Schulte 37 ²⁰⁵ . | Zák 8 ⁴⁸ , 49 ²⁶² , 155 ⁷¹ . |
| Frh. v. Schwerin 3 ¹⁰ . | v. Zallinger 37 ²⁰⁶ , 197 ⁴ . |
| Seeliger 163 ¹¹⁰ . | Zeiß 144 ²⁴ . |
| Seelmann 163 ¹¹² . | Zibermayr 4 ¹⁶ . |
| Sehling 72 ⁷⁸ . | Zillner 11 ⁶⁴ . |
| Seidenschur 53 ⁶ . | |
| Sepp 12 ⁷¹ . | |
| Stimring 52 ² . | |
| Stolz 141 ¹³ , 186 ²⁰⁰ . | |
| Stowasser 117 ⁵⁹ , 139 ⁹ . | |
| (140), 145 ⁸¹ . | |
| Strasser 7 ⁴⁸ . | |
| Strauß 21 ¹²² . | |
| Strnadt 14 ⁹³ (15), 24 ¹⁴⁰ . | |
| (25), 28 ¹⁵⁸ , 39 ²¹⁵ , 41 ²²² . | |
| (42), 82 ¹¹³ (83), 110 ³⁰ . | |
| Stulz 14 ⁹¹ , 27 ¹⁶⁰ , 41 ²²² . | |
| Stutz 1 ¹ , 1 ² , 1 ³ (2), 2 ⁶ , 3 ⁹ . | |
| 53 ⁷ , 54 ⁹ , 54 ¹⁰ (55). | |
| Tangl 121 ⁸⁰ . | |
| Thaner 98 ¹⁷⁷ . | |
| Tomek 9 ⁵⁷ . | |
| Trinks 6 ⁴⁰ . | |

Berichtigungen.

Seite 6 Anm. 40 Zeile 3 lies: Germania — S. 11 Z. 11: Klöstern — S. 58 Anm. 33 Z. 3: IV. statt VI. — S. 64 Anm. 48 Z. 8: tradidit — S. 66 Anm. 55 Z. 2: eandemque — S. 79 Z. 4: servitio — S. 85 Z. 18: überhaupt — S. 88 Anm. 132 Z. 3: altarium — S. 89 Z. 13: Diözesanbischof — S. 94 Z. 9 v. u. ist zu streichen — S. 95 Z. 8 v. u. lies: III. statt V. — S. 97 Z. 4 v. u.: omnino — S. 115 Z. 10 v. u.: Lehenbekenntnis — S. 125 Z. 12: sämtliche — Z. 15: manchen — S. 139 Z. 10: stattfinden — S. 140 Z. 2: Rechte — S. 145 Anm. 30 Z. 2: Machwerk — S. 155 Anm. 69 Z. 4: Scowenbere — S. 181 Anm. 179 Z. 1: werden — S. 203 Anm. 30 Z. 2: voluerint und de statt volueriut und der.

